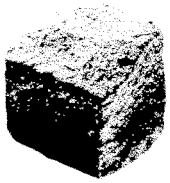
September / Oktober
Nr. 27 DM 4,- 89

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

EUROPÄISIERUNG DER ATOMINDUSTRIE

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016



Nützlich für Sozialarbeit in Praxis und Forschung

Analytisch gegenüber unsozialer Politik von Bund, Ländern und Kommunen

Offen im Dialog mit den neuen sozialen Bewegungen, traditionellen Institutionen und Verbänden

SOZIALEXTRA

Das MAGAZIN

für Soziale Arbeit und Sozialpolitik hat für interessierte Menschen reserviert:

☐ **ein kostenloses Lese-Exemplar**
(Wenn Sie ein Thema angeben, liefern wir ein passendes Heft, solange der Vorrat reicht)

☐ **ein SOZIAL EXTRA Jahresabo,** 10 Ausgaben zum Preis von 75 DM inklusive Porto und Mehrwertsteuer.

☐ **den kompletten SOZIAL EXTRA Jahrgang 1988, 516 Seiten** (gegen 50 DM Vorkasse per Scheck oder echtem Geld) mit den Schwerpunkten:
● **Zukunft der Sozialen Berufe**, Krisen in der Jugendarbeit gab es immer wieder – ● **Was tun bei Aids** ● **Intimität** ● **Projektstudium Sozialwesen** ● **Geistig Behinderte** ● **Alleinerziehende – anders beraten** ● **Chancen für den Umbau der Kommunalpolitik** ● **Neue Gentechnologie erfordert neue Grundrechte** ● **Reform und Restauration in der Heimerziehung**

X **EXTRA** Verlag, Langgasse 24 H, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 30 70 11, Redaktion: Helga Haas-Rietschel, Verlag: Irmgard Sahler

FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. Viermal pro Jahr auf 76 Seiten.

Zündstoff für neue Diskussionen:

Medien und Bewegungen - Bewegungen und Medien
Heft 1/89

Alternativökonomie zwischen Utopie und Realität
Heft 2/89

Institutionalisierung von Neuen Sozialen Bewegungen
Heft 3/89

Gegenexperten in der Risiko-gesellschaft
Heft 4/89

Ich bestelle:
☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 35,– gegen Rechnung)
☐ Einzelexemplar Nr. _____/89 (DM 9,70 per Scheck oder in Briefmarken)
☐ Einzelexemplare des Jahrgangs 88 (Vorzugspreis von DM 6,70 per Scheck oder in Briefmarken)
☐ Geschlechterverhältnis in den NSB Parteien und NSB

Name _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Datum *Unterschrift* _____
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum *Unterschrift* 11/88
Coupon an: NSB c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

In **DRITTE WELT 6/89:**
Wirtschaftskrise – Ende oder Durststrecke der **Revolution?**
Noam Chomsky: Die ‚sanfte' Erdrosselung
Basisdemokratie oder Parlamentarismus?
Interview mit **V. Tirado**
– Bonn finanziert die **innere Front**
Lehren für andere **Befreiungsbewegungen?**
Solidaritätsbewegung – wohin?
Außerdem: Abrüsten für Entwicklung ★ Uruguay ★ Namibia ★ Mercedes Sosa ★ Kurzinfos ★

Im **linken und alternativen Buchhandel** oder direkt bei **DRITTE-WELT LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51**
33% Rabatt ab 10 Exemplaren

Coupon ausschneiden und absenden an: Dritte-Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5 Köln 51
Ex. **DRITTE WELT 6/89** à 3 DM zzgl. 0,80 Porto
Ich bestelle: ☐ ..... Ex.
☐ 1 Ex. **kostenloses Probeheft**

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT LeserInnen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine Unterschrift
Datum/Unterschrift

EuKo

Inforundbrief der deutsch – niederländischen "Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland"

- Standortberichte, besonders aus:
  Gronau
  Lingen
  Ahaus
  Almelo (NL), u.a.
- Konferenzprotokolle
- Diskussionsbeiträge
- Termine, Pressespiegel, u.a.m.

Andere über uns: "Das EuKo – Info (steht) mit an der Spitze jener Info – Werke, auf die die Anti AKW Bewegung nicht mehr verzichten kann." (BUU Holstein)

ca. monatlich, ca. 30 Seiten; Jahresabo: 40 DM (Rabatt möglich), Probeinfo: 2 DM in Briefmarken.

AK Umwelt Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau

DER KRIMINALISIERUNGSRUNDBRIEF

berichtet alle 1 - 2 Monate über alle anschlagsrelevanten Themen

- Knast
- 129 a
- Prozesse
- Startbahnwiderstand
- Gentechnik/Frauenbwegung
- Anti-AKW-Kampf
- Antiimp- und autonome Scene
- VS-Aktivitäten
- ...und vieles mehr

ABO: 2o Märker für 4 Ausgaben

NEU NEU NEU NEU NEU NEU NEU NEU

1. **Umschlag: Vrouwengroep OLW**
de Wittenstraat 73
1052 An Amsterdam
- Holland -
2. **Umschlag: Kriminalisierungsrundbrief**

Wir freuen uns auch über Infos!

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/37835 (tagsüber)

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Diese Ausgabe kostet 4,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,– Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898-304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese in Zukunft auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir weiterverarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-Dos-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 27.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 67
atommüllzeitung Nr. 53

Druck: Steidl, Göttingen

Redaktionsschluß für die nächste atom: Mitte Oktober 1989

Inhalt

Schwerpunkt 1: Europäisierung

Die Entscheidung, die WAA in Wackersdorf nicht zu bauen, hat die europaweite Verflechtung der Atomindustrie ins Blickfeld gerückt – und ebenso die Notwendigkeit, internationalen Widerstand zu leisten.

Sellafield: Zu Besuch bei einer WAA 4
Zur Europäisierung der Atomwirtschaft
Eine Analyse von Heinz Laing 6
Anti-AKW-Widerstand in Frankreich 17
Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung 17

Standorte: Brokdorf, Stade, Atomforschung Geesthacht
Stromtrasse im Saarland, UAA Gronau, THTR u.a. 18
Atomtransporte durch Hamburg 29
Pilotkonditionierungsanlage Gorleben 32
Bahn-Kampagne 34

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe 36
Hochrüstung der Wiederaufarbeiterungsanlage Karlsruhe 38
Erfahrungen aus der Widerstandsarbeit 40

Wackersdorf & Widerstand 41
Nachlese zur Demo am 3.6. in München 42
Amnestie für alle WAA-GegnerInnen! 45
Zum Streit in der BI Schwandorf 46

Schwerpunkt 2: Radikale Linke, Autonome & Co.

Mit welchen Bedingungen hat sich die Anti-AKW-Bewegung in Zukunft auseinanderzusetzen, wenn sie interventionsfähig bleiben will? Ein Diskussionsbeitrag von Markus.

Radikale Linke, Autonome, Anti-AKW-Bewegung
und was das alles mit Rot-Grün zu tun hat 47
„Radikale Linke" – Schwere Geburt 55

Kriminalisierung:
Fritz Storim in U-Haft 56
Knast wegen Antifa-Aktion 57
Kriminalisierungsrundbrief 58
Aufruf gegen den § 129a 59

Startbahnprozesse:
Der bisherige Prozeßverlauf 62
Einschätzung des Autonomen Prozeßbüros 64

Besuch

"What's the danger?"

Das also ist Seascale: Zwei Bahnsteige, kein Bahnhof, kein Ortsschild auf der Plattform. Nur die Spitze der Schornstein und der dampfenden Kühltürme, die auf den letzten Meilen bereits sichtbar waren, während der kurze Zuge dicht an der Küste durch den landschaftlich schönen District im Nordwesten Englands tuckerte, lassen ahnen, daß ich am "Ziel" bin. Ich steige aus dem Zug und sehe über einen Parkplatz hinweg, zweihundert Meter steinigen Sandstrand, die Irische See, in der Ferne Isle of Man. Die Uferpromenade vermittelt das Flair einen englischen Seebades aus dem letzten Jahrhundert, gepflegt aber nicht unbedingt reich, ein paar Geschäfte, Hotels, gerade eben kein Dorf, eine Kulisse für einen Edgar Wallce vielleicht. Es gibt nichts, was auf die Nuklearfabrik gleich hinter dem nächsten Hügel, beinah nur einen Steinwurf nordwärts, hinweisen würde. Ich suche diesen Abend und den nächsten Tag vergeblich nach Graffiti, Postern, irgendwelchen Anzeichen der nuklearen Gegenwart - alles was ich sehe sind immer wieder "nur" die vier Kühltürme, von denen drei mit ihrer weißen Fahne zeigen, daß drei Reaktorblöcke arbeiten, sowie die zwei Kamine der ursprünglichen, rein militärischen Plutoniumfabrik Windscale.

Der Ort hat sich mit dem arbeitsplatzsichernden Nachbarn abgefunden, die meisten Familien leben vom Atomgeschäft, haben ihre Häuser von der Fabrik gekauft, haben die gewöhnlichen, nicht nur englischen Alltagssorgen. Die Gegend ist ruhig, ein bißchen Ackerbau, Viehzucht, wenige Meilen in das Land hinein beginnen die Berge; neben Cornwall im Südwesten ist dieser Landvorsprung der schönste Englands - nach Meinung vieler Inselbewohner.

Die Atommanager haben **Ihre** Lektion aus den Schlagzeilen vergangener Jahre gelernt: Offensive Öffentlichkeitsarbeit. TV-Werbung, Schulen, Colleges, Universitäten werden eingeladen, das nagelneue high-tech Besucherzentrum Sellafields zu besichtigen. Und sie kommen: 150.000 im letzten Jahr. Mit viel Video, Glas, Elektronik und Beton wird ihnen im fensterlosen Quader die sichere Funktionsweise der Nukleartechnik demonstriert. Die Gesundheit der BesucherInnen unterliegt besonderer Aufmerksamkeit - "Rauchen verboten".

Kein Wort über Unfälle, Störfälle, verseuchte Meere, Abfallprobleme, Leukämie. Gefahren lauer(te)n höchstens da, wo sie bereits gebannt sind. Die Orientierung habe ich in diesem naturbefreiten Bunker schon lange verloren.

Ich nehme an einer der stündlichen, vierzigminütigen Busfahren durch das Werksgelände teil - als Ausländer werden ich mit allen Angaben aus dem Paß registriert. Möglich wäre, mit Voranmeldung, auch eine Ganztagesführung durch den Komplex, inklusive zwei Essen, wie alles ander auch, kostenlos, bezahlt wird von unseren Stromgeldern. Der Bus - Rauchverbot - entspricht dem Standard: Wir, gerade fünf Besucher, lassen uns jedoch über Videoschirm noch direkt das Märchen von der sauberen Atomkraft erzählen. Der Busfahrer fährt uns natürlich - mehrfach betont - sicher durch das nur mäßig abgeriegelte Gelände, keine Gräben, keine Wälle, ich sehe keine Flutlichtanlagen, lediglich einfache Zäune. Derweil erzählt sie, spürbar geschult in Rhetorik, aus dem Guniessbuch der Rekorde: Die größte Halle, 14.000 Angestellte (ca. 6.000 British Nuclear Fuel Limited (BNFL, ca. 600 staatliche Sicherheitsbeamte mit allen polizeilichen Befugnissen, Rest: Fremdfirmen, vorrangig Bauarbeiter, gebaut wird ständig), soviel Milliarden für die Anlage etc. schwachradioaktiver Atommüll sind lediglich so ungefährliche Dinge wie Überziehschuhe und Papierhandtücher nach dem Händewaschen. Die blauen Container mit dem schwarzgelben Nuklearzeichen, die noch einiges mehr enthalten, sehe ich am Abend in das fünf Kilometer südlich gelegene sichtgeschützte Endlager Drigg direkt in den Dünen rollen. Der Strahlenmüll wird, wenn überhaupt, kurz unter der Erdoberfläche verbuddelt.

Die Umbenennung Mitte der 80iger Jahre erfolgte aus der Einsicht, daß die Gesamtanlage nicht nur der Teil Windscale ist, sondern z.B. auch der Caldergate benannte Kraftwerkskomplex ebenso. So wurde aus dem ehemaligen (?) Militärbereich, den Kraftwerken, der Wiederaufarbeitung und den Forschungslaboren das Werk Sellafield - so lautet das Bahnhofsschild und die Bezeichnung für das nicht vorhandene Dorf auf der offiziellen Karte der Cumbria-Touristen-Informationszentren. Kein Wort darüber, daß die Umbennung just erfolgte, als Windscale weltweite Negativ-Schlagzeilen machte. Es war gerade bekannt geworden, daß in einer der beiden parallelen Wafenplutoniumfabriken vor zwanzig Jahren ein Feuer ausbrach, daß für beide zur (angeblichen) Stillegung führte. Dies ist zugleich der einzige Unfall, der während der Busfahrt überhaupt Erwähnung findet.

Ich erreiche Seascale am Abend. Wo schlafen im feuchten England, ohne Zelt und Bed und Breakfast? Am Ortsrand fand ich eine der typischen Stall/Scheune-Kombinationen. Ich war noch am Checken der Schlafmöglichkeit, dam kam bereits jemand aus dem angrenzenden Haus. Nein in der Scheune könne ich nicht schlafen. Nach kurzem Überlegen überließ er mir jedoch den Wohnanhänger.

Er arbeitet in dieser Anlage, die ich am liebsten sofort geschlossen hätte, ich machte daraus keinen Hehl. Er, und nach seiner Einschätzung immer mehr seiner KolleginnEn, findet es gut, daß es Anti-Atomkraft-Gruppen gibt. So ist seine Company gezwungen, in entsprechende Sicherheitseinrichtungen zu investieren. So braucht er keine Angst um seine Gesundheit und die seiner Kinder und Frau zu haben. Er ist hier groß geworden, seine Frau ist gerne aus einem Außenbezirk einer englischen Industriestadt hergezogen - subjektiv ist für sie Sellafield sicherer als die Stadt ihrer Kindheit. Früher konnte sie sich abends nicht auf die Straße trauen.

Vor einigen Jahren hat er das Haus in ziemlich rotten Zustand gekauft und baut es jetzt so nach und nach aus - wie gerade Geld da ist. Nach den Gesprächen und dem Ort zu urteilen, scheint sich BNFL das Vertrauen der Leute nicht durch höherer Löhne als für englische Großbetriebe üblich zu kaufen. (Nur das Bier im firmeneigenen Club ist etwas billiger als im Pub nebenan). Möglicherweise sind es schlichtweg Abhängigkeit und Gewöhnung, manchmal auch Betriebsblindheit genannt, die Vertrauen schaffen.

Auch wenn er Atomenergie für nötig hält, denkt er über Alternativmöglichkeiten nach. Er möchte sich eines Tages ein Windrad für Strom in den Garten stellen, Sonnenkollektoren für Warmwasser mit einem dritten Hahn in der Küche auf das Dach setzen. Er hat ein Fahrrad, das er auch nutzt - wie ich überhaupt in der Gegend für England überdurchschnittlich viele Radfahrer sah. Die persönliche Schizophrenie, die ich bei vielen, wenn nicht allen Anti-AKWIerInnen - mich eingeschlossen - beobachte,

in Sellafield

spiegelte er in besonders drastischer Weise wider.
Aktiver Widerstand - ich konnte nichts finden. Es gibt Anti-Nuklear-Gruppen im Lake District und Umgebung, dort selbst ist es jedoch schwierig, an Adressen zu gelangen. Hinweise auf Widerstand suchte ich in der nächsten größeren Stadt vergebens: Barrow in Furness, auf den Vickerswerften dort werden unter anderem die atomar getriebenen Trident U-Botte gebaut.

Großbritannien sucht ein Endlager

BNFL news, April 1989. Sellafield in England an der Irischen See, beherbergt unter anderem die britische WAA, und Caithness an der Nordküste Schottlands, mit dem AKW Dounreay, wurden jetzt für Probebohrungen ausgewählt. Während der 12 bis 18 Monate dauernden und noch dieses Jahr beginnenden Studien soll in bis zu 1.500 m Tiefe das Gelände auf Eignung für ein unterirdisches Endlager für schwach- und mittelaktiven Atommüll erkundet werden, geplante Fertigstellung: bis zum Jahr 2005.
Diese zwei Orte sind der Extrakt aus 500 möglichen Standorten, von denen 120 theoretisch genauer untersucht wurden. Sie wurden gewählt, weil statt mit Widerstand mit Unterstützung aus der Bevölkerung gerechnet wird. Zweites Argument sind die Eigentumsverhältnisse - gehört bereits der Nuklearindustrie -, dann folgen vorhandene Infrastruktur und kurze Transportwege (in den nördlichsten Norden = kurzer Weg ?) Die geologische Eignung wird in dem Artikel fast schon vorausgesetzt.
Die Endlagerung soll so erfolgen, daß der Müll, dann vielleicht zum Wirtschaftsgut erklärt, später wieder gehoben werden kann (Plutonium, ick hör'dir knattern?) Die BNFL, Eigner und Betreiber von Sellafield, erwartet bereits die besseren Ergebnisse für ihr Gebiet. Für 1,6 Mrd. Pfund (5 Mrd DM) sollen dann in 750 m Tiefe über einen Zeitraum von 50 Jahren 2.000.000 Kubikmeter konditionierter Atommüll eingelagert werden.
Mit der Unterstützung aus der Bevölkerung könnten die Atommanager sogar zurecht rechnen. Die für Sellafield zuständigen Gewerkschaften gehen in die Offensive mit einer Kampagne für Sellafield als Endlager. Zitat aus einem Flugblatt: *"Die Anti-AKW-Gruppen sind nicht daran interessiert, daß Atommüllproblem zu lösen. Tatsächlich ist es für ihre Kampagne gegen die Industrie erfolgsnotwendig, daß das Müllproblem nicht gelöst wird."* Zitat eines Gewerkschaftssekretärs: *"Sie, die Anti-AKW-Gruppen, spielen Politik mit unserer Umwelt. Egal ob Sellafield oder woanders, ein nationales Endlager ist notwendig".*

Foto und Artikel von Johannes Graubner

Zur Europäisierung der Energie- und Atomwirtschaft

1. Entscheidungen fallen nicht vom Himmel

Ungläubiges Staunen in der Öffentlichkeit, allgemeine Skepsis in der Anti-AKW-Bewegung gepaart mit Feindbildverlustängsten und großes Gezeter der verantwortlichen Politiker waren die ersten Reaktionen auf den VEBA-COGEMA-Vertrag im April. Damit wurde der Abgesang auf die WAA in Wackersdorf eingeläutet. Weit über 10 Jahre wurde die nationale WAA gehätschelt und mit Polizeiknüppeln verteidigt, jetzt diese Kehrtwendung.

Wie die WAA in einer mehrwöchigen öffentlichen Trauenzeremonie zu Grabe getragen wurde, war eine gelungene Darbietung. Wie sonst hätte man der Öffentlichkeit die "radikale" Kehrtwendung in Sachen WAA plausibel machen sollen. Die Regierung und die Politik brauchte dieses Theater mit widersprüchlichen Statements aus dem eigenen Lager, mit beleidigten Vorwürfen an die Industrie "wir wurden nicht informiert", um das Lieblingskind bundesdeutscher Politik aller Couleur und gegen so viel Widerstand verfochtene Wahnsinnsprojekt den Bach runter gehen zu lassen.

Die EVUs als Auftraggeber mochten dieses Projekt schon lange nicht mehr. Bereits vor Jahren war von RWE zu hören gewesen, daß man sich lieber heute denn morgen aus der WAA zurckziehen möchte. Aus anderen Fachkreisen war schon länger der Vorschlag zu vernehmen, daß man sich doch diesen politischen Ärger mit der WAA sparen könnte, weil es für das Projekt keine Notwendigkeit mehr gebe. Im Februar 89 machte COGEMA der VEBA das Angebot einer kapitlamäßigen Beteiligung an deren UP 3 Anlage in La Hague. Im Februar 89 gab es in Bonn zwei energiewirtschaftliche Gipfeltreffen zwischen Bundesregierung und EVUs, was mag dort wohl besprochen worden sein?

Wer die Veränderung und Verschiebung auf dem Energiesektor, die Orientierung der Industrie auf den EG-Binnenmarkt mit all seinen Implikationen in den letzten Jahren etwas verfolgt hat, dem dürfte bei der Meldung vom VEBA-COGEMA-Deal nicht der Löffel aus der Hand gefallen sein.

Die Anti-AKW-Bewegung steht der neuen Entwicklung allerdings etwas ratlos gegenüber und weiß scheinbar nicht so recht, wie ihr geschehen ist. Soll das jetzt ein Erfolg des jahrelangen Widerstandes gegen die WAA gewesen sein. So recht mag das auch keiner glauben. Jahrelang konzentrierte sich der Widerstand auf Wackersdorf als entscheidenen Hebel, um das Atomprogramm zu kippen. Und jetzt plötzlich spricht Herr Benningsen-Förder von der VEBA und das ganze Feindbild ist futsch.

Zeigt sich hier nicht unser Manko, nämlich jahrelang einzelne Projekte zum Kern des Widerstandes hochstilisiert zu haben,

Europäische Idylle in Cattenom im 20. Jahrhundert

jahrelang nur nationalstaatlich gedacht und geplant zu haben, obwohl wir wissen und wußten, daß sich die Atomwirtschaft europäisch und weltweit organisiert hat. Diverse internationale Beziehungen im Nuklearsektor bestehen, seien es Verträge, Firmenzusammenschlüsse etc. und trotzdem, es hat uns, der Anti-AKW-Bewegung, in den letzten Jahren kaum interessiert bzw. wir haben kaum Notiz davon genommen.

Castoransammlung (Stau) vor der WAA La Hague

Es gab kaum eine nennenswerte Diskussion um diese Zusammenhänge oder sogar strategische Überlegungen in diese Richtung. Obwohl die Parole heißt, Radioaktivität kennt keine Grenzen und das durch Tschernobyl auf dramatische Art und Weise uns vor Augen geführt wurde, haben wir diese Erkenntnis nicht in die Praxis umgesetzt. Lokal Handeln und begrenzt Denken, das mag noch am ehesten den Zustand unserer Aktivitäten beschreiben.
Die jetzige Wackersdorf-Entscheidung hat uns sozusagen mit einem Paukenschlag auf die wahren Verhältnisse gestoßen und uns und die Öffentlichkeit gezwungen von den realen Verhältnissen Notiz zu nehmen. Im Kontext der sich abzeichnenden Europäisierung der Energie- und Atomwirtschaft ist die WAA nur ein Teilstück eines Gesamtkomplexes und die Spitze des Eisberges. Bei der Analyse der Entwicklungen würde der Blick nur auf die WAA den Blick verengen und die Dimension nicht genügend erfassen. Es sind die Tendenzen und unterschiedlichen Interessen von Nuklearindustrie, Energieversorgungsunternehmen und der Politik unter dem Blickwinkel EG-Binnenmarkt, Kampf um Strommärkte, Grenzen der Expansionsmöglichkeiten nationaler Atomindustriepotentiale und unter dem Gesichtspunkt gravierender Akzeptanzprobleme der Atomenergienutzung in Betracht zu ziehen.

2. Die atomare Zusammenarbeit zwischen BRD, Frankreich und Großbritannien:

Was sich jetzt an Zusammenarbeit zwischen diesen drei Ländern abzeichnet und auf Regierungsebene abgesichert werden soll, ist keine neue revolutionäre Entwicklung. Beziehungen und geschäftliche Vereinbarungen bestehen schon seit Jahren. Neu ist, daß die Politik den ökonomischen Beziehungen einen staatsvertraglichen Rahmen ermöglicht. Aus den wildwüchsigen ökonomischen Verflechtungen werden geordnete politische Verhältnisse.

2.1. Bestehende Kooperationen zwischen BRD und Frankreich:

Auf vertraglicher Basis lassen die deutschen EVUs seit diversen Jahren ihre Brennelemente in La Hague aufarbeiten. Diese Verträge wurden von der Bundesregierung offiziell anerkannt als Entsorgungsweg für deutsche AKWs. (In den Entsorgungsgrundsätzen von 1980 ist das fixiert).
In der BRD sind bisher (Stand 31.12.88) 3.233 t abgebrannter Brennelemente angefallen. Davon wurden 2.214 t nach La Hague transportiert und 1.500 t aufgearbeitet. Insgesamt bestehen Verträge über die Lieferung von 3.700 t abgebrannter Brennelemente (Angabe der Bundesregierung). Mit den Aufträgen aus der BRD wurde die existierende UP 2 Anlage der COGEMA in La Hague zu gut 60 % ausgelastet. Heute lagern fast 70 % aller in der BRD angefallenen Brennelemente bei COGEMA in La Hague. Stellt man dem die 3.3000 t freier Lagerkapazitäten in deutschen AKWs gegenüber, dann muß die WAA in Frankreich für die deutschen EVUs schon etwas für sich haben. Und andererseits hat die COGEMA in den Deutschen einen sehr guten Kunden, der für die Geschäftsbilanz der COGEMA nicht einfach zu ignorieren ist.

- Seit Jahren lassen die deutschen EVUs ihr Uran in Pierrelatte zu UF6 umwandeln, bevor es dann in die Anreicherung nach Gronau, in die UDSSR oder sonstwohin geht.

- am Superphönix in Malville ist die SBK (Schnell-Brüter-Kraftwerksgesellschaft) mit 16 % beteiligt. Allein das RWE als Hauptanteilseigner der SBK hält somit ca. 11 % an Malville.

- COGEMA liefert seit Jahren frische Brennelemente in die BRD

- Seit Jahren betreiben COGEMA, BNFL und früher Trans-Nuklear, jetzt die Reederei und Spedition Braunkohle (RSB) die gemeinsame Transportfirma Nukleare Tranpsortleistungen GmbH, Hanau, die abgebrannte Brennelemente aus der BRD nach La Hague transportiert.

- Im Frühjahr 1988 verkauft die Nukem die Produktion von hochangereicherten Brennelementen für Forschungsreaktoren an die französische CERCA. Gemeinsam haben die beiden Firmen eine gemeinsame Firma für den Vertrieb von Nuklearmaterial. (60 % im Besitz der CERGA und 40 % im Besitz der Nukem)

- Im Herbst 88 erwirbt die COGEMA von den Saarbergwerken deren 75 % Anteile an der Interuran. Die restlichen 25 % Anteile sind zu 12,5 % im Besitz des Badenwerkes und zu 12,5 % im Besitz der Energie-Versorgung Schwaben. Interuran hat immerhin einen Anteil von 10 % an der Brennstoffversorgung deutscher AKWs. Dadurch kann COGEMA ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt in Sachen Uranversorgung und Brennelementelieferung ausbauen und dringt noch stärken in den deutschen Markt ein. Immerhin hält COGEMA 20 % des Welturanmarktes, versorgt 85 % der französischen AKWs mit Uran und hat an der Brennelementfertigung weltweit einen Anteil von einem Drittel. Die Bundesregierung begrüßt den Erwerb von Interuran durch COGEMA. Im Mai antwortet sie auf eine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag:
"Aufgrund der breiten Versorgungsbasis der COGEMA auf dem Welturanmarkt ist ein weiterer positiver Beitrag zur Sicherstellung der nuklearen Brennstoffversorgung der BRD zu erwarten".

- Zum 1.9.89 werden Siemens-KWU und Framatome mit der gemeinsamen Firma NPI (Nuklear-Power International) ihre Aktivitäten auf dem Weltmarkt aufnehmen.

Diese kurze Auflistung soll nur verdeutlichen, daß es bereits ältere und neuere Beziehungen auf dem Nuklearsektor zwischen BRD

und Frankreich gibt, die sozusagen von den jeweiligen Bedürfnissen, Expansionsinteressen oder Notwendigkeit der Firmen bestimmt werden. Die Politik hat dieses Spiel der freien Kräfte zugelassen und nicht ordnend eingegriffen.

2.2. Bisherige Zusammenarbeit zwischen BRD und Großbritanien:

Die deutschen EVUs haben bisher mit der BNFL, die Sellafield betreibt Verträge über die Lieferung von 800 t abgebrannter Brennelemente abgeschlossen. Davon wurden bisher 117 t geliefert (Stand 31.12.88). Aufgearbeitet wurde bisher nichts, da man auf die Fertigstellung der Anlage Thorp in Sellafield wartet. Nimmt man die Verträge mit COGEMA und BNFL zusammen, dann reichen die 4.500 t kontrahierten Mengen aus, um über 10 Jahre bei heutigem Stand des Anfalls an abgebrannten Brennelementen pro Jahr das Entsorgungsproblem ins Ausland zu verschieben.

- An weiteren Gemeinsamkeiten existiert mit BNFL wie mit COGEMA die gemeinsame Transportfirma NTL. Jedes Land bzw. Firma ist zu einem Drittel an dieser Firma beteiligt und dieser Firma allein obliegt der Transport abgebrannter Brennelemte aus der BRD zu den WAAs in La Hague und Sellafield.
- Die wesentliche langjährige Zusammenarbeit zwischen BRD und GB besteht in der Urenco. Urenco ist ein Gemeinschaftsunternehmen zwischen Niederlande, BRD und GB. Die Urananreicherungsanlagen in Almelo (NL), Capenhurst (GB) und Gronau (BRD) werden von dieser Gesellschaft betrieben. Wenn die Ausbaustufe in Gronau von heute 400 t auf 1.000 Jahrestonnen erreicht ist, werden von Urenco insgesamt 3.200 t Uran pro Jahr angereichert werden können.

2.3. Gemeinsamkeiten und gemeinsame Erklärungen:

In den gemeinsamen Erklärungen zwischen BRD und Frankreich vom 6.6.89 und zwischen BRD und Großbritannien vom 25.7.89 werden die bisher vielfältigen Geschäftsbziehungen im Wesentlichen nachgezeichnet und wohlwollend zur Kenntnis genommen. Im Prinzip erhält alles den offiziellen Stempel "Genehmigt". Darüberhinaus wird in bestimmten Bereichen eine engere Zusammenarbeit angesprochen. Dies betrifft unter anderem: Die MOX-Brennelementefertigung. Diesbezüglich existieren seit längerem detaillierte Ausbaupläne, die miteinander abgestimmt sind. Bis 1995 sollen in Europa 400 Tonnen/a an MOX-Kapazitäten zur Verfügung stehen. Hanau soll von heute 40 auf 120 Jahrestonnen ausgebaut werden, Dessel von heute 40 auf 80 t, Caderache von heute 10 auf 30 t (allerdings nur für den Schnellen Brüter), Marcoule von heute 0 auf 120 Tonnen, Sellafield von heute 0 auf 60 Tonnen (ein Konzept existiert allerdings noch nicht).

In der Frage der Urananreicherungskapazitäten sollen die Aktivitäten aufeinander abgestimmt werden. Zum einen wird es sicherlich darum gehen bei den eh bestehenden Kapazitäten Überkapazitäten zu vermeiden und zum anderen bei der gemeinsamen Arbeit an der Laser-Urananreicherung noch enger zusammen zu arbeiten.
In der Sache der Nukleartranporte existiert die bereits erwähnte Zusammenarbeit zwischen BRD, Frankreich und Großbritannien (Die Anteile an der Nuclear Transport LTD Risley (GB), Nuclear Transport Paris (F) und der NTL Hanau teilen sich BNFL, COGEMA und RSB je zu einem Drittel). Unter dem Gesichtspunkt, daß die Transporte in Zukunft noch erheblich zunehmen werden und ein wichtiges Bindeglied für das Funktionieren der atomaren Zusammenarbeit darstellen, vereinbart man jetzt von Staats wegen für einen reibungslosen Ablauf zu sorgen. Dieses ist natürlich in erster Linie auf mögliche Störungen und Behinderungsaktionen des AKW-Widerstandes gemünzt. Vermutlich will man hier zu gemeinsamen polizeilichen und anderen Sicherheitsmaßnahmen kommen.

In der Frage der Wiederaufarbeitung scheint es ohne große Probleme zu einem gegenseitigen Einverständnis gekommen zu sein, was sicherlich u.a. auch auf die langjährige Zusammenarbeit zwischen BRD, Frankreich und Großbritannien auf diesem Gebiet zurückzuführen sein dürfte.
Vielen vielleicht in Vergessenheit geraten, aber trotzdem existent ist und war die URG (United Reprocessors GmbH) als Gemeinschaftsunternehmen von COGEMA, BNFL und DWK. Jedes Unternehmen hat einen Drittel Anteil. Im Wesentlichen dient dieses Unternehmen dazu sich auf dem Gebiet des technischen Know-How auszutauschen.
Die jetzt eingetretenen Entwicklungen bauen sicherlich auf diese gemeinsamen Erfahrungen in der WAA-Technologie auf.

3. Die WAA - Kapazitäten werden bereinigt:

Wenn man die geplanten und existierenden WAA-Kapazitäten in Europa näher betrachtet, dann war das Aus der Anlage in Wackersdorf eine notwendige und logische Konsequenz. Berücksichtigt man den Stillstand des Ausbaus der Atomenergie in ganz Europa, dann haben sich Überkapazitäten an Wiederaufarbeitung ergeben. Die wesentlichen Planungen für die WAA erfolgten in den siebziger Jahren. Man ging von einem knapper werdenden Uranmarkt und einem ungehemmten Ausbau der Atomenergie aus und rechnete von daher auch mit einem entsprechenden Bedarf an WAA-Kapazitäten. Die Anlage in Wackersdorf war für den nationalen Bedarf geplant. Pro Jahr fallen in der BRD ca. 450 - 485 t an abgebrannten Brennelementen an. Wackersdorf mit 350 Tonnen/a projektiert, hätte diese Mengen zu einem guten Teil bewältigen können.

Frankreich hat zum einen die UP 2 Anlage mit 400t/a, die zur Zeit auf 800t/a erweitert wird und ab 1990 soll die UP 3 Anlage mit 800t/a in Betrieb gehen. Diese Anlage ist nur für ausländische Kunden gebaut und vertraglich im Wesentlichen durch bundesdeutsche und japanische Brennelemente zunächst ausgelastet. Das Finanzierungskonzept für UP 3 baut auf diese bestehenden Verträge auf. Mit Inbetriebnahme von Wackersdorf wäre sozusagen ein großer Kunde weggefallen. Will COGEMA also auch über die kontrahierten Mengen hinaus mit der UP 3 Anlage noch Geschäfte machen, bot sich folglich ein gutes Angebot an die deutschen EVUs an. Darüberhinaus planen die Japaner als zweiter großer Kunde der COGEMA

selbst eine WAA und müssen somit auf Dauer als unsicherer Kunde gelten. Zusätzlich scheint es bei der französischen EDF Diskussionen zu geben, ob man in Zukunft noch aufarbeiten lassen will. Die niedrigen Preise auf dem Uranmarkt lassen die Rückgewinnung von Uran und Plutonium ökonomisch zweifelhaft erscheinen.
Die BNFL baut in Sellafield die Anlage Thorp mit 1.200t/a. Diese Anlage droht unter den gegebenen Bedingungen genauso unterbelastet zu sein. Was lag also näher, als auch hier den Deutschen ein Angebot zu unterbreiten, um das WAA-Geschäft zu retten. Auch in GB scheint es Diskussionen zu geben, ob man in Zukunft die Brennelemente noch aufarbeiten lassen will.

dort geplant." Die direkte Beteiligung der deutschen EVUs an der Anlage in La Hague sichert den EVUs auch auf Dauer den Zugriff auf die Anlage. Einen guten Teil der Kosten für den Bau der UP 3 Anlage in La Hague müssen die EVUs eh tragen, weil sie die entsprechenden Verträge mit COGEMA abgeschlossen haben. (2.498 Tonnen laut bestehenden Verträgen für UP 3). Legt man den Preis zugrunde, den die französische EDF zur Zeit für die Aufarbeitung zahlen muß, nämlich 2.100 DM pro kg, dann müssen die deutschen EVUs für die 2.498 t kontrahierter Menge bei der UP 3 Anlage 5.245 Milliarden aufbringen.
Die zusätzlichen Vereinbarungen und Geschäfte mit BNFL sichern

Überblick über verhandene und geplante WAA-Kapazitäten weltweit (Stand 1988)

Bezeichnung	Land	Betriebs-beginn	Brenn-elemente	Kapazität t_{SM}/a Zugang	Bestand
La Hague UP2	Frankreich	1966	MAGNOX, LWR	400	400
WAK	BRD	1971	LWR	35	435
Toika Mura	Japan	1977	LWR	210	645
Tarapur	Indien	1978	LWR	100	745
La Hague UP 3	Frankreich	1989	LWR	800	1545
Kalpakkam	Indien	1990	HWR	125	1670
La Hague UP2-800	Frankreich	1992	LWR	+ 400	2070
Sellafield Thorp	Großbritannien	1992	LWR	1200	3270
Rokkashomura	Japan	1995	LWR	800	4070
Wackersdorf	BRD	1997	LWR	350	4420

SM = Schwermetall

3.1. Die ökonomischen Vorteile der Aufgabe von Wackersdorf

Die WAA in Wackersdorf hätte nach letzten Kalkulationen mindestens 10 Milliarden DM gekostet. Die Aufarbeitung in La Hague wird nach allen Aussagen über die Kosten wesentlich billiger. Selbst wenn jetzt der Bau der UP 3 Anlage wesentlich teurer als ursprünglich geplant kalkuliert wird, bleibt ein enormer Kostenvorteil. Bennigsen-Förder sagt in der Zeitschrift
Sieg-Tech vom 3.8.89 dazu: "Denn längerfristig wird je Jahr die Wiederaufarbeitung um rund 1,5 Milliarden billiger als für Wackers-

Aufarbeitung in La Hague:

1. Die Nutzung der UP-2 Anlage (400 t/a) für LWR-BE

Verträge mit der BRD:	ursprünglich	681 t
	Übernahme von schwedischen BE im Tausch für MOX	55t
	Vertragserg.	786 t
	zusammen	1522 t

Preise: kg = 2.100 DM; 1522 t = 3,19 Mird. DM

Stand der Aufarbeitung in der UP 2-Anlage:

aus Frankreich	541 t
aus BRD	1500 t (Stand 31.12.1988 lt. Bundesregierung)
andere	638 t
zusammen	2652 t davon 60 % Anteil BRD-Brennelemente

die EVUs bzgl. WAA-Kapazitäten vollends ab. Gleichzeitig scheint man beide Partner gegeneinander ausspielen und so den Preis drücken zu können. Denn die jetzt insgesamt anvisierten Mengen gehen über den eigenen Bedarf hinaus.
Während die COGEMA und BNFL auf diesen Deal mit der BRD eher angewiesen sind, fallen für die deutschen EVUs nur Vorteile ökonomischer Art ins Gewicht. Gleichzeitig behalten die Deutschen bei dieser Art der Vereinbarung den Zugriff auf die großtechnische Nutzung der WAA und das entsprechende Know-How. Mit Blick auf den EG-Binnenmarkt, der auch den Strommarkt öffnen wird, ist es für die deutschen EVUs wichtig ihren Strompreis runterzuschrauben, um die Konkurrenz mit dem französischen Atomstrom aufnehmen zu können. Der Verzicht auf die nationale WAA ermöglicht es den EVUs zumindest in ihrer Kalkulation den Strompreis nach unten zu korrigieren. Ob davon eher die Großkunden profitieren oder auch die Einzelhaushalte ist eine andere Sache. Für die EVUs sind die Großkunden von Interesse, weil die auf billigen Atomstrom aus Frankreich spekulieren und damit versuchen die EVUs unter Druck zu setzen.

3.2. Die politischen Vorteile der Aufgabe von Wackersdorf

- Die Realisierung der Anlage in Wackersdorf hätte auch in den nächsten Jahren die Diskussion um die Atomenergie in der BRD weiterhin wesentlich bestimmt.
- Aufgrund der politischen Diskussion hätten längere juristische Auseinandersetzungen die Fertigstellung der Anlage über einige Jahre hinausgezögert und zusätzlich verteuert.
- Die Gegnerschaft der SPD zur WAA hätte möglicherweise unter einer SPD-Regierung die gesamte Atomenergienutzung wegen juristischer und politischer Implikationen ins Wanken gebracht.
- Die Aufgabe von Wackersdorf dürfte der Atomenergiediskussion einigen Wind aus den Segeln nehmen, wo sich doch der Wider-

stand sehr stark auf die WAA bezogen hat. Ohne Wackersdorf läßt sich das leidige Akzeptanzproblem zumindest entschärfen.
- Ohne Wackersdorf eröffnen sich innenpolitisch und energiepolitisch neue Spielräume für einen Konsens mit SPD und anderen gesellschaftlichen Gruppen.
- Die Diskussionen in den letzten Wochen zeigen, daß mit der Aufgabe von Wackersdorf die festgefahrenen energiepolitischen Diskussionen wieder in Bewegung geraten sind und die Betreiber jetzt auf eine dauerhafte Bestandssicherung der laufenden Anlagen spekulieren.

3.3. Bedeutet das Aus von Wackersdorf den ersten Schritt hin zum gänzlichen Verzicht auf die WAA?

Hält man sich die Rücktrittsklausel im
Memorandum of Unterstanding der VEBA mit der COGEMA vor Augen, dann bietet sich dieser Gedankengang an. Dort heißt es unter anderem: "Falls aufgrund der deutschen Rechtslage Wiederaufarbeitung und/oder der Gebrauch von wiederaufbereitetem Material in Deutschland verboten ist und/oder deutsche Nuklearanlagen mit einer Kapazität von mehr als 2.000 MW aus politischen Gründen geschlossen werden:
1. würde VEBA das Recht haben, sich aus dem gemeinsamen Unternehmen zurückzuziehen ;..." Bei realistischer Betrachtungsweise müßten in den nächsten zehn Jahren mindestens die AKWs Würgassen, Stade, Brunsbüttel und Obrigheim mit einer Kapazität von ca. 2.500 MW stillgelegt sein. Ob die Rücktrittsklausel allerdings auch wegen technischer Gründe gilt, ist mit nicht klar. Es kann natürlich auch passieren, daß die SPD zum Beweis ihrer Glaubwürdigkeit bei einer Regierungsübernhmae diese alten Reaktoren opfert. Eigentlich müssen also die EVUs davon ausgehen, daß sich die MW-Zahl an Atomenergie in den nächsten Jahren zwangsläufig verringern wird. Bedeutet diese Klausel nun das Offenhalten von anderen Optionen wie z.B. die direkte Endlagerung oder handelt es sich um eine Absicherung, falls die Atomenergie doch keine Perspektive mehr hat? Zu bedenken gilt ja schließlich auch, daß sich die SPD vehement für eine direkte Endlagerung stark macht und gegen die Plutoniumwirtschaft ausspricht, was ja auch die MOX-Brennelemente betreffen müßte.

---

2. UP 3- Anlage in La Hague, Betriebsaufnahme 1990

Insgesamt sind kontrahiert:	7000 t = 100 %
für BRD:	2498 t = 36 %
Für Japan:	2567 t = 37 %
andere (CH, S, NL, B):	1935 t = 27 %

PreisKalkulation: Grundlage 2.100 DM7kg

Total: 4000 t x 2.100 DM/kg = 14,7 Milliarden DM
BRD: 2498 t x 2.100 DM/kg = 5,24 Milliarden DM
Japan: 2567 t x 2.100 DM/kg = 5,39 Milliarden DM
Andere: 1935 t x 2.100 DM/kg = 4,07 Milliarden DM

BRD hat total über UP 2 und UP 3 4022 t abgebrannter Brennelemente kontrahiert.
Insgesamt müssen deutsche EVUs für diese Menge 8,43 Milliarden DM zahlen.

3.4. Wird mit Wackersdorf auch die Option der BRD auf die Bombe aufgegeben?

Wir haben jahrelang argumentiert, daß sich die BRD mit Wackersdorf die großtechnische Option auf die Bombe verschafft. Dieses stimmt sicherlich insofern, als über eine großtechnische Wiederaufarbeitung auch die entsprechenden Plutoniummengen zur Verfügung stehen. Allerdings hat die BRD auch ohne Wackersdorf die notwendige Technik und das notwendige Material, um in die Bombenproduktion einzusteigen. Dafür steht seit Jahr und Tag die WAA und die Technik in der Kernforschungsanlage Karlsruhe. Dort wird ausreichend Plutonium gewonnen, um sich in den Besitz der Bombe zu bringen. Vielleicht haben wir uns mit der engen argumentativen Verquickung "Wackersdorf gleich die Bombe" den Blick auf die Europäisierung verstellt, wie sie sich jetzt abzeichnet.
Für die BRD stellt sich jetzt unter den bisher vereinbarten und beabsichtigten Plänen in Sachen WAA eher das Problem, wie trotzdem die entsprechende Technologie in der BRD erhalten werden kann. Angesichts geplanter völkerrechtlicher Verträge und beabsichtigter enger Kooperation auch in der Frage der technologischen Weiterentwicklung der Wiederaufarbeitungstechnik müßte eine eigenständige Entwicklung eigentlich überflüssig geworden sein, wenn es nicht doch die Ambition auf die Bombe gäbe. Wie bedacht die Bundesregierung auf diese eigenständige Weiterentwicklung ist, zeigt sich an der Aufforderung an die Elektrizitätswirtschaft für eine eigenständige Technologie Sorge zu tragen. Die veraltete Anlage in Karlsruhe soll in den neunziger Jahren geschlossen werden und jetzt muß ein Nachfolgeprojekt her. Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung vom 6.6.89 mahnte die Bundesregierung die EVUs an und sprach ihre Erwartung aus, daß
"die Unternehmen der Elektrizitätsversorgungswirtschaft kurzfristig ein technisches und finanzielles Konzept zur Fortentwicklung der Wiederaufarbeitungstechnologie in der BRD erstellen." Frankreich hat für den militärischen Zweck seine Anlagen in Marcoule mit der UP 1 und den anderen Anlagen, die für militärische Zwecke genutzt werden. Großbritannien hat seine Anlagen in Windscale und Dounreay, und warum sollte die BRD da zurückstecken, wo doch bereits 1995 der Nichtweiterverbreitungsvertrag ausläuft.

Die großtechnischen Anlagen in La Hague und Sellafield können allerdings ursächlich als Argument für militärische Ambitionen nicht herhalten. Was stimmt, ist, daß dort Plutonium zurückgewonnen und herausgefiltert wird, und davon wird die BRD dann entsprechend ihrer gelieferten Brennelemente ihr Plutonium bekommen.

4. Der europäische Strommarkt und die Grenzen des Wachstums

Bisher war der Strommarkt mehr oder weniger in den jeweiligen nationalstaatlichen Grenzen organisiert und aufgeteilt. Zwar gibt es auch schon bisher Austausch von Strom, der aber nur auf klarer vertraglicher Basis und mit Einverständnis der EVUs vonstatten gehen kann. So gibt es z.B. einen Beteiligungsvertrag des Badenwerkes mit der EDF. Dadurch hat sich das Badenwerk Strom aus Cattenom gesichert. Doch mit Näherrücken des EG-Binnenmarktes wird auch der Strom über die Grenzen hinweg frei fließen. Diese Tatsache wird sich nicht aufhalten lassen, so mußten auch die deutschen EVUs einsehen, daß sich ihre monopolistischen Vorteile auf Dauer nicht werden halten können. Entsprechende Richtlinien der EG-Kommission sind in Vorbereitung. Mitte Juli 89 wurde eine Richtlinie auf den Tisch gelegt, die den Transit von Strom aus Frankreich nach Portugal über das spanische Leitungsnetz ermög-

licht. Weitere Richtlinien dieser Art werden sicherlich folgen. Besonders die Franzosen drängen mit ihrem Atomstrom in den Export. In Frankreich werden 70 % des Stroms aus AKWs produziert und es bestehen reichlich Überkapazitäten. Die EDF bietet ihren Strom zum günstigen Preis an, der für stromintensive Betriebe wie BASF oder Bayer den französischen Atomstrom interessant macht. Die deutschen EVUs produzieren auch zuviel Strom, ca. 40 % Überkapazitäten, und wollen ihn natürlich verkaufen.
Wenn man dann noch berücksichtigt, daß die Stromverbrauchszuwächse in den letzten Jahren minimal bzw. stagnierend waren, dann kann es heute nur darum gehen, sich den vorhandenen Markt aufzuteilen und dort seine Überkapazitäten loszuwerden. Die EDF verfolgt das mit einer aggressiven Exportpolitik, die sie vermutlich wegen ihrer Verschuldung in Höhe von 70 Milliarden DM auch nötig haben. Dabei tut der hohe Anteil der Atomenergie das Seinige. Die teuren und kapitalintensiven AKWs müssen Strom produzieren und der muß verkauft werden, wenn sich die Investitionen amortisieren sollen. Die deutschen EVUs sind mit ihren Überkapazitäten und relativ hohem Anteil an Atomenergie in einer ähnlich mißlichen Lage. Die Lieferung von Strom z.B. in die DDR über das neue Leitungsnetz wird den Druck aus dem Westen vermutlich nicht wettmachen können. Unter dem drohenden ruinösen Wettbewerb mit französischem Atomstrom mußten sich die EVUs etwas einfallen lassen. Einerseits unter dem Druck der einheimischen stromintensiven Industrie, die ständig mit dem Direktbezug französischen Atomstroms drohte und andererseits durch die Aussicht des Binnenmarktes in der Bedrouille, bot es sich an mit den Franzosen zusammenzuarbeiten und sich den europäischen Markt zu teilen und sich so wenig wie möglich in die Quere zu kommen. Bereits im Winter 88 war von der EDF zu vernehmen, daß sie nicht gewillt sei gegen den Widerstand deutscher EVUs Strom in die BRD zu liefern. Wenig später war von den EVUs zu hören, daß sie sich vorstellen

könnten als Händler französischen Stroms zu agieren. Somit würden sie ihr Gebietsmonopol wahren.
Eine Kooperation auf den verschiedenen Gebieten bindet beide Partner aneinander und ist evtl. in der Lage der Konkurrenz die Schärfe zu nehmen. Gemeinsame WAA, gemeinsame Regelung des Brennstoffkreislaufes, möglichst geringe Konflikte bei der Stromlieferung. Lieber sich gemeinsam den vorhandenen Markt teilen als sich gegenseitig in die Pfanne zu hauen. Und trotzdem bleibt das Bemühen der deutschen EVUs sich im Vergleich zum französischen Strom konkurrenzfähig zu halten. Dafür müssen in der BRD allerdings einige Faktoren, die den Strompreis belasten, bereinigt werden. Dieses betrifft vor allem die Steinkohle.

5. Das Tauziehen um die deutsche Steinkohle

Die deutschen EVUs wollen weg vom Jahrhundertvertrag, der sie verpflichtet nach den jetzt noch geltenden Vereinbarungen jährlich ca. 40 Millionen Tonnen Steinkohle zu verstromen. Das Prinzip der Kohlesubvention über den Kohlepfenning, der auf jede Kilowattstunde aufgeschlagen wird, soll nach den Vorstellungen der EVUs verändert werden. Die EVUs wollen maximal noch 20-30 Millionen Tonnen verstromen und eine Subvention über direkte Mittel aus dem Bundes- und Landeshaushalt erreichen. Damit würde z.B. auch der Atomstrom nicht mehr belastet und der Strompreis könnte um den Kohlepfennig reduziert werden. Somit könnten die EVUs preislich schon annähernd mit dem französischen Atomstrom gleichziehen. Das immer wieder mobilisierte Bündnis Kohle und Kernenerige zeigt sich bei diesen Überlegungen in seinem wahren Gesicht. Dieses Bündnis hat der Steinkohle den Garaus gemacht. Statt Steinkohle wollen die EVUs die billigere Importkohle bei Bedarf einsetzen. Grundsätzlich bietet das weitere Herunterfahren der verstromten deutschen Steinkohle der Atomenergie einen breiteren Raum. Hier sind zur Zeit die Investitionen getätigt und Kapazitäten vorhanden, die genutzt werden müssen, wenn sich das investierte Kapital amortisieren soll. Bei der Kohlerunde am 19.7.89 hat man sich immerhin schon soweit verständigt, daß nach Auslaufen des Jahrhundertvertrages 1995 die Abnahmeverpflichtung der EVUs runtergefahren wird und somit langfristig der Anpassungsprozeß im Kohlebergbau vollzogen werden kann, was nichts anderes als Umstrukturierung und Personalabbau bedeutet. Im Ergebnis hat dann die Atomenergie die Kohle bis auf einen Restbestand verdrängt. Den EVUs schwebt vor, daß sie einen Teil der noch zu verstromenden Kohlemenge als Mittellast bei den Franzosen absetzen können. Sozusagen als Gegenleistung für den französischen Atomstrom, der in die BRD reingelassen wird. Das ist halt Europäisierung im Energiebereich, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Atomenergie.

6. Ist das Ende der Atomenergienutzung gekommen?

Weltweit ist der Ausbau der Atomenergie zur Zeit mehr oder weniger zum Erliegen gekommen. In der BRD sind zur Zeit keine neuen AKWs projektiert. Darüberhinaus dürfte die Generation der großen 1.3000 MW-Reaktoren keine Zukunft mehr haben. Der Strommarkt ist gut gesättigt und nach Einschätzung der EVUs dürfte vor Mitte bis Ende der neunziger Jahre eine Entscheidung über Neubauprojekte nicht anstehen.
In Frankreich hat EDF ihr Ausbauprogramm reichlich überreizt und tritt nun voll auf die Bremse. 55 Reaktoren sind in Betrieb und weitere acht noch in Bau. Auch hier heißt es jetzt von Seiten der EDF, daß möglicherweise vor 2000 kein neues Projekt begonnen werden muß, wenn die Stromverbrauchszahlen weiter stagnieren oder sogar rückläufig sind. In den anderen europäischen Ländern ist auch kein nennenswerter Ausbau der Atomenergie zur Zeit geplant. Die heutige Situation ist das Ergebnis der falschen Prognosen über die Stromzuwächse. Im Moment geht es darum den vorhandenen Bestand an Atomanlagen zu retten und in Betrieb zu halten. Es ist sozusagen die Phase der Stagnation. Darauf richten sich die Stromversorgungsunternehmen im Rahmen der EG ein. Deshalb werden die WAA-Kapazitäten bereinigt, werden im gesamten sogenannten Brennstoffkreislauf die vorhandenen Kapazitäten angepaßt und europäisch geregelt.
Das Ende der Atomenergienutzung ist trotzdem nicht zwangsläufig gekommen. Die heutige Anpassung an die Realitäten und die engere Kooperation der großen Atomenergieanwender wie Frankreich, Großbritannien und BRD dient auch gleichzeitig dazu die Stagnation zu überwinden und für die weitere Zukunft zu planen.
Die EVUs sind bereit der Atomindustrie treu zu bleiben. Zum einen machen sie sich die Argumentation der ökologischen Atomenergie zu eigen, indem mit Verweis auf das Klimaproblem und die CO_2Problematik auf die Vorteile der Atomenergie verwiesen werden. Dabei wird ein neues Bündnis gepredigt: Energieeinsparen, Einsatz und Entwicklung regenerativer Energien für den Restbedarf und Atomenergie.
Hier ist im übrigen von Seiten der Anti-AKW-Bewegung dringend Handlungsbedarf. Den landauf, landab von der Atomlobby gelieferten Argumenten in Sachen Klima und CO_2 ist argumentativ fundiert etwas entgegenzusetzen.
Man rechnet unter diesem Gesichtspunkt mit einer Renaissance der Atomenergie. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß laut Meldung der FAZ v. 21.7.89 die Bayernwerke, die Isar-Amperwerke und die Preussen-Electra beschlossen haben der Siemens-KWU den Auftrag für einen Druckwasserreaktor bzw. für einen entsprechenden Konzeptentwurf in Höhe von 36 Millionen DM zu erteilen. Von daher müssen die EVUs auch ganz zuversichtlich

sein, was die weitere Nutzung der Atomenergienutzung angeht. Dieser Auftrag ist sicherlich auch als kleiner Ausgleich für Siemens-KWU zu verstehen, denen mit der Aufgabe von Wackersdorf ein dicker Auftrag verloren gegangen ist und es hilft der Atomindustrie, also den Kraftwerkserbauern die Durststrecke zu überstehen.

7. Die Zukunft der Atomkraftwerksindustrie

"Die deutsche kerntechnische Industrie befindet sich in einer ihre Existenz bedrohenden Situation und dies, obwohl ...". Mit diesem Einleitungssatz eröffnete Herr Baust, neuer Geschäftsführer der HTR GmbH auf der diesjährigen Jahrestagung Kernenergie sein Referat. Die bereits oben beschriebene Stagnation im Atomenergiesektor trifft natürlich besonders die Anlagenerbauer. Wegen der Situation sind sie dazu übergegangen zu kooperieren oder gemeinsame Firmen zu gründen. Auf alle Fälle erfolgt ein Kapazitätsabbau. Zwar wird auf den Exportmarkt spekuliert, doch die in Betracht kommenden Länder haben nicht das nötige Geld, um sich ein AKW zu kaufen und diese Länder haben in der Regel den Nichtweiterverbreitungsvertrag nicht unterschrieben. Bis irgendwann die herbeigewünschte Renaissance der Atomenergie kommt, versucht man

das technische Know-How über die Runden zu retten. Denn schließlich muß man ja auch noch gegen die Konkurrenz aus Japan und USA antreten. Die Bilanz der Kooperationen und Zusammenschlüsse hat bisher u.a. folgende Ergebnisse gebracht. Siemens-KWU und ABB haben sich in der HTR-Technologie zusammengetan. Die großen Hoffnungen auf das Geschäft mit dem Osten scheint sich nicht zu realisieren. Das Geschäft mit der UDSSR läuft nicht wie gewünscht, da die UDSSR Devisenprobleme hat. Unter diesen Bedingungen sollte es nicht überraschen, wenn die bundesdeutsche Atomlobby auf das Angebot aus der UDSSR vom Sommer 1988 eingeht und sich die HTR-Technologie mit der Abnahme von deutschem Atommüll durch die UDSSR bezahlen läßt.
Im Bereich der Druckwasserreaktoren haben sich jetzt Siemens-KWU und Framatome zusammengetan, um gemeinsam den noch vorhandenen Weltmarkt zu erschließen. Siemens-KWU hat im Ausland keinen nennenswerten Auftrag mehr und Framatome kann ein ähnliches Leid klagen. Darüberhinaus erhält Framatome momentan von der EDF keine neuen Aufträge mehr. Womit noch Geld zu machen ist, sind die Dienstleistungen diverser Art an den laufenden AKWs weltweit. Mit der neuen NPI wollen Framatome und Siemens-KWU gemeinsam den Markt für neue Anlagen erschließen. Gemeinsam ist man in der Lage die Kreditmöglichkeiten im Ausfuhrgeschäft zu optimieren und vor allem man erspart sich kostspielige Doppelentwicklungen in der Anlagentechnik, wenn jetzt gemeinsam ein Druckwasserreaktor für den Export entwickelt wird. Gesundschrumpfen und Kooperation heißt die Devise und gleichzeitig ist überall zu verzeichnen, daß die betroffenen Firmen ihren Tätigkeitsbereich immer stärker diversifizieren und den nuklearen Geschäftsanteil immer stärker abbauen.

So gesehen haben nicht nur die EVUs aus der Not eine Tugend gemacht und sich stärker auf gemeinsame Geschäfte mit Frankreich und GB verlegt, um die eigene Haut zu retten, sondern auch die Kraftwerksindustrie hat nachgezogen oder einfach im Falle Siemens-KWU/Framatome Ausschau nach einem kompetenten Partner gehalten. Es ist nicht auszuschließen, daß sich in diesem Bereich die Zusammenarbeit und Firmenkooperation noch verstärken wird. In der gemeinsamen Erklärung zwischen Frankreich und BRD wird das z.B. für den Bereich der HTR-Technologie explizit angesprochen.
Betrachtet man nun all diese Entwicklungen, dann wird deutlich, daß sich die Europäisierung in der Atom und Energiewirtschaft bereits in weiten Teilen realisiert hat und nicht mit dem VEBA-GOGEMA Vertrag vom April 89 ihren Anfang genommen hat. Während das Kapital, die EVUs und die Atomindustrie an der Internationalisierung seit langem basteln, war die Politik noch immer in ihren nationalstaatlichen Vorstellungen verhaftet.

8. Das Primat der Politik

Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen sehr deutlich, daß die Energie- und Atomindustrie sich nach ihren Bedürfnissen organisiert und die Politik irgendwann auf den Plan gerufen wird, um den mehr oder weniger vollzogenen Maßnahmen einen rechtlichen und politisch sanktionierten Rahmen zu geben.
"Provinzialismus geht nicht mehr", sagt Herr Bennigsen-Förder und die bundesrepublikanische Energiepolitik müsse sich in ein integriertes europäisches Konzept einfügen, fordert Herr Christians von der Deutschen Bank. Mit dieser direkten Aufforderung zum Handeln in der Tasche wird dann plötzlich große Politik gemacht. Die Bundesregierung berät, Atomminister Töpfer darf und muß mit den Franzosen und Engländern verhandeln. Alles wird groß in Szene gesetzt, so als ob etwas ganz neues dabei herauskommen würde. Bei näherer Betrachtung ist die Politik lediglich Erfüllungsgehilfe der Industrie. Die Politik muß den Lauf der Dinge politisch und rechtlich absichern. Was sich sozusagen wildwüchsig ergeben hat, muß von der Politik einen Ordnungsrahmen verpaßt bekommen. Die Politik hat die Aufgabe die unterschiedlichen Interessen von Energie- und Atomindustrie miteinander in Einklang zu bringen. Sie hat darauf zu achten, daß gesamtstaatliche Interessen gewahrt werden und vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß die Geschäfte und Interessen der Kapitale gegen unliebsame Gegner geschützt werden.

8.1. Rückblick auf den sogenannten TN-Skandal

Ich behaupte, daß die Molfässer ein willkommener Aufhänger waren, um notwendige Umstrukturierungen in der deutschen Atomindustrie einzuleiten. Die Neuorganisation, die sich Töpfer damals als seinen Verdienst, als seine Idee zu eigen machte, lief ohne Reibungsverluste und ohne Widerstand aus der Atomindustrie. Die Schiebereien mit den radioaktiven Abfällen waren bereits seit Monaten bekannt und Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen. Aber die Industrie selbst bestimmte dann kurz vor Weihnachten 1987 den Zeitpunkt, wo die Angelegenheit Gegenstand öffentlicher Diskussion wurde. Erst in dem Moment, wo hinter den Kulissen die Umstrukturierung geklärt war, wurde die Öffentlichkeit eingeschaltet.
Einerseits wurde der Brennstoffmarkt neu geordnet. Nukem gab den Bereich in der BRD auf. Siemens ist jetzt allein zuständig für den Brennelementemarkt. War das nicht bereits eine Anpassung an den enger werdenden Markt und Voraussetzung, um auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu sein? Das eigentliche Problem der atomaren Abfälle wurde zwar nicht gelöst, lediglich die Vorschriften geändert, sodaß heute die gleiche Menge PU in den Fässern sein darf, aber eben ganz legal. Ansonsten wurde den Betreibern der Atomanlagen das Abfallproblem zur Verantwortung gegeben. Man weiß zwar nach wie vor nicht wohin mit den schwach- und mittelaktiven Abfällen, weil kein Endlager zur Verfügung steht, aber immerhin wird jetzt alles unter einer Regie "sauber" gestapelt. Darüberhinaus war es eine gute Gelegenheit, um endlich die Kompetenzen im Atombereich weiter zu zentralisieren. Die Bundesatombehörde wurde durchgesetzt und kann jetzt

die Interessen der Atomindustrie viel besser vertreten. Gleichzeitig soll es ein schlagkräftiges Instrument sein, um die Endlagerprojekte durchzusetzen. Einiges an Kompetenzgerangel in den eigenen Reihen soll umgangen werden und die Realisierung solcher Projekte wie die Endlager effektiviert werden. Unter der Aussicht einer Europäisierung bzw. Internationalisierung könnte so eine zentrale Behörde längerfristig sicherlich von Vorteil sein. Im Kontext einer Europäisierung sind die Kompetenzen der einzelnen Länderbehörden eher störend denn fördernd.

8.2. Völkerrechtliche Verträge als Novum

Entscheidend ist jedoch und das ist neu und verändert die Bedingungen des Widerstandes aus bundesrepublikanischer Sicht in ganz entscheidendem Maße: Die Europäisierung wird jetzt rechtlich verbindlich geregelt. Die Absicht für alle Aktivitäten völkerrechtliche Verträge zu schließen, muß zwangsläufig die Ausstiegsdiskussion in der BRD beeinflußen. Wenn diese Verträge abgeschlossen sind, dann kann man vermutlich nationale Ausstiegskonzepte getrost auf den Müllhaufen der Geschichte werfen. Auf der Basis völkerrechtlicher Verträge dürfte es den einzelnen Staaten fast unmöglich sein aus der Atomenergienutzung auszuscheeren. Mit der Europäisierung wird die Atomenergienutzung auf Dauer festgeschrieben. Die Atomlobby sichert ihre Existenz so auf Dauer ab und sichert sich im Prinzip schon heute ihre Zukunftsoption. Auch eine SPD-Regierung wird an solche völkerrechtlichen Verträge gebunden sein. Die Absicht, die Zusammenarbeit längerfristig auf EURATOM-Basis zu regeln, wenn dieses die Zusammenarbeit erleichtern würde, würde nationalstaatlichen Alleingängen erst recht keinen Spielraum mehr lassen. Mit den jetzt getroffenen Vereinbarungen, die allerdings alle noch in konkrete Verträge gegossen werden müssen, stellt sich die Politik voll und ganz hinter die Atomindustrie. "Die Regierungen werden dafür Sorge tragen, daß der Abschluß der Verträge und ihre reibungslose Durchführung auf den von den Industriepartnern vorgesehenen Grundlagen und innerhalb der entsprechenden Fristen erleichtert wird", heißt es u.a. in der deutsch-französischen Erklärung. Einen größeren Blankoscheck kann keine Regierung der Atomwirtschaft ausstellen. Ich denke, wenn es jetzt nicht gelingt, diesen Absichten in irgendeiner Art und Weise einen Riegel vorzuschieben, werden wir auch noch in 20 Jahren den Ausstieg fordern und keinen Schritt weiter gekommen sein.
Die Konsequenzen völkerrechtlicher Verträge und Regelungen auf EURATOM-Basis bedürfen unsererseits dringlich einer Klärung, weil sie m.E. in der politischen Diskussion um die Europäisierung von sehr großer Bedeutung sind.

9. Europäisierung der Endlager

Auch wenn in den jetzt getroffenen Vereinbarungen immer wieder betont wird, daß die radioaktiven Abfälle in nationalstaatlicher Verantwortung bleiben bzw. zurückgeführt werden sollen, darf man dem m.E. keinen allzu großen Glauben schenken. Während auf allen Sektoren des sogenannten Brennstoffkreislaufes eine Europäisierung vereinbart wird, drückt man sich um den Komplex Entsorgung mit halbherzigen und lauwarmen Erklärungen herum. Es scheint fast so, als müsse für diesen Komplex noch eine Schamfrist gewährt werden. Liest man allerdings die gemeinsame deutsch-britische Erklärung zur Nuklearzusammenarbeit vom 25.7.89, dann wird dort schon eine klarere Sprache gesprochen. Dort heißt es u.a. unter dem Punkt Wiederaufarbeitung: "In diesem Zusammenhang werden die britische und deutsche Regierung der Rückführung der bei Lagerung, Wiederaufarbeitung, Entsorgung und Stillegung im Zusammenhang mit den bestrahlten Brennelementen entstehenden Abfälle und Spaltstoffe in die Bundesrepublik keine Hindernisse entgegensetzen." Im Grunde genommen kann das nichts anderes heißen, daß auch ganze Anlagenteile der WAA-Sellafield zur Endlagerung in die Bundesrepublik verbracht werden. Andererseits ist es allerdings auch so, daß man für die Lösung der Endlagerung nirgendwo in Europa ein konkretes und ausgereiftes Projekt anbieten könnte. Weder Frankreich, Großbritannien, noch die BRD haben dafür bisher eine Lösung gefunden. Hier wie da ergibt man sich in Hoffnungen. Darüberhinaus stellt die Frage der atomaren Abfälle in allen Ländern ein gravierendes Akzeptanzproblem dar. Vermutlich wird es so sein, daß dort, wo zuerst ein Endlager zur Verfügung steht, dieses auch gemeinsam in Anspruch genommen wird. Dabei muß man sicherlich zwischen schwach- und mittelaktiven Abfällen auf der einen Seite und hochaktiven Abfällen auf der anderen Seite unterscheiden.

9.1. Schwach- und mittelaktive Abfälle

In Frankreich lagert man diese Abfälle oberflächennah vergraben in der Nähe von La Hague. In Soulaines in der Nähe von Paris ist ein großes Endlager in Bau, welches 1 Millionen m³ Abfälle aufnehmen soll. Darüberhinaus sind die Franzosen an einem Forschungsprojekt beteiligt, welches die Lagerung unter dem Meeresboden untersucht. Die Engländer haben für schwach- und mittelaktive Abfälle zur Zeit kein neues Lager. Bis Anfang der achtziger Jahre haben sie die Sachen munter in der See versenkt. Ein oberflächennahes Endlager im Nordwesten Großbritanniens an der irischen See wird wegen zu großer Verseuchung

der irischen See nicht weiterbeschickt. Seit 1986 hat man drei Standorte mit Tonformationen für ein Endlager auserkoren und wieder aufgegeben. Jetzt beabsichtigt man bei Sellafield und Dounreay ein Endlager zu errichten. Diese Standorte sollen wegen der eh vorhandenen Atomanlagen am Akzeptanzfähigsten sein. In der BRD wartet die Atomindustrie sehnsüchtig auf die Inbetriebnahme von Schacht Konrad.
Falls Konrad und in Frankreich die geplanten Projekte realisiert werden sollten, würden sie jeweils sicherlich genug Volumen hergeben, um Müll aus anderen Ländern aufzunehmen. Ob das dann auch so realisiert wird, ist im Moment schwer zu beantworten. Immerhin hat Herr Straßburg von der DWK auf der diesjährigen Wintertagung des deutschen Atomforums angeregt, über die Europäisierung der Entsorgungseinrichtungen nachzudenken. Er könne sich wie im Bereich des Sondermülls einen Tausch von Abfallkontingenten vorstellen.
Ich denke, daß sich in dieser Frage noch einiges entwickeln wird. Schließlich wurde gemäß den deutsch-französischen und deutsch-britischen Erklärungen jeweils einer Arbeitsgruppe der Auftrag erteilt, sich über die Abfallbehandlung, Konditionierung etc. Gedanken zu machen. Die Abfallendlagerung ist ein besonderer Punkt des gemeinsamen Interesses. In 18 Monaten sollen von diesen Arbeitsgruppen erste Ergebnisse vorgelegt werden. Unbenommen davon wird man aber in der BRD sicherlich nicht auf die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen warten und so lange die Finger von Schacht Konrad lassen. Dafür drängeln die Sorgen im Bereich der Abfallberge zu sehr. Eine Europäisierung im Bereich der hochaktiven Abfälle scheint mir dagegen noch wahrscheinlicher zu sein.

9.2. Die hochaktiven Abfälle

Für die Lösung der Endlagerung hochaktiver Abfälle gibt es seit Anfang der achtziger Jahre ein gemeinsames Projekt auf EG-Ebene. Das sogenannte Projekt PAGIS. Im Rahmen dieses Projektes werden von den einzelnen Ländern arbeitsteilig vier Formationen auf ihre Tauglichkeit untersucht. Salz, Granit, Ton und Meeresboden. Die bisherigen Aussagen sind nach wie vor nicht besonders aussagekräftig. In Frankreich will man jetzt ein Labor in Granit im Zentralmassiv einrichten. Die Belgier haben ein unterirdisches Labor in Ton bei Mol. Franzosen und Engländer untersuchen bestimmte Meeresregionen auf ihre Tauglichkeit für die Endlage-

rung. Die Deutschen versuchen sich in Salz. Auf einer Tagung Ende Juni in Madrid war man nicht bereit, Aussagen darüber zu treffen, welche Formation denn jetzt die geeignetste sei. Letztendlich wird man aber zu gemeinsamen Lösungen finden müssen, so wurde es auch von den anwesenden Herrschaften in Madrid diskutiert. Die BRD baut am Endlager Gorleben und könnte womöglich das erste Land sein,welches ein Endlager zur Verfügung hat. Die Versuche in der ASSE mit hochaktiven Abfällen laufen mit europäischer Unterstützung. Zumindest ist aus den Strukturen erkennbar, daß die Endlagersuche und -forschung im europäischen Kontext koordiniert verläuft. Warum sollte dann irgendwann eine gemeinsame Nutzung ausgeschlossen sein? Allein schon aus Akzeptanzgründen traut man sich heute noch nicht diesbezglich eine europäische Lösung zu propagieren. Die Bestrebungen und Vereinbarungen jetzt in gemeinsamen Arbeitsgruppen die Sicherheitsstandards und Normen anzugleichen, weisen m.E. auf eine künftige enge Zusammenarbeit und gegenseitige Inanspruchnahme von Endlagerkapazitäten hin. Bereits auf der oben erwähnten Wintertagung des deutschen Atomforum wurde eine Freigabe der Endlager Gorleben und Konrad für ausländischen Atommüll diskutiert. Von Ministerialdirektor Hohlefleder aus dem BMU gab es zu dieser Diskussion nur halbherzige Bedenken. Er bemängelte die bisher unterschiedlichen Sicherheitsstandards und von daher sei so eine Perspektive für die Bundesregierung kaum denkbar.
Sicherheit muß immer vor Marktwirtschaft gehen, so das eindeutige Dementi von Herrn Hohlefelder. Ich denke, wenn erst etwas Ruhe in die Atomdiskussion eingekehrt ist nach Bewältigung dieses Schrittes der Europäisierung, wird über kurz oder lang die Europäisierung der Endlager folgen. Das entspricht eigentlich nur der Logik der Entwicklungen.
Am 21.7.89 meldet die FAZ, daß die Gesellschaft für Reaktorsicherheit und das französische Institut de Protection et de Surete Nucleaire (IPSN) eine gemeinsame Organisation schaffen wollen, um auf dem Gebiet der sicherheitstechnischen Fragen, der Notfallmaßnahmen und Lagerung von Abfällen zusammenzuarbeiten. Man sieht die Angleichung der Standards wird in Angriff genommen. Und laut einem Bericht der Nuclear Fuel vom 10.7.89 wurde bei den Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien die Überlegung für einen Abfall"swap" von deutscher Seite in die Diskussion eingebracht. Demnach hatte ein Vertreter der EVUs vorgeschlagen, die schwach- und mittelaktiven Abfälle aus der WAA in Frankreich bzw. Großbritannien zu lassen und dafür mehr verglaste hochaktive Abfälle im Tausch zur Endlagerung bzw. langfristigen Lagerung in die Bundesrepublik zu bringen. Der EVU-Vertreter bedauerte die fehlende politische Akzeptanz für diese Abfall"swap"idee. Dieses sei zu ihrem Nachteil.

10. Die Bedeutung der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) Gorleben im europäischen Kontext

Kaum haben die EVUs ihre WAA-Kapazitäten europäisch geregelt, schon sind sie bereit, mit Volldampf die PKA in Angriff zu nehmen. 400 Millionen DM hat die DWK jetzt für den Bau zur Verfügung gestellt. Es drängt sich auf, daß auch diese Anlage unter europäischen Gesichtspunkten an Bedeutung gewinnt und zum Bestandteil der europäischen atomaren Zusammenarbeit wird. Auch wenn die PKA offiziell als Anlage für die direkte Endlagerung von Brennelementen verkauft wird, hat sie real damit fast gar nichts zu tun. Sie ist eine Ergänzungsanlage zur WAA. In der PKA sollen zum einen alle Brennelemente, die nicht wiederaufgearbeitet werden können (HTR-BE, defekte Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren), zersägt und dann in Spezialbehälter verpackt werden, die dann, auf unabsehbare Zeit, ins Zwischenlager wandern. Die Freisetzung an Radioaktivität entspricht denen der geplanten WAA in Wackersdorf. Zum anderen sollen in der PKA alle hochradioaktiven Abfälle aus der WAA behandelt werden, wie z.B. das Eindampfen von Flüssigabfällen, oder umgeladen werden in lagergerechte Behälter. Beschädigte Abfallgebinde, wie z.B. die hochaktiven Glaskokillen oder defekte Castorbehälter mit abgebrannten Brennelementen sollen in der PKA instandgesetzt oder repariert werden. Allein für die laut Angaben der Bundesregierung bis zum Jahr 2000 aus der WAA im Ausland anfallenden hochaktiven Abfälle wäre die PKA mit 35 Tonnen Jahresdurchsatz über zehn Jahre ausgelastet. Da es für derartige Verfahren bisher nirgendwo eine Anlage gibt, könnte die PKA zur Musteralage für den gesamten hochradioaktiven Müll Europas werden. Schließlich müssen sich auch Frankreich und Großbritannien für den Umgang mit ihren hochaktiven Abfällen etwas einfallen lassen. Und wenn sich die Pilotanlage bewährt hat und eine große Anlage errichtet ist, könnte auch der Müll aus Frankreich und Großbritannien in dieser Anlage konditioniert werden. Unter Berücksichtigung der weiter oben erwähnten Abfall"swap"idee scheint dieser Gedanke gar nicht so fern zu sein.
Auffällig ist auch nicht zuletzt, daß die Bundesregierung in ihrer Pressemitteilung vom 6.6.89 anläßlich der Unterzeichnung der deutsch-französischen Erklärung betont hat, daß sie die PKA jetzt mit Nachdruck vorantreiben wolle. Die PKA ist darüberhinaus für die deutsche Nuklearindustrie ein neues Projekt, womit sie ihr technisches Know-How unter Beweis stellen kann und im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit einen eigenen Beitrag leistet, wovon letztlich die anderen Länder profitieren können.

11. Das Aus von Wackersdorf stabilisiert die Atomenergienutzung in der BRD

Mit dem Aus von Wackersdorf hat sich die energiepolitische Frontstellung in der BRD, die seit Jahren festgefahren zu sein schien, aufgelöst und einen neuen Konsens greifbar werden lassen. Die SPD ist auf das Angebot der Regierung und der EVUs zu einem neuen energiepoltischen Konsens zu finden sofort angesprungen und hat ihre Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Zwar hat die SPD ihren Beschluß vom Ausstieg in zehn Jahren, doch ernsthaft und glaubwürdig verfolgt hat sie diesen Beschluß in den letzten drei Jahren in keiner erkennbaren Art und Weise. Im Wesentlichen hat sich die Politik der SPD in den letzten Jahren gegen die Plutoniumwirtschaft gewandt. WAA und Kalkar waren das Widerstandssymbol für die SPD. Mit der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hat sie diese Politik unterstrichen. Die endgültige Verlagerung der WAA ins Ausland kann die SPD zähneknirschend hinnehmen, denn Frankreich oder Großbritannien liegt nicht in ihrer Verfügungsgewalt. Gegen die geplanten völkerrechtlichen Verträge war von der SPD in den letzten Wochen keine Kritik zu vernehmen. Stattdessen hat sie mit Vehemenz ihre alte Forderung nach direkter Endlagerung wieder ins Spiel gebracht. Die SPD koppelt diese Forderung allerdings nicht mit der Forderung nach einem Ausstieg. Angesichts der Aussicht, daß die Atomenergienutzung mittels völkerrechtlicher

Verträge demnächst auf Dauer gesichert ist, gerät eine Forderung nach Ausstieg in zehn Jahren endgültig zur Groteske. Wollte sich die SPD die Option auf einen Ausstieg auch in zehn Jahren ernsthaft offenhalten, dann müßte sie jetzt zumindest alles daran setzen, daß es keine internationalen Verträge gibt. In dem Maße wie die SPD dieses nicht betreibt, hat sie auch de facto Abschied vom Ausstieg genommen. Stattdessen ist sie in der jetzigen Situation um einen entsorgungspolitischen Konsens bemüht. Indem die SPD jetzt dafür eintritt die Entsorgungsgrundsätze aus dem Jahre 1980 den veränderten Bedingungen anzupassen, trägt sie zur Stabilisierung der Atomenergienutzung bei. Schließlich ist nach wie vor die ungeklärte Entsorgung und der Mangel an Endlagern sowohl politisch als auch rechtlich ein entscheidender Hebel, um die Atomenergie zu stoppen.

11.1. Energiepolitischer Konsens - ein Szenario

Hinter der Forderung steckt das Drängen der Bundesregierung und der EVUs in Richtung SPD, den heutigen Bestand der Atomanlagen zu akzeptieren. Zusätzlich soll die SPD, dieses betrifft insbesondere NRW und das Saarland, das Zurückfahren der Steinkohle akzeptieren. Zum Ausgleich werden ihr Strukturhilfen angeboten, um die freigesetzten Arbeitskräfte zumindest teilweise aufzufangen. Die Gespräche und bisherigen Vereinbarungen der Kohlerunde im Juli deuten auf eine Verständigung diesbezüglich hin. Für das Entgegenkommen der SPD ist die Industrie durchaus bereit, den Schnellen Brüter zu den Akten zu legen. Selbst die FDP in NRW hat die SPD neulich ein diesbezügliches Angebot gemacht. Darüberhinaus wird man den Einsatz regenerativer Energien forcieren und weiterentwickeln und energiesparende Maßnahmen unterstützen.

Mit so einem Mix kann sowohl die SPD gut leben, weil es zu großen Teilen auch ihren energiepolitischen Forderungen entspricht und die Energiewirtschaft hat sich diese Ziele schon längst auf ihre Fahnen geschrieben. Sollte die SPD im nächsten Jahr an die Regierung kommen, dann kann sie sogar ihr Ausstiegskonzept formal aufrecht erhalten. Stade, Würgassen, Brunsbüttel und Obrigheim sind aus Altersgründen eh für eine Stillegung fällig. Politisch braucht das dann nur noch richtig verkauft zu werden. In Niedersachsen bereitet die SPD schon jetzt großartig die Stillegung von Stade vor, das wird dann nach einer Übernahme der Landesregierung in Niedersachsen der Vorzeigeerfolg sein. Nach Möglichkeit noch vor der Bundestagswahl. Und DIE GRÜNEN, sollten sie denn wirklich mit der SPD in Niedersachsen ein Koaltion bilden, werden sich möglicherweise noch einbilden, es sei ihr Erfolg. Nein, Stade, das erledigt die SPD alleine und damit wird es sich in Niedersachsen dann auch haben.
Mit Glück wird die SPD-Regierung in Schleswig-Holstein bis dahin soweit sein, daß sie den Trick gefunden hat, wie sie Brunsbüttel stillegen kann. In Sachen Brokdorf hat sie sich bisher kläglich blamiert. Und die Öffentlichkeit wird glauben, daß es jetzt in Sachen Ausstieg zügig vorangeht.

11.2. Der entsorgungspolitische Konsens

Ohne Wackersdorf ist ein großer Konfliktherd bereinigt. Insgesamt könnte das die Akzeptanzproblematik entschärfen. Der Konfliktpunkt atomarer Entsorgung bleibt allerdings und wird, wenn er irgendwie in den nächsten Jahren gelöst werden soll, nur in einer gemeinsamen Aktion angegangen werden können. Dafür bedarf es auch der Zustimmung der SPD, zumal unter der Perspektive einer SPD-Bundesregierung.
Die SPD ist nach allen vorliegenden Erkenntnissen dazu bereit. Sie tritt für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennlemente ein. Sie will die Endlager. Und sie will die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente.
Mit der rechtlich wackeligen Position der Entsorgungsgrundsätze, die weder eine Verordnung noch eine sonstwie verbindliche Rechtsform besitzen, versucht zur Zeit die schleswig-holsteinische Landesregierung die Bundesregierung unter Druck zu setzen. Dieses allerdings nicht mit dem Ziel, um die Stillegung der Anlagen zu betreiben, sondern um die direkte Endlagerung als Projekt in der BRD durchzusetzen. Bei ernsthaftem Interesse am Ausstieg würde sie diese Rechtsunsicherheit gerade zur Betreibung der Stillegung zumindest der Anlagen in Schleswig-Holstein und nicht als Verhandlungsmasse benutzen, um ihr Entsorgungskonzept durchzusetzen.
Was die SPD aus der gegenwärtigen Situation macht, sagt eigentlich am Eindeutigsten die SPD in NRW in ihrem Positionspapier vom 28.4.89: "Unabhängig davon, für welchen Zeitraum die Nutzung der Atomenergie noch als verantwortbar angesehen wird, muß die Entsorgungsfrage gelöst werden." Und deshalb fordert die SPD ein Endlager, damit nicht der Verdacht, die Zwischlager würden zu Endlagern untermauert wird. "Weitere Verzögerungen beim Bau und bei der Inbetriebnahme eines Endlagers würden diesem Verdacht Vorschub leisten. Die Akzeptanz von Zwischenlagern, die in der Bevölkerung ohnhin nicht sehr groß ist, würde weiter sinken." Und weil alle Entsorgungsprojekte bis heute nicht realisiert sind und mit der VEBA-COGEMA Vereinbarung "die offenen Fragen der Entsorgung von Kernkraftwerken in der BRD wieder auf die politische Tagesordnung gekommen sind, fordert die SPD, daß der Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder sich um einen neuen Konsens in der Frage der Entsorgung bemühen. Daraus ergibt sich dann die Forderung, die Konditionierungsanlage und das Endlager mit Priorität voranzutreiben. Neben Gorleben sollen allerdings nach dem Wunsch der SPD noch zwei weitere Standorte untersucht werden.
Im Prinzip ist also der Konsens schon vorhanden und zur Zeit werden nur noch die einzelnen Modalitäten in der Bund-Länder-Kommission für Atomfragen ausgehandelt. Bei derartigen Analysen und Vorgaben seitens der SPD kann ich mir kaum vorstellen, daß dem Widerstand von Seiten der SPD Unterstützung zuwachsen wird. Im Gegenteil, der Wind wird schäräfer werden, was die Entsorgungsprojekte betrifft. Das soll allerdings nicht heißen, daß es auch innerhalb der SPD Widersprüche gibt, die man ausnutzen muß.

12. Die gegenwärtigen Veränderungen entscheiden über die Möglichkeit eines Ausstiegs

Wenn sich die Pläne der Atomwirtschaft und der EVUs durchsetzen lassen, dann wird es vermutlich in der Zukunft schwieriger sein, den Ausstieg zu erreichen. Die Absicht über völkerrechtliche Vertraäge und durch die gesamte Europäisierung die Energiestruktur zu manifestieren und die Atomenergienutzung fest zu zurren, stellt den Widerstand vor große Aufgaben. Im Laufe des Herbst dieses Jahres sollen alle Verhandlungen soweit gediehen sein, daß dann Verträge und Abkommen unterzeichnet werden können. Ich bin der Ansicht, daß nach Realisierung dieser Vorhaben eine andere Regierung im nächsten Jahr an der Energiepolitik nichts wesentliches mehr verändern kann. Auch irgendwelche GRÜNEN in Koalitionen würden da auf Granit beißen. Zudem gehe ich davon aus, daß DIE GRÜNEN bei ihrer Koalitionsgeilheit den Bereich Atompolitik hinten rüber rutschen lassen werden. Dies Nuß, wollte man mit seinen Forderungen konsequent sein, würde ein Zusammengehen mit der SPD von vornherein ausschließen und bei den ersten Verhandlungen bereits platzen lassen.

12.1. Die Anti-AKW-Bewegung muß sich jetzt einmischen

Heute zeigt sich das Manko der Bewegung, daß sie sich immer mehr als Aktionsbewegung verstanden hat und selten als politische Bewegung, die sich mit klaren politischen Forderungen in die Diskussion einmischt und nach Verbündeten sucht, je nach Lage der Dinge.
Ich denke, man muß schleunigst zu einer klaren Stellungnahme kommen und versuchen mit anderen Organisationen, Gruppen, Verbänden und auch Parteien Kontakt aufzunehmen. Dabei sollte man dann versuchen zumindest zu einem Minimalkonsens zu finden, der ein Gegengewicht zur gegenwärtigen Entwicklung darstellt und neue Aspekte in die politische Diskussion wirft.

Ansprechbar wären: BUND, WissenschaftlerInnen, IPPNW, BBU, Jusos, bestimmte Leute in der SPD, GRÜNE, Christdemokraten in der CDU gegen Atomkraft, Gewerkschaften, Eisenbahner etc. Ziel sollte sein mit diesen Gruppen und Menschen in die Diskussion einzutreten und gemeinsame Forderungen zu erheben. Dies bedeutet ja nicht, daß man von seinen weitergehenden Forderungen Abstand nimmt.
Nur ohne eine solche Initiative können wir nur abwarten was sich entwickelt und wieder unseren entschiedenen Widerstand ankündigen. Das allein scheint mir im Moment zu wenig zu sein.

12.2. Widerstand europäisieren

Es wird höchste Zeit, daß wir uns mit Leuten aus Frankreich und Großbritannien zusammensetzen und gemeinsame Strategien und Perspektiven entwickeln, uns gegenseitig unterstützen in Aktionen, mit Informationen, gemeinsamen Kampagnen z.B. ein gemeinsames europäisches Manifest erarbeiten, daß als zukünftige Arbeitsgrundlage dienen kann.

12.3. Wir müssen einen präzisen Forderungskatalog aufstellen, der die Energieversorgung insgesamt betrifft, der die Energieversorgungsstrukturen betrifft, der das Problem der Entsorgung betrifft. Dazu müssen weitere konkrete Tagesforderungen her.
Z.B.:
- Liquiditätsüberprüfungen der AKW-Betreiber
- Rückstellungen für Entsorgung aus der Verfüfungsgewalt der EVUs nehmen
- Entmachtung von RSK und SSK, unabhängige Expertengruppen etc ...

Solche Dinge sollten nach Möglichkeit noch vor der Herbstkonferenz entwickelt und angegangen werden. Das bezieht sich auf 12.1. - 12.3.

12.4. Die Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung, die vom 3.-5.11. in Saarbrücken stattfinden wird, sollte nach Möglichkeit bereits internationalem bzw. europäischen Charakter haben, weil wir mit unserer Kleinstaaterei der Angelegenheit insgesamt nicht gerecht werden. Dazu muß eine feste Vorbereitungsgruppe installiert werden. Eigentlich können wir uns nicht erlauben so eine Konferenz sich wildwüchsig entfalten zu lassen und womöglich nur interne Gruppenstrukturen diskutieren.

12.5. Die einzelnen konkreten Aktionsfelder müssen vorbereitet werden als da sind:
- PKA Gorleben
- Schacht Konrad
- Endlager Gorleben
- Atomtranporte in den europäischen Dimensionen, schließlich laufen pro Jahr über 100 Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus der BRD nach Frankreich und Großbritannien.

12.6. Überlegungen für eine vernünftige Öffentlichkeitsstrategie sollten angestellt werden.

In diesem Szenario ist sicherlich nicht alles enthalten und es bedarf einer Diskussion, ob solche Strategien überhaupt erwünscht, machbar und leistbar sind.

Autor: Heinz Laing

Einladung Einladung Einladung
Initiativkreis "Statt Europäisieren, jetzt Aussteigen"
Kontakt: Peter Dickel, Sophienstr. 14, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/891632, Telefax 0531/895610

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

wie wir alle wissen, und wie Meinungsumfragen seit Tschernobyl belegen, will eine konstant große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik den Ausstieg aus der Atomenergie. Es ist davon auszugehen, daß die Anwendung dieser Technik in der Bundesrepublik alleine keine Zukunft hätte. Mit großer Sorge sehen wir deshalb, wie Energie- und Atomwirtschaft versuchen, den politischen Willen der gesellschaftlichen Mehrheit durch europäische Kooperation auszumanövrieren und wie die Bundesregierung diese Expansions- und Überlebensstrategien politisch sanktioniert.
Was erst im April, mit dem Vorstoß des Veba-Vorstandsvorsitzenden von Bennigsen-Förder gegen die bundesdeutsche Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf erkennbar begann und gegenwärtig zwischen Wirtschaft und Politik unter dem Stichwort "neuer Energiekonsens" verhandelt wird, soll bereits in diesem Herbst in völkerrechtlichen Verträgen abgesichert werden, die einen bundesdeutschen Ausstieg aus der Atomenergie erheblich erschweren würden.
Wir wenden uns mit diesem Schreiben darum an alle, die nach wie vor ernsthaft an dem Ziel festhalten, aus der Atomenergie auszusteigen, bitten die gegenwärtige Lage genau zu prüfen und rufen zu einer bundesweiten Diskussion darüber auf, wie eine Reorganisation der Atomenergienutzung auf europäischer Ebene verhindert werden kann. Der anliegende Beitrag soll als Einstieg in eine solche Diskussion verstanden werden.
Zu einem ersten Gedankenaustausch laden wir für Freitag, den 15.9.89 um 14.00 Uhr nach Bonn, "Im Ortszentrum Dottendorf" ein, bitten jedoch, uns weitere Beiträge und weitergehende Vorschläge möglichst bald zuzusenden.

Diese Initiative wird unterstützt von:
Geschäftsführender Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad; Rainer Müller (Vorstand LBU Niedersachsen); Prof. Jens Scheer, Kernphysiker, Bremen; Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg; Hannes Kempmann, MdL u. Mitglied der BI Lüchow-Dannenberg; Peter Dickel, Mitarbeiter AG Schacht Konrad; Wolfgang Neumann, Mitarbeiter der Gruppe Ökologie Hannover; Lilo Wollny, MdB; Heinz Laing, Politologe;

Anti-Akw-Widerstand in Frankreich

Im folgenden dokumentieren wir einen Brief aus Frankreich vom 27. Juli 1989. Er stammt von einer Vereinigung, die sich für die Verhinderung der Inbetriebnahme des AKWs Golfech einsetzt. Dieselbe Vereinigung möchte u.a. einen Europäischen Appell verfassen, der in alle Sprachen Europas übersetzt wird und anschließend breit verteilt werden soll.
Übersetzt durch: M. Kurdziel

Guten Tag,
Im Nachtrag zu unserem letzten Fax wollen wir nachfolgend die damals angerissenen Punkte noch weiter präzisieren:

- Europäischer Appell. Gilles Perrault (ein in Frankreich sehr bekannter Journalist/m.) wird den Entwurf dazu redigieren. Wir denken, daß die Verbreitung dieses Appells in Europa am gleichen Tag vonstatten gehen könnte- wir haben dafür den 18.09. vorgesehen.
- Großes europäisches Treffen (der Anti-Atom-Initiativen)
  Als Datum dafür haben wir den 7./8. Oktober vorgesehen. Wir wollen diesem Treffen eine europäische Note geben, weswegen wir auch gerne die Beteiligung von namhaften deutschen Politikern (der GRÜNEN und Anti-Atom-Bewegung) sehen würden. Bitte übernehmt für euren Teil diese Aufgabe. Dieses Treffen wird begleitet sein von einem 24-stündigen Kulturprogramm(?/m.) sowie von Arbeitsgruppen.

Für diese beiden Vorhaben brauchen wir folgende Hilfe von euch:

- Weiterleitung des Appells an ökologische/ Anti-Atom-Gruppen in Deutschland
- Breite Verbreitung des Appells in den Medien
- Gewichtige Präsenz bei dem Treffen, sowohl von euren außer-parlamentarischen Gruppen in Deutschland, wie von den Bundes- und Europa-Abgeordneten
- Finanzielle Unterstützung: Druck und Verbreitung des Appells werden wohl sehr teuer kommen - wir schätzen einmal 150.000 FF (ca. 45.000 DM). Das Treffen wird wahrscheinlich nicht so teuer sein, aber eine Summe von 80.000 FF (ca. 24.000 DM) wird aber auf alle Fälle anfallen. Dazu käme ein Betrag von 56.000 FF für eine Untersuchung der Wirtschaftlichkeit des AKWs Golfech.

Diese finanziellen Fragen sind sehr wichtig und wir denken, daß unser Kampf in Frankreich sehr bald zu erfolgversprechenden Aktionen führen kann.
Es gibt darüberhinaus Dringlichkeit, da Frankreich seine Bemühungen verstärkt, im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes seinen Strom an die europäischen Partner zu verteilen.

Wir hoffen sehr auf euch und die deutsche Umweltbewegung.
Könntet ihr bitte möglichst schnell präzisieren, wie eure Bewegung uns helfen kann?

Mit freundlichen Grüßen Régis Sauvanet

Leben ohne die nukleare Gefahr von Golfech
BP 343
47008 Agen
Kontakt: Chantal Malherbe, Régis Sauvanet, Tel.: 0033-53 660028 (dito fax)

Herbstkonferenz !!!

Wir geben hier den aktuellen Stand (9.8.) zur Vorbereitung der Herbstkonferenz in Saarbrücken wieder, soweit uns die Informationen vorliegen.

Ort: Saarbrücken
Die BI dort hat die Vorbereitung übernommen. Die Räumlichkeiten der ev. Gemeinde "Sankt Johann" sind zu 95% sicher. (Wenn es damit nicht klappt, sieht es erst einmal nicht gut aus.)

Zeit: 3./4./5. November
Beginn Freitags abends, Auftaktveranstaltung
Samstags, Arbeit in diversen Arbeitsgruppen
Sonntags, Plenum, Perspektivplanung ....

Übernachtung: Für die Übernachtung steht die Jugendherberge zur Verfügung mit 150 Schlafplätzen, der Rest in Privatunterkünften.
Die Jugendherberge kostet 12,-DM incl. Frühstück pro Nacht

Ein Tagungsplan oder Reader mit den verschiedenen Themen/AGs liegt uns noch nicht vor. Wir denken jedoch, daß die Europäisierung der Atomwirtschaft ein Themenschwerpunkt der Konferenz bilden sollte/müßte. Einige Fragen die im Raum stehen:

* Einschätzung der Situation nach dem "Aus" für Wackersdorf
* Folgen für die Atomanlagen in der BRD durch die Europäisierung, gerade auch für die Endlagerprojekte Gorleben, Schacht Konrad ect.
* Konsequenzen von völkerrechtlichen Verträgen (Was'n das?)
* Und natürlich die Frage nach der Organisierung des Widerstandes, auch auf europäischer Ebene
  (Siehe zu diesem Komplex auch das Diskussionspapier "Zur Europäisierung der Atomwirtschft" in dieser Zeitung)

Kontaktadressen für die Herbstkonferenz:
- **Werner Schmitt, Blumenstr.24, 6600 Saarbrücken, Tel 0681/ 31184**
- **Dieter Greverus, Pfählerstr.19, 6600 Saarbrücken, Tel 0681/ 584248**

So, das wars in Kürze zur Herbstkonferenz

AKTUELLE MELDUNG
AKW—HERBSTKONFERENZ

Die Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung findet nun endgültig statt vom 3. bis 5.November 1989 im Jugendzentrum Saarbrücken.
Ein weiteres Vorbereitungstreffen wird stattfinden am 9.September ab 13 Uhr im Restaurant La Karotte in der Karcherstraße (nähe Bahnhof) ebenfalls in Saarbrücken.

Brokdorf

Arbeit in Atomanlagen

Ca. 1500 LeiharbeiterInnen arbeiten in der Revisionszeit im AKW. Für die ArbeiterInnen heißt das nicht nur Brennelementewechsel, sondern Entseuchung des gesamten Reaktorbereichs, so gut es eben geht. D.h. z.B. Reparaturen am gesamten Primärsystem, Abschleifen verstrahlter Anstriche im Reaktorgebäude oder säubern des sog. Sumpfes unterhalb des Reaktordruckbehälters. Die tausenden von ArbeiterInnen, die jährlich in AKW's eingesetzt werden, haben keine große Wahl, was ihren Arbeitsplatz angeht. Sie kommen aus den ärmsten Gegenden, z.B. Griechenland, Italien, Spanien oder der Türkei, Irland, England... Es sind aber auch Arbeitslose, JobberInnen, Leute mit und ohne Beruf aus der BRD, die woanders keine Arbeit finden konnten.
Die ArbeiterInnen werden von Sklavenhändlern (sprich >Leiharbeitsfirmen) vermittelt. Das können bei der Leiharbeitsfirma Festangestellte sein, oder <Leute mit Arbeitsverträgen für die Revisionszeit oder "Arbeitsverhältnisse", nach denen die Arbeitenden rausgeschmissen werden, wenn sie ihre Strahlendosis weghaben, z.B. oft schon nach Stunden oder Tagen. Die intensive Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch höher entwickeltere Produktionstechnik und die in Atomanlagen zusätzlich anfallende Radioaktivität hat für die Gesundheit der Arbeitenden verheerende Folgen. Die durch die Form der Leiharbeit erzwungene Mobilität, der Einsatz von Menschen, die aus ganz Europa für kurze Zeit in einem Betrieb gebracht werden und danach wieder woanders arbeiten, macht schon statistisch den Nachweis spezieller Gesundheitsschäden oder Verstrahlung unmöglich. Regressansprüche der Betroffenen und schlechte öffentliche Meinung sollen ausgeschlossen werden. (Aus der Pressemitteilung vom 6.8.89)

BLOCKADEBERICHTE

06.08.89 18.00 - 20.30 UHR

Am 44. Jahrestag der Atombombe von Hiroshima blockierten ca. 100 AtomkraftgegnerInnen vielfältig die Zufahrt zum AKW Brokdorf. Nachdem Wolfgang grell, ehemaliger Pastor aus Hamburg-Wandsbek die Begrüßung gesprochen hatte, trugen verschiedene Gruppen texte zum Motto der Veranstaltung "Wenn ihr euch nicht neu orientiert, werdet ihr alle umkommen", zum Aussterben der Tierwelt, zu Leiharbeit in AKW's und zur Atombombe vor.
Eingerahmt wurden die gesprochenen Teile von Tänzen und gemeinsamen Singen. Zwischendurch wurde die Straße mit bunten Warnungen bemalt und das Tor mit zwei Trauerkränzen und vielen "Radioaktiv"-Zeichen geschmückt. Nach 2 Stunden wurde die "Jubiläums"-Veranstaltung - an jedem 6. des Monats wird das AKW seit drei Jahren blockiert - mit dem Beitrag einer Kieler Gruppe über ein kleines japanisches strahlenkrankes Mädchen beendet, ohne daß die anwesenden drei Polizisten eingegriffen hätten.

07.08.98 6.00 - 6.30 UHR

Zu Beginn des jährlichen Brennelemntewechsels im AKW Brokdorf waren 20 BlockiererInnen und 30 Polizisten pünktlich vor Ort. Wegen der vierwöchigen Revisionsarbeiten wollten auch viele "Leiharbeiter" ins AKW, von denen bis zu 1000 rund um die Uhr für Reinigung, Reparatur und Renovierung eingesetzt werden Deshalb stauten sich binnen einer halben Stunde rund 200 Fahrzeuge vor dem Tor, bis die Polizei die Blockade geräumt und 9 Personen festgenommen hatte, die alle mit einer Anzeige wegen Nötigung rechnen müssen, obwohl das Nebentor befahrbar war. einer der Blockierer, die seit seit 3 Jahren am 6. jeden Monats das Kraftwerk dicht machen, sitzt zur Zeit in Neumünster wg. Nötigung in Haft.
Die BlockiererInnen kündigten an, den weiteren Verlauf des Brennelementewechsels, bei dem zum ersten mal plutoniumhaltige MOX-Elemente eingesetzt werden, nicht ungestört zu lassen.

Brokdorfblokade 7.8.1989

Stade

Vom Atomkraftwerk Stade gehen Risiken aus, die die Risiken aus anderen Atomkraftwerken noch bei weitem übertreffen. Der Betrieb dieses Reaktors ist eigentlich auch aus der Sicht der Atomkraftbefürworter nicht zu verantworten.
Die besonderen Risiken ergeben sich aus zwei Gründen: **Erstens** war zu der Zeit, als der Reaktor gebaut wurde, die Sicherheitstechnik ebensowenig auf dem heutigen Standard wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefahren der Atomenergie. Daher fehlen der Anlage etliche Sicherheitsstandards, die in neueren Anlagen selbstverständlich sind. Viele dieser Mängel können zwar nachträglich nicht mehr vollständig behoben werden, sind aber durch Nachrüstungen wenigstens teilweise ausgeglichen worden. Einige der Mängel sind unausgleichbar, so z.B. die nicht vorhandene Sicherheit gegen Flugzeugabsturz durch die viel zu dünne Betonhülle (0,6 m statt heute 2,0 m). **Zweitens** ist der Reaktor selbst mit einem unheilbaren Mangel behaftet: Die damals übliche Schweißtechnik arbeitete mit kupferummantelten Elektroden. Dieses Kupfer in den Schweißnähten ist heute ein Problem, da der Stahlkessel an diesen Stellen wesentlich schneller versprödet als angenommen wurde. Besonders die Schweißnaht IV, die rund um die Brennstabzone verläuft, ist extrem gefährdet. Sollte diese Schweißnaht versagen, bricht der Reaktor. Gegen solchen Unfall gibt es absolut keine Gegenmaßnahme. Die Folgen wären unbestreitbar größer als die in Tschernobyl. Hamburg wäre verloren.
Für denjenigen, der mit unbefangenen Verstand an dieses Problem herangeht, ist es eigentlich nicht zu fassen, daß es Menschen gibt, die den Reaktor weiter laufen lassen. Es gibt derzeit wohl keine Gefahr für Hamburg, die auch nur ansatzweise dermaßen groß und greifbar wäre wie die aus Stade.

Schrott!

Erläuterungen zu den Problemen mit den Reaktor-Schweißnähten

Nach dieser Einführung muß ich leider etwas stärker ins Detail gehen, werde aber nciht den Bereich des Allgemeinverständlichen verlassen. Ich konzentriere mich trotz der diversen Probleme am Reaktor Stade jetzt ausschließlich auf die Haltbarkeit der Rundnaht IV, weil sie das überragende Problem ist. Kein Stahl ist unbegrenzt belastbar. Wenn seine Belastungsgrenze erreicht ist, bricht er. Bei Bauteilen wie einem Reaktorkessel kann das aber auch einleuchtenden Gründen nicht ausprobiert werden. Deshalb muß die Belastungsgrenze errechnet werden. Das ist aber nicht so einfach, weil der Stahl außer den üblichen und bekannten Belastungen der hohen Temperatur und des hohen Drucks noch einer dritten Belastung ausgesetzt ist, mit der man viel weniger Erfahrung hat, der Neutronenstrahlung. Jedes Neutron stößt tausende von Elektronen des Kristallgitters von seinem Platz. Dadurch verändert sich der Stahl.

Stahl kann unter zwei verschiedenen Bedingungen bei Überlast reißen. In warmen Zustand ist der Stahl elastisch und bricht bei weit höheren Belastungen als in kaltem Zustand, in dem er spröde genannt wird. Über einer mehr oder weniger genau zu definierenden Temperaturgrenze, der Übergangstemperatur wird der Stahl zäh genannt. Es muß sichergestellt sein, daß der Reaktorkessel in allen Beanspruchungsphasen im zähen Bereich bleibt. Unterhalb der Übergangstemperatur darf der Reaktorkessel nicht mit Druck belastet werden. Die Neutronenbestrahlung läßt den Stahl jedoch immer spröder werden, so daß die Übergangstemperatur sich immer weiter nach oben verschiebt bis schließlich nicht mehr genügend Spielraum bleibt für die Druckbelastung des Kessels. Dann spätestens ist das Ende der möglichen Betriebszeit erreicht.

Schon bei der Inbetriebnahme des Reaktors war klar, daß der Kupfergehalt der Schweißnähte ein Problem ist, der Kessel also dort schneller versprödet. Es gegnügt eine versprödete Stelle, um den ganzen Kessel zu gefährden. Deshalb hat man Materialproben in den Reaktor gehängt, die genau dem Material der Schweißnaht entsprechen, aber näher an den Brennstäben angebracht sind, so daß sie schneller verspröden als die Schweißnaht des Kessels selbst. Diese Prüfstücke nannte man vorellende Proben, weil sie schon früher den Zustand annehmen, den die echte Schweißnaht erst später annehmen würde. Das Ergebnis dieser Proben war für die Betreiber erschreckend: Die Versprödung ging viel schneller voran, als erwartet worden war. Danach hätte der Reaktor 1985 wegen Versprödung abgeschaltet werden müssen. Im Februar 1985 dann erstellte der TÜV ein neues Gutachten, nach dem der Reaktor plötzlich bis zum Jahre 2012 ohne Gefährdung betrieben werden kann. Das ist "zufällig" genau die beim Bau des Atomkraftwerks vorgesehene Lebensdauer der Anlage. Technisch wurden nur ganz unwesentliche Änderungen vorgenommen, die die Versprödung ein wenig verlangsamen. **Die Ausweitung der Lebensdauer von 1985 auf 2012 kommt fast ausschließlich dadurch zustande, daß der TÜV neu rechnet und neue Annahmen macht.** Dieses macht mehr als stutzig, und die Hamburger Bürgerschaft beauftragte daher 1986 zwei Physiker der Universität Hamburg, dieses TÜV-Gutachten etwas genauer zu betrachten. Das Ergebnis ist erschreckend und wurde den Mitgliedern des Umweltausschusses auch entsprechend mitgeteilt. Danach konnte der TÜV zu dem für die Betreiber positiven Ergebnis nur kommen, indem er fundamentale Grundsätze der physikalischen Methoden mißachtete. Die wichtigsten Kritikpunkte:

1. Der gefährliche Sprödbruchbereich liegt nicht, wie einschlägig beschrieben, deutlich vom Lastbereich entfernt, sondern beide Bereiche **berühren sich** bei bestimmten, vom Betreiber angenommenen Lastsituationen. Die Sicherheit wird damit zu einem Spiel mit dem Glück.

2. Normalerweise muß die Sprödbruchgrenze für bestimmte Stahlsorten mit genormten Rechenmehoden festgelegt werden. Wenn die so ermittelte Grenze aber zu hoch ist, so daß das Kraftwerk nicht betrieben werden könnte, dürfen die Betreiber auch anhand echter am Bauteil gemessener Werte beweisen, daß die Sprödbruchgrenze mit den genannten Rechenmethoden zu hoch angesetzt wurde. Im Falle Stade wurde dies gemacht. **Der TÜV geht hier jedoch reichlich unphysikalisch vor, das heißt, er läßt Methoden vermissen, ohne die kein Physik-Student sein Examen bestehen würde:**

a) sind die gemessenen Werte so wenige, daß daraus nach den Regeln der Physik keine hinreichend vernünftigen Schlüsse gezogen werden können,

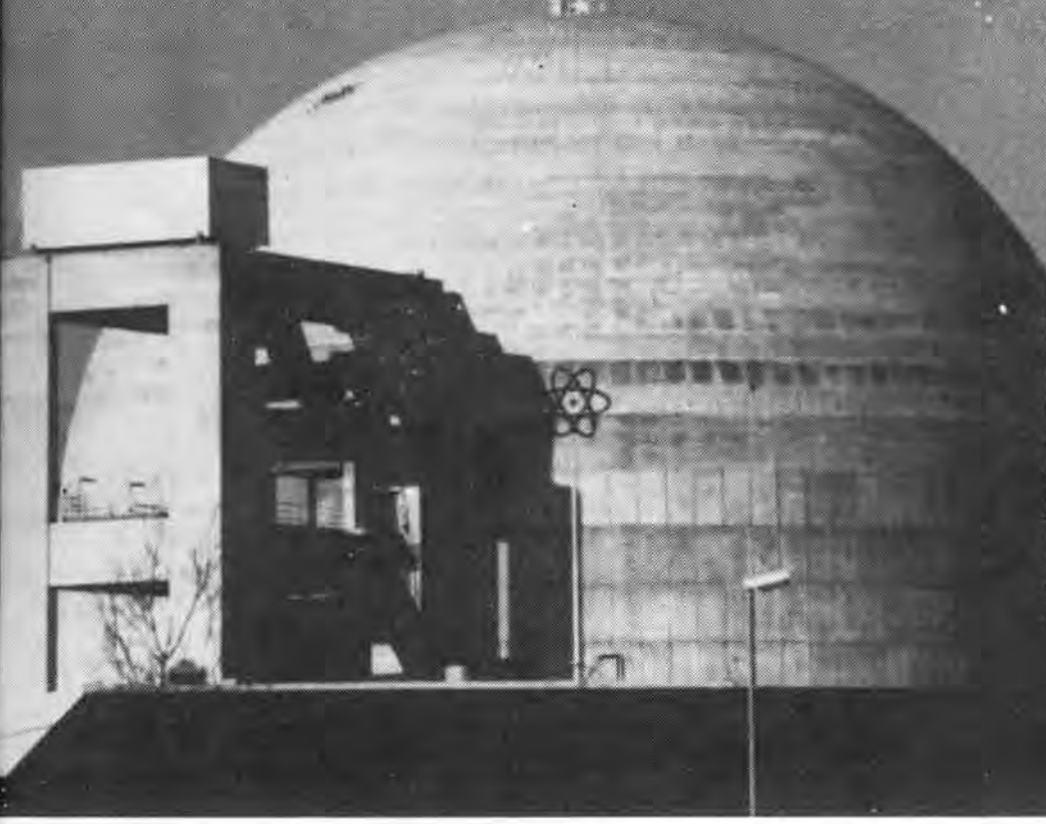
b) werden die Meßfehler und die daraus resultierenden Bandbreiten der Kurven nicht berücksichtigt (Werden sie nachträglich errechnet und berücksichtigt, liegt selbst der Normalbetrieb des Reaktors bei einigen Situationen im gefährlichen Bereich.)

c) werden die aus wenigen Meßwerten ermittelten Kurven nach oben beliebig fortgesetzt, was in jedem Fall unzulässig ist und in diesem Fall zu groben Fehleinschätzungen führt und damit Meßergebnissen der GKSS (Gesellschaft für Kernenergieverwendung in Schiffbau und -fahrt) widerspricht,

d) werden nur die "genehmen" Meßwerte berücksichtigt, die im Versuchs-Atomkraftwerk Kahl gemessen wurden, nicht jedoch die aus der GKSS in Geesthacht. Ohne das Ignorieren der GKSS-Werte hätte der TÜV nicht zu dem Gutachtenschluß kommen können.

Gutgläubige Laien fällt es schwer zu glauben, daß die Verantwortlichen in dieser Art und Weise mit der gefährlichsten aller Technologien umgehen. Und doch ist das die Realität. Das AKW Obrigheim lief 18 Jahre ohne Betriebsgenehmigung. Das AKW Mülheim-Kärlich wurde ganz anders und an ganz anderer Stelle errichtet als beantragt und genehmigt. In Hanau arbeiten hochsensible Atomfabriken in besseren Barakken, die gegen nichts abgesichert sind. Atommüll verschwindet spurlos. In Brunsbüttel wurde die automatische Notabschaltung vom Betriebspersonal einfach durch Eingriff in die Schaltschränke abgeschaltet. Usw. usw. Da ist es leicht, sich vorzustellen, daß der TÜV jedes Gefälligkeitsgutachten für seine Mitglieder erstellt, selbst wenn er seinen Ruf ruiniert und riskiert, daß die ganze Stadt Hamburg das nicht überlebt.

Klaus Gärtner



Atommüllfässer nach Duisburg?! Nicht mit uns!

Die Preussen Elektra will demnächst ihre zum Teil aufgeblähten Atommüllfässer aus Gorleben nach Duisburg bringen. Dort sollen sie bei der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Duisburg Wanheim nachbehandelt werden.

Niemand aber weiß genau, was sich in ihnen befindet. Diese Fässer sind alte Bekannte. Ins Gerede kamen sie durch den Trans-Nuklear-Skandal. Dem Staatsanwalt war die Sache so brisant, daß er die Fässer beschlagnahmen ließ und eine genaue Untersuchung des Inhalts der Behälter forderte. Dies würde die Preussen Elektra jedoch 100.000 DM pro Faß kosten. Darum beantragte sie die Freigabe der Fässer. Sollte sie damit Erfolg haben, rollen dann 700 Fässer nach Duisburg. Dort werden sie in den Hallen der GNS geöffnet und Umgepackt, obwohl nicht auszuschließen ist, daß sich in einigen Behältern das hochgiftige Plutonium befindet.

Wir fordern:
•Stillegung der GNS und aller anderen Atomanlagen!
•Untersuchung aller Fässer auf Plutonium
•Schluß mit der Atommüllschieberei!

Demonstration

Am 24.9.1989 in Duisburg-Wanheimerort 14.00 Uhr
Michaelsplatz (Fischerstraße)
Abschlußkundgebung: 15.30 Uhr Duisburg-Wanheim

Seit April dieses Jahres finden an jedem letzten Sonntag im Monat an der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Duisburg-Wanheim Sonntagsspaziergänge statt. Die Beteiligung schwankte zwischen 20 und 50 Leuten. Der Sonntagsspaziergang beginnt um 11.00 Uhr und endet gegen 12.00 Uhr. Für Infos und Verpflegung wird gesorgt.

Kontakte über: Heinz-Jürgen Eichholz, Sultbertusstr. 15, 4100 Duisburg 28, Tel.: 0203/706449 oder Bernd Matz, Sternbuschweg 142, 4100 Duisburg 1, Tel.: 0203/359693

Pünktlich zum Antikriegstag ist eine Broschüre erschienen, die die militärische Dimension des BRD-Atomprogramms an einem bisher völlig unbeachtet gebliebenen Ort neu thematisiert: am Forschungszentrum in Geesthacht. Was von den VerfasserInnen in umfangreicher Recherche auf 40 Seiten in dieser Hinsicht zusammengetragen wurde, ist absolut neu, bisher noch nirgendwo so veröffentlicht.

Erstmals in den Blick geriet das Forschungszentrum in Geesthacht über ein kleines Detail im Kontext des Atomskandals Hanau - Mol. Wie der Physiker und Journalist Detlef zum Winkel auf der Internationalen Konferenz „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!" im November 1988 berichtete, führe ein Abgleich der veröffentlichten Atomtransportlisten von Bremerhaven mit solchen aus Schlewig-Holstein zu dem Ergebnis, das 2 Brennelementtransporte aus Geesthacht, die 1987 nach Bremerhaven gehen sollten und in Geesthacht offensichtlich auch abgegangen sind, in der 1987er Hafenliste Bremerhavens nicht auftauchten. Das hieße, zwei Transporte von potentiell atomwaffenfähigen Stoffen sind, wenn die Listen stimmen, niemals dort angekommen, wo sie hätten ankommen sollen. Wo die Transporte gelandet seien, wisse bisher niemand. Hier läge damit genau der Fall vor, der im Januar 1988 den „Wallmann- Verdacht" hervorgerufen und mit dem Verdacht auf Bruch des Atomwaffenspervertrages dem Atomskandal eine internationale Dimension verliehen hatte. Dem Verschwinden(?) dieser Transporte ist von offizieller Seite bisher niemals nachgegangen worden.

Obendrein wurde bekannt, daa nach Geesthacht, wo es eigentlich keine Wiederaufarbeitung geben sollte, auch abgebrannte Brennelemente transportiert werden. Durch all das ausgelöst begannen im Rahmen des „Arbeitskreis Atomwaffenverzicht" in Hamburg die Recherchen zum Forschungszentrum in Geesthacht.

Angesichts der Fülle an Fakten, die zusammengekommen sind, kann die Frage auftauchen, warum Geesthacht nicht früher in den Blick der Anti-AKW-Bewegung geraten ist. Ein Grund mag darin liegen, daa sich die in den 70er Jahren formierende Bewegung erstmal gegen die gerade entstehenden Anlagen - ob in Whyl, Brokdorf oder anderswo - richtete, und die Geesthachter Anlage, die auch damals schon seit 20 Jahren bestand und arbeitete, in diesem Sinne nicht so unter den Nägeln brannte. Ein weiterer Grund wird sicher in der Unscheinbarkeit des Atomforschungszentrums zu suchen sein.
Das Forschungszentrum der GKSS in Geesthacht ist nicht zu vergleichen mit den großen Kernforschungsanlagen der BRD in Karlsruhe oder Jülich, obwohl es in den 50er Jahren mit den gleichen Ambitionen gegründet wurde. Im Unterschied zu Karlsruhe und Jülich, die mit der Entwicklung von Brüter- und Wiederaufarbeitungstechnologie im Falle Karlsruhes bzw. der HTR-Technologie in Jülich entscheidende Impulse für das BRD- Atomprogramm setzen konnten, hat Geesthacht nichts vergleichbares vorzuweisen. Ihr Großprojekt, die Entwicklung von Kernenergieantriebssystemen für Schiffe (die NS-Otto-Hahn) war als ziviles Projekt von vorneherein zum Scheitern verurteilt. In Wirklichkeit standen hinter diesem Projekt auch keine zivilen, sondern militärische Interessen.

Atomforschung in Geesthacht

In der Zivilmilitärischen Grauzone

Der Forschungsreaktor Geesthacht

Es ging um die Aneignung des Know-Hows zum Bau von Atomantrieben für Kriegsschiffe, insbesondere für U-Boote.

Das Dilemma Geesthachts: Indem es sich mit diesem Projekt nur eindeutig militärisch nutzbaren Interessen verschrieben hatte, blieb es immer die „Graue Maus" unter den Atomzentren der BRD. Gerade dieses Schattendasein könnte es aber für delikatere Arbeiten in der zivilmilitärischen Grauzone interessant gemacht haben. In der Broschüre werden eine ganze Reihe von Fakten zusammengetragen, die sich in dieser Richtung zu einer Indizienkette zusammenfügen. Das wirft eine ganze Reihe neuer Fragen auf:

*Die atomare Infrastruktur in Geesthacht hat militärische Relevanz. Die dortigen Forschungsreaktoren arbeiteten bis vor kurzem mit hochangereicherten, waffenfähigen Uran. Hier werden Bestrahlungsexperimente auch für militärische Stellen, z.B. für die „Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz, Munster", durchgeführt. In Geesthacht gibt es sogenannte „Heiße Zellen", in denen über die Untersuchung von Brennelementen hinaus im Rahmen eines chemischen Labors auch die Herstellung von Isotopen - und das heißt dann wohl auch von Plutonium - möglich ist. Solche „Heißen Zellen" sind nach einer Aussage des früheren Forschungsministers Hauff (SPD) zentraler Bestandteil einer Infrastruktur für den Bau von Atombomben. Wieviel Plutonium wurde in Geesthacht abgetrennt? Wozu wurde es verwandt?

*In Geesthacht wird auch direkt Plutoniumforschung betrieben. Es wurden Untersuchungen durchgeführt zur „Erzeugung von Plutonium in Oberflächenschichten von Brennelementen". Methoden zur Messung der Plutoniumentstehung sind entwickelt worden. Die entsprechenden Meßgeräte sind in Geesthacht vorhanden. Für die Abtrennung des in Oberflächenschichten von Brennelementen erzeugten Plutoniums sind verschiedene Verfahren entwickelt worden. Mindestens drei Konzepte für militärisch nutzbare Plutoniumproduktionsreaktoren wurden in Geesthacht entwickelt. Welchen Zwekken dienten diese Forschungen? Kann sich bei solchen Forschungen überhaupt noch mit „zivilen Begründungen" herausgeredet werden? Wie glaubhaft sind hier noch zivile „Rechtfertigungen"?

*Geesthachter Forscher waren bereits seit Anfang der 50er Jahre mit der Technik der Wasserstoffbombe befaßt. Einer dieser Physiker, Prof. Dr. Friedwardt Winterberg, datierte einen angeblich funktionstüchtigen eigenen Entwurf auf das Jahr 1952. Dr. Kurt Diebner, einer der Gründer des Atomzentrums in Geesthacht, war bereits vor 1945 - in jenem Zweig des faschistischen Atomprogramms, das direkt in das Militär integriert war - mit ersten Experimenten zur Kernfusion befaßt. Sein Weggefährte Prof. Dr. Erich Bagge, der eigentliche „Vater" des Atomzentrums und langjährige wissenschaftlich-technische Leiter, baute Ende der 60er Jahre im Auftrag des Verteidigungsministeriums ein eigenes „Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT)" auf, das die Forschungen über Fusionswaffen fortsetzte.

*Mit ihrem beim Bau der Otto Hahn erworbenen Know-How arbeitete die GKSS in einer Kooperation mit Brasilien in deren militärischen Atomprogramm - dem sogenannten „Parallel- Programm - an der Entwicklung eines Atom-U-Bootes, das 1992 fertiggestellt sein soll. Brasilianische Zeitungen berichteten darüberhinaus, daa deutsche Forscher in Brasilien nicht nur am U-Boot-Projekt mitarbeiten würden, sondern sich in einem Geheimabkommen verpflichtet hätten, Brasilien auch beim Bau der Atombombe behilflich zu sein. Was ist mit diesem Geheimabkommen? Kommen die Forscher aus Geesthacht? Wie weit ging die Hilfestellung Geesthachts im U-Boot-Projekt?

*Atomtransporte aus Geesthacht gingen nicht nur ins „Nichts" nach Bremerhaven, sondern auch direkt in militärische Wiederaufarbeitungsanlagen wie die im französischen Marcoule, wo das Plutonium für Frankreichs Force de Frappe abgetrennt wird, oder sie gingen in verruchte Zentren wie Mol, oder in zur Wiederaufarbeitung von Brennelementen bisher völlig unbekannte Orte, wie Karlstein in Bayern. In letzteren Fällen wurden die Brennelemente besonders proliferationsträchtig vorher in Geesthacht zerschnitten.

Das sind nur schlaglichtartig einige Ergebnisse, die in der Broschüre ausführlicher vorgestellt werden. Sie sind zweifellos besorgniserregend. Die BRD gilt als Atomwaffenstaat auf Abruf. Es drängt sich der Schlua auf, daa auch im Forschungszentrum in Geesthacht im Rahmen des BRD-Atomprogramms einer bundesdeutschen Option auf Atomwaffen zugearbeitet wurde. Weitere sachdienliche Hinweise in diese Richtung werden von den VerfasserInnen, wie es im Vorwort heißt, gerne entgegengenommen.

Die Broschüre **„ATOMFORSCHUNG IN GEESTHACHT - Schleichwege zur Atombombe?"** wird herausgegeben vom „AK Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, Hamburg" und unterstützt von der „atom", der BI Uhlenhost/Hamburg, der GAL/Hamburg-Mitte, dem Kieler Arbeitskreis gegen den Krieg und dem Kommunistischen Bund (KB).

Sie ist zu beziehen über:
Holger Kuhr, Wohlwillstraße 49, 2000 Hamburg 4.
Hamburger Sparkasse, BLZ: 200 505 50, Kto.-Nr.: 1251/121255,
(Stichwort: Holger Kuhr wg. Atomwaffenverzicht ins GG)

Landesregierung und Stadt Saarbrücken als Helfershelfer der Atomindustrie? Kampf gegen die Stromtrasse in entscheidender Phase

Ein Großprojekt, wegen dem seit Jahren vor allem im Raum St. Ingbert ein erbitterter Streit vor allem im Raum St. Ingbert schwelt, scheint jetzt kurz vor der Realisierung zu stehen: die geplante Stromtrasse zwischen Hassel und Bischmisheim. Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände, sowie alle politischen Parteien laufen in St. Ingbert seit Jahren gegen die Stromtrasse Sturm und verweisen vor allem auf die ökologischen Schäden, die beim Bau der Trasse unausweichlich wären: die Hochspannungsfreileung würde ein Waldopfer von 260.000 Qudratmetern fordern, und dies in einem Bereich, der förmlich als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen ist. Sie würde sich auf einer Strecke von 5,3 km von Hassel, über den Hochscheid, vorbei an Reichenbrunn und Sengscheid erstrekken und die Landschaft in einer Breite von 70 m zerschneiden. Ein heute noch relativ unberührtes Tal würde zerstört. Das Landschaftsbild verschandelt. Auch das Naherholgungsgebiet Grumbachtal, das zu Saarbrücken gehört, wäre, von der Trasse betroffen.

Wirtschaftsminister will Gerichtsenscheidung nicht abwarten

Vor einigen Jahren schon hatte die Stadt ST. Ingbert die Stromtrasse vom Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerk (RWE) geplant und orciert wird, geklagt. Bis heute steht eine Entscheidung des Oberverwaltunggerichts (OVG) in Saarlouis, ob die Trasse überhaupt gebaut werden kann, noch aus. Für Wirbel sorgten deshalb vertrauliche Schreiben des Saarländischen Wirtschaftsministers, die ihren Weg an die Öffentlichkeit fanden: trotz der noch ausstehenden Gerichtsentscheidung erteilte Wirtschaftsminister Hoffmann dem RWE Ende Januar die Erlaubnis zum Baubeginn. Die Forstämter von Blieskastel und Saarbrücken wurden angewiesen, sich auf die kuzfristige Räumung der Trasse, sprich Rodungen vorzubereiten. Die Öffentlichkeit war schockiert. Dem Wirtschaftsminister wird jetzt vorgeworfen, in undemokratischer Art und Weise die berechtigten Einwände betroffener BürgerInnen und Gemeinden übergangen zu haben. St. Ingberts Bürgermeister Brandenburg (SPD) äußerte, er könne "absolut kein Verständnis aufbringen für diese unangebrachte Hast, schon vor einer anstehenden endgültigen Entscheidung durch die zuständigen Gerichte ein dermaßen einschneidendes und nicht mehr gutzumachendes Waldopfer anzuordnen."
Der Bau der Stromtrasse wird vom Wirtschaftsministerium und dem RWE mit der angeblichen Notwendigkeit begründet die "Netzsicherheit" im Bereich Saarbrücken zu gewährleisten. Bis heute konnten jedoch keinerlei Zahlen bzw. Gutachten von den Planern vorgelegt werden, die diese Behauptung belegen. Planungen zum Bau der Stromtrasse gehen bereits auf ca. 12 Jahre zurück. Da es bis heute nicht zu den prognostizierten Engpässen gekommen ist, besteht auch keinerlei Notwendigkeit mehr zum Bau der Leitung.

Gutachten der Stadt St. Ingbert: Trasse ist überflüssig

Nachweislich geht der Strombedarf zurück, vor allem in Saarbrücken und im gesamten Saarland, nachdem immer mehr Betriebe der Schwer- und Stahlindustrie ihre Produktion einstellten. Dies bestätigt auch ein Gutachten, das von der Stadt St. Ingbert für 70.000 DM in Auftrag gegeben wurde. Dessen wesentlichen Aussagen:
- Die Strombedarfsvoraussage von RWE wird durch die tatsächliche Entwicklung der vergangenen 10 Jahre widerlegt
- Die von RWE geforderte Leistungsreserve ist unnötig, da die physikalische und technische Leistungsfähigkeit der vorhandenen Betriebsmittel in Kraftwerken und Netzbereich bereits ausreichend vorhanden ist.
- Das vorhandene 110kV-Netz im entscheidenden und wichtigen Umkreis von Saarbrücken ist so stark angelegt und vernetzt, daß denkbare Ausfälle einzelner Leitungen und einzelner Kraftwerksblöcke die Versorgungssicherheit nicht gefährden
- Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten 10 Jahre erforderte eine geringeren Stromverbrauch. Die Planung der RWE, die vor 20 Jahren begann, setzt einen wesentlich höheren Stromverbrauch voraus. Trotz des niedrigen Verbrauchs in den letzten 10 Jahren will RWE die Freileitung gegen jede wirtschaftliche und umweltpolitische Vernunft durchsetzen
- Die Behauptung, die 110/220 kV-Hochspannungsfreileitung sei für die Grubenversorgung mit Stromm (Saarbergwerke) erforderlich, weil die Alt-Kohlekraftwerke Barbara I und II in Bexbach ,stilgelegt werden müssen, ist gegenstandslos. Die Stillegungen haben keinen Einfluß auf die Versorgungssicherheit der Kohlegruben. Auf die Hochspannungsleitung - so das Ergebnis des Gutachtens - könne deshalb verzichtet werden.

Durchleitung von billigem Cattenom-Strom?

Dennoch wollen Wirtschaftsministerium und RWE am Bau der Trasse festhalten. Warum ? Die geplante Trasse ist wohl Teil einer energiepolitischen Strategie, die darauf abzielt, eines der großen Probleme aller in die Kernenergie eingestiegenen Energieversorgungsunternehmen, nämlich den Abbau von Überkapazitäten, zu lösen. Die Energiepolitik des RWE war seit je her auf eine verstärkte Nutzung der Kernenergie und einen möglichst großen Stromverbrauch angelegt. So vermuten die Grünen in St. Ingbert, daß das RWE mit der neuen Stromtrasse Kapazitäten aufbauen will, die ab 1992 (Öffnung des europäischen Binnenmarkts) die Durchleitung von billigem Atomstrom aus Cattenom ermöglichen sollen.

Stadt Saarbrücken sagt Ja

Nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, daß das saarländische Wirtschaftsministerium und auch die Stadt Saarbrücken, die beide erklärtermaßen auf eine fortschrittliche Energiepolitik ohne den Einsatz von Atomenergie setzen, dieses Spiel mitmachen und die Stromtrasse abgesegnet haben. Im Saarbrücker Stadtrat stellten die Grünen im Oktober 1987 dem Antrag, die Landeshauptstadt möge dem Beispiel der Stadt St. Ingbert folgen und sich gegen die Stromtrasse aussprechen. Dieser Antrag scheiterte an den Stimmen von SPD- und CDU-Fraktion.
Die Stadt Saarbrücken und auch die saarländische Landesregierung müssen sich - sollten sie ihre Zustimmung zu dem fragwürdigen Projekt nicht doch noch zurückziehen - den Vorwurf gefallen lassen, ihre energiepolitische Glaubwürdigkeit zu verspielen. Ob der Wald zwischen St. Ingbert und Saarbrücken noch zu retten ist, hängt wohl auch davon ab, ob sich der Widerstand gegen das unsinnige Projekt jetzt noch entscheidend intensiviert. Der Protest müßte sich m.E. von der formalen Ebene der Schreibtische und der Verlautbarungen an den Ort des Geschehens verlager: in den Wald selbst. Der Phantasie bei entsprechenden Aktionen sollten keine Grenzen gesetzt sein!

Stefan Scholer
aus: Saarbrücker Stadtzeitung

Es gibt kein ruhiges Hinterland

Bunter, vielseitiger Widerstand im St. Ingberter Wald

Vom 19.-21. Mai fand im St. Ingberter Wald ein Widerstandscamp gegen den Bau der Stromtrasse Hassel-Bischmisheim (s. den Artikel in der STAZ 3/89) statt.
Aufgerufen zu dieser für saarländische Verhältnisse ungewöhnlichen Widerstandsform hatte die Aktionsgruppe "Tag X", ein Zusammenschluß von betroffenen Menschen aus der Region und anderen saarländischen Gemeinden, die ihren Unmut und ihre Wut über dieses Großprojekt des Wirtschaftsministeriums (H.Hoffmann) und der Atommafia (RWE) und den damit einhergehendem Waldmord, nicht länger unterdrücken wollen.

Nachdem die Menschen aus der Umgebung und Bürgerinitiativen den Bau der Stromtrasse nunmehr schon 10 Jahre lang erfolgreich verzögerten, über Aktionen der BI's von Unterschriftensammlung, Kundgebung, juristischen Schritten bis hin zur Unterstützung der Interessen für den Wald durch die Stadt St. Ingbert, scheint der Verlauf an einen kritischen Punkt gekommen zu sein. Massiv treiben das Wirtschaftsministerium und das RWE den Bau der Trasse voran. Zwangsenteignungen und Rodung stehen bevor. Als Anfang des Jahres die ersten Gerüchte über eine Rodung im Rahmen einer Nacht- und Nebelaktion kursierten, schloß sich die Gruppe aus der Überlegung, daß bisherige Protestformen nicht ausreichend sein werden und daß der Widerstand über die juristische Entscheidung hinaus möglich und notwendig ist, zusammen.
Hinzu kam, daß die Problematik in St. Ingbert kein Einzelfall ist und überall beobachtet werden kann, wie über die Köpfe und Belange der Bevölkerung hinweg, scheinbar politische, eher aber wirtschaftliche (manchmal auch militärische) Interessen durchgefochten werden (Bau verschiedener AKW's, Startbahn West, Flußbegradigungen ...).
Nach mehereren Treffen beschloß die Gruppe eine erste große, gemeinsame Aktion durchzuführen: das Widerstandscamp im Reichenbrunner Wald bei St. Ingbert.
Gleich mehrere Ziele wurden an diesem Wochenende von den WiderständlerInnen verfolgt. Zum einen traf mensch sich, um sich kennenzulernen und um in zwangsfreier Atmosphäre die unterschiedlichen Ansichten über die Aktionen, die bei Rodungsbeginn laufen sollen zu diskutieren.
In diesen Diskussionen drückte sich die Entschlossenheit, mit Beginn der Rodungen den Wald zu besetzen, aus.
Es wurde auch bewußt der Wald als Ort für das Widerstandscamp gewählt; dort am Hexentanzplatz ließ sich den Menschen am besten vermitteln, wie einzigartig dieser Wald, dieses Stück Natur ist.
Gleichzeitig wurde in Ansätzen versucht, etwa durch gemeinsame Vorbereitung, gemeinsames Kochen und sich untereinander austauschen und das Zusammenleben im Wald eine Alternative zu unserer Gesellschaft, die von Konkurrenzdenken und Konsumterror beherrscht wird, aufzuzeigen.

So wurden z.B. einige Kurden eingeladen, die samstags abends am Lagerfeuer musizierten, um internationale Kontakte zu suchen und andere Kulturen kennenzulernen. Dieses auch im Hinblick auf den neu auftauchenden, aber lange schon vorhandenen Rassismus in der BRD.
Erstaunlich war die gute Organisation des Camps. So wurde darauf verzichtet Plastikteller und -becher zu benutzen und die zentrale Sammelstelle für Müll war in Glas, Papier, Blech, Kompost und "normaler" Müll unterteilt. Freitags abends wurde auf dem Anfangsplenum erwähnt, daß sich ein in der Nähe befindliches "Wasserfällchen" zum Duschen eignet, "aber bitte ohne Seife". Ein altes Bunkerloch wurde mittels eines Balkens zur Toilette umfunktioniert, wohl nach dem Motto "wir scheißen auf¿s Militär".

Ein weiteres Ziel dieses Camps war den betroffenen Menschen aus St. Ingbert und den anliegenden Orten zu zeigen, daß der Widerstand bei Rodungsbeginn weitergehen kann und wird ...
In den Diskussionen wurde immer wieder auf die Wichtigkeit des Einbeziehens der Bevölkerung in den Widerstand gegen die Stromtrasse hingewiesen. So stand in der sonntags währen der Pressekonferenz verlesenen Presseerklärung:" Um unseren Widerstand erfolgreich werden zu lassen, benötigen wir die Unterstützung aus dem Kreis der betroffenen Menschen in Form von Beteiligung, Spenden und Nahrungsmitteln."
Während des Camps fanden auch Gespräche mit Spaziergängern und Joggern statt, wobei Interesse und Verständnis nicht nur für das Camp, sondern auch für weitergehende Widerstandsformen gezeigt wurde. Es wurden den TeilnehmerInnen sogar konkrete Aktionsvorschläge unterbreitet. In der Dorfkneipe war das Camp Gesprächsthema Nr.1 . Das Camp im Wald erregte überall Aufsehen. Auch die Herren von der Staatsgewalt zeigten sich interessiert, was die ständige und offensichtliche Zivi-Bespitzelung beim Auf- und Abbau des Camps bewies. Die Polizei selbst ließ es sich nicht nehmen, Verbesserungsvorschläge zu äußern (die altbekannte väterliche Tour ???).
(Tja, und nu fehlt leider eine halbe Seite, die beim kopieren wohl verloren ging. d. säzzer.)
.....dieses Großprojektes:" Wir sehen den Bau der Stromtrasse hier in engem politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Überkapazität der französischen AKW's, insbesondere des AKW's Cattenom. Die Überproduktion des französischen Atomstroms soll sich in einem verstärkten Atomstromexport auflösen. Hinzu kommt, daß große Industrieunternehmen der BRD starkes Interesse an dem deutlich preiswerteren französischen Atomstrom kundtun. Die politischen Weichen über den Stromexport werden über die dt.-franz. Zusammenarbeit im Rahmen der EG gestellt. Ab 1992 sollen mir der Errichtung des EG-Binnenmarktes alle Schranken fallen." wurde sonntagnachmittags auf der Pressekonferenz erklärt.
Aufgrund der längst vorhandenen internationalen Zusammenarbeit der Atommafia, wurde schließlich überlegt auch selbst einen grenzenlosen Widerstand zu entwickeln, also auch französische Anti-Akw-GegnerInnen oder die ebenfalls von Cattenom betroffenen lothringischen BergarbeiterInnen anzusprechen.
Wir hoffen auch die saarländischen Cattenominitiativen, die leider nicht gekommen waren, auf diesem Wege zu erreichen.

Für alle interessierten Menschen: die Aktionsgruppe "Tag X" trifft sich jeden Donnerstag um 20.00 Uhr im Café K.
Carsten Balzer

Vorsicht Radioaktiv !

Sondermüllverbrennungsanlage Schering in Bergkamen

Neben hochgiftigem Chemiemüll, der bei seiner Verbrennung Dioxine, Furane, Schwermetalle und ähnliches freisetzt, dürfen in normalen Giftmüllverbrennungsanlagen auch radioaktive Stoffe, die — je nach Isotop — mit bis zu 370 000 Bequerel(Bq) pro Kilo belastet sind, verbrannt werden. So verbrennt die Schering AG in ihrer völlig veralteten Sondermüllverbrennungsanlage in Bergkamen, direkt neben Wohngebieten nicht nur chemischen Sondermüll aus der gesamten Bundesrepublik, sondern auch radioaktive Abfälle aus dem Forschungsbereich des Berliner Schering-Werkes, sowie radioaktive Krankenhausabfälle. Strahlender Krankenhausmüll fällt in der Nuklearmedizin fast sämtlicher Kliniken an.
Bekannt wurde der "Aktion gegen Atomanlagen" und dem "Schering Aktion-Netzwerk" die Verbrennung radioaktiver Stoffe in Bergkamen durch Ermittlungen der Hanauer Staatsanwaltschaft in Zusammenhang mit den Atommüllschiebereien der Firma Transnuklear bei Atomkraftwerksbetreibern und ehemaligen Transnuklear Geschäftspartnern. In ihrer Folge wurde auch bei Schering in Berlin ermittelt. Anlaß für die Ermittlungen waren Hinweise auf zwei Entsorgungsaufträge Scherings für die radioaktiven Stoffe Tritium und Kohlenstoff.14 an Transnuklear 1982 und 1983. Hierbei wurde bekannt, daß ein Teil der radioaktiven Abfälle nach Bergkamen transportiert und dort verbrannt wird.

Die Brisanz dieses Mülls zeigt sich z.B. an dem Sachverhalt, daß der hiesige Krankenhausmülltransporteur Rethmann seine Fahrer mit Geigerzählern ausstattete. Auch an der benachbarten Verbrennungsanlage der Abfallbeseitigungsgesellschaft Ruhrgebiet (AGR) in Herten wurde bereits hochstrahlender Krankenhausmüll abgewiesen und mußte in einer kerntechnischen Anlage zwischengelagert werden. Selbst aus einem Bericht des Bundesumweltministeriums geht hervor, daß bei der Eingangskontrolle einer Sondermüllverbrennungsanlage eine mit ca. 15 Milionen Bq radioaktiven Jod-131 kontaminierte Zellstoffwindel entdeckt wurde. Trotz dieser Fakten weigert sich die Schering AG in Bergkamen die Radioaktivität zu messen. Begründung: Wenn gemessen wird, haben die radioaktiven Stoffe bereits den Schlot der Anlage verlassen.
Durch Verbrennen radioaktiver Stoffe kann Radioaktivität nicht vernichtet werden. Die Radioaktivität findet sich in der Schlacke, im Abwasser und insbesondere in der Abluft wieder, was in Bergkamen von der Gewerbeaufsicht bestätigt wurde. Die Radioaktivität wird lediglich verteilt, wobei die verseuchte Schlacke sogar auf Hausmülldeponien landet.
Die in Bergkamen verbrannten radioaktiven Stoffe Tritium und Kohlenstoff-14 bauen sich im menschlichen Körper anstelle der chemisch gleichartigen nicht-radioaktiven Elemente Kohlenstoff und Wasserstoff ein. Der radioaktive Kohlenstoff hat eine Halbwertszeit von 5736 Jahren! Die strahlenbiologische Wissenschaft kennt keine unschädlichen Strahlendosen. Dauerhaft Niedrigstrahlung ist in Bezug auf Krebs keinesfalls ungefährlicher als hohe Strahlendosen.

Laut Ökoinstitut Darmstatt, kann die radioaktive Belastung für die Anwohner und Anwohnerinnen einer Sondermüllverbrennungsanlage die gleiche Größenordnung erreichen, wie die der AnwohnerInnen eines Atomkraftwerkes. Der häufig vermittelte Eindruck die bestehende radioaktive Belastung stamme grötenteils aus kerntechnischen Anlagen, geht an der Realität vorbei. Seit Jahrzehnten werden radioaktive Stoffe in fastallen Industriebereichen mit weiter zunehmender Tendenz verwendet. Radioaktive Stoffe werden besonders in der Medizin benutzt. Durch die "Verbrennung" diesre Stoffe wird diese Radioaktivität verteilt. Selbst nach ihrem Zerfall sind diese Stoffe nicht unbedingt ungefährlich geworden. So zerfällt das in der Nuklearmedizin massiv verwendete Technetium-99^m mit einer Halbwertzeit von 6 Stunden in das langlebige Technetium-99 mit einer Halbwertzeit von 210 000 Jahren!

Weitere Informationen können einem **"Reader zur Verbrennung radioaktiver Stoffe bei Schering in Bergkamen"** entnommen werden. Dieser ist für 13.- DM incl. Porto bei der Aktion gegen Atomanlagen erhältlich (Nur Vorkasse):

Aktion gegen Atomanlagen - Kamen /Bergkamen

c/o Stefan Nies oder	c/o Ralf Störmer
Lüner Höhe 2a	Brandenburger Straße 9
4708 Kamen	4709 Bergkamen
☎ 02302/12728	☎ 02306/82127

SOLIDARITÄT MIT DEM WIDERSTAND GEGEN DIE UAA GRONAU

Ein Situationsbericht von der Basis

Nachdem die Uranit mit der Entlassung von zahlreichen Mitarbeitern sowohl in Gronau (UAA-Standort) als auch in Jülich (Forschungszentrum und Verwaltungshauptsitz der Uranit) gedroht hatte, wurde am 18. April von der SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen (NRW) umgehend der Ausbau der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) genehmigt. Die Atomfabrik darf jetzt auf die Kapazität von 1.000 t UTA/a ausgebaut werden.
Die SPD hat erneut bewiesen, daß sie kein Interesse am Ausstieg aus der Atomenergie hat. Die Landesregierung hätte die Erteilung der Genehmigung verweigern können. Es ist fraglich, ob in diesem Fall die Bundesregierung die Landesregierung angewiesen hätte, die Genehmigung zu erteilen. Die Landesregierung hätte aber noch einen anderen Schritt ergreifen können, um die Ausbaugenehmigung zu verhindern: seit einiger Zeit müssen Uranlager u.ä. nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BIMSCH) genehmigt werden. Zuständig ist der jeweilige Regierungspräsident. Weil es sich bei der Ausbaustufe der UAA eindeutig um eine Neuanlage handelt, wäre unseres Erachtens noch ein öffentliches Genehmigungsverfahren nach dem BIMSCH erforderlich gewesen. Der Regierungspräsident in Münster und die Landesregierung sahen das jedoch anders, und so wurde der Ausbau der Anlage unter Ausschluß der Öffentlichkeit genehmigt. Andere Standorte - BürgerInneninitiativen sollten auf jeden Fall prüfen, ob die neue BIMSCH-Verordnung auch für "ihre" Anlage relevant sein könnte.
Die Erteilung der Ausbaugenehmigung hat in der Gronauer Bevölkerung kaum Auswirkungen gehabt. Auch die Tatsache, daß die Uranit jetzt trotzdem ca. 30 Leute (vermutlich allerdings alle in Jülich) entläßt, läßt die meisten Leute kalt. Am 6. Mai fand dann in Gronau die "Tag-X-Demo" statt, die bereits vor der Genehmigung vorgeplant war. Die Beteiligung von etwa 120 Leuten ist unterschiedlich zu bewerten: die Beteiligung aus Gronau war mit etwa 40 - 50 Leuten eindeutig zu gering. Die überörtliche Beteiligung, besonders aus NRW, hätte zwar mengenmäßig auch höher sein können, es waren aber erfreulicherweise viele Gruppen der "Anti Atom Familie NRW" vertreten. Eine bessere Mobilisierung war in den Städten wohl so kurzfristig, auch angesichts der nicht gerade rosigen Situation in NRW, nicht zu realisieren. Hauptredner bei der Auftaktkundgebung am Rathaus waren Werner (AKU Gronau) und Hartmut (BI "Kein Atommüll in Ahaus"). Werner rief die bundesweite Anti-AKW-Bewegung dazu auf, den UAA-Widerstand verstärkt zu unterstützen! Bei der Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz sprachen vor allem ein Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV) aus Gronau, Andreas vom Umweltzentrum Münster und Heinrich (BürgerInneninitiative Emsland gegen Atomanlagen (BEgA). Andreas ging auf das deutsch-französische Atomgeschäft ein. In dem Zusammenhang wäre es denkbar, daß im Gegenzug zur

Wiederaufarbeitung in Frankreich die Urananreicherung von Pierelatte (Frankreich) nach Gronau verlagert werden könnte. Die ursprünglichen Pläne der Uranit, die UAA in Gronau auf 5.000 t UTA/a auszubauen, liegen noch immer in der Schublade! Dazu passen die Informationen von Heinrich (BEgA): die Brennelementefabrik in Lingen soll um einer Konversionsanlage erweitert werden. (Trennung von angereichertem Uranhexafluorid in Uran und Fluor). Bisher gibt es in der BRD nur in Hanau eine Konversionsanlage. Demnächst sollen dann wohl auch Uranhexafluoridtransporte aus Gronau nach Lingen rollen; eine weitere Ergänzung der atomaren Brennstoffspirale im Atomzentrum Euregio(deutsch-niederländische Grenzregion). Gegen diesen Atomdeal (Wiederaufarbeitung: Frankreich und/oder England; Endlager in Niedersachsen und Anreicherung/Brennelementefertigung in der Euregio) ist schärfster Widerstand erforderlich! Überall!

Nach der Demo fuhren noch ein paar Leute zur UAA raus. Anschließend traf sich der Rest der Aktivisten in einer Gaststätte um über Widerstandspersketiven in Gronau zu reden. Konkrete Ergebnisse gab es jedoch nicht. Ein anwesender Niederländer war über den "Grand Canyon" erstaunt, der zwischen den DemoteilnehmerInnen und der Gronauer Bevölkerung lag. Am Sonntag nach der Demo beteiligten sich knapp 30 Leute am Sonntagsspaziergang an der UAA. Soviele waren es schon lange nicht mehr gewesen (jeden ersten Sonntag im Monat, 14.00 Uhr). Uranit-Mitarbeiter hatten zwar eine "Gegenaktion" angekündigt, es tat sich jedoch nichts.

Obwohl sich bei der Demo nichts bemerkenswertes ereignet hatte, begann anschließend in Teilen der "Gronauer Scene" eine lästige "Gewaltdiskussion". Anlaß dazu war ein Leserbrief eines Polizisten in der Gronauer Lokalpresse. Er kritisierte, daß die Polizei von den DemoteilnehmerInnen angeblich nicht für voll genommen wurde, daß es Parolen zur Zusammenlegung und für "Aufruhr überall" gegeben hatte. Der AKW sollte überlegen, mit wem er zukünftig zusammenarbeiten will. Der Leserbrief wurde erstaunlicherweise von vielen Leuten, zumindestens teilweise, begrüßt. Es stellte sich auch heraus, daß viele Leute aus Gronau angeblich nicht bei der Demo waren, weil Ingrid Strobl als Rednerin eingeladen worden war. Angeblich war der Eindruck entstanden, man müsse bei der Demo "gegen die UAA und für Terrorismus" demonstrieren.

Angesichts dieser Diskussionslage, die von einer breiten, offenen - solidarischen Diskussion weit entfernt ist, und angesichts der personellen Engpässe des AKW Gronau, ist es zur Zeit offen, wie der Widerstand gegen die UAA weitergehen wird. Daß es weitergehen wird, auch mit (vom AKU) erwünschten Auswärtigen, ist klar. Um die Diskussion voranzutreiben, werden wir demnächst Gronauer Leute und Gruppen aus anderen Bewegungen zu einer Art "Anti-Atom-Ratschlag" einladen. Regional werden wir weiter in der EuKo (deutsch-niederländische "Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland") mitarbeiten, und auch weiterhin das EuKo-Info herausgeben (Abos gibts bei uns !!!)Wichtig wäre es jetzt, wenn die bundesweite Bewegung die internationale Bedeutung der UAA erkennen würde, und uns unter die Arme greifen würde! Distanzierungen wird es bei uns nicht geben!

Zum Schluß noch eine kleine Chronik von weiteren Ereignissen in Gronau aus der letzten Zeit:

27.3.: 200 Leute beteiligen sich am Ostermarsch (ein Hauptthema war die UAA)

28.3.: AKU-Veranstaltung zum 10. Jahrestag der Harrisburg-Katastrophe (gut besucht, 25 Leute incl. Radio ffn(

10. - 15.4.: AtomkraftgenerInnen aus der Euregio beobachten die UAA rund um die Uhr (wegen Atomtransporten)

25.4. AKW-Veranstaltung zum 3. Tschernobyltag (schlecht besucht)

19.5.: Pressekonferenz der Grünen im Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Gronau zur Energiepolitik (zusammen mit BI Ahaus und AKU Gronau)

26.5. in einem offenen Brief fordert der AKU erneut die sofortige Stillegung der UAA. Begründung: nach einer Information des Bundesverteidigungsministeriums gibt es kein Überflugverbot für die UAA durch Tiefflieger

4.6.: Sonntagsspaziergang an der UAA mit 6 Leuten !

Gronau ist überall!

Kontakt: AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau.

P.S. Die Genehmigung für die Inbetriebnahme der Ausbaustufe soll frühestens 19990 kommen. Noch ist also nicht aller Tage Abend.

LIEBE LEUTE, DER ARBEITSKREIS UMWELT GRONAU (AKU) braucht EURE UNTERSTÜTZUNG!

Das Strafverfahren gegen 3 UAA-Gegner wegen angeblicher "Nötigung" ist jetzt gegen die Zahlung von Geldbußen eingestellt worden (3x400 DM). Die drei waren Teilnehmer des ersten Sommercamps gegen die Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA), das im August 1988 durchgeführt wurde. Ein Höhepunkt des Camps war eine Grillfete, die am 13.8.88 vor der UAA durchgeführt wurde. Die Polizei löste die Fete ohne Warnung mit Gewalt auf und nahm die drei Leute fest. Angeblich sollen sie UAA - Mitarbeiter an der Ausfahrt vom Gelände gehindert haben.

Weil ein weiteres juristisches Vorgehen in dem Verfahren aussichtslos erschien (die Gerichte würden eher der Polizei glauben), wurden die Bußgelder gezahlt, ohne eine Hauptverhandlung zu riskieren. Zusammen mit einer Akteneinsicht durch einen Rechtsanwalt kam die stolze Summe von 1585,77 DM zusammen, die zunächst über einen Nottopf des AKU Gronau abgedeckt ist. Wir sind allerdings der Meinung, daß das Geld nicht nur vom AKU Gronau getragen werden sollte, da der Widerstand gegen die erste bundesdeutsche UAA bundesweit getragen werden muß! Außerdem gilt auch in Gronau: angeklagt waren drei - gemeint w i r alle! Wir appellieren daher dringendst, Euch an den Kosten zu beteiligen.

Spendenkonto: Arbeitskreis Umwelt Gronau
Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24; Kto.: 110 551 700
c/o Wolfgang Lieders

Postgiroamt Dortmund, BLZ: 440 100 46, Kto.: 317112 - 469
c/o Gertrud Leuders

Stichwort bei beiden Konten: Kriminalisierung

Sollten mehr Spenden als die o.g. Summe eingehen, wird das Geld natürlich für den weiteren UAA-Widerstand und (falls ganz viel kommen sollte) für kriminalisierte Atomtransportgegerinnen in unserer Region genutzt!

Ihr könnt euch auch in Protestbriefen über die Bußgelder beschweren. Dadurch werden sie zwar nicht zurückgenommen, beim nächsten mal wird dann vielleicht aber ander entschieden. Anschrift: Amtsgericht Gronau, Staatsanwaltschaft Münster, Ministerpräsident Rau). bitte schickt uns ggf. eine Kopie. Weitere Infos zu den Ereignissen oder über die UAA und die Atomanlagen in der Region erteilen wir euch gerne.

Laßt den AKU Gronau nicht hängen!!

P.S. Die Akteneinsicht durch den Anwalt eines Betroffenen hat u.a. ergeben, daß bei seiner Festnahme ein UAA-Mitarbeiter die Schmerzensschreie zu Protokoll gegeben hatte. Trotzdem blieb eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Einsatzleiter ergebnislos.

Im Wonnemonat Mai schien im Kunkelbachtal am Fuße des Feldbergs die Welt wieder in Ordnung "Kein Uranabbau im Schwarzwald - Bergwerksgesellschaft Brunhilde gibt umstrittenes Projekt in Menzenschwand endlich auf" titelte etwa die taz, "Südbaden frei von Atomanlagen", so die Schlagzeile der Baseler Zeitung. Die BIs der Region jubelten. Die im nieders. Uetze ansässige Bergwerksgesellschaft "Gewerkschaft Brunhilde" hatte angekündigt, ihre in der Nähe des Dörfchens Menzenschwand in einem Landschaftsschutzgebiet gelegene Urangrube bis 1990 zu schließen. Der jahrzehntelange politische und juristische Streit um den dortigen Uranabbau schien begraben.

Die "Gewerkschaft Brunhilde" - der Name leitet sich vom Wort "gewerken" der Bergmannssprache ab - gehört der skandalträchtigen "Uranlage Ellweiler" in Rheinland-Pfalz. Besitzer beider Firmen ist der 49jährige Wolfgang Hamma. In Ellweiler, der einzigen Anlage dieser Art in der BRD, wurde das Uranerz aus dem Südschwarzwald zu einem Konzentrat, dem sogenannten "Yellow Cake" aufbereitet, dem Ausgangsprodukt für die Herstellung atomarer Brennelemente.

Dubiose Uranklitsche

Hammas Anlage in Ellweiler gehört zu den ganz dubiosen Klitschen im bundesdeutschen Atombusioness: Immer wieder tauchte ihr Name im Zusammenhang mit Skandalen auf. Mal fanden Fahnder auf dem Werksareal "blaue, fast durchgerostete Fässer" (so ein Polizeiprotokoll) mit Uranerz aus dem afrikanischen Niger, das im Rahmen einer großen "Swapping"-Aktion umdeklariert worden war; mal machten Wissenschaftler unerlaubt hohe Radioaktivität in Abwasser und Abfällen der Firma aus. Die Geschäftsverbindungen mit der in den Hanauer Atomskandal verwickelten Firma Eurochemique im belgischen Mol etwa reichen bis in die frühen siebziger Jahre zurück.

Nicht zuletzt wegen stark überhöhter Strahlenwerte in den Abraumhalden verfügte das rheinland-pfälzische Umweltministerium im Mai dieses Jahres die Schließung der Ellweiler Uranklitsche. Auch die Förderung in der Menzenschwander Grube wurde im Mai vorübergehend eingestellt, schließlich gar ihre endgültige Stillegung bis 1990 angekündigt.

Doch neuerdings wird in Menzenschwand, unbemerkt von der Öffentlichkeit wieder rege gebuddelt, und zwar mehr als je zuvor: Allein 15.000 bis 20.000 Tonnen Uranerz sollen noch in diesem Jahr bis Wintereinbruch aus dem Berg geholt werden. Das ist rund doppelt soviel wie im ganzen letzten Jahr. Dabei besitzt die Firma für das Uranvorkommen nach wievor nur eine sogenannte Explorationsgenehmigung, d.h. sie durfte nur so viel Uran aus dem Granit sprengen, wie zur Erforschung und Erschließung des Vorkommens sowie die Unterhaltung der Stollen nötig war.

Rege Buddelei in Menzenschwand

Seit über sechs Jahren schon liegt Wolfgang Hamma mit der baden-württembergischen Landesregierung im Rechtsstreit um eine reguläre Abbaukonzession. Zwar hängt dieses Verfahren mittlerweile in dritter Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht. Doch ein zwischen der Firma und der Stuttgarter Landesregierung ausgehandelter Vergleich gewährt jetzt der "Brunhilde" günstigere Konditionen als jede reguläre Genehmigung. Danach darf die Firma nämlich vor der endgültigen Schließung der Grube noch alles Uranerz abtransportieren und aufbereiten lassen, welches in der Grube bereits freigelegt oder gebrochen ist. Danach soll einer Grundwasserverseuchung durch Ausschwemmen radioaktiver Teilchen vorgebeugt werden, einer Gefahr - die bisher immer vehement bestritten wurde. Offiziell darf die "Brunhilde" ihr Uranbergwerk quasi noch ausräumen. Da aber kein Mensch weiß, wieviel Erz in den kilometerlangen Stollen bereits freiliegt, kann die Firma de facto in Menzenschwand noch so viel Uran abbauen, wie sie will. Denn eine Mengenbegrenzung, wie sie eine Abbaukonzession wohl enthalten hätte, sieht der Vergleich offenbar nicht vor.

Die Urangräber von Dr. Hammas bremst das keineswegs. Mitte Juli verließen die ersten fünf Waggons mit Schwarzwälder Uran den kleinen Bahnhof von Seebrugg am Schluchsee (dorthin wird das Erz mit dem LKW gekarrt) mit neuem Ziel: Midlowa in der CSSR. Denn in seiner amtlich stillgelegten Anlagen Ellweiler kann Minenbesitzer Hamma das Material ja jetzt nicht mehr zu Yellow Cake aufbereiten. Dafür fand er einen Neuen Kunden für das Erz: Die Saarbrücker Firma "Interuran GmbH". Die gehört zu 75 % der deutschen Filiale des französischen Atomkonzerns COGEMA; das restliche Viertel teilen sich die beiden baden-württembergischen Energieversorgungsunternehmen Badenwerk und Energieversorgung Schwaben. Die Interuran fördert im bayerischen Großschloppen selbst Uranerz (die dortige Mine soll allerdings bald rekultiviert werden.). Aufbereiten läßt die Interuran das Erz im Rahmen "langfristiger Zusammenarbeit" schon seit rund fünf Jahren und zu äußerst günstigen Preisen, so Geschäftsführer Wolfgang Kersting zur taz, in der "Staatlichen Uranindustrie" der CSSR. Dort könnte Hamma möglicherweise auch die 500 Tonnen Uranerz, die gegenwärtig noch in Ellweiler lagern, verarbeiten lassen und Ellweiller damit "entsorgen". In welcher ihrer Uranmühlen die Tschechen, die mehrere eigene Uranminen betreiben und zu den führenden Yellow-Cake-Produzenten Europas zählen, das Erz aus dem Kunkelbachtal verarbeiten, wisse man in Saarbrücken nicht. Geliefert werde per Bahn an die zentrale Sammel- und Umschlagstelle in Midlowa. Das Konzentrat kommt dann in die BRD zurück.

Die BI gegen den Uranabbau im Südschwarzwald fordert nun, die endgültige Grubenschließung zum angekündigten Zeitpunkt. Außerdem verlangt sie ein unabhängiges Gutachten darüber, wie die Uranmine ohne Gefahren für die Umwelt stillgelegt werden kann sowie unabhängige Kontrollen der bereits angeschnittenen Erzadern und der schon gebrochenen Erzmengen. (aus: TAZ vom 2.8.89)

Wer mehr Infos möchte, wende sich an den Umweltkongreß Hochrhein c/o Peter Diehl, Schulstr. 13, 7881 Herrischried. Dort gibt es auch sehr gute, informative Flugis zum Uranabbau und der damit resultierenden Strahlengefahr.

Der THTR ist tot !
Es lebe der HTR !

Familientreffen der Hochtemperaturfreunde
Versuchs-HTR soll doch weiterbetrieben werden
Sicherheitsbericht für HTR 500 fertig

Aachen: " Restrisiko-Export in alle Welt? HTR nirgendwo!" Ein riesiges Transparent von Greenpeace mit dieser Inschrift wies den 230 TeilnehmerInnen einer Reaktortagung des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) Mitte Mai in Aachen den Weg. "AVR -20 Jahre in Betrieb-Ein deutscher Beitrag zu einer zukunftsweisenden Energietechnik" betitelten die Kernkraftfreunde ihre Jubeltagung zum 20jährigen Bestehen des 15 Megawatt-Versuchshochtemperaturreaktors (AVR) in Jülich.

Doch die rechte Freude wollte nicht aufkommen. Wie einige Wochen zuvor bei der Jahrestagung Kerntechnik in Düsseldorf herrschte eine eher desolate Stimmung, die durch die Absage hochrangiger Persönlichkeiten wie des " Atompapstes " Wolf Häfele und Wirtschaftsminister Haussmann noch gefördert wurde. Darüber konnten auch die ausländischen Gäste ("Alles bezahlte Claquere" - so ein prominenter Teilnehmer) aus der Sowjetunion, China, Japan und den USA nicht hinwegtäuschen.

HTR-Erfinder Rudolf Schulten - einer von jenen, die "ihr Leben dieser Technik geopfert haben" (so in einer der Begrüßungsreden) - sah "alles Schwarz in Schwarz", hoffte aber, daß es " eines Tages wieder Licht geben wird ".

Die Durststrecke von 10 Jahren, mit der die Atommafia beim Hochtemperaturreaktor nach dem Debakel beim THTR und dem gescheiterten Genehmigungsverfahren für den HTR - Modul in Niedersachsen rechnet, soll durch Konzentration und Rationalisierung durchgehalten werden, so der Geschäftsführer Emil Baust der neuen Siemens - ABB - Tochter HTR GmbH.

Die Industrie verfolgt beim Hochtemperaturreaktor künftig drei Entwicklungslinien. Ein kleiner Heizreaktor GHR 10 mit 10 MW Wärmeleistung soll an der Tsinghua Universität in Peking erprobt werden. Der HTR - Modul mit 200 MW Wärme- bzw. 80 MW elektrischer Leistung soll vorerst als großtechnische Versuchsanlage in der Sowjetunion verwirklicht werden. Über den Umfang der deutschen Beteiligung wird allerdings immer noch verhandelt.

Für die deutschen Stromversorger wird aufbauend auf den THTR 300 in Hamm - Uentrop ein HTR 500 mit einer elektrischen Leistung von 500 MW entwickelt. In einer ersten Phase haben im Juli 1988 deutsche und schweizer Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) 7 Mio. D-Mark lockergemacht, um Teile eines Sicherheitsberichts für ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren wie beim HTR - Modul erstellen zu lassen. Die Ergebnisse wurden im Entwurf im Januar den Auftraggebern der Hochtemperaturreaktor - Gesellschaft (HRG) vorgestellt. Durch weitere Planungsaufträge von EVU´s und Industrie soll der HTR 500 in vier bis fünf Jahren zur Marktreife gebracht werden. So verhandelt die Reaktorindustrie derzeit mit der HRG (Gesellschafter: VEW, PREAG, Veba - Kraftwerke - Ruhr, RWE, STEAG, Neckarwerke und über die Hochtemperatur - Planungsgesellschaft (HTP) die Stadtwerke Düsseldorf, Köln, München, Hannover, Wuppertal und Krefeld) über die weitere Finanzierung der Planungsphase 2a. Eng eingebunden in diese Arbeit ist die Kernforschungsanlage Jülich und das schweizer Paul - Scherrer - Institut (früher Eidgenössisches Institut für Reaktorforschung, Würenlingen).

Schließlich tut auch Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber das Seine dazu. Für die Zeit der Überwinterung sagte ein Vertreter des BMFT in Aachen 30 Mio. D-Mark jährlich zur Förderung des HTR zu.

Besonderes Augenmerk muß dabei auf den Gegenstand der Tagung - den AVR Jülich - gerichtet werden. Entgegen der in der Öffentlichkeit verbreiteten Tatsache, der AVR sei Ende vergangenen Jahres stillgelegt worden, wird er nämlich nach wie vor weiterbetrieben. Am 31. Dezember 1988 wurde der Versuchsreaktor lediglich vom Netz genommen.

Im Sommer diesen Jahres soll er für einen wichtigen Versuch für das Genehmigungsverfahren des HTR - Modul sogar wieder auf volle Leistung hochgefahren werden. Es soll der Aktivitätsaustrag bei Druckentlastung untersucht werden, womit die Betreiber über die ungefilterte Abgabe des Kühlgases Helium im Störfall Aufschluß gewinnen wollen.

Die Genehmigung für diese Versuche wurden von der SPD - Landesregierung im April ohne viel Aufhebens erteilt. Und die Pläne gehen noch weiter. Für weitere Versuche im November und Dezember werden die Komponenten derzeit eingebaut. Schließlich wird an einem fünfjährigen Nachuntersuchungsprogramm für die Zeit nach der Stillegung des AVR gebastelt. All das ist ein lohnendes Feld für die Anti - AKW - Bewegung, soll doch der AVR nach dem vorläufigen Scheitern der Inlandspläne für den HTR - Modul trotz seiner unterschiedlichen Konstruktion zu einer "Referenzanlage für den HTR - Modul " (Interatom) hochstilisiert werden. Ein lohnendes Feld auch für grüne und alternative StadträtInnen der an der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor beteiligten Kommunen (u.a. Düsseldorf, München, Bremen, Hannover, Wuppertal, Duisburg, Mannheim, Aachen, Bonn, Krefeld und Würzburg) , auf deren Druck hin der AVR stillgelegt werden soll, nach der Finanzierung dieser Versuche zu fragen.

Vor der Stillegung stehen allerdings immer noch Pläne für einen Umbau des AVR Jülich in eine Prozeßwärme - Anlage im Raum. Jedenfalls wurden in bewährter Manier - außerhalb jeglicher parlamentarischen Kontrolle - in einem "Gesprächskreis AVR - Umbau" beim Bundesminister des Innern die genehmigungstechnischen Fragen schon mal vorab geklärt. Unter anderem wurde dabei sichergestellt, daß durch die neue geänderte Strahlenschutzverordnung die Tritiumverseuchung im Produktgas der Kohleveredlungsanlage unter der Freigrenze liegen würde.

Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen stehen die Pläne für den Weiterbetrieb des AVR allerdings auf wackeligen Füßen. So zeigte der Rückblick auf den 20 jährigen Betrieb, daß die Ausbeute an Ergebnissen bisher eher mager war. Das hängt damit zusammen, daß der AVR für einen Versuchsreaktor meßtechnisch extrem dürftig bestückt ist.

Bis heute ist es nicht möglich, die Vorgänge innerhalb der Schüttung aus den kugelförmigen Graphit - Brennelementen meßtechnisch zu verfolgen. Eine Hilfskonstruktion mit Schmelzdrähten in einzelnen Brennelementen förderte zutage, daß die Brennelementtemperaturen höher als erwartet waren. Die nach Herstellerangaben kritische Temperaturgrenze von 1500 bis 1600 Grad Celsius wurde dabei überhaupt nicht erfaßt. Für den Versuchsleiter Norbert Kirch ist die dürftige Instrumentierung lediglich ein Schönheitsfehler.

Schwere Unfälle wie ein Wassereinbruch, bei dem unbemerkt 27 Tonnen Wasser ins Reaktorinnere gelangten, spielten die Wissenschaftler nachträglich zu "unbeabsichtigten Experimenten" herunter. Dabei hat es an Störfällen - wie eine siebenseitige Störfalliste des Öko - Instituts belegt - wahrlich nicht gemangelt.

Der Wassereinbruch, dessen Ursache bis heute noch nicht geklärt worden ist, führte 1978 zu einem 15 monatigen Stillstand des Reaktors. 1971 war unbeabsichtigt ein Helium - Luft - Gemisch in den Primärkreislauf eingespeist worden, 1974 wurde der Reaktor mit 2400 unentdeckt fehlerhaften Brennelementen beladen.

Überhaupt stellten die Graphitkugeln eine ständige Quelle des Ärgers und der radioaktiven Verseuchung dar. Die ersten aus deutscher Fertigung zeichneten sich durch eine extrem hohe Durchlässigkeit für radioaktive Spaltstoffe aus. Erst in den USA, Großbritannien und Österreich entwickelte Brennelemente mit beschichteten Brennstoffteilchen lösten die schlimmsten Probleme bei der "rein deutschen Reaktorentwicklung". Mit der Erprobung weiterentwickelter Brennelemente wird u.a. auch der Weiterbetrieb des AVR begründet .

Die AVR - Tagung hat gezeigt, daß zwar momentan Katzenjammer bei der Atommafia herrscht, sie aber angesichts der Klimakatastrophe mit einer großartigen Renaissance der Atomenergie und speziell der angeblich so sicheren HTR - Technik. Ein Berater der nordrhein - westfälischen Landesregierung sagte: "Wir stehen heute am Grab einer großartigen Technologie, aber ein Ostermontag wird kommen!"

Daß die Atommafia dabei mit der SPD rechnen kann, daran ließ NRW - Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen keinen Zweifel. Zwar machte er aus seiner Enttäuschung über den im Falle des HTR nicht erfüllten Konsens Kohle - Kernenergie keinen Hehl, da sich die Kohlevergasung mit Prozeßwärme aus dem Hochtemperaturreaktor als Windei entpuppt hatte. Gleichzeitig mit seiner Skepsis gegenüber dem HTR bekannte er jedoch: "Das schließt nukleare Forschung nicht aus." Schließlich stellte er einen neuen Energiekonsens in Aussicht: "Nordrhein - Westfalen steht zu Gorleben, zu Ahaus, wenn nach der Zwischenlagerung eine direkte Endlagerung erfolgt."

karaman

DER KOMMENTAR

Zum Aus für den THTR und den möglichen Folgen

Der Jubel über das endgültige Aus der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und darüber, daß an ihrer Stelle in der Oberpfalz kein atomares Ersatzprojekt entstehen wird, hat sich kaum gelegt, da gibt es bereits das wohl nun ebenfalls endgültige Aus des Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop zu bestaunen. Der Jubel hält sich in Grenzen, denn der THTR war ja weniger Schauplatz entschlossenen Wiederstandes und schwerer Auseinandersetzungen zwischen Atom-Lobby, Staat und Anti-AKW-Bewegung, sondern eher ein Zankapfel innerhalb der Atom-Befürworter. Landes- und Bundesregierung, Reaktorbauer und Stromwirtschaft stritten über Sinn und Unsinn, technischer und ökonomischer Überzeugungskraft dieser ungewöhnlichen Reaktorlinie. Ursprünglich geplant als das Pilot-Projekt für den Einsatz der Atomenergie nicht nur zur Stromerzeugung, sondern darüber hinaus zur Erzeugung von hoher Prozeßwärme (daher der Standort am Ruhrgebiet), seit Jahren aber angesichts niedriger Energiepreise und mangelnder Akzeptanz in der Gesellschaft als Zukunftsobjekt fallengelassen, ist der THTR nun zu einem weiteren Symbol des Umbruchs in der Energiepolitik geworden. Mit dem unrühmlichen Ende des THTR wird eine Reaktorlinie diskreditiert, von der sich die Atomwirtschaft für die Zukunft einiges versprochen hatte, vor allem im Export. Die weitreichenden Pläne in Richtung HTR-Modul werden vom Aus in Hamm-Uentrop nicht gerade profitieren können.

Neben den technischen und ökonomischen Problemen, die zum THTR-Aus führten, ist jedoch in der ganzen Auseinandersetzung um die Stillegung dieses Reaktors ein weiterer, bislang wenig beachteter und in seiner Konsequenz für die Zukunft der Atomwirtschaft sehr bedentender Faktor hinzugekommen: die Frage nach den Kosten und der Verantwortlichkeit für den Abriß bzw. die Konservierung stillgelegter oder stillzulegender Atomanlagen. Dieses Problem kommt schließlich auf alle bestehenden Anlagen bzw. deren Betreiber und die Bundes- und Landesregierungen zu. Bislang war man dem Problem ausgewichen, bzw. hatte es finanziell in milden Grenzen für die Betreiber zu halten versucht. Die Konstruktion laut Atomgesetz (und dem Willen der Betreiber) sah jeweils so aus und ist auch die bisherige Praxis: Man baue ein AKW, hinterlege eine Kaution — laut Atomgesetz — von 200 Millionen DM (bei großen Leichtwasserreaktoren) für eventuell auftretende Folgekosten durch schwere Unfälle oder ähnlichem, gründe eine eigene Atomkraftwerks-GmbH, also eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, und dann kann's losgehen. Wohlgemerkt, mit beschränkter Haftung, d.h. ohne weitere finanzielle Risiken für die Stomversorger, denn nicht sie betreiben die Atomanlage, sondern die eigens gegründete beschränkte Gesellschaft.

So weit, so schlecht. Im Falle des THTR wurde nun zum ersten Mal offenkundig, was dies in der Praxis für eine Anlage bedeutet. Der Streit zwischen Landesregierung und Betreibern ging nämlich nicht in erster Linie um die Stillegung — die wollten zuletzt alle —, auch nicht um den Zeitpunkt, sondern allein um die Kosten der Konservierung, Bewachung und den späteren Abriß des THTR. Geschätzte Kosten zwischen 900 Millionen und 2 Milliarden, genau weiß das niemand. Die NRW-Landesregierung will die Kosten den Betreibern überlassen, mit gutem Recht, wenn das Verursacher-Prinzip gelten soll.

In dieser Situation zeigte sich aber, daß die Landesregierung über keinerlei Druckmittel verfügt, dies auch in der Realität einzuklagen. Denn die Betreibergesellschaft des THTR ist natürlich eine GmbH, und die konterte die Forderungen der Landesregierung mit der lapidaren Ankündigung: Dann werden wir Konkurs anmelden. Und das heißt nichts weiter: Die Betreiber sind aus der Verantwortung, die Suppe muß die Landesregierung auslöffeln.

Um den Schaden in der Öffentlichkeit zu begrenzen, beeilte sich die RWE (Mitgesellschafterin an der THTR-Gesellschaft) mit der Zusicherung, sie werden ein paar Millionen "freiwillig" nachschieben. Doch das grundsätzliche Problem liegt nun offen auf dem Tisch.

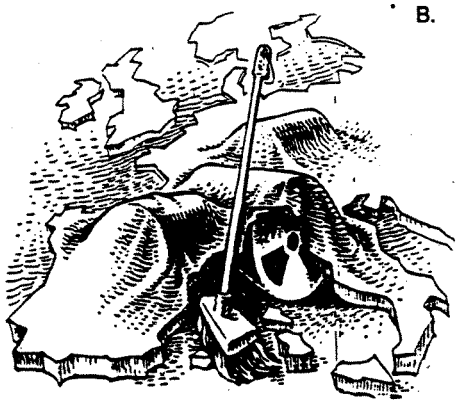
Nicht nur in SPD-Kreisen wird der Ruf nach einer Änderung des Atomgesetzes immer lauter. Auch manchem CDU-Länderpräsident dämmert langsam, was in dieser Sache auf seinen Landeshaushalt noch zukommen kann. Die Vermutungen gehen dahin, daß die langfristigen Konservierungs- und Beseitigungskosten der Atomkraftwerke höher anzusiedeln sind als ihre ursprünglichen Baukosten. Sollten Bundes- und Landespolitik diesen schwarzen Peter per Gesetzesänderung an die Betreiber zurückgeben, so würde dies die Kosten des Atomstroms künftig erheblich erhöhen und möglicherweise das ökonomische Aus dieser Energieerzeugung bedeuten — eine Entwicklung, wie sie sich seit einigen Jahren in den USA vollzieht und dort zu einem Zusammenbruch der Atomwirtschaft geführt hat.

Aber das ist noch reine Zukunftsmusik. Die Pläne der Atomlobby laufen natürlich in eine andere Rchtung. Trotz der Pleite mit der WAA und dem THTR, und trotz des bevorstehenden Desasters mit dem Schnellen Brüter in Kalkar kämpft die deutsche Atomindustrie verbissen um eine Perspektive. Gerade der so viel gelobte VEBA-Vordenker Benningsen-Foerder, auf den sich jüngst ja auch mancher AKW-Gegner gern bezieht, warf vor einigen Wochen den Atomkraft-Kritikern den Fehde-Handschuh hin.

Auf der Aktionärsversammlung der VEBA machte er eine neue Energielücke Mitte der 90er Jahre aus und sah dringenden Handlungsbedarf. Und angesichts der Konkurrenz innerhalb des EG-Binnenmarktes und in deren Folge des Rückgangs der Verstromung deutscher Kohle (sowie, selbstredend, in "ernster Sorge um das Weltklima") gibt es für den "Vordenker" nur eine sinnvolle Lösung: den Zubau weiterer Atomkraftwerke klassischer Bauart, also der großen Leichtwassereaktoren. Das Restrisiko müsse halt in Kauf genommen werden, so seine Worte. Und weiter: Dringend müsse sich die Politik um ein neues, aktualisiertes Energieprogramm kümmern, um fest verbindliche Rahmenbedingungen für die Stromwirtschaft zu schaffen. Und diese Auseinandersetzung um die weiteren Perspektiven in der Energiepolitik wird denn auch bald kommen, spätestens im Wahlkampf zu den Bundestagswahlen Ende 1990.

Auf diese Auseinandersetzung müssen wir uns rechtzeitig einstellen und vor allem diskutieren, wo in dieser Auseinandersetzung die Anti-AKW-Bewegung Möglichkeiten sieht, ihre Forderungen und Perspektiven zum Thema zu machen. Diese wichtige Aufgabe wie in der Vergangenheit vor allem den Grünen, der SPD und einigen Öko-Instituten zu überlassen, wäre jedenfalls fatal und könnte den Abschied der Bewegung von der politischen Auseinandersetzung bedeuten. Auch dies eine Frage, die auf den nächsten Konferenzen thematisiert werden muß.

B.



Keine Atomtransporte in Hamburg

- und auch nicht anderswo

Nach wie vor gelten die Atomtransporte als eines der best gehütesten Geheimnisse der Atomindustrie. Mit diesem Artikel wollen wir versuchen, etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen. Der Schwerpunkt wird dabei auf den Transporten liegen, von denen Hamburg betroffen ist. Neben den Hintergründen sollen im folgenden die politischen Auseinandersetzungen um diese Transporte aufgezeigt werden.

Die Transporte mit der Godewind

Die Godewind pendelt seit Anfang 1988 zwischen der Hansestadt und Schweden sowie Finnland hin und her und transportiert dabei vor allem unbestrahlte Brennelemente für die skandinavischen AKWs. Von der ABB Atom, ein Zusammenschluß des schwedisch-schweizerischen Unternehmens ASEA und der BBC, erhält das Siemens Brennelemente Werk in Hanau (früher Alkem und RBU) Urandioxidpulver (UO2) mit einem Anreicherungsgrad von ca. 4% spaltbaren Uran 235. Zusammen mit den Werken in Karlstein und in Lingen exportiert die Siemens AG rund 40% der Produktion ins Ausland. Die Godewind, die von der Hamburger Firma Walter Möller gemakelt wird, ist von Siemens eigens für die Abwicklung dieser Transporte gechartert worden.

Von Hanau, Lingen oder Karlstein aus werden die radioaktiven Frachten mit LKWs der Spedition Thomsen aus dem schleswig-holsteinischen Gutendorf bei Heide auf die Godewind gefahren und in der Regel nach Varberg oder Västeras (Sitz der ABB) gefahren, bzw. ins finnische Turku und wieder zurück. Um die Transporte geheim zu halten, taucht die Godewind seit dem Sommer 1988 nicht mehr in den Hafenberichten auf, wo sonst alle ein- und auslaufenden Schiffe angekündigt werden. Der Umschlag findet auf den Anlagen der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG statt, einer hundertprozentigen Tochter des Hamburg Senats.
Neben diesen Geschäften ist die Godewind allerdings auch häufiger mit Uranhexafluorid unterwegs. Zwei LKWs brachte sie am 22.1.89 aus der UdSSR nach Hamburg und am 25.Januar brachte sie UF6 nach Schweden. Außerdem die oben genannte Ladung am 25.Juli.

Nach der Verhinderung in Lübeck rollen die Transporte jetzt durch Hamburg

Das diese Transporte seit dem März 1988 durch Hamburg gehen hat einen einfachen Grund: Im Winter 87/88 hatten die Lübecker Initiativen und Organisationen faktisch ein Verbot von Atomtransporten durch ihre Stadt und über ihre Häfen durchgesetzt. Töpfer empfahl daraufhin den beteiligten Firmen, sich möglichst nach einem neuen Umschlagplatz umzusehen.
Während der Transport der plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente ins niedersächsische Emden verlegt wurde, hatte sich Siemens offenbar mit der HHLA schnell einig werden können, die Transporte mit unbestrahlten BE und UO2, die den Hauptanteil ausmachen, künftig über Hamburg zu verschieben.

Hamburgs Rolle im internationalen Atomhandel wächst

Mit der Übernahme dieser Transporte hat die Hansestadt ihre Bedeutung im internationalen Atomhandel weiter ausgebaut und trägt damit ihren Anteil dazu bei, daß der bundesdeutschen Atomindustrie lukrative Gewinne entstehen können. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hatte der Hamburger Senat den Ausstieg aus der Atomenergie angekündigt, - es hätte sich gezeigt, daß das Restrisiko der Atomanlagen nicht länger zu verantworten wäre. Seitdem hat Hamburg, bzw. die SPD allerdings nichts unternommen, um einen Ausstieg effektiv einzuleiten. Die von Umweltsenator Kuhbier 1987 vollmundig angekündigte Satzungsänderung der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) hat bis heute nicht stattgefunden und nach wie vor sind die HEW Betriebsführer der AKWs in Krümmel und Brunsbüttel. Und nun wird durch die HHLA noch draufgesattelt. Pikanterweise hat sich Kuhbier zwar im Dezember letzten Jahres bei Töpfer schriftlich beschwert, daß er keine weiteren Atomtransporte in der Stadt haben will, weil er aufgrund des Störpotentials in Hamburg Behinderungen nicht ausschließen könne. Gegenüber der Öffenlichkeit vergaß Kuhbier jedoch damals darauf hinzuweisen, daß die HHLA für Lübeck in die Bresche gesprungen war. Angesichts der Vorwürfe, daß Hamburg mit der Übernahme des Geschäfts mit Schweden noch tiefer in den Atomfilz einsteigt, verweist der Umweltsenator nun 1. auf diesen Brief und 2. daß die Hansestadt mehr nicht machen könne.

Atomare Zwischenlager im Hamburger Hafen

In der Antwort auf eine kleine Anfrage der GAL Abgeordneten Kristin Heyne (Drucksache 13/4127) wird vom Hamburger Senat mitgeteilt, daß seit dem 1. Januar 1988 insgesamt 34 Transporte mit Uranhexafluorid in und durch Hamburg stattgefunden haben. Neben diesen Angaben ist aber vor allem Bemerkenswert, daß der Senat auch angibt, daß es bei diesen Transporten zu Zwischenlagerungen gekommen ist. Am 15. April, 13. Juni und am 28. Juni 1988 kam es bei der "Lager und Speditionsgesellschaft", außerdem am 30.November und am 16. Dezember bei der HHLA zu Zwischenlagerungen von 1-2 Tagen. Dabei trugen, so der Senat, die beiden Firmen die Verantwortung für die gelagerten Stoffe. Nach dem Atomrecht gibt es die Möglichkeit zu einer solchen Zwischenlagerung, wenn sie im Rahmen einer Transportgenehmigung der Physikalisch-technischen Bundesanstalt in Braunschweig abgesegnet wurde. Beide Hamburger Firmen mußten sich um als Zwischenlagerer tätigt zu sein, einer umfangreichen Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Mithilfe des Bundes- und Landesverfassungsschutz und des Bundeszentralregisters in Berlin wurden die Personen, die zu den Stoffen zugang haben, durchleuchtet. Während nach Auskunft des Betriebsleiters bei

der Lager und Speditionsgesellschaft etwa 10 Personen überprüft worden sein sollen, ist die Anzahl der Beschäftigten bei der HHLA noch unbekannt.

Verbot von Transporten ist möglich

Den Hinweis des "Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen", daß Hamburg mit einer schlichten Änderung der Hafengesetze in eigenständiger Kompetenz zumindest die Transporte durch den Hafen verbieten könnte, mag man im Jahr des 800. Hafengeburtstag nicht hören, wird doch in allem U-Bahnen damit geworben, daß Hamburg zu den größten Universalhäfen gehört und Hamburgs Wirtschaftsförderung eben über jedes Geschäft dankbar ist. In einem Gutachten für Lübeck hatte die Gruppe Ökologie Hannover darauf hingewiesen, daß es die Möglichkeit einer Teilendwidmung gäbe, daß heißt, bestimmte Güter vom Umschlag im Hafen auszuschließen. Michael Günter, Hamburger Rechtsanwalt und Autor des juristischen Gutachtens hält dies auch in Hamburg für möglich. Die Rechtsabteilung der Umweltbehörde kam in einer "internen" Prüfung jedoch zu einem anderen Ergebnis: Hier sieht man die Gewerbefreiheit eingeschränkt und dies wäre verfassungsrechtlich bedenklich. Diese Auffassung vertrat Kuhbier auch in einem Interview mit der "Hamburger Rundschau" am 11.Mai 1989. Immerhin erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die SPD aus der Atomenergie auszusteigen vorgibt und damit der Atomindustrie den Boden unter den Füssen wegziehen will. Die Abschaffung, bzw. Stillegung der Atomanlagen müßte dann logischerweise ebenfalls verfassungsrechtliche Bedenken erzeugen, da auch hier die Gewerbeordnung eingeschränkt wäre.

Atomare Fracht auf Vogelflug

Bekannt geworden ist nun auch ein weiterer Bereich der damals über Lübeck abgewickelten Transporte. Einen wachsenden Anteil an den Transporten hatten leichtradioaktive Abfälle aus nahezu allen bundesdeutschen Atomanlagen eingenommen. Diese gingen zur schwedischen Verbrennungsanlage der Studsvik Nuclear, wo die Stoffe sortiert und soweit möglich verbrannt und konditioniert werden. Allerdings geht aus einem von der Gruppe Ökologie in Hannover erstellten Gutachten für die Hansestadt Lübeck hervor, daß rund 10 Prozent der angelieferten Abfälle nach dem sortieren ohne weitere Bearbeitung wieder an die Hersteller zurückgesandt wurden, da sie entweder gar nicht brennbar waren oder aber eine zu hohe radioaktivität aufwiesen. Nach dem diese Transporte durch ein politisch durchgesetztes Verbot in Lübeck verschwunden waren, hat sich nun herausgestellt, daß sie auf der Vogelfluglinie über Puttgarden nach Rödby mit der Bundesbahn Richtung Schweden gefahren werden. Nach Aussagen der Pressestelle der Hamburger Bundesbahndirektion werden solche Gefahrgüter mit der Frachtfähre "Theodor Heuß" abgewickelt, die ausschließlich Güter transportiert.

Informationspolitk über Atomtransporte

Die hamburger Umweltbehörde und der SPD/FDP-Senat haben sich (u.a. in der Antwort auf eine schriftliche kleine Anfrage 13/3487) vor kurzem dafür ausgesprochen, die Bevölkerung umfassender über Atomtransporte zu informieren. Nachdem es selbst auf rückwirkende Anfragen über Atomtransporte jahrelang entweder gar keine oder aber völlig unkontrollierbare Informationen gab, hat sich die Praxis etwas verändert, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein wird, daß der Druck der Hamburger Bürgerinitiativen ständig größer wird und der Atomfrachter Godewind ohnehin regelmäßig von AtomkraftgegnerInnen beim nächtlichen Anlegen beobachtet wird. Seitdem werden auf Anfrage Empfänger und Absender, die Art der Ladung, die Anzahl der Transporte und mit welchen Transportmitteln sie abgewickelt wurden von der Umweltbehörde genannt. Die Angaben beziehen sich allerdings lediglich auf die Transporte für "Kern"brennstoffe. Für die "sonstigen radioaktiven" Stoffe, deren Transport laut Atomgesetz nicht anmeldepflichtig ist und für die die Behörde für Arbeit, Soziales und Gesundheit zuständig ist, gibt es bis heute keine Angaben des Senats, da keine Statistiken geführt werden.
Weiterhin allerdings gilt: Über Transporte, die noch geplant sind, wird strengstes stillschweigen bewahrt!
Interessant ist auch, daß die Angaben der Hamburger Umweltbehörde umfassender sind, als die des schleswig holsteinischen Sozialministerium. In Bezug auf die Transporte über Puttgarden wurden die Empfänger und Absender nicht exakt angegeben, sondern lediglich gesagt, daß z.B. am 3.Juli 1989 ein LKW-Transport mit unbestrahlten Brennelementen aus Schweden über Puttgarden durch Schleswig Holstein in den "Süden" stattgefunden hat.

Statt Ausstieg - ein Gutachten

Im Juli vergab die Umweltbehörde ein Gefahr-Gutachten über "Kern"brennstofftransporte durch die Hansestadt an die Gruppe Ökologie Hannover, das bis zum Frühjahr 1990 fertiggestellt sein soll. Damit bleibt in diesem Gutachten der gesamte Breich der sonstigen radioaktiven Stoffe völlig ausgeklammert. Nach Auskunft des Senats (schriftliche kleine Anfrage 13/3983) wird allerdings beabsichtigt, in Abhängigkeit vom Ergebnis des jetzigen Gutachtens ein weiteres für diese Transporte in Auftrag zu geben. Was das konkret heißen mag, wurde in der kleinen Anfrage allerdings nicht gesagt.
Ziel des jetzt vergebenen Gutachtens ist es nicht, Ausstiegsmöglichkeiten für die Hansestadt zu suchen, sondern mögliche Katastrophenszenarien aufzuzeigen um Gegenmaßnahmen planen zu können. Immerhin sollen aber die gesundheitlichen Gefährdungen für die Transportarbeiter durch die Gruppe Ökologie begutachtet werden.

Verweigert die Bundesbahn die Aussage?

Größtes Problem bei der Untersuchung der Gefährundungspotentiale durch die Atomtransporte dürfte die Bundesbahn sein. Insgesamt 24 Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus den vier AKWS Brunsbüttel, Krümmel, Stade (und in Zukunft aus Brokdorf) rollten seit dem 1. Januar 1988 über die Gleise der Bahn durch die Hansestadt und müssen rechtlich den Hamburger Behörden nicht gemeldet werden, da die Bahnanlagen nicht zum Hoheitsgebiet der Stadt gehören. Zwar praktiziert die Bahn zur

Zeit Good-will und meldet Castor-Transporte der Umweltbehörde, ob allerdings die GÖK die Möglichkeit erhalten wird, vor Ort die Abwicklung der Castortransporte bei der Bahn zu untersuchen, ist bis heute noch nicht geklärt. In den Verhandlungen zwischen der Umweltbehörde und der Bundesbahndirektion hat sich letztere zwar prinzipiell zur Kooperation bereit erklärt. Allerdings liegt noch keine endgültige

Zusage der Bahn vor. Erst wolle man wissen, wer das Gutachten erstellt, denn die Bahn sei bei "einigen Instituten mit der Interpretation ihrer Daten nicht einverstanden gewesen." (kleine Anfrage 13/3983) Ob die GÖK zu diesen Instituten gehört, ist zur Zeit offenbar noch unklar und die Gespräche zwischen Behörde und Bahn sollen fortgesetzt werden. Allerdings ist bekannt, daß der Bundesbahn ein von den Hannoveranern im Auftrag der Stadt Nürnberg erstelltes Gutachten, in dem es vor allem um Castortransporte im Zusammenhang mit der WAA Wackersdorf ging, nicht besonders gefiel. Im Klartext bedeutet das, daß unter Umständen der brisanteste Bereich der Atomtransporte durch Hamburg im besten Fall mit hypothetischen Modellen begutachtet werden kann. Wie sich die Umweltbehörde zu einer solchen zwar rechtlich möglichen, politisch aber umso skandalöseren Haltung der Bundesbahn stellen wird, bleibt abzuwarten.

Behörde und BIs streiten um eine Infobroschüre

Für weiteren politischen Zündstoff zwischen der Umweltbehörde und dem Senat einerseits und einigen Anti-AKW-Initiativen andererseits wird vorraussichtlich im September gesorgt sein. Seit dem Frühjahr 89 haben verschiedene Initiativen (neben dem Hamburger AK gegen Atomanlagen vor allem die Nach-Tschernobyl Gruppen, Vertreterinnen kirchlicher Gruppen, die GAL und einige "Traditions"-BIs) in Hamburg ein Informationsfaltblatt mit dem Titel: "Keine Atomtransporte durch Hamburg" erarbeitet, in dem über die Bedeutung und Risiken der Atomtransporte berichtet wird.(Soweit Informationen dazu zugänglich waren.) Dieses Faltblatt stützt sich auf ein in Nürnberg von der Stadtverwaltung vor drei Jahren herausgegebenes Blatt, indem die dortige SPD sich dafür Aussprach, keine Atomtransporte durch ihr Stadtgebiet zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf rollen lassen zu wollen. Neben den Hamburger Inis, hat sich auch die Umweltbehörde daran gemacht, eine solche Broschüre zu erarbeiten, wobei man sich hier ebenfalls auf die Nürnberger beruft. Gleichzeitig hatte die Behörde in eibnem Brief an den Hamburger AK gegen Atomanlagen die Initiativen aufgefordert, ihre Vorstellungen für dieses Projekt vorzulegen. Anfang Juli wurden der Behörde dann allerdings nicht nur einige "Vorstellungen" vorgelegt, sondern vielmehr wurde der (druck-) fertige Falltblattentwurf der Umweltbehörde auf den Tisch gelegt. Von den Bürgerinitiativen wurde nun die Forderung erhoben, das die Umweltbehörde das vorgelegte Infoblatt als Bürgerinformation an alle Hamburger Haushalte herausgeben soll. Um darüber diskutieren zu können, wurde ein gemeinsamer Termin vorgeschlagen. Diesem Vorschlag hat die Umweltbehörde inzwischen zugestimmt und es ist davon auszugehen, daß Anfang September über die Herausgabe dieser Broschüre verhandelt wird.

Von Seiten der Umweltbehörde wird jedoch darauf hingewiesen, daß es angesichts des Titels der Broschüre Probleme geben wird (vgl. "Die Volkszeitung", 14.Juli 89). Aufgrund der politischen Zusammensetzung des Senats, der dazu seine Zustimmung geben müsse, hält man es für nicht sehr wahrscheinlich, daß ein solcher Titel von der Umweltbehörde akzeptiert werden kann. Aber nicht nur der Senat wird sich mit dieser Broschüre schwer tun. Zwar ist Kuhbier über die Abwicklung der Schweden-Transporte auf den Anlagen der HHLA offenbar verärgert, doch noch im Januar hatte er auf einer Veranstaltung erklärt, daß er Atomtransporte grundsätzlich für notwendig erachte und insofern ein Verbot nicht sein Ziel sein kann.

Neue Dimensionen durch westdeutsche und britische Zusammenarbeit

Interessant wird die weitere Diskussion ganz sicher auch durch die Verträge zwischen Bonn und Großbrtiannien über eine Wiederaufarbeitung westdeutscher Brennelemente bei der BNFL in Sellafield/Windscale. Wenngleich hier vorerst nur spekuliert werden kann, wird auf die norddeutschen Hafenstädte noch eine Menge zukommen. In Emden wird offenbar schon einigermaßen fortgeschritten über eine Fährverbindung in die britische Wiederaufarbeitungsanlage nachgedacht und nicht ganz unrealistisch dürfte die Vermutung sein, daß auch die Häfen in Bremen und Hamburg unter Umständen für den Transport von abgebrannten Brennelementen nach Sellafield und - aus Sicht der Planungen der Atomlobby - wieder zurück nach Gorleben in Frage kommen.

Kontakt: Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Dirk Seifert, Mottenburger Twiete 10, 2000 Hamburg 50

Uranhexafluorid-Transport im Hamburger Hafen blockiert

In den Morgenstunden des 25. Juli gelang es 30 AKW-AktivistInnen die Entladung der MS Godewind am Anleger der senatseigenen Hamburger Hafen- und Lagerhaus (HHLA) AG mehrere Stunden zu blockieren. Das mit einem Bügelschloß versperrte Eingangstor zur HHLA am Dradenau-Hafen konnte erst nach einer Stunde von der Feuerwehr aufgeflext werde. In der Zwischenzeit irrte das Schiff, das mithochgiftigem radioaktivem Uranhexafluorid beladen war, auf der Suche nach einem Ausweich-Anleger vergeblich elbaufwärts und kehrte schließlich zum Dradenau-Hafen zurück.Hier hatten sich die DemonstrantInnen vor der Roll on ,Roll of-Anlage in Ketten aufgebaut und versperrten die Ausfahrt für die mit der radioaktiven Fracht beladenen LkW's. Die zuständige Wasserschutzpolizei verhielt sich zurückhaltend. Nach weiteren zwei Stunden wurden die AKW-GegnerInnen von SEK'lern zur Seite abgedrängt.Diesmal kam die MS Godewind mit einer Ladung von der "Techsnabexport Moskau " aus dem Hafen von Leningrad, wo sie 39 300 kg des hochgiftigen Uranhexafluorid an Bord genommen hatte. Ihr Weg ging zurück über das schwedische Varberg, wo vier leere LKW's mit Anhängern zugeladen wurden, auf denen die Fracht verladen wurde.

Warum nimmt die Atomindustrie so lange gefährliche Seewege in Kauf?

1984 versank der Atomfrachter "Mont Louis" nach einer Kollison mit einem anderen Schiff im Ärmelkanal. Der Atomfrachter war auf dem Weg von Dünkirchen (Belgien) in die UDSSR. Die Ladung 225 Tonnen Uranhexafluorid sollte zur Anreicherung nach Riga transportiert werden. Wenn die "Giftfässer" auf der Mont Louis zerbrochen wären, hätte das hochgiftige radioaktive und in wäßriger Umgebung stark ätzende Uranhexafluorid das Meer und die angrenzenden Küsten verseucht.
In Westeuropa existieren auch eigene Urananreicherungsanlagen (Eurodif/Frankreich, Gronau/BRD, Almelo/NL) Trotzdem werden Uranhexafluorid-Tranporte durchgeführt, da die Atombetreiber im Atomrausch der siebziger Jahre langfristige Verträge mit der UDSSR abgeschlossen haben.
Das Zusammenspiel der internationalen Atom-Mafia bewirkt ein hohes Transportaufkommen, das zu einem erheblichen Teil über den Hamburger Hafen abläuft. Nach dem WAA-Deal mit Großbritannien und Frankreich werden die Atomtransporte weiter zunehmen. Von einem Ausstieg aus dem Atomprogramm kann keine Rede sein, es findet eher eine Umverteilung der Atomaktivitäten in Europa statt.
Nach dem Ankunft und Abfahrt der MS Godewind und der LKW's der Spedition Thomsen bekannt sind, werden Blockade-Aktionen jetzt möglich. Dies war ein erfolgreicher Anfang, der mit einer größeren Mobilisierung fortgesetzt werden sollte.

Weg mit dem Atomprogram!

Gila und Axel
Atomtransportegruppe Hamburg
BUU-Laden

Was tun gegen die

Zwei Diskussionsvorschläge zur

Wir wissen, das die Anti-Atom-Bewegung, abgesehen von ein paar Ausnahmen, keine besondere Stärke ausstrahlt. Die Kontinuität ist von relativ wenigen aktiven Menschen abhängig. Unser Widerstand gilt allen Bereichen des Atomprogramms. In der Praxis sind wir aber gezwungen uns zu konzentrieren. Bestimmend sind die aktuellen Entwicklungen, die je nach Region zu unterschiedlichen Schwerpunkten führen können. Der Blick in andere Regionen darf dabei nicht verloren gehen.
Um Gorleben herum soll die Auseinandersetzung um die PKA in eine neues Stadium treten. Für die meisten von uns bedeutet das zusätzlich bzw. neue Arbeitsinhalte sprich Arbeit. Die PKA, als integraler Bestandteil des "europäischen Entsorgungskonzepts" soll in den Widerstand eingebunden werden. Diese Forderung ist insbesondere an AKW-GegnerInnen außerhalb des Wendlands gerichtet, denn vor Ort wird schon seit längerem gegen die Planungen und Arbeiten Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Flugblätter, Veranstaltungen, Aktionen vor Ort etc. haben nicht zu gewünschten Erfolgen geführt. Es müssen Mittel und Wege definiert werden, die den Widerstand gegen die PKA, koordiniert mit den Aktivitäten in Sachen Endlager, Zwischenlager und Transporte, unüberhörbar und unübersehbar als auch spürbar für die Atommafia macht. Bei der Frage nach richtigen, der Situation entsprechenden Ansätzen gibt es nicht nur die eine Antwort. Gravierende Merkmale, die unsere Überlegungen begrenzen, sind die Arbeitskraft der wenigen Aktivisten, die Konsumhaltung vieler AtomkraftgegnerInnen, die leider vorhandene Unmöglichkeit schon einmal gemachte Erfahrungen vorauszusetzen, ideologische Differenzen in den eigenen Reihen, Informationsdefizite in der Sache, Ebbe in den Kassen und nicht zuletzt der Zwang, im Interesse des weiteren Widerstandes gegen die Atomfetischisten, mal wieder zurückzustecken bezogen auf schon gemachte Erfahrungen.
"Sich der Atomindustrie in den Weg stellen" heißt für uns, hier und jetzt für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, Investitionsentscheidungen (Endlager, Transporte, PKA etc.) zu behindern und ein Stück Staatsloyalität aufzukündigen mit möglichst vielen Menschen zusammen. Der erneute Versuch, den Widerstand rund um Gorleben auf breitere Füße zu stellen, ist auch ein Ausdruck dafür, daß wir den Kampf gegen ökonomische und politische HERRschaft über den Menschen nicht nur abstrakt führen wollen. Wir werden in diesem gesellschaftlichspolitischen Teilbereich versuchen, über die Anprangerung der "atomaren Bedrohung" hinauszukommen und die noch lange nicht gelöste "Entsorgungsproblematik" zu verbinden mit dem Wissen und der Kritik der Logik kapitalistischer Verwertungsprozesse und patriarchaler Strukturen.
Unser Aktionsvorschlag für den Widerstand gegen die PKA hat wegen den schon skizzierten begrenzten Möglichkeiten (z.Zt.) einen propagandistischen bzw. symbolischen Cha-

Foto: mixus minimax

rakter. Der Vorschlag bleibt für die Atommafia unberechenbar, wenn sich aus den Aktivitäten heraus Widerstand entwickelt, der nicht nur verbal und symbolisch ist, der den "politischen und materiellen Preis" für die Betreiber in die Höhe treibt und keineswegs als Sandkastenspiel abgetan werden kann. Soweit sind wir aber noch nicht. Neben der ganzen Palette von Öffentlichkeitsarbeit, die bisher gelaufen ist und weiterlaufen muß, kommt es darauf an Punkte zu finden, an denen sich Widerstand kristalisieren und entwickeln kann; nicht nur örtlich sondern auch über die Region hinaus.

Der "Dorn im Auge der Atommafia..."

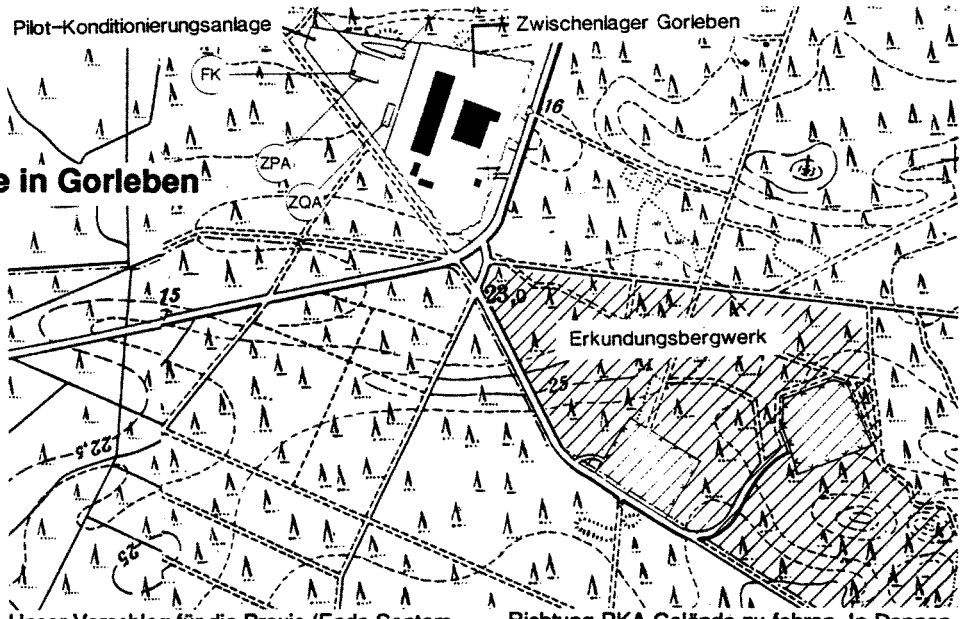
Würde es gelingen eine Ecke in direkter Nähe zum "Entsorgungspark Gorleben " zu erwerben, z.B. im Bereich der drei Holzkreuze bzw. des Beobachtungsstandes, durch Kauf oder Pacht oder irgendwie überlassen mit klaren Regelungen, die unser Handeln nicht blockieren, dann hätten wir den Dorn schon in der Hand. Von unserer Fantasie und Kraft hängt es dann ab, wie tief der Dorn sticht. Das Gelände mit Leben zu füllen kann ganz klein anfangen. Der Auftakt muß zeitlich einhergehen mit vorhersehbaren Ereignissen (z.B. PKA-Bautätigkeiten oder Transporte).
Stellt Euch vor, wir sind auf dem Gelände und würden zu Anfang einen Info-Punkt bauen, dann eine große runde Sitzbank für Versammlungen a la Ratschlag etc., die Aussichtsplattform weiterentwickeln (mit einer pfiffigen Fahre an der Spitze, die Zuversicht und Stärke signalisiert), einen neuen Spielplatz bauen, u.a.m. Zug um Zug, nicht alles auf einmal. Das eben skizzierte kann gar nicht anders wirken als wie ein Dorn, der die Betreiber a la BLG, DWK & CoKG, solange wir unberechenbar bleiben, tief sticht. Es kann zugleich ein Mittel sein, Widerstand zu bündeln und auf unterschiedlichen Ebenen neu oder weiterzuentwickeln. Wir müssen damit klarkommen, daß die Unterschiedlichkeiten in den politischen Vorstellungen und Ansätzen sehr groß sind, sich z.T. gegenseitig ausschließen Der Dorn soll Raum sein für offenen Austausch untereinander aber auch Unterschiedliches verbinden, um gestärkt nach Außen zu wirken. Je besser uns das gelingt, desto mehr Widerhaken wird der Dorn haben.
Es soll Präsenz gezeigt werden, die neugierig macht, anzieht und polarisiert, zum Handeln anregt und das vor dem Hintergrund, daß das Endlagerbergwerk auf weitere Schwierigkeiten beim Ausbau stoßen wird, Transporte von Blähfässern ins Bau der PKA beginnen soll. Darüberhinaus soll das 1979 beschlossene "Entsorgungskonzept" von der nationalen auf die europäische Ebene gehoben werden, bzw. in diese Richtung neu definiert sprich fortgeschrieben werden. Der "Energiepolitische Konsens" auf europäischer Ebene inklusive Atomkraft wird angestrebt.
Wir befinden uns in einer Phase der Umstrukturierung der gesamten Atomwirtschaft, einer Konsolidierung auf europäischer Ebene. Der "Entsorgungspark Gorleben" soll ein Bestandteil des "europäischen integrierten Entsorgungskonzeptes" werden. Für die Atomwirtschaft geht es in den nächsten 10 Jahren ums nackte Überleben. Das Ringen um Akzeptanz, Wahrung des Besitzstandes, Aufteilung der Märkte was Neubau von Atomanlagen und Serviceleistungen betrifft, macht das deutlich. Alles Mühen der Atommafia ist nur zu verstehen auf Grund der großen Zuversicht für eine bessere Zukunft, sprich zukünftiger Profite. Egal, ob es um neue Reaktorlinien geht, europäische Projekte zur Konditionierung von Atommüll, um die konzertierte Forschung sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Wiederaufarbeitung und Endlagerung oder um neue Fertigungsanlagen für Brennelemente der Spezie MOX etc. Das Ganze wird flankiert, gestützt und gefordert von einer Politik, die von Ausstieg lamentiert aber das Gegenteil forciert: Die langfristige Sicherung der Energieversorgung mit einem möglichst großen Anteil Atomkraft.
Um es klar zu sagen: mit unserem Aktionsvorschlag und den skizzierten Perspektiven soll auch deutlich werden, daß wir für keinen "energiepolitischen Konsens" zur Verfügung stehen, bei dem Atomkraft eine Rolle spielt. Die Folgeprobleme der Atomkraft sind für die kommenden Generationen schon derart groß, daß das Abschalten aller Atomanlagen an erster Stelle stehen muß. Solange das nicht geschieht, werden alle Zwischenlösungen und kleineren Übel von uns abgelehnt, bzw. stoßen auf unseren Widerstand.
Es kommt jetzt insbesondere rund um Gorleben, darauf an, die Grundlagen zu schaffen für ein Zusammenwirken mit dem Widerstand außerhalb der Region. Die in diesem Papier fixierten Überlegungen können dabei helfen. Wenn es gelingt aus den langjährigen Erfahrungen zu lernen, gute Elemente herausziehn und neue hinzufügen, dann ...

Für den Dorn ins Auge der Atommafia !

Im Juli 1989 von Freunden aus Hannover

PKA ?

"Pilot"- Konditionierungsanlage in Gorleben



Der geplante Bau der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) nimmt immer konkretere Formen an, so daß noch in diesem Herbst mit dem Beginn der Rodungsarbeiten gerechnet werden muß. Obwohl uns hätte klar sein müssen, daß der Bau dieser Anlage unausweichlich auf uns zukommt, sehen wir ihm relativ unvorbereitet entgegen. In kaum einer Stadt wurde die PKA bislang thematisiert. Andere Themen standen im Vordergrund, die als Schwerpunkte neben-, wenn nicht gegeneinander gestellt wurden. Das Herausarbeiten von Verbindungslinien, die Einordnung in politische und ökonomische Zusammenhänge blieb weitgehend ausgeblendet. Die Fixierung auf einen Standort, auf ein Thema stand im Mittelpunkt. Dies zu überwinden, muß zu einem Ziel bei der Thematisierung der PKA werden.

Die PKA bildet mit den anderen Anlagen im Wendland eine konzentrierte Einheit im sog. Entsorgungskonzept. Das ist nur im Zusammenhang mit dem Betrieb der Atomkraftwerke, sowie deren "Versorgungseinrichtungen" zu sehen. Auch ist die Problematik der Atommülltransporte untrennbar mit dem Standort Gorleben verbunden; die wir keinesfalls unabhängig von der gesamten Transportfrage betrachten können. Atomtransporte sind nicht nur Bindeglieder im sog. Brennstoffkreislauf, sondern der Lebensnerv der Atomindustrie.

Die Transportekette beginnt mit den Uranerztransporten, umfaßt die unbestrahlten Brennelemente, die Lieferungen dür die Wiederaufarbeitung und endet beim hochaktiven Mülltrnsporter. Kein Teil dieser Kette ist ohne den vorhergehenden denkbar. Ohne diese Kette wäre keine atomare Anlage in Betrieb, was entsprechend für die PKA gilt. Atomtransporte und laufende Anlagen bedingen sich gegenseitig und müssen somit gemeinsam thematisiert werden. Durch die fortschreitende Europäisierung auf atomarem Gebiet, erhält die Konditionierung und Lagerung des Atommmülls einen neuen Stellenwert. International arbeitsteilig wird jetzt in Frankreich und England wiederaufgearbeitet und in der BRD (bislang heftig dementiert) soll endlagerfähig verpackt und eingelagert werden.

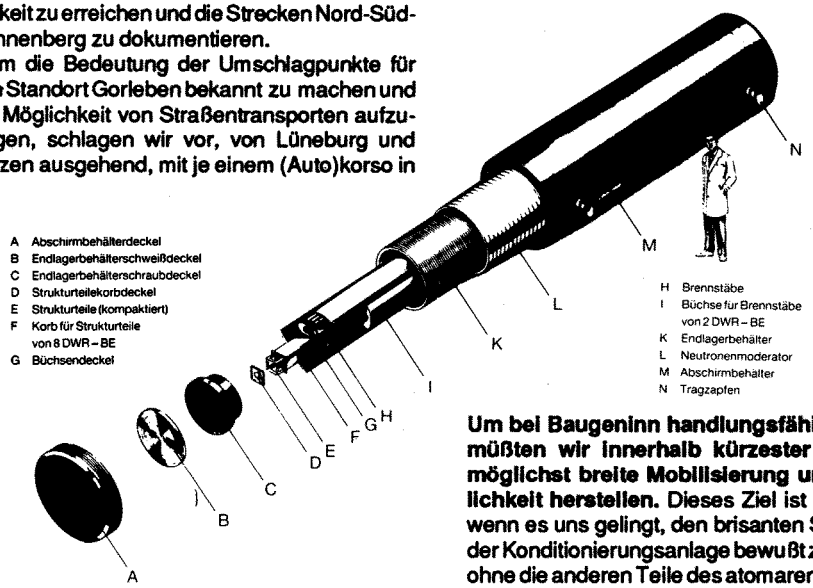
Für uns ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Verbindung zwischen PKA und Transporten jetz herzustellen. Weiterhin sehen wir die Möglichkeit, von einer solchen Verbindung ausgehend, jede Atomanlage "neu" zu thematisieren. Bei der Entwicklung lokalert Brennpunkte muß Gorleben als "letztes Glied im atomaren Kreislauf" problematisiert und wieder verstärkt ins öffentliche Blickfeld gerückt werden.

Für die Aktivitäten im Herbst bedeutet das zuerst eine Analyse und Diskussiion der neuen Situation. Wir möchten auf dem "Gedelitzer Treffen" zu einer ersten gemeinsamen politischen Einschätzung kommen und nach Möglichkeit zu einer von allen getragenen Stellungnahme. In der Praxis muß es unser Ziel sein, die Verbindung des Widerstands gegen Atomanlage n und -transporte mit dem gegen die Anlagen im Wendland herzustellen. Wir müssen mit unseren Ideen und Vorstellungen wieder eine breite Öffentlichkeit erreichen.

Unser Vorschlag für die Praxis (Ende September / Anfang Oktober):

- Unter der Woche: Veranstaltungen in Stadt und Land zur PKA, deren Bedeutung für das Atomprogramm und die für den Betrieb der Anlage notwendigen Transporte (CASTOR). Außerdem wollen wir die Transportproblematik ingesamt, sowie die Rolle der Deutschen Bundesbahn (DB) darstellen.
- Der schon für die "Regional-Kampagne" vorgeschlagene DB-Aktionstag wird um die PKA thematisch erweitert, daß hier (unabhängig von Katastrophen-Szenarien) der örtliche Bezug hergestellt wird. Entweder findet der Aktionstag quasi überall statt (jede Anti AKW-Gruppe denkt sich an ihrem Ort was aus) oder nur im Wendland, sowie auf den möglichen Umschlagbahnhöfen Lüneburg und Uelzen. Als zentrales Element wird eine agitatorische Bahnfahrt inszeniert. Entweder übernimmt hierfür eine Gruppe die Gesamtplanung oder mehrere Gruppen teilen sich jeweils einen Streckenabschnitt. Für diese Fahrt schlagen wir die Route Hamburg - Hannover vor. Ziel der Bahnfahrt ist es, Öffentlichkeit zu erreichen und die Strecken Nord-Süd-Dannenberg zu dokumentieren.
- Um die Bedeutung der Umschlagpunkte für den Standort Gorleben bekannt zu machen und die Möglichkeit von Straßentransporten aufzuzeigen, schlagen wir vor, von Lüneburg und Uelzen ausgehend, mit je einem (Auto)korso in Richtung PKA-Gelände zu fahren. In Dannenberg treffen die beiden Demo-Züge zusammen; hier kann möglicherweise eine Kundgebung stattfinden. Auf dem geplanten Baugelände beginnen wird mit dem schon für den 1. / 2.7. geplanten "Denkmalbau". (Wir unterstützen den Hannoveraner Turmbauvorschlag) Auf jeden Fall muß **vor** Beginn der Aktion auf dem Gelände klar sein, was dort geschehen soll!

Inwieweit eine dauerhafe Präsenz im Wald möglich wird, bleibt offen. Auf jeden Fall halten wir sie für wünschenswert. Dauerhafte Präsenz heißt nicht **Platzbesetzung**. Wir stellen uns darunter vor, daß der Turm o.ä. relativ regelmäßig besetzt wird und als Anlaufpunkt genutzt werden kann. (Wenn die Gegensetite ihn nicht ohnehin gleich platt macht.) Denkbar ist auch, daß die verschiedenen Gruppen aus dem Kreis und aus der nähren Umgebung ihre Treffen dort abhalten. Überlegt werden sollte darüber hinaus die kontinuierliche Durchführung von "Sonntagsspaziergängen", in die wir das Zwischen- und Endlager miteinbeziehen.



Gesamtgewicht (beladen)	ca. 64 t	Gesamtdurchmesser	ca. 1,5 m
		Gesamtlänge	ca. 5,9 m

Um bei Baugeninn handlungsfähig zu sein, müßten wir innerhalb kürzester Zeit eine möglichst breite Mobilisierung und Öffentlichkeit herstellen. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn es uns gelingt, den brisanten Stellenwert der Konditionierungsanlage bewußt zu machen, ohne die anderen Teile des atomaren Kreislaufs zu vernachlässigen.

Heidegruppe
Teille der BI Lüchow-Dannenberg

Bahn Kampagne ?

Das "Kampagne-Treffen" am 17.6. in Kassel hat nach unserer Ansicht gezeigt, daß noch immer erhebliche Informationsdefizite über den Sinn und Zweck einer bundesweiten Kampagne zu Atomtransporten bestehen. Wie sonst ist es zu erklären, daß der hierzu in Mainz gefaßte Beschluß in Kassel praktisch wieder in Frage gestellt wurde?

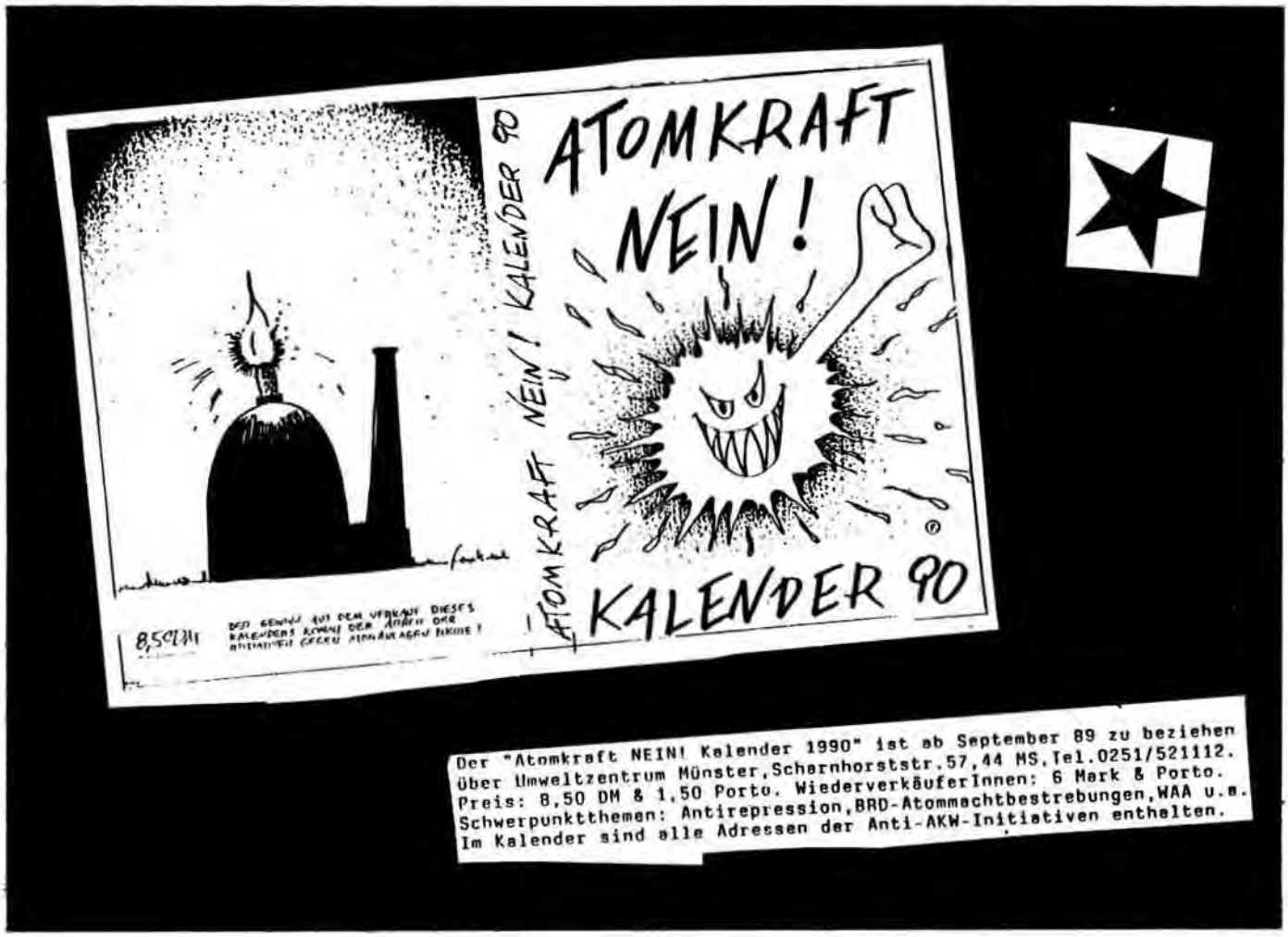
Wozu waren die u.a. in Nürnberg und Mainz geführten Diskussionen gut, wenn nach einem Schritt vorwärts unweigerlich ein Rückschritt folgt? Macht es einen Sinn, Papiere zu produzieren und zu verteilen, wenn sich die Diskussion mit ihnen nicht auseinandersetzt und dann vornehmlich mit dem eigenen Vorstellungsvermögen argumentiert wird? Welche Bedeutung wird letztlich Beschlüssen beigemessen, wenn z.B. die in Mainz vertretenen Gruppen als Trägerinnen des Kasseler-Treffen diesem verabredetem Nachfolgetreffen fernbleiben? Was ist davon zu halten, wenn sich niemand gegen die in einer solchen Kampagne zu transportierenden Inhalte ausspricht, die notwendigen Vorarbeiten aber keiner übernehmen will.

Einer Kampagne somit also nichts im Wege steht, wenn sich nur eine Gruppe finden würde, die diese Arbeiten übernimmt. Der Rest wird dann - "wenn alles getan ist" - vielleicht, ganz bestimmt, unter allen Umständen, es sei denn, schon irgendwann einsteigen. Diese Haltung ist nicht nur für jede konstruktive Zusammenarbeit vollkommen untauglich sondern schließt diese geradezu aus. Hierfür wäre eine Maß an Verbindlichkeit notwendig, dessen fehlen immer beklagt und wie es trotz aller Diskussionen darüber (Lupus, Frankfurt) nicht entwickelt ist und wo wir z.Zt. auch keinerlei Ansätze sehen.

Foto: mixus minimax

Gelingt es uns aber nicht dies herzustellen, müssen unsere Bemühungen zu einer überregionalen Zusammenarbeit unweigerlich scheitern. Einzig und allein auf der aktionistischen Ebene könnten unter den gegenwärtigen Umständen punktuelle "Erfolge" erzielt werden. Von dem Hoffen auf einen Tip wann und wo ein Transport zu erwarten ist, dem hinterherjagen, dem permanenten reagieren, wäre damit auch weiterhin unsere "Arbeit" bestimmt. Bleibt dies aus, bleibt nur noch abwarten übrig, bis unsere Strukturen wieder einmal zerfallen. Dies gilt mit Sicherheit nicht nur für überregionale Zusammenhänge sondern genauso vor Ort. Denn welche Perspektive vermittelt es schon auf einen Transport zu warten, der dann vielleicht doch nicht kommt (siehe Castor/Wendland) und wenn er kommt sich ihm in den Weg zu "stellen"? Die Kampagne stand somit immer auch für die Bemühung unsere Strukturen zu stabilisieren und für eine politisch, inhaltliche Offensive. Es ging nie darum regionale oder inhaltliche Unterschiede zu nivellieren, sondern trotz dieser Unterschiede zu gemeinsamen Aussagen sowie Zielformulierungen und Aktionen zu kommen und diese auf öffentlich zu vertreten. Zwar halten wir eine "bundesweite Kampagne zu Atomtransporten" immer noch für richtig und notwendig, doch kann und wird es sie unter den gegebenen Verhältnissen wohl nicht geben. Nur wenn wir gleichzeitig diese verändern, können wir uns die bundesweite Durchführung einer solchen Kampagne noch vorstellen.

Heidegruppe



Der "Atomkraft NEIN! Kalender 1990" ist ab September 89 zu beziehen über Umweltzentrum Münster, Schernhorststr.57, 44 MS, Tel.0251/521112. Preis: 8,50 DM & 1,50 Porto. WiederverkäuferInnen: 6 Mark & Porto. Schwerpunktthemen: Antirepression, BRD-Atommachtbestrebungen, WAA u.a. Im Kalender sind alle Adressen der Anti-AKW-Initiativen enthalten.

Schwarzes Brett

Video gegen die Atomwirtschaft
Die wichtigsten Fakten aus den Energiestudien des Öko-Instituts gibt es nun auch auf einer professionell gestalteten Video-Cassette. Sie ist für den Einsatz bei Veranstaltungen, Ausstellungen, Schulen usw. bestens geeignet. Im ersten Teil des Videos wird gezeigt, daß ein Ausstieg aus der Atomtechnologie technisch machbar und wirtschaftlich unproblematisch ist. Der zweite Teil stellt das dichte Geflecht von Macht und Interessen dar, das einer Energiewende entgegensteht. Einschließlich Begleitheft kostet das Video nur 30.- DM (+ 2.40 DM Versandkosten). Bestellungen gegen Beilage eines Verrechnungsschecks bei:
Öko-Institut
Binzengrün 34
7800 Freiburg
Tel. 0761/473036

Nochn Video-Film
Einen satirischen Video-Film zum Thema Atomkraft hat die Filmproduktion SCHWAPO gemacht. In dem Film - Titel: »Der Unfall oder: Wo bitte gehts zur Hildebrandstrasse?« - geht es um einen fiktiven Super-GAU in einem französischen AKW. Die Mechanismen der Informationspolitik werden am Beispiel eines Staatssekretärs dargestellt. Er erscheint unberührt von der Katastrophe und brilliert nach außen durch nichtssagende Informationsversuche, während er zu Hause immer mehr in den Sog der allgemeinen Panik gerät ...
Eine Sicht-Kassette wird bei Interesse versandt von
SCHWAPO e.V.
c/o D. Reusch
Einsteinstrasse 12
7430 Metzingen

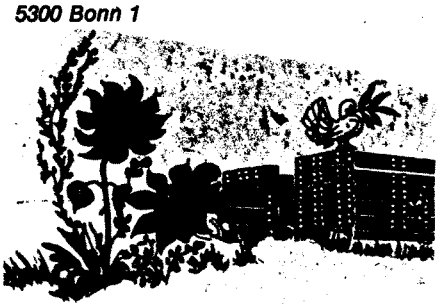
In eigener Sache
Einen großen Teil der von uns auf dem *Schwarzen Brett* angekündigten Bücher und Broschüren, Video-Filme und Dia-Serien haben wir selber nicht gesehen oder gelesen. Das liegt zum einen an der Arbeitsbelastung. Zum anderen daran, daß uns die meisten Gruppen nur Ankündigungen, Anzeigenvorlagen und kurze Begleittexte zuschicken, nicht aber das Buch oder den Film selbst. Wir verlassen uns deshalb bei den Kurzbesprechungen auf das mitgeschickte Material und die verantwortlichen Gruppen.

WAA-Schlagzeilen 1988
Die »WAA-Schlagzeilen« für das Jahr 1988 sind fertiggestellt. Auf rund 600 Seiten werden die Artikel aus regionalen und bundesweiten Zeitungen zum Thema WAA dokumentiert; außerdem das - inzwischen hinfällige - Erörterungsverfahren zur 2. teilerrichtungsgenehmigung. Die Dokumentation kostet 25.- DM und kann schriftlich oder telefonisch bestellt werden bei
Gisela Herzig
Baronstrasse 34
8405 Donaustauf
Tel. 09403/2146

Rechtshilfebuch für linke Leser/innen
Ein Autorinnen-Kollektiv aus verschiedenen Anti-Repressions-Gruppen hat jetzt ein neues Rechtshilfebuch veröffentlicht. Titel: »Durch die Wüste«. Der 160 Seiten dicke Band enthält Verhaltenstips bei Hausdurchsuchungen, Demo-Vorbereitungen, Festnahmen, polizeilichen Verhören und auch »vorbeugende Maßnahmen«, damit »es« gar nicht erst so weit kommt. Im Angang u.a. Adressen von Ermittlungsausschüssen, eine Literaturliste sowie eine Zeitschriftenübersicht. Das Buch sollte gekauft werden, bevor es möglicherweise verboten wird:
Anti-Repressionsgruppe
c/o Umweltladen
Scharnhorststrasse 57
4400 Münster.
Ach so: der Preis beträgt 8.- Mark.

Broschüre zu Iso-Haft und Gehirnwäsche
Die Bunte Hilfe Darmstadt hat eine Broschüre über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen herausgegeben: »Die neuen High-Tech-KZs«. Bestellungen nur gegen Vorauskasse (8.- DM) bei:
Bunte Hilfe Darmstadt
Wilhelm-Leuschner-Str. 39
6100 Darmstadt
Tel. 06151/20480
Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150
Kto. 111 036 349

Fußball für Gefangene
»Wir sind nicht alle - es fehlen die Gefangenen«. Unter dieser Bestimmung ist zu einem bundesweiten Fußballturnier eingeladen worden, das am 10. September in Bonn über den Rasen gehen soll. Über Startgeld, Essen & Trinken, Info-Stände wird Geld für die politischen Gefangenen gesammelt. Das Turnier selbst ist in der Einladung als »spielerisches« deklariert. Also: Schienbeinschützer und Metallstollen zu Hause lassen. Anmeldung und nähere Infos:
Infoladen Bonn
Wolfstrasse 10
5300 Bonn 1



Energiepolitik aus Bonn
Die Grünen im Bundestag verschicken auf Anfrage energiepolitische Unterlagen aus der Parlamentsarbeit. Darunter z.B. Große Anfragen zu den Themen Kernfusion, Uranabbau und Wiederaufarbeitung.
Die Grünen im Bundestag
Bundeshaus
5300 Bonn 1
Aktuell als Buch erschienen ist das »Grüne Energiewendeszenario 2010«, das allgemein verständlich einen Überblick über die Energiepolitik der Grünen gibt. Es ist zum Preis von 19.80 DM in der Bundesgeschäftsstelle erhältlich.
Die Grünen
Bundesgeschäftsstelle
Colmantstrasse 36
5300 Bonn 1

Kann das Kfk in ein Alternatives Forschungszentrum umgewandelt werden?
Nichtnukleare Forschung im KfK - Technologie im Zwielicht

I.

Das KfK wurde 1956 in gemeinsamer Aktion von Staat und Industrie gegründet und jeweils zur Hälfte mit je 30 Mio. DM finanziert. War ursprünglich in der Öffentlichkeit nur von einem kleinen Forschungsreaktor die Rede, wurde es bald zu einem Großforschungszentrum ausgebaut auf dessen Gelände heute ca. 5.000 Menschen arbeiten. Ziel war es, den Rückstand auf dem Gebiet der Atomforschung (militärisch oder "friedlich") gegenüber den anderen westlichen Industrienationen aufzuholen, um in der Konkurrenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt bestehen zu können. Insgesamt wurde hier ein Hochtechnolgieprogramm aus der Taufe gehoben. Dazu wurde eigens ein Atomministerium eingerichtet mit F.J.Strauß an der Spitze, der damals schon die deutsche Atombombe forderte.
Die wichtigsten Großkonzerne aus der Elektro-, Chemie- und Schwerindustrie bestimmten über Institutionen wie das Deutsche Atomforum und die Deutsche Atomkommission im wesentlichen über die Atomforschung in der BRD und damit auch im KfK und der KFA Jülich mit. Als sie merkten, daß die Atomforschung sich über einen längeren Zeitraum hinziehen würde und ein Faß ohne Boden war, "schenkten" sie ihren Anteil von 30 Mio DM großzügig dem Staat. Das KfK gehört inzwischen zu 90 % dem Bund und zu 10 % dem Land Baden-Württemberg und hat dem Steuerzahler inzwischen fast 10 Mrd. DM gekostet. Im Aufsichtsrat des KfK sitzen aber nach wie vor wichtige Vertreter der Großindustrie.
Das KfK war und ist das Herzstück der deutschen Atomindustrie! Dort wurde der gesamte atomare Brennstoff"kreislauf" erforscht bzw. als Prototyp realisiert. Urananreicherung (Trenndüsenverfahren), verschiedene Reaktortypen (Leichtwasserreaktor, Schwerwasserreaktor, Natururanreaktor, Heißdampfreaktor, Schneller Plutoniumbrüter), Wiederaufarbeitungsanlage (WAK, Milli, Heiße Zellen), verschiedene Verfahren der Atommüllbehandlung (Verglasung, Verbrennung, Naßveraschung), Endlagerung, Kernfusion, Grundlagenforschung usw. Auch bei der Entwicklung des neuen "Eurobrüters" und eines europäischen Kernfusionreaktors spielt das KfK eine wichtige Rolle.
Das KfK ist schon im "Normalbetrieb" der größte atomare Verschmutzer der BRD und beinhaltet das größte oberirdische Atommüllager. Das Atommüllager LAVA ist der einzige Ort der BRD in dem inzwischen ca. 7.000 Liter hochaktiver flüssiger Atommüll lagern. Dieser plutoniumhaltige Atommüll ist selbsterhitzend und so gefährlich, daß er ständig gekühlt und gerührt werden muß, um eine Katastrophe zu vermeiden!

Das Atomforschungszentrum in Karlsruhe arbeitete und arbeitet mit Forschern und Regierungen aus autoritären und rassistischen Regimen und Militärdiktaturen zusammen (Südafrika, Brasilien, Argentinien, Parkistan, Iran usw.) Damit verhalf es diesen zu eigenem Atom Knowhow und versetzte sie in die Lage einen eigenen atomaren "Kreislauf" aufzubauen bzw. die Atombombe zu entwickeln. Der Leiter des Internationalen Büros und Mitglied des Vorstands war von 1960 - 1970 Walter Schnurr, ehemaliger Leiter der Abteilung Giftwaffen und Sprengstoff des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben. Schnurr war nach dem 2. Weltkrieg nach Argentinien geflüchtet und wurde erst vom Atomminister FJ Strauß zurück in die BRD ins Atomministerium geholt (Schnurr war wohl gemerkt ein Sprengstoffexperte und kein Atomwissenschaftler...) Nach Südafrika, Argentinien und Brasilien flüchteten damals etliche Forscher, die den Traum der Nazis von der deutschen Atombombe verwirklichen wollten, und über die dann teilweise die atomare Zusammenarbeit lief. Nach 1970 kehrte W. Schnurr zurück nach Argentinien, um nach eigenen Angaben seiner Wahlheimat zur "Nutzung" der Atomenergie zu verhelfen...
Weitere Zusammenarbeit gibt es auch mit atomaren Forschungsanlagen und Projekten in den USA und Frankreich, die hauptsächlich militärischen Zwecken dienen, wie z.B. das Schnelle Brüter Programm in Frankreich. Der Schnelle Brüter Super-Phenix soll nach offiziellen französischen Angaben das Plutonium für die atomare force de frappe liefern.
Anfang der 60iger Jahre wurde auf dem Gelände des KfK im Rahmen der EURATOM-Verträge das Insitut für Transurane errichtet. Dieses war nach Ansicht des Leiters des Projekts Schneller Brüter im KfK Häfele eine sinnvolle Ergänzung der Plutoniumbrüterforschung in Karlsruhe. Von dem ursprünglichen geplanten Namen Plutoniuminstitut und der Ernennung des Leiters der französischen Atombombenentwicklung zum Insittutschef wurde schließlich abgesehen, um ein zu negatives Image bei der Bevölkerung zu vermeiden. Die umliegenden Gemeinden hatten schon wenige Jahre zuvor vergeblich versucht den Bau des KfK zu verhindern.

II.

Im Rahmen der oben genannten Aktivitäten entstanden im KfK sogenannte nichtnukleare Bereiche auf Gebieten in denen Fertigkeiten für die Nutzung der Atomenergie entwickelt werden mußten. Beispiele sind Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Festkörper- und Materialforschung, Mikrotechnik, Handhabungstechnik, Filtertechnik, Maßtechnik, Tieftemperatur/Supraleitung, Elektronischer Datenverarbeitung, CAD/CAM, Strahlenmedizin, Genetik und Toxikologie usw.
Die Forschung auf sogenannten nichtnuklearen Gebieten wird in neuerer Zeit nicht mehr ausschließlich durch die Erfordernisse der Atomforschung und der Atomindustrie bestimmt. Im Zweifel ist jedoch nach wie vor die Sichtweise des Atomforschers, z.B. die Begünstigung großtechnologischer Lösungen im Interesse der Industrie vorherrschend.

Bisher wurde bei den Forschungsarbeiten kaum bzw. gar nicht auf soziale bzw. ökologische Verträglichkeit der Forschungsergebnisse geachtete. Lediglich die Akzeptanz bei der Bevölkerung wurde untersucht, um darauf mit Hilfe der Hofberichterstattung z.B. der Badischen Neusten Nachrichten Einfluß nehmen zu können. Eine breite demokratische Diskussion über Ziele und Auswirkungen der Forschungsinhalte bzw. über verschiedene Optionen z.B. bei der Energiegewinnung und -versorgung wurde bis heute nicht geführt. Stattdessen wurden und werden unliebsame Meinungen verteufelt.
Eine seriöse Forschung auf dem Gebiet der Energiegewinnung müßte z.B. ohne vorher bereits festgelegtes (atomares) Ziel alle energiepolitischen Optionen unter sozialen, ökologischen, volkswirtschaftlichen (und nicht nur betriebswirtschaftlichen) Gesichtspunkten betrachten und eine interdisziplinäre Systemanalyse mit entsprechender Folgenabschätzung (auch bis weit in die Zukunft / Atommüll) durchführen und diese Erkenntnisse in die gesellschaftliche Diskussion einbringen.
Anstatt Verfahren zur Vermeidung von Müll werden Verfahren wie die Müllverbrennung entwickelt, mit denen sich mehr Profit erzielen läßt, die aber ökologisch und auch volkswirtschaftlich gesehen mehr als fragwürdig sind. Bezeichnenderweise wird auch bei der Wasserstoffgewinnung für Brennstoffzellen von Teilen der Atomindustrie auf nukleare Optionen gesetzt. Der Gipfel ist jedoch, daß die Abteilung Öffentlichkeit des KfK das Projekt Kernfusion dem "nichtatomaren" Forschungsbereich des KfK zurechnet und in einem Atemzug mit dem Bereich Umweltforschung nennt!! Damit soll die

orschungs-

rlsruhe

Bevölkerung bewußt über die Gefahren dieses Projekts getäuscht werden, denn bei den Entwicklungsarbeiten zu einem europäischen Kernfusionsreaktor hat das KfK u.a. den Bereich "Probleme beim nuklearen Teil der Anlage und beim nuklearen Brennstoffkreislauf" übernommen. Das dafür gebaute Tritium Labor wird mit größeren Mengen radioaktivem Wasserstoff und radioaktivem Wasser arbeiten. Aber das ist natürlich alles "vollkommen ungefährlich" und "nichtatomare Forschung" ...!
Sozial und ökologisch vertretbare und demokratisch bestimmte Forschung muß sich jedoch von dem eindimensional verengten Scheuklappenblick einer profitorientierten kapitalistischen Sichtweise freimachen für die die menschliche Arbeitskraft sowie die Erhaltung der Umwelt nur lästige Kostenfaktoren sind und bei der Mensch und Umwelt nicht im Mittelpunkt von Wissenschaft und Forschung stehen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sie nicht unter dem Einfluß entsprechender Interessen der Großindustrie steht. Ein altes Sprichwort lehrt uns: Wes Brot ich eß, des Lied sing ich... Diese Randbemerkungen sollten bei einer Debatte über die Umwandlung des KfK in ein alternatives Forschungszentrum beachtet werden.

III.

In der Umweltbewegung reichen die Meinungen von Schließung und Einmottung des gesamten KfK unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen bis zur Umwandlung des KfK in ein alternatives Forschungszentrum bzw. kontinuierlichen Ausbau des nichtnuklearen Teil. Für die Schließung des KfK werden die oben angesprochenen Sachzwänge ins Feld geführt und als unüberwindbar erklärt, da es nicht möglich sei, daß die Atomforscher über ihren Schatten springen würden und gesellschaftlich sinnvolle Forschung betreiben könnten. Außerdem sei die radioaktive Gefährdung durch die "Altlasten" im KfK zu groß. Für die Umwandlung wird angeführt, daß sehr wohl Teile des im KfK vorhandenen Know-hows und der Infrastruktur für gesellschaftlich sinnvolle Forschung eingesetzt werden könne und müsse. Zumindest müsse genau wie in der Rüstungsindustrie bei der Rüstungskonversionsdebatte die Möglichkeit dazu als Alternative unter anderen Bedingungen aufgezeigt werden.
Auch Teil der gewerkschaftlichen Vertrauensleute haben Vorschläge zum Forschungs- und Entwicklungsprogramm (F + E) des KfK vorgelegt. Ihr Leitmotiv lautet: Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen - Erhalt der Lebensgrundlagen. Sie fordern darin, daß die Forschungsprogramme nicht nur an ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit gemessen werden sollen, sondern sozial und umweltverträglich sein müßten. Der nichtnukleare Bereich soll dabei ausgebaut werden, wofür sie etliche Beispiele nennen. Allerdings konnten sie sich bis jetzt noch nicht zu einer Absage an die nukleare Forschung durchringen.
Wir halten es für sinnvoll eine breite gesellschaftliche Diskussion über das ob, wie und was und wofür der Forschung im KfK zu beginnen. Bei der Debatte geht es nicht darum, die verantwortlichen 150%tigen Atomlobbyisten zu überzeugen, die wieder besseres Wissen die Bevölkerung seit Jahren für dumm zu verkaufen versuchen. Es geht vielmehr darum, die Diskussion unter den nicht verantwortlichen Leidtragenden der Atompolitik innerhalb und außerhalb des Kernforschungszentrums zu organisieren. Die folgende Positiv-Negativ-Liste ist als Diskussionsstein des Anstoßes gedacht.

IV.

Voraussetzung für eine sinnvolle Nutzung des KfK ist für uns:
1. Sofortige Stillegung von WAK und Schnellem Brüter KNK II, der Heißen Zellen, sowie aller weiteren atomaren Anlagen im KfK
2. Sofortige Beendigung der Tritiumforschung im Rahmen des europäischen Kernfusionsprojektes und Schließung des Tritiumlabors
3. Die Diskussion über weitere Verwahrung und Überwachung des bereits vorhandenen Atommülls und der radioaktiv verseuchten Analgen für die nächsten Jahrtausende wird erst dann in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden, Gewerkschaften und kritischen Wissenschaftlern aufgenommen, wenn sichergestellt ist, daß sämtliche atomare Anlagen stillgelegt sind und kein zusätzlicher Atommüll mehr produziert wird. Die dann noch verbleibenden Anwendungsbereiche für Radionuklide z.B. in der Medizin werden auf mögliche Alternativen untersucht.
4. Keine gentechnologische Forschung im KfK!!! Die potentiellen Gefahren und evtl. Mißbrauch übersteigen möglichen Nutzen um ein vielfaches, zumal wenn diese Technologien unter dem Blickwinkel profitabler Technik der Zukunft entwickelt werden. Die bisherigen weltweiten Erfahrungen mit der Gentechnologie, wo Firmen sogar nicht einmal davor zurückschrecken, zur Umgehung von Sicherheitsvorschriften und Verboten die Menschen in der "3. Welt" als Versuchskanninchen zu benützen, zeigen, daß selbst mit den besten Absichten getätigte Genforschungsergebnisse in den Händen von skurpellossen Konzern irreparable Schäden weltweit auslösen können und werden.
5. Jede Weitergabe von Atom-Know-how wird eingestellt! Insbesondere an Militärdiktaturen und autoritäre Regime mit denen das KfK in der Vergangenheit zusammengearbeitet hat! Keine Trenndüsenanlage für Brasiliens Militärs!
6. Die nichtnuklearen Forschungsbereiche im KfK müssen gesondert unter die Lupe genommen werden:
- viele sogenannte nichtnukleare Forschung dient hauptsächlich der weiteren Nutzung der Atomenergie
- andere Bereiche sind durch Kooperationsverträge überwiegend an profitorientierten Interessen der Industrie ausgerichtet.

Wir befürworten
Forschung über Müllvermeidung, recylierbare Kunststoffe, reparaturfreundliche, langlebige Produkte, schadstoffvermeidende Herstellungsverfahren,
Handhabungstechnik für menschenwürdige

Arbeitsplätze oder z.B. Handhabungstechnik für Behinderte
Mikrotechnik, z.B. zur Herstellung von künstlichen Nieren
Alternative Energien wie Brennstoffzellen mit Wasserstoff u.ä.
Angepaßte Technologien
Automation im Betrieb zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Interesse der Beschäftigten und in Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Vertrauensleuten
Unterstützung der Entwicklung von angepaßten Technologien in der "3.Welt"
Diskussion und Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und den jeweils Betroffenen
Umweltverträglichkeitsprüfung und Technologiefolgenabschätzung unter Hinzuziehung der Bevölkerung und kritischer Wissenschaftler nach allen möglichen Aspekten.

Wir befürworten nicht:

Müllverbrennung, wie sie zur Zeit mit der Anlage Tamara im KfK erforscht wird
Keine Handhabungstechnik für die Wiederaufarbeitung oder die Kernfusion
Kein Verwendung des LIGA-Verfahrens, das für das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung entwickelt wurde in Zusammenarbeit mit dem Rüstungskonzern MBB
Keine Wasserstoffgewinnung mit Hilfe von atomaren Anlagen
Keine sinnlosen Großprojekte wie z.B. die 1 MW Windmühle GROWIAN
Keine Automation im Interesse der Profitmaximierung der Industrie, bei der der Mensch zum Anhängsel der Maschine wird
Kein Technologieexport ökologisch schädlicher und sinnloser Großprojekte
Keine Akzeptanzstudien wie der Bevölkerung z.B. Kernfusion als "nichtatomare Forschung" untergejubelt werden kann
Technologiefolgenabschätzung unter rein (betriebs)wirtschaftlichen Gesichtspunkten.
Unabdingsbare Voraussetzung für eine andere Forschung im KfK ist aber die Aufhebung der bestehenden Denk- und Meinungsverbote, wie z.B. für KritikerInnen der Atomenergie. Ein Beispiel für dieses Klima, das eine vernünftige wissenschaftliche Arbeit unmöglich macht, ist, daß z.B. vor Jahren noch nicht einmal der Institutsleiter des Instituts für Genetik und Toxikologie Prof. Dr. Herrlich mit einem geliehenen Auto, auf dem ein Anti-AKW-Aufkleber war, aufs KfK-Gelände fahren durfte, obwohl er sogar einen hochrangigen ausländischen Wissenschaftler bei sich hatte. Motto für die weitere Diskussion sollte ein Zitat von Kurt Tucholsky aus dem Jahre 1932 sein:

"Laß Dir von keinem Fachman imponieren, der Dir erzählt: 'Lieber Freund, das mache ich schon seit 20 Jahren so!' - Man kann eine Sache auch zwanzig Jahre lang falsch machen."

Wolfram Treiber, Karlsruhe

Vor dem endgültigen Aus:

Hochrüstung der Wiederaufarbeitungsanlage

Ende April 1989 teilte die Leitung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) der verduzten Öffentlichkeit mit, in ca. drei Jahren sollte der Aufarbeitungsbetrieb eingestellt werden. Es schien so, als wollten die leitenden Herrn den Eindruck erwecken, als laufe der Betrieb langsam aus.
In Wirklichkeit wird die WAK zur Zeit ausgebaut. Bisher wurden Brennstäbe aus Leichtwassereaktoren aufgearbeitet, die im Mittel 32.000 Megawatt-Tage pro Tonne Uran abgebrannt waren. In Zukunft sollen hoch abgebrannte Brennstäbe und Mischoxid-Stäbe (MOX-Brennstäbe mit einer Mischung aus Uran und Plutonium) bearbeitet werden. Diese sind im Mittel bis zu 48.000 MW-Tage pro Tonne Uran bzw. Mischoxid abgebrannt. Damit ergibt sich für die Sicherheit, Strahlung und Unfallgefahr dieser Anlage eine völlig neue Einschätzung:
Höherer Abbrand bedeutet:
- stärkere Temperaturentwicklung der Brennstäbe und der Auflösungsmittel
-höhere Alphastrahlung und damit höhere Strahlenbelastung für die Beschäftigten und die Umwelt
-höhere Neutronenstrahlung und damit eine höhere Gefährdung für Umwelt und Beschäftigte
- höhere Konzentration von radioaktiven Plutoniumgemischen während der Wiederaufarbeitung und damit die Gefahr der Bildung von 'kritischen' Ansammlungen mit Explosionsneigung
-höhere Emission von Spaltgasen wie u.a. Krypton 85, Cäsium 137, Jod 131 und Jod 129, so daß auch neue Filter eingebaut werden müssen
- höhere Mengenbildung von unlöslichen, radioaktiven Spaltprodukten, die zu größeren Mengen an hochradioaktivem Abfall führen.
Insgesamt resultiert aus dieser unvollständigen Zusammenstellung, daß der WAK-Betrieb in den nächsten Jahren auf seine bisher größte Umweltbelastung zusteuert. Damit wird deutlich, daß die oben erwähnte Ankündigung nur ein Ablenkungsmanöver sein sollte, statt abzurüsten, wird hochgerüstet. So gibt es auch einen Sinn, wenn der IG Chemie Chef Hermann Rappe im Handelsblatt vom 19.4.89 forderte, daß die WAK erhalten und modernisiert werden soll. Genau einen Monat später erscheint im selben Blatt ein Artikel zur Schließung der WAA in Wackersdorf mit dem wichtigen Hinweis: "Ein Verzicht auf Wackersdorf würde keineswegs heißen, daß sich die Bundesrepublik aus der Wiederaufarbeitungstechnologie verabschieden müßte. Forschungspolitische Erkenntnisse könnten mit der kleinen Anlage in Karlsruhe weiter gewonnen werden."
Wenn der Chef der WAK dies liest, dann wird er sein Pressekonferenz von Ende April schwer bedauern. Er nannte die Kosten des Abrisses der WAK: 900 Mio DM. Wie nicht anders zu erwarten war, zahlt die Rechnung die Allgemeinheit. In den ersten drei Jahren nach der - jetzt unwahrscheinlichen - Stillegung der WAK zahlen der Betreiber, die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) und das Kernforschungszentrum Karlsruhe (das KfK gehört zu 90 % dem Bund und zu 10 % dem Land Baden-Württemberg) je die Hälfte. Danach geht die WAK in den Besitz des KfK über. So etwas kennt mensch schon. Der erste - im Augenblick gestoppte - Abriß des Atommeilers Niederaichbach lief in gleicher Art und Weise ab.

Harry Block

KfK - aufgespießt

Sterben für die Plutoniumwirtschaft

Im Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) werden hunderte von Ratten und Mäusen getötet, um etwas nachzuweisen, was schon längst bekannt ist: 45 millionstel inkorporiertes (eingeatmet oder geschluckt) Plutonium genügen, damit ein Lebewesen nach 15 Jahren mit Sicherheit an Lungenkrebs stirbt. Jetzt scheinen die Plutoniumforscher des KfK-Instituts für Genetik und Toxikologie von Spaltstoffen auch an Hunden ihren bluttriefenden Wissensdurst befriedigen zu wollen. 20 junge Beagle-Hunde sind die uns bekannten ersten Opfer dieses zweifelhaften Forschungsvorhabens. Den Tiefen wurde mehrfach über einen Zeitraum von ungefähr vier Jahren Radium 226 injiziert. Damit die Hotspots in den Knochen der Tiere dann analysiert werden konnten, mußten die Tiere getötet werden. Die Karlsruher Tierschützer sollten sich einmal auch diesem Problem der Atomwirtschaft zuwenden.

Aus für KfK-Zyklotron im pfälzischen Rohrbach

Das Kfk beabsichtigte den Bau einer 30 Mio DM Anlage u.a. auch zur Herstellung von radioaktiven Stoffen für die Medizin in Rohrbach. Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz brachten einen Erdrutschsieg (55 %) für die Rohrbacher SPD, die das Projekt ebenso wie die Grünen ablehnt. Das Kfk wird sich einen anderen Bauplatz suchen müssen. Unser Tip: Frankreich-Elsaß.

Die Atomarbeiterin Karin Silkwood wurde falsch dekontaminiert

Endlich wissen wir, wie man einen Menschen richtig abschrubbt, wenn er mit Plutonium kontaminiert (=verseucht) wurde. Das Kfk gibt in seinen "Allgemeinen Empfehlungen für die Plutoniumkontamination" (Kfk 4576-April 1989) die richtigen Hinweise auch für NormalbürgerInnen, falls einmal der Schnelle Brüter Karlsruhe seine paar hundert Kilogramm Plutonium über Karlsruhe ausbreiten sollte oder die 70.000 Liter hochradioaktive Lösung über uns versprüht werden. Die Dekontamination ist ganz einfach: Man legen bereit: Gummihandschuhe, Schwamm, Bürste (kein Bimsstein), Einmaltücher, Föhn und Nagelschere und dann kanns losgehen. Bei der Wäscherei darf weder eine Hautrötung noch eine Rissbildung in der Haut erfolgen. Zur Nachbehandlung darf nur eine Creme Verwendung finden, die nicht zu Hautallergien führt. Die Entseuchungsprobleme sind auch noch bei der Haarkontamination gering. Fünfminütiges Kopfwaschen mit Deko-Dusch S hilft hier. Probleme könnte es für den Laien geben, wenn er den Anweisungen bei Augenkontamination oder Kontamination des Ohrs, der Nasenvorhöfe oder einer Wunde in Angriff nehmen sollte. Dies sollte dann doch ein Fachmann/frau durchführen.

Übrigens sollten Sie einmal zufällig im Altrhein von Linkenheim/Leopoldshafen baden und dabei etwas Wasser zu sich nehmen, so liegt unter Umständen der Inkoporationsverdacht mit Alphastrahlern wie Thorium, Neptunium, Plutonium, Americum bzw. dem Betastrahler Tritium vor. Schicken sie Ihren Urin und Stuhl an Dr. Doerfel- Kfk - Postfach 3640, 7500 Karlsruhe - dort bekommen Sie auch den hier besprochenen Bericht gegen Entgelt.

Autorenkreis Sachdialog Naturwissenschaften und Medien

Den etablierten Wissenschaftsproduzenten platzt der Kragen: zuviel "unsachliche" Konkurrenz tummelt sich auf ihrem ureigensten Feld. Hatten sie bis jetzt wie Monopolisten nicht nur die wissenschaftlichen Ergebnisse "richtig" interpretiert und bewertet, so gibt es heutzutage zahlreiche Konkurrenz. Diese mißliebigen Zeitgenossen/Innen reproduzieren angeblich ihre Resultate nicht nur als falsche Information, sondern auch zunehmend so, daß damit die Öffentlichkeit verunsichert wird. Dagegen soll ab sofort eine eigene, unabhängige Organisation wirken: der "Autorenkreis Sachdialog Naturwissenschaften und Medien" mit einem Gründerkreis von 20 Personen. Der Geschäftsführer des Vereins ist der Journalist und Autor Peter Schreiner mit dem Sitz in Biberachzell. Eintrittsbedingung soll sein, daß das betreffende Mitglied die Veröffentlichung eines *"fundierten und allgemeinverständlichen Buches"* nachweisen kann.

Der Vorsitzende des Vereins, Herr, Dr. Grupe, und das kann für Eingeweihte keine Überraschung sein, kommt aus dem Kfk. Dr. Grupe ist dort in der "Propagandaabteilung" (richtig: Stabsabteilung für Öffentlichkeitsarbeit) als stellvertretender Pressesprecher tätig. Als ersten Hauptarbeitsschwerpunkt soll die Aufklärung über das Risiko der Großtechnik sein, da *"manche nachweislich geringe Risiken zu Beinahe-Katastrophen hochstilisiert"* werden, z.B. der Biblis-Störfall. Schlußfolgerung im Originalton Schreiner und Grupe: *"Es gibt kein Leben ohne Risiko "*(nicht etwa: es gibt kein Leben ohne Tod!) Die durchschnittliche Lebenserwartung habe sich in der Bundesrepublik in den letzten hundert Jahren verdoppelt, was beweise, daß der Einsatz von Technik das Risiko vermindere! Könnten diese Einsichten doch nur die 60 Millionen Toten des zweiten und die 15 Millionen Toten des ersten Weltkrieges noch hören, so wären sie bestimmt mit den neuen technischen Entwicklungsszenarios versöhnt. Hört mensch die Wortführer des Autorenkreises, so muß das "Stahlgewitter" eines Ernst Jünger auch von den Opfern des modernen Krieges als modernes Feuerwerk akzeptiert werden. Grupe stellt sich die Aufgabe, zu verhindern, daß *"Fakten politisiert werden und in den Strom von Meinungen und politischen Tendenzen geraten."* Klartext: Sie wollen das alte Monopol wieder an sich reißen.

Dabei wollen sie "sauber" bleiben, denn nur politisch und wirtschaftlich unabhängige Personen sollen in den Kreis aufgenommen werden. Aber: völlige Unabhängigkeit könne es nie geben, so Herr Dr. Grupe. Da kann man ihm nur zustimmen, denn das Kfk hat seit 1977 einen eigenen Vertrag mit Interatom (Siemens), der DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) seit 1978 und auch mit dem Badenwerk, der STEAG AG, der Degussa und vielen anderen.

Harry Block

"Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!"

Erfahrungen aus der Arbeit gegen das Kernforschungszentrum Karlsruhe

Am 7. 5. 89 fand die mit 800 Teilnehmern bisher größte Demonstration gegen das Kernforschungszentrum Karlsruhe statt. Unser Ziel war es die Bedeutung dieses wissenschaftlichen Vorreiters und Motors der bundesdeutschen Atomindustrie und Plutoniumwirtschaft im Zusammenhang mit bundesdeutschen Atommachtambitionen aufzuzeigen und damit der Öffentlichkeit die Notwendigkeit eines Atomwaffenverzichts im Grundgesetz zu verdeutlichen.
Solche Aktionsformen waren auch im Rahmen der Kölner Aktionskonferenz "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!" im November letzten Jahres diskutiert worden. Die Abschlußerklärung endete mit der Feststellung, daß sich unsere Forderung nur durchsetzen lassen wird, wenn es eine breite, entschlossene außerparlamentarische Kampagne gibt, und betonte u.a. die Notwendigkeit von Demonstrationen an den Standorten bundesdeutscher Atom(waffen)-entwicklungen z.B. im Zusammenhang mit den Ostermärschen 1989 in Karlsruhe, Hanau, Wackersdorf usw., sowie der Schaffung bzw. Nutzung örtlicher und regionaler Strukturen, um Aktivitäten gemeinsam - auch mit Friedens- und Anti-AKW-Initiativen - durchzuführen.
In den Einschätzungen des Verlaufs und der Ergebnisse der Kölner Konferenz wurde zwar einerseits die Begrenztheit der damit verbundenen Möglichkeiten festgestellt, solange die Zuspitzung der bundesdeutschen Atommachtambitionen von oben ausbleibt (Atom, Nr. 25), andererseits aber gerade im Fehlen eines außerparlamentarischen Kampagnenansatzes eine Erklärung für die geringe Mobilisierung, beispielsweise zur Kölner Aktionskonferenz gesucht (AK Nr. 301).
In Baden-Württemberg wurde wie gesagt versucht die Forderungen der Kölner Konferenz im Rahmen der schon vorher begonnenen Öffentlichkeitsarbeit gegen das mit bundesdeutschen Atommachtambitionen untrennbar verbundene Kernforschungszentrum Karlsruhe umzusetzen. Sind die bundesdeutschen Atommachtambitionen in Baden-Württemberg trotzdem "ein Thema für unabhängige friedenspolitische Insider und einige Staatsfeinde (Atom, Nr.25)" geblieben?

Die Idee eines Ostermarschs zum Kernforschungszentrum Karlsruhe

Die Landeskonferenz der Anti-Atom-Initiativen verabschiedete auf Anregung des Arbeitskreises Reaktoren und Raketen, Stuttgart, im September 1988 den später in der Friedensbewegung nicht konsensfähigen Vorschlag eines landesweiten Ostermarschs zum Kernforschungszentrum Karlsruhe an Ostern 1989. Bei der Diskussion dieses Vorschlags innerhalb der Landeskonferenz, die immer auch im Zusammenhang mit der Atomwaffenverzichtskampagne stand, zeigte sich, daß die Anti-Atom-Initiativen obwohl, oder vielleicht gerade weil es in erster Linie Nach-Tschernobyl-Inis waren - im Gegensatz zu Erfahrungen mit der alten Anti-AKW- Bewegung andernorts - keine Probleme mit einer "Fixierung" der Kampagne auf das Grundgesetz hatten, und auch einer nicht-ökologischen/nicht-ökonomistischen Kritik am bundesdeutschen Atomprogramm zugänglich waren. Der Arbeitskreis Reaktoren & Raketen wurde von einigen dieser Inis darüber hinaus zu Referaten über das Kernforschungszentrum und die Atomwaffenverzichtskampagne eingeladen. Wie lang die Halbwertzeit dieser Sensibilisierung für unser Anliegen allerdings ist, bleibt abzuwarten.
Innerhalb der Friedensbewegung war die Idee eines Ostermarsches zum Kernforschungszentrum zwar mehrheits-, aber nicht konsensfähig, u.a. weil sich Organisationen, die die Atomwaffenverzichtskampagne formell unterstützen (DKP, DFU) im Ländle andere Schwerpunkte (Haus Europa, Jäger 90, Kurzstreckenraketen) für ihre Öffentlichkeits- und Mobilisierungsarbeit gewählt haben; die Differenzen mit der Friedensinitiative am KFK sollen hier nicht noch einmal aufgewärmt werden (vgl. AK Nr.302), am Beispiel der Friedensinitiative am KFK hat sich aber gezeigt, daß es Friedensgruppen gibt, die zwar die Kampagne unterstützen, aber Aktionen gegen Atomanlagen ablehnen. Statt eines Ostermarsches einigte man sich auf eine Aktionskonferenz, die die Behauptung bundesdeutscher Atomwaffenambitionen untersuchen, die Bedeutung des Kernforschungszentrums im Rahmen bundesdeutscher Atomwaffenambitionen klären, und eine Großdemonstration am KFK vorbereiten sollte.

Die Konferenz "Wege zur Atommacht"

Bei der Vorbereitung der Konferenz waren die Stuttgarter Initiatoren der Ostermarschidee, der KB, die Karlsruher Grünen und einige unabhängige Karlsruher Initiativen allerdings wieder auf sich allein gestellt, da eine Informationsvermittlung bzw. Mobilisierung innerhalb der baden-württembergischen "Friedensbewegung" ausblieb; sie hatte sich mit dem Beschluß, eine Konferenz durchzuführen, gleichzeitig vom Thema Karlsruhe und Atomwaffenverzichtskampagne verabschiedet. Daß die Karlsruher Konferenz mit 150-200 Teilnehmern trotzdem so gut besucht war, wie die Internationale Aktionskonferenz in Köln, ist also vorallem auf die intensive Mobilisierungsarbeit in den selbst aufgebauten Strukturen zurückzuführen; im Vorfeld von Konferenz und Demo wurden beispielsweise 3000 Exemplare der Broschüre "Kernforschungszentrum Karlsruhe - Schleichweg zur Atombombe?" verkauft.
Der Rückzug bestimmter Großorganisationen aus der Vorbereitung hatte allerdings auch Vorteile. Da keine Rücksicht auf die SPD genommen werden mußte, konnten die Intentionen der Atomwaffenverzichtskampagne in Aufruf und Ablauf von Konferenz und Demo so deutlich gemacht werden, wie bei keiner regionalen Aktion vorher. Auf der Konferenz waren mit Wolf Geißler, Detlef zum Winkel und Matthias Küntzel radikale Kritiker des BRD-Atom/bomben/programms vertreten. Der Konferenz selbst wurde von der Lokalpresse der Charakter universitärer Vorlesungsveranstaltungen zugesprochen, was zumindest für das Interesse und die Aufgeschlossenheit der Teilnehmer gegenüber der für die meisten unter ihnen neuen Thematik spricht.

Die Demonstration

Die Demonstration am 7.5. blieb angesichts des Erfolgs der Konferenz mit ca. 800 Teilnehmer zwar hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück, vergleicht man die Karlsruher Demo aber mit dem Ostermarsch oder dem "Tag X" in Gronau, dem Sitz der nicht minder militärisch relevanten bundesdeutschen Uranreicherungsanlage (dort zählten die Veranstalter 200 bzw. 120 Teilnehmer), zeigt sich bei intensiver Vorbereitung doch die Möglichkeit über friedenspolitische Insider und Staatsfeinde hinaus ein etwas breiteres Publikum zu erreichen.

Die Reaktionen des KFK

Am 18. 4. 89, also kurz vor der Konferenz veröffentlichte das Kernforschungszentrum die Pressemitteilung 16/89 in der es auf 14 Seiten versuchte, die in der Broschüre "Schleichwege zur Atombombe" (Umfang 24 Seiten) erhobenen Vorwürfe gegen das KFK zu widerlegen.

Fazit

Im Rahmen der Arbeit gegen das Kernforschungszentrum Karlsruhe ist zwar keine Massenmobilisierung gelungen, aber erstens sind die bundesdeutschen Atommachtambitionen zumindest über das Spektrum einiger unabhängiger Friedensinitiativen und Staatsfeinde hinausgetragen worden, und zweitens sind eigene Strukturen aufgebaut worden, auf die man sicherlich auch in Zukunft zurückgreifen kann und muß, und die eine Basis für unsere weitere Arbeit darstellen .
Heinz Engelke, Arbeitskreis Reaktoren & Raketen Stuttgart

Wackersdorf & Widerstand

Kehraus in Wackersdorf: statt WAA nun BMW, und anscheinend gibt es weit und breit niemanden, der jemals etwas anderes vertreten hätte. Die WAA-Befürworter sind jedenfalls auffallend schnell vom Erdboden verschwunden.

Die letzte große Aktion gegen WAA und Atomprogramm fand am 3. Juni in München statt. Über die Vorbereitung dieser Demo haben wir mehrfach berichtet; diesmal nun ein zusammenfassender, einschätzender Bericht vom Münchener Anti-Atom-Büro. Ähnliche Großaktionen wird es in Bayern wohl vorerst nicht wieder geben. Dennoch bleibt die politische Situation der Oberpfälzer Bürgerinitiativen bedeutsam für die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung. Denn Widerstand gegen eine atomare Wiederaufarbeitung brauchen wir weiterhin, egal wo die WAA steht. Und ohne Zweifel sind die Oberpfälzer in dieser Hinsicht die größte und kompetenteste BI. Allerdings hat sich gerade in jüngster Zeit Kritik am politischen und geschäftlichen Gebahren dieser BI entwickelt. Ein Redaktionsmitglied der Nürnberger radi-aktiv hat diese Kritik zusammenfassend für diese atom-Ausgabe formuliert.

Noch aus einem anderen Grund darf die Anti-AKW-Bewegung „die Oberpfalz" nicht aus den Augen lassen: Noch immer rollt dort eine Kriminalisierungswelle gegen WAA-GegnerInnen, noch immer existieren in Bayern und auf Bundesebene Gesetze, die speziell gegen den WAA-Widerstand gerichtet sind, aber weit darüber hinaus greifen. Grund genug, Amnestie und eine Revision dieser Gesetze zu fordern. Ein entsprechender Aufruf findet sich ebenfalls in diesem redaktionellen Schwerpunkt.

P.S.: Einige AKW-GegnerInnen aus München haben uns einen Artikel geschickt, der im Zusammenhang mit den Demo-Vorbereitungen eine polemische Kritik am Verhalten des KB übt. Worum es dabei geht, wird in der Demo-Einschätzung bereits deutlich. Den speziellen Artikel dazu drucken wir vorerst nicht ab, weil wir die darin geschilderten Facts teilweise für nicht nachvollziehbar halten und den Stil der Auseinandersetzung für völlig überzogen und diffamierend halten. Die Diskussion dazu wollen wir mit den Münchenern, den „betroffenen" Nürnberger KB-Leuten und innerhalb der Redaktion aber weiterführen; mal sehen, was in der nächsten atom dazu kommt.

3.6. Demo:

Als Gruppe, die den Hauptanteil an den Vorbereitungen trug, wollen wir hier eine Einschätzung der Dinge aus unserer Sicht geben. Angesichts der Streitigkeiten im Vorfeld (siehe dazu auch den Artikel zur Auseinandersetzung um den Beitrag von Ingrid Strobl in diesem Heft) werden wir relativ ausführlich auf die Vorbereitungen der Demo eingehen, da wir es für wichtig halten, zumindest einen Teil der Auseinandersetzungen im Vorfeld in die Öffentlichkeit zu tragen, soweit dies im Rahmen eines solchen Artikels möglich ist.

Linke Initiative gegen das Atomprogramm, München

Im Dezember '88 beschloß das bayerische Anti-Atom-Plenum, den Vorschlag von der Herbstkonferenz in Nürnberg aufzugreifen und im Frühsommer eine Demonstration gegen WAA, Atomprogramm und Repression zu starten. Für Januar wurde zu einem Bündnistreffen in Nürnberg geladen (siehe ATOM 25, S 10-11). Über 90 TeilnehmerInnen aus ca. 45 Gruppen, Initiativen und Parteien überwiegend aus dem bayerischen Raum beschlossen, die Demo am 3. 6. in München zu machen. Zum damaligen Zeitpunkt erwarteten wir die Erteilung der zweiten Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA in etwa in diesem Zeitraum, so daß die TEG als Aufhänger und Schwerpunkt neben Atomprogramm und Repression stehen sollte. Eine Flugblattgruppe wurde gebildet, in der von den Müttern gegen Atomkraft über Anti-AKW-/Friedensbewegung bis hin zu autonomen Gruppen alles vertreten war. Hauptauseinandersetzungspunkt in der Aufrufdiskussion war die Ausformulierung des Anti-Repressionsteiles, der bei den eher bürgerlichen und den Friedensgruppen auf Kritik stieß. Im Folgenden werden zwei Demomärsche zum Odeonsplatz beschlossen, eine RednerInnenliste andiskutiert. Das Anti-Atom-Büro München bzw. die LIGA übernehmen die Vorbereitungen. Drei Leute (2 aus der LIGA, eine von den Münchner Friedensgruppen) wurden benannt, die Vorbereitungen zu koordinieren.

Beim Zweiten Trägerkreistreffen werden die Bündnisgrundlagen aufgrund widriger Erfahrungen bei den Herbstaktionen '88 bezüglich Polizeiabsprachen (Institut für Psychologie und Friedensforschung) und nicht autorisierter Pressekonferenzen trotz Gegenrede (W. Daniels) erweitert: Zum Einen: Keine Gespräche mit Polizei und Behörden über das organisatorisch Notwendige hinaus (Demoroute, Verkehr). Zum Anderen: Die Pressearbeit wird nur von der Pressegruppe des Trägerkreises, bzw. in Absprache mit dieser gemacht. Der Flugblattentwurf wird aktualisiert und erweitert, der Repressionsteil leicht verändert. Eine Passage zum Hungerstreik wird von den Autonomen eingebracht, ist aber nicht durchsetzbar, worauf sie zunächst den Ausstieg verkünden, später aber bleiben, nachdem der Trägerkreis zugesagt hatte, ein Infoblatt dem Rundbrief beizulegen. Eine Reihe von RednerInnen wird angefragt (hier nur die strittigen!): Der parteilose, für die Grünen im bayerischen Landtag sitzende Prof. Armin Weiss als Vertreter der Oberpfälzer BIs; von seiten der bayerischen Anti-AKW/WAA-Initiativen, der LIGA und einiger Autonome brachten wir die Gruppe LUPUS für Repression gegen Anti-AKW- und Startbahnbewegung, und als Ausdruck für bewegungsübergreifende Solidarität mit Militanten aus anderen Bewegungen Ulla Penselin, weil Ingrid Strobl bekanntlich noch im Knast sitzt. Bis zu diesem Zeitpunkt war keine Beteiligung der eher konservativen oberpfälzer BIs zu spüren.

Nach der Ankündigung von VEBA-Chef Benningsen-Foerder im April, in Frankreich wiederaufarbeiten zu lassen, die das Ende der WAA in Wackersdorf bedeutete, erwachte

Nachlese und Einschätzung

jedoch auch angesichts des sich abzeichnenden Erfolges deren Interesse an der näherrückenden Demo. Mit Unterstützung einiger Realo-Grüner und weiterer Gruppen formierten sie sich vor allem gegen das Hungerstreik-Infoblatt und die angedeutete RednerInnenliste. Eine Reihe von Gerüchten wurde mehr oder minder bewußt in der Absicht lanciert, die linksradikalen Anteile und Inhalte aus der Demo zu kippen oder alternativ wesentliche Teile des Bündnisses (BN, Frieden) von einer Teilnahme abzubringen. Die internen Vorbereitungstreffen wurden nun zum Schauplatz der Kämpfe zwischen "Rechten" und traditionellen, linksradikalen Anti-AKW-Initiativen, wobei sich die Radi-Aktiv-Redaktion, der KB und die nordbayerischen Friedensinitiativen aus unterschiedlichen politischen Motiven mal der einen und mal der anderen Seite zuschlugen.

Gerücht Nr. 1: Die 3.6. Demo solle eine Hungerstreik-Demo werden. Es wurde zwar sofort ausgeräumt, beeinflußte aber viele bis in den Bund Naturschutz hinein und hatte sicherlich demobilisierende Wirkung. Die Hauptakteurinnen waren Irene Sturm (Anti-WAA-Büro und BI-SAD-Vorstand), Gisela Pöhler (BI-SAD-Vorstand und Landesvorstand Die Grünen) und Frau Wacht (AK Theologie und Kernenergie Regensburg, eine der Hauptbefürworterinnen der Polizeigespräche).

Gerücht Nr. 2: Bei dem Konzept mit acht RednerInnen bliebe für die WAA nur fünf Minuten, obwohl dies doch eine Anti-WAA-Demo sei. Dies muß auch vom Anti-WAA-Büro gestreut worden sein. Alle, die den Demo-Rundbrief lasen, waren zweifellos besser informiert. Es bewirkte aber Verunsicherung und Empörung innerhalb der Oberpfalz.

Gerücht Nr. 3: Ingrid Strobl sei RAF-Terroristin (!) und deswegen sei im Dachverband beschlossen, daß sie nicht reden könne.

Gleich hinterher Gerücht Nr.4: Der BN-Vorstand habe beschlossen, auszusteigen, falls Ingrid eine Beitrag halte (I. Sturm). Eine BN-Vorstandssitzung hatte zu diesem Zeitpunkt nicht stattgefunden; später erklärte BN-Vertreter Hans Müller auf dem letzten großen Trägerkreistreffen in Nürnberg, daß der BN mit dem endgültigen Konzept Strobl/Lupus (der eigenwilligerweise von Seiten der Rechten nie angegriffen wurde) und dem Beitrag zu Haftbedingungen leben könne. Erst damit waren die Auseinandersetzungen beendet.

Neben dem Eingreifen des BN hatte das noch zwei weitere Gründe: Auf Wunsch der gesamten oberpfälzer BIs hatten wir den grünen MdL Armin Weiss gegen die Bündnisgrundlagen - keine ParteirednerInnen - akzeptiert, und damit einige Wogen geglättet. Zum Zweiten erklärten wir, daß sich auch unsere Redebeiträge garantiert an die vorgegebenen Thematiken halten würden (das war auch bei früheren Demos nicht anders). Vom KB wurde dies als Zensur gewertet und dazu benutzt, gegen alle Bündnisgrundlagen verstoßend, Ingrid einen Brief zu schreiben, indem der Zensurvorwurf trotz Kenntnis der Absprachen im Bündnis untermauert wurde.

Mehr als der Beitrag zu Haftbedingungen auf einer der Auftaktkundgebungen war nicht durchsetzbar, da die linken Kräfte einfach nicht stark genug waren, und deswegen einen totalen Bruch zu riskieren, wäre einfach nur himrissig gewesen. Unser Zugeständnis bzgl. Armin Weiss war darauf ausgerichtet, Ingrids Beitrag und den zu Haftbedingungen zu halten, was ja auch gelang. Die Gruppe Lupus wurde von uns dagegen nominiert, da Veranstaltungen in Bayern mit Lupus bisher grundsätzlich verboten worden waren, und uns das Thema Versammlungsfreiheit seit lägerer Zeit besonders wichtig ist.

Was wir als LIGA erreichen wollten und auch frühzeitig angekündigt hatten, nämlich (links)radikale Inhalte mit RednerInnen, Aufruffluglblatt, Demozeitung und Demodurchsagen und schließlich der Einbindung der antifaschistischen Aktion gegen die DVU durchzusetzen, also bewegungsinterne und auch bewegungsübergreifende Solidarität mit militantem Widerstand zu demonstrieren, haben wir erreicht. Also Thematiken in weitere Kreise hineinzutragen (Mütter, BN, Friedensbewegeung), wenn möglich zur Auseinandersetzung Inhalte zu vermitteln, und nach Bekanntgabe des Endes der WAA aufzuzeigen, daß alle Widerstandsformen (kurz zusammengefasst: legal - illegal - scheißegal) gleichberechtigt nebeneinander stehen, und nur so Großprojekte verhindert werden können. Dahinter wären wir nicht zurückgegangen.

Gegen diese inhaltliche Ausrichtung wurde dann auch kaum interveniert, allenfalls wurde versucht, die Klarheit der Solidarisierung zu entschärfen. Die Hungerstreik-Thematik ohne längere Vorarbeit in diesem Bündnis darüberhinaus durchzusetzen war aufgrund unserer Kräfteverhältnisse und des widersprüchlichen Verhaltens der Autonomen nicht durchsetzbar.

Das Eingreifen der Rechten (wohl tw. in Absprache mit der Polizei) an genau diesem Punkt war logisch. Sie wollten die Demo durch Hochspielen von prekären Themen schwächen, wenn sie schon nicht zu verhindern war und so relevante Gruppen zum Ausstieg bewegen. Dabei tat sich das nordbayerische Friedensspektrum unrühmlich hervor, indem sie offen, aber vergeblich mit den Rechten paktierten, um die sog. "Breite" (SPD, rechte BIs) zu gewährleisten. Genau zu diesem Zeitpunkt wurde die WAA zu Grabe getragen, und es ging ab dem Zeitpunkt um die Verteilung der Anteile am Erfolg. Alle mussten dranbleiben. In diesem Augenblick fanden wir es richtig, den Vorschlag zu akzeptieren, daß Armin Weiss reden solle, um keinerlei Interventionsmöglichkeiten mehr zu bieten. Wir denken, daß dies richtig war, um unsere Inhalte in der Demo in angemessener Form und Umfang rüberzubringen. Alles weitere Gezänk und die Auseinandersetzungen im Vorfeld ersparen wir uns, schon in Anbetracht dessen, daß ein Teil dem Regen zum Opfer fiel.

Zur Demovorbereitung seitens des Anti-Atom Büros: Ohne Jammern ist festzustellen, daß das Büro /LIGA bei der Vorbereitung bis auf wenige Ausnahmen

(Grüne Stadtratsfraktion, Teile der Südbayerische Fln, Augsburg, Regensburg, Teile der BI SAD) ziemlich auf sich alleine gestellt war. Dies ist sicherlich kein Ausdruck der Stärke der Bewegung. Zu bewältigen waren drei Kundgebungen, zwei Demozüge, eine Radldemo, eine 12-seitige Demozeitung, ein Fest am Abend und eine Veranstaltung mit Meir Vanunu am Freitag Abend. Soviel sei nur gesagt, daß wir nicht nur durch die Erstellung der Demozeitung an den Rand unserer personellen Möglichkeiten und psychischen Belastbarkeiten gelangten. Der enorme Spaltungsdruck von außen zeigte auch Wirkung nach innen, mit dem wir z.T. nicht umgehen konnten - im Gegensatz zu ähnlichen Verläufen bei Aktionen der vergangenen Jahre.

Verhandlungen mit KVR und Polizei: Die Bündnisgrundlagen der letzten Jahre waren um einen Passus erweitert worden, daß die Gruppen aus dem Bündnis fliegen, die eigenmächtig mit der Polizei Gespräche führen. Die Vorverhandlungen mit der Polizei und dem Kreisverwaltungsreferat (KVR, Ordnungsbehörde) wurden dann ausschließlich von der autorisierten AnmelderInnengruppe geführt. Nachdem die Organisatoren der Hungerstreikdemo in Bonn am 29. 4. ihre unseres Erachtens politisch schädliche Gewaltverzichts- und Zusammenarbeitserklärung abgeliefert hatten, bemühten sich KVR und der Münchner Polizeipsychologe Trumm um ähnliches. Sie versuchten, schon im Vorfeld Distanzierungen von autonomen und militanten Gruppen zu bekommen und eine Zusammenarbeit zu vereinbaren. Die AnmelderInnengruppe lehnte dies ab und zog sich auf ihre Pflichten aus dem Versammlungsgesetz zurück. Letzteres reichte offensichtlich aus, KVR und Polizei so positiv zu beeindrucken, daß die angekündigten Verbote der Radldemo und der Route an der Staatskanzlei vorbei nicht ausgesprochen wurden. Der Auflagenbescheid war trotzdem knallig, gegen die Verbote des seitlichen Tragens von Transparenten, des Mitführens von Kinderwägen und der Teilnahme von RollstuhlfahrerInneN ohne Begleitpersonen haben wir vor dem Verwaltungsgericht gewonnen. Außerdem gewannen wir gegen die Standardauflage, daß sich maskierte SchauspielerInnen bei der Polizei auszuweisen hätten. Dem gegenüber stand die Ankündigung (mündlich), unnachsichtig gegen "schwarze Blöcke" und gegen Vermummte vorzugehen.

Zum Demo- und Kundgebungsverlauf: Unseren Schätzungen nach waren ca. 15000 Menschen zu Beginn der Abschlußkundgebung auf dem Odeonsplatz. Der Zug vom Rotkreuzplatz mit ca. 8-9000 Menschen war bunt durchmischt und verlief ohne nennenswerte Störungen durch die Polizei. Es waren zu mehreren Gebäuden entlang der Route (Bayernwerke, Isar-Amper-Werke, CSU-Zentrale, Strafjustizzentrum, Innenminiterium etc.) kurze Redebeiträge vorbereitet, die gut ankamen, soweit sie verstanden wurden. Mehrere Sambagruppen sorgten zusätzlich für Stimmung. Der Zug von Osten (Postwiese) mit ca 4000 Leuten, ebenfalls untermalt von kurzen Beiträgen zu Widerstandsdaten wie der 12.10.-Demo, den Haidhauser Polizeikravallen, zur Staatskanzlei und dem "Kulturzentrum Gasteig" kam zugleich mit dem anderen Zug an.

Kurz zuvor kam noch die Spontandemo mit mehr als 1500 Leuten zum Platz, die sich im Anschluß an die Kundgebung des DVU-Faschisten Frey am Sendlinger Tor formiert hatte. Frey war kaum zu Wort gekommen, sogar die Polizei sprach von bis zu neunfacher Übermacht an GegendemonstrantInEn. Auch die 21 vorläufigen Festnahmen konnten das positive Bild der antifaschistischen Kundgebung kaum trüben.

Zur Abschlußkundgebung: Im Trägerkreis war jedem/r RednerIn eine Redezeit von 10 Minuten zugestanden worden. Der grüne MdL A. Weiss "begnügte" sich gleich mit 25 Minuten, auch Rebecca Harms (BI Lüchow-Dannenberg) und Oskar Neumann (VVN) stachen mit überlangen Reden heraus. Im strömenden Regen harrten nach etwa einer Stunde Kundgebung noch ca 2000 Leute aus, von denen nur ein kleiner Teil den nächsten Wolkenbruch überstanden. Vor einer Kulisse von ca 500 Hartgesottenen wurde in Absprache mit allen beschlossen, nach der Rede der Gruppe Lupus zur Repression abzubrechen. Das abendliche Fest mit ca 600 Leuten war dann doch noch ein gelungener Ausklang des Tages. Die Redebeiträge von Ingrid Strobl, der Anti-Beugehaft-Gruppe Bochum und von Meir Vanunu (Siehe Kasten), die dem Regen zum Opfer gefallen waren, wurden verlesen.

Und der Ausblick? Mit dem Engagement von BMW in Wackersdorf (Teilefertigung für die Montagewerke u.A. in Regensburg, angekündigt sind 1600 Arbeitsplätze) wird die Aussage der bayerischen Staatsregierung allmählich glaubwürdiger, daß nach Wackersdorf keine Nuklearanlagen kommen sollen. Es erscheint jedenfalls schwer vorstellbar, daß BMW Interesse an einer möglicherweise umkämpften Anlage auf demselben Gelände haben könnte und so einige der Vorteile des voll erschlossenen Geländes wieder verlustig gehen. Eines steht jedenfalls fest: Bis Ende 1990 und nach den dreifachen Wahlen im nächsten Jahr in Bayern dürfte keine Entscheidung fallen, die Nuklaranlagen auf diesem Standort bringt. Mit der WAA ist eines der wesentlichsten Prestigeobjekte sowohl der Betreiber, als auch der AtomgegenerInnen gefallen, ein Punkt, den wir schon als Erfolg buchen dürfen. In Bayern wird jedoch von der Anti-AKW-Bewegung erstmal eine längere Flaute eintreten, da die bestehenden AKWs wie auch die übrigen Infrastruktureinrichtungen der Atommafia nicht diesen Stellenwert besitzen. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß sich der Aktionsschwerpunkt der Bewegung auf die geplanten Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad verlegen wird,.

Zu geplanten Rede von Meir Vanunu

September 1986 legte Mordechai Vanunu der britischen Zeitung Sunday Times Photos und Berichte über das israelische Atomwaffenprogramm vor (vergl. ATOM 21). Mordechai hatte über fünf Jahre land als Techniker im israelischen Atomzentrum Dimona gearbeitet. Experten kamen zu dem Schluß, daß Israel nukleare Sprengköpfe in größerer Zahl von hohem technischen Niveau besitze, und auch in der Lage wäre, thermonukleare und Neutronensprengköpfe zu bauen. Ferner verfüge Israel über Trägerraketen von interkontinenaler Reichweite. Während des Jom-Kippur-Krieges 1973, als Israel kurz vor einer militärischen Niederlage stand, waren die Sprengköpfe für den Einsatz schon vorbereitet gewesen; abgewendet wurde der Einsatz durch die Tatsache, daß die USA und die Sowjetunion ihre eigenen Arsenale in Alarmbereitschaft versetzten, und dadurch, daß sich die Lage zugunsten Israels zu wenden begann.

Am 28. 9. 1986 veröffentlichte die Sunday Times Teile als "Scherz". Am 30.9. verschwand Mordechai Vanunu aus einem Hotel in Rom. Am 5. 10 veröffentlichte die Sunday Times daraufhin das gesamte Material, aber erst sechs Wochen später gab die israelische Regierung zu, daß Vanunu in einem Geheimgefängnis in Israel säße. Unter striktester Geheimhaltung wurde der Prozeß gemacht; Vanunu durfte vor Gericht, gegenüber seinem Rechtsanwalt (nach einem Jahr Haft erst wurde ein unabhängiger RA zugelassen), und auch gegenüber seiner Familie weder zu seiner Arbeit im Atomzentrum, noch über die Umstände seiner Entführung aus Rom überhaupt Aussagen machen. Die Familie wurde unter Androhung von 15 Jahren Haft verpflichtet über alles striktestes Stillschweigen zu bewahren. Auch die Richter durften nichts über die Arbeit und über die Entführung erfahren. Mordechai wurde zu einer Strafe von 18 Jahren Haft

Entführter Vanunu

verurteilt wegen Verrats militärischer Geheimnisse, wegen Hochverrats und wegen Gefährdung der Sicherheit des Staates Israel (darauf könnte sogar die Todesstrafe verhängt werden). Zur Zeit läuft die Revision vor dem Appellationsgericht unter ähnlichen Bedingungen; das Urteil wird im Herbst erwartet.

Sein Bruder Meir Vanunu ist seit der Entführung damit beschäftigt, Rechtshilfe, Pressekampagnen und Solidarität im Ausland zu organisieren. Er lebt im Exil in London, da er die Verpflichtung brach und die Einzelheiten der Entführung der Presse mitteilte. Zur 3.6.-Demo luden wir ihn ein, da wir das Thema internationaler Verflechtungen mit aufnehmen wollten, Israel und Südafrika in Atomfragen eng zusammenarbeiten, und wir unsere Solidarität mit Mordechai Vanunu ausdrücken wollten. Der Auftritt auf der Demo wäre der erste öffentliche Auftritt Meirs in der Bundesrepublik gewesen, leider fiel er dem Regen zum Opfer. Wir werden aber das Thema wieder aufgreifen.

. LIGA München

Straffreiheit für alle WAA-GegnerInnen!

Die Anti-AKW-Bewegung hat Grund zum Feiern, eine WAA (neben Karlsruhe) war auch im 2. Anlauf hier in der BRD nicht durchsetzbar, und das am politisch am geeignetsten erscheinenden Ort in der BRD! Natürlich ist der Jubel gedämpft, denn die WAA ist ja nicht gestorben, sondern nur ins Ausland verschoben. Aber es gibt noch mehr Gründe, nicht uneingeschränkt zu jubeln.

Wir denken dabei an die Tausende von Opfern staatlicher Gewalt und Kriminalisierung. Diese Menschen, die durch ihren unbeugsamen Widerstand gegen die WAA den Erfolg der Anti-WAA-Bewegung erst möglich machten, dürfen jetzt, im Augenblick des Sieges nicht vergessen werden! Noch laufen in Schwandorf existenzbedrohende Prozesse gegen WAA-GegnerInnen, die unseren gemeinsamen Erfolg teuer erkaufen mußten und müssen.

Wir fordern jetzt für alle, die wegen ihres Widerstands gegen die WAA in die Mühlen der Justiz gerieten, Straffreiheit, gerade jetzt, wo für **jeden** offensichtlich wird, wie recht sie hatten. Aber nicht nur das. Alle diejenigen Gesetze, die dazu dienen sollten, den Widerstand gegen die WAA mundtot zu machen und zu zerschlagen oder doch zumindest mit dem Hinweis auf den WAA-Widerstand erlassen wurden, müssen sofort zurückgenommen werden! Als die Aufgabe der WAA sich abzeichnete, wurde die Forderung nach einer Amnestie für WAA-Gegner von den verschiedensten BIs, Parteienvertretern, Gruppen erhoben. Aber alle diese Forderungen waren isoliert und nicht imstande, den nötigen gesellschaftlichen Druck, der für die Durchsetzung dieser Forderung nötig wäre, zu schaffen. Sie sind im Sande verlaufen.

Das Bayerische Anti-Atom-Plenum macht jetzt den Versuch, alle diese Initiativen zusammenzufassen und will versuchen, über diejenigen, die diese Forderung bisher erhoben haben, hinaus mit möglichst breiter Unterstützung eine entsprechende Kampagne zu initiieren. Wir laden hiermit alle interessierten Gruppen, Initiativen, Parteien und Einzelpersonen zu einem Treffen ein, auf dem wir die Chancen für eine solche Initiative, die Möglichkeiten, die sie bietet und ihre mögliche Umsetzung und Gestaltung erörtern wollen. Ein Vorschlag für eine Unterschriftensammlung wurde vom Bayerischen Anti-Atom-Plenum bereits erarbeitet. Der Entwurf liegt bei. Gruppen und Personen, die prinzipielles Interesse an der Kampagne haben, aber nicht zum Treffen erscheinen können, können ihre Unterstützung durch ihre Unterschrift unter den Aufruf signalisieren. Die Unterschriften an Christoph Reck, Kirchenweg 7, 8500 Nürnberg.

Treffen Straffreiheit für WAA-Gegner am Samstag den 16.9., 13.00 im Komm, Nürnberg (gegenüber vom Hbf)

Bei Fragen: 0911/330220 (Christoph)

Stefan (im Auftrag der BAAP)

Plattformvorschlag für eine Amnestiekampagne

Planung und Bau der WAA Wackersdorf haben in der gesamten Bundesrepublik einen großen Schaden und gesellschaftlichen Unfrieden verursacht. Bis zum Bekanntwerden der Pläne, die Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe ins Ausland zu verlagern, wurde die WAA Wakkersdorf von allen beteiligten staatlichen Stellen skrupellos durchgesetzt. Hierzu waren alle staatlichen Mittel recht wie Demonstrations- und Versammlungsverbote, polizeiliche Knüppelorgien, Kampfgaseinsätze, Massenfestnahmen, drakonische Geld- und Freiheitsstrafen und die Bespitzelung einer ganzen Region. Aber damit nicht genug: Mit weitreichenden Gesetzesverschärfungen, die ausdrücklich die Bekämpfung des breiten Widerstandes gegen die WAA zum Anlaß nahmen, verbesserte der Staat sein Instrumentarium zur Bekämpfung oppositioneller Bewegungen. Trotz dieser Unerbittlichkeit der Machtausübung haben jahrelang hunderttausende von kritischen Bürgerinnen und Bürgern, wie sich nun zeigt, erfolgreich berechtigten Widerstand geleistet und dafür teuer bezahlt. Bei der bloßen Aufgabe der WAA Wackersdorf kann es daher nicht bleiben. Vielmehr müssen die persönlichen und beruflichen Nachteile für die Betroffenen wieder gutgemacht und zugleich auch alle mit der WAA zusammenhängenden Gesetzesverschärfungen zurückgenommen werden. Konkret heißt dies

1. Amnestie, d.h. sofortige Haftentlassung und Straffreiheit für alle Verurteilten und Einstellung für alle erlittenen Strafverfolgungsmaßnahmen
2. finanzielle Entschädigung für alle erlittenen Strafverfolgungsmaßnahmen
3. Löschung aller im Zusammenhang mit WAA-Widerstand gesammelten Daten bei Justiz, Polizei und Geheimdiensten
4. Rücknahme folgender Gesetzesverschärfungen

<u>in Bayern:</u>
- des sogenannten Selbsteintrittsrechtes des Staates („Lex Schuirer")
- des sogenannten Unterbindungsgewahrsams bis zu 14 Tagen

<u>im Bund:</u>
- aller Demonstrationsrecht-Verschärfungen wie des Verbots der Vermummung, passiven Bewaffnung und des Aufrufs zu einer verbotenen oder aufgelösten Demonstration
- des Haftgrunds der Wiederholungsgefahr bei schwerem Landfriedensbruch
- des § 129a StGB (Bildung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung)
- (alternativ) der Erweiterungen des § 129a StGB auf Aktionsformen des Widerstandes
- des Zensur-Paragraphen 130a StGB
- der erstmals im Versammlungsgesetz verankerten Ermächtigung der Polizei zu Bild- und Tonaufnahmen bei Demonstrationen und Veranstaltungen
- der erstinstanzlichen Gerichtszuständigkeit der Oberverwaltungsgerichte in atomrechtlichen Verfahren.

5. Abrüstung der Polizei (insbesondere hinsichtlich Gummi-Geschossen, CS-Gas, Hochdruck-Wasserwerfer) und Abschaffung aller polizeilichen Sondereinheiten und Sondereinsatzkommandos.

Wir fordern alle kritischen Bürgerinnen und Bürger und Organisationen auf, sich diesen Forderungen anzuschließen und aktiv zu ihrer Verwirklichung beizutragen. SPD und Grüne können durch entsprechende Gesetzesinitiativen ihre Glaubwürdigkeit als Gegner des bundesdeutschen Atom-Programms beweisen.

Streit in der BI Schwandorf

„Die WAA ist weg und die Atomgegner streiten", so die Schlagzeile in der Mittelbayrischen zeitung vom 28.6.89 zu einem Artikel am Vortag der Mitgliederversammlung der BI Schwandorf. Damit war ein lange im Verborgenen schwelender Streit im Vorstand der BI öffentlich gemacht worden. Auseinandersetzungen im Vorstand der BI um deren grundsätzliche Ausrichtung begleiteten die Arbeit der BI von Beginn an. So gab es schon in der Gründungsphase einen „Unvereinbarkeitsbeschluß" gegen das DKP-Mitglied Orlowski. Nicht die fragwürdigen Positionen der DKP zum Atomprogramm waren dabei die Gründe, sondern die Befürchtung, als „Radikale" abgestempelt zu werden und die Reputation im Bürgertum zu verlieren, waren damals die Gründe für das Vorgehen der BI. Auch heute geht es um das „Ansehen" der BI und die Ausrichtung der BI-Politik. Die Mehrheit im Vorstand ist dabei weiterhin bestrebt, eine rein „bürgerliche" Politik zu machen. Nun gab es bis auf eine kurze Unterbrechung in der Hochzeit des militanten Widerstandes gegen die WAA fast immer eine bürgerliche Mehrheit im Vorstand. Neu daran ist, daß jetzt andere Formen des Widerstands, andere Zugänge zum Thema WAA, (z.B. 129a) offensiv bekämpft und ausgegrenzt werden.

Heute orientiert sich die Mehrheit fast ausschließlich auf den juristischen Widerstand, möchte die Politik der BI ausschließlich auf WAA und AKWs beschränkt sehen und grenzt sich von allem ab, was an darüber hinausgehender Kritik an der Gesellschaft geäußert wird. Auch bei Aktionen ist dieser Flügel darauf bedacht, sich streng im staatlich vorgegebenen, erlaubten Rahmen zu bewegen. Die Mehrheit hoffte auf Erfolge im juristischen Bereich.

Entsprechend wurde die Aufgabe der BI fast ausschließlich im Einsammeln von Spendengeldern gesehen, um den juristischen Widerstand finanzieren zu können. Daneben hoffte man (und orientierte entsprechend) auf einen rot-grünen Erfolg bei Landtags- und Bundestagswahlen. Aktionen und Demonstrationen, bei denen eine Auseinandersetzung mit der Polizei zu befürchten war, bei denen auch gesellschaftskritische Inhalte vermittelt wurden, und die über den staatlich sanktionierten Rahmen hinausgingen, wurden dabei nicht mehr als sich mit anderen Formen ergänzend angesehen, sondern als störend, als schädlich für die Politik der BI („Wir unterstützen nur noch Aktionen, die Geld bringen."). Entsprechend wurden in den letzten Jahren die Herbstaktionen nur noch formal, praktisch aber nicht unterstützt, gegen die inhaltliche Ausrichtung der Demo lief sogar eine massive Hetze (RAF-Demo) bis zur Spaltungsdrohung (eigener Aufruf der BI).

Diese Politik kann sich wohl auch innerhalb der BI-Mitglieder insgesamt auf eine Mehrheit stützen. Sie entspricht im Augenblick wohl auch der Stimmung der Mehrheit der Oberpfälzer, nachdem die militanten Auseinandersetzungen am Bauzaun abgeflaut sind bzw. niedergeschlagen wurden. Entsprechend wird mit dem Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung argumentiert, die eine über die WAA hinausgehende Gesellschaftskritik und entschlossene Aktionsformen nicht akzeptieren würde. Der Widerstand gegen die WAA sollte ohne störende Einmischung durch die „Radikalen der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung" organisiert werden, während die konservativen österreichischen Anti-WAA-Honoratioren als willkommene Bündnispartner hofiert werden.

Repräsentiert wird diese Politik hauptsächlich durch die (Realo-)Grünen im Vorstand. Zusätzlich politische Stärke gewinnt dieser Flügel dadurch, daß er auch im Anti-WAA-Büro das Sagen hat und damit als das authentische Sprachrohr und der Ansprechpartner in der Oberpfalz für die Presse und für Leute von außerhalb fungiert und über einen gewissen Apparat verfügt.

Die „Minderheit" im Vorstand sah alle Formen des Widerstands vom juristischen bis hin zum praktischen Widerstand, als einander sinnvoll ergänzende Elemente des Widerstands an, die gleichberechtigt nebeneinanderstehen. In der Praxis organisierte dieser Teil die Herbstaktionen, überregionale Großdemonstrationen im Bündnis mit der überregionalen Anti-AKW-Bewegung. Er hatte dabei auch keine Schwierigkeiten mit Positionen, die über das obligatorische „keine WAA" hinausgingen. Dieser Flügel befand sich fast immer in einer Minderheitsposition, er konnte seine Vorstellungen nur im Bündnis mit „Auswärtigen" durchsetzen. Mit dem Abflauen der Militanz am Bauzaun und dem abnehmenden Interesse der „Auswärtigen" wurde der „bürgerliche" Flügel, nachdem er sich in der Zeit der Zaunkämpfe kurzzeitig in der Minderheit befand, wieder zum eindeutig dominierenden Teil.

Der Streit zwischen den verschiedenen Strömungen eskalierte in dem Moment, in dem ein möglicher Erfolg im Kampf gegen die WAA sichtbar wurde. In den „Streitobjekten" werden noch einmal exemplarisch die unterschiedlichen Positionen deutlich.

Die Stroblrede

Der „radikale" Flügel unterstützte die umstrittene Demo am 3.6. in München von Anfang an, so wie sie ursprünglich konzipiert war, mit einer deutlichen Stoßrichtung gegen Kriminalisierung, speziell den 129a, neben dem Kampf gegen die WAA und das Atomprogramm. Als Ausdruck dieser Stoßrichtung sollte u.a. Ingrid Strobl als Rednerin eingeladen werden. Der „bürgerliche" Flügel griff in die Demovorbereitung erst in dem Moment massiv ein, als die Veba-Pläne der Situation eine völlig neue Brisanz gaben. Die Beschäftigung mit dem 129a und gar die Rede einer „Terroristin" wurden lediglich als Hindernis für ein jetzt möglich erscheinendes Bündnis weit hinein ins Lager der „Rechten" wahrgenommen, die einem endgültigen Aus der WAA nur im Wege stand. Wen interessierte in so einer Situation der 129a? Als Redner und damit Repräsentant der BI sollte ihrer Meinung nach (entgegen dem Trägerkreisbeschluß, keine Parteiredner zuzulassen) der Landtagsabgeordnete der Grünen, Armin Weiß, sprechen, der sich als fachkundiger Sachverständiger in der juristischen Auseinandersetzung einen Namen gemacht hat. Hier wird das Selbstverständnis dieses Teils der BI ganz deutlich. Bei der Auseinandersetzung innerhalb der BI flogen die Fetzen. Da war von einer RAF-Demo die Rede, vom angemaßten Mandat, von Spaltung des Widerstands, von der Mißachtung von Vorstandsbeschlüssen. (Über die Auseinandersetzung zur Demo siehe auch letzte Atom.)

Mercedes-Aktien

Ein weiteres Schlaglicht auf die unterschiedlichen Positionen im Vorstand wirft das Umgehen der verschiedenen Strömungen mit den Mercedes-Benz-Aktien. Schon seit 1984 war die BI im Besitz von Mercedes-Aktien im Wert von 40.000 DM!

Sie sollten zur Absicherung der Kläger gegen die WAA dienen. Als der zwischenzeitlich agierende „linke Frauenvorstand" dies erfuhr, beschloß er den sofortigen Verkauf der Aktien. Dazwischen kam der Börsenkrach: 14.000 DM Verlust. Der Verantwortliche beschloß abzuwarten, bis die Kurse wieder stiegen. Die Aktien sind bis heute nicht verkauft! Einige „Linke" wurden darauf aufmerksam und publizierten den Skandal per Flugblatt und thematisierten ihn auf der letzten Mitgliederversammlung. Sie wiesen auf die Nazi-Vergangenheit des Konzerns, die Bedeutung als Rüstungsproduzent, das Verhalten des Konzerns in Südafrika hin. Sie forderten den sofortigen Verkauf der Aktien. Die Mehrheit der anwesenden BIler zeigten sich völlig ungerührt. Sie waren einzig und allein darauf bedacht, den finanziellen Schaden in Grenzen zu halten und lehnten die Forderung nach sofortigem Verkauf der Aktien frei nach dem Motto „Geld stinkt nicht" ab. Auch der neugewählte Vorstand lehnt in seiner Mehrheit den sofortigen Verkauf der Aktien ab. Man will auf bessere (blutigere) Zeiten für Mercedes warten, um dann zu höherem Kurs verkaufen zu können. Die bundesweite Anti-AKW-Bewegung ist gefordert, unmißverständlich klarzumachen, was sie von der Zusammenarbeit mit Börsenspekulanten hält.

Stephan, Nürnberg

Radikale Linke, Autonome, Anti-AKW-Bewegung

Auf der letzten Redaktionskonferenz der Atom fand zwischen den TeilnehmerInnen eine spannende Diskussion über den derzeitigen Stand des Atomprogramms nach dem Verzicht auf Wackersdorf, den daraus folgenden Perspektiven für die Bewegung und die Rolle der radikalen Linken darin statt. Diese Debatten lassen sich auch in der Fragestellung zusammenfassen: Mit welchen Bedingungen haben wir uns als Bewegung in Zukunft auseinanderzusetzen, wenn wir wieder massenhaft interventionsfähig sein wollen?
Der Artikel soll unter dieser übergreifenden Fragestellung ein paar Anmerkungen zu scheinbar so unterschiedlichen Themen wie „Energiekonsens", „Stand der Bewegung", „Mögliche Bedeutung einer Rot-Grünen Bundesregierung in Bonn" und „Rot-Grüner Alltag in Berlin" formulieren.
Vielleicht können die nachfolgend zu Papier gebrachten Gedanken im Kopf des geneigten Lesers den vom Autor gewünschten Zusammenhang zur obigen Fragestellung herstellen. Also denn, auf geht's!

Verzicht auf Wackersdorf und der „Energiekonsens"

Nach der allseits als überraschend empfundenen Entscheidung der Energiewirtschaft, das Prestigeobjekt des nationalen Atomprogramms die WAA in Wackersdorf zugunsten einer Beteiligung an der WAA im französischen La Hague fallen zu lassen, ist trotz unserer relativen Freude darüber zugleich auch festzustellen, daß sich für die Anti-AKW-Bewegung die Bedingungen, das restliche – von den ökologischen Dimensionen nicht weniger gefährliche – Atomprogramm in der BRD stillzulegen, nicht verbessert haben. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein.
Vertreter der Atomenergiewirtschaft und Politiker gehen jedenfalls in ihren Erklärun-

gen davon aus, mit der Preisgabe des seit Jahren zu einem als notwendig erachteten „energiepolitischen Konsens" zurückkehren zu können. In diesem Sinne haben sich sowohl der Veba-Chef Bennigsen-Förder (CDU) als auch der ehemalige SPD-Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnany, geäußert. Beide wissen als intelligente Vertreter der herrschenden Klasse nur zu gut, daß ein nicht mehr zu integrierender gesellschaftspolitischer Konflikt an einer bestimmten Stelle – wie beim Bau der WAA in Wackersdorf geschehen – mit repressiven Mitteln niedergehalten werden kann, jedoch beständig den Keim in sich trägt, noch sehr viel mehr sowohl in der Energiepolitik als auch bei dem ganzen System und diesen Staat in Frage zu stellen.
Vergessen wir nicht: Eine bis Mitte der 90er Jahre angestrengte Inbetriebnahme der WAA in Wackersdorf hätte nach weiteren jahrelangen Konflikten gegen den größten Teil der Bevölkerung in der Oberpfalz, gegen die gesamte bundesweite Anti-AKW-Bewegung, gegen alle Spektren der radikalen Linken, ja sogar gegen die Parteien der Grünen und fast aller Teile der SPD durchgesetzt werden müssen. Zudem wären weitere Konflikte im außenpolitischen Bereich mit Österreich, CSSR und Ungarn vorprogrammiert gewesen.
Keine guten Voraussetzungen also für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, die nun einmal für einen reibungslosen Normalbetrieb der Anlage notwendig gewesen wäre. Dieser ständig schwelende Konflikt hätte zudem auch alle anderen Teile des Atomprogramms dadurch in Mißkredit gebracht, als daß sie stets von neuem mit der Realität des alltäglichen nuklearen Horrors in Wakkersdorf hätten verbunden werden können. Wackersdorf wäre zum Sinnbild für die menschenverachtende Realität des gesamten bundesdeutschen Atomprogramms geworden.

Politiker und AKW-Betreiber gehen offenbar mit dem Verzicht auf die bundesdeutsche WAA davon aus, damit den größten Brocken als Hindernis für eine möglichst lange rentable und von öffentlichen Widerständen unbeeinträchtigte Nutzung des verbleibenden AKW-Programms aus dem Weg geräumt zu haben. Genau dieser Zusammenhang wird von von Dohnany in einem STERN-Interview mit der Bemerkung auf den Punkt gebracht, daß der Wackersdorf-Verzicht der Energiewirtschaft ein hervorragendes Mittel sei, den spätestens nach Tschernobyl verlorengegangenen „energiepolitischen Konsens" wiederherzustellen. Dieser Konsens mache es möglich, die restlichen bundesdeutschen Atomanlagen die nächsten 20-30 Jahre wieder betrieben zu können.
Der wieder aktuell verwendete Begriff des energiepolitischen Konsenses ist nicht nur eine formale leere Hülse, sondern eine gefährliche ideologische Formel, um den an der Frage der Atomenergienutzung aufgebrochenen grundsätzlichen Herrschaftskonflikt über die Frage, wer bestimmt mit welchen Mitteln und mit welchen Zielen über unsere Lebensbedingungen, wieder in die vorgegebenen bürgerlichen Denk- und Handlungsstrukturen integrieren zu können. Der von den Herrschenden in der Atomenergiefrage angestrebte neue

Und was das alles

„energiepolitische Konsens" wird nicht allein über den Wackersdorfverzicht realisiert, sondern auch über die Verwendung so scheinbar harmlos und sympathisch klingender Formeln einer „sozial- und umweltverträglichen Energieversorgung" hergestellt, der sich auf den ersten Blick niemand verschließen mag.
Und so kommt es beispielsweise im April dieses Jahres zu einem Energiewendekongreß der Grünen Partei, bei dem man sich darum bemüht, Atommafiafirmen, wie z.B. die Nukem, für eine Teilnahme zu gewinnen und langjährige Atomkraftgegner mit dem Bundesforschungsminister Riesenhuber auf einem Podium gemeinsam diskutieren zu lassen. Und diese ganze Debatte findet schließlich, allen scheinbar radikalen Argumenten gegen eine weitere Atomenergienutzung zum Trotz, unter der sich hinter den Rücken der Beteiligten schließenden Zauberformel des energiepolitischen Konsenses statt, bei denen die eine Seite, natürlich aus sozial- und umweltverträglichen Argumenten, für einen weiteren Betrieb von Atomanlagen ist (man denke z.B. nur an das Waldsterben, das der Atommafia ganz besonders am Herzen liegt) und die anderen aus natürlich genauso ernst zu nehmenden Motiven dagegen.
Vielleicht auch ohne daß es viele Menschen aus der Partei Die Grünen, aus den Energiewendekomitees oder aus den Tschernobyl-Gruppen bemerken, mit Hilfe derartiger Kongresse werden sie schleichend und unwillkürlich für den von den Herrschenden neu angestrebten Energiekonsens funktionalisiert und eingebunden. Ich meine, daß die Abschaffung von Atomanlagen nicht nur eine technische Frage von guten Argumenten sein sollte – die übrigens nach Tschernobyl offenkundig sind – sondern eine politische Frage von denjenigen, über deren Lebensbedingungen mit AKWs ganz nachhaltig von anderen aus völlig anderen Interessen bestimmt wird, und die mit den Formeln von einer „sozial- und umweltverträglichen Energieversorgung" immer nur ihre auf unsere Kosten nüchtern kalkulierten Profitbilanzen meinen können. (...)

Anmerkungen zum derzeitigen Stand der Bewegung

Auch nach dem Wackersdorf-Verzicht laufen in der BRD noch über 20 Reaktorblöcke von Brunsbüttel bis Ohu und die dazu notwendigen Infrastruktureinrichtungen von Gorleben über Schacht Konrad bis zu Ahaus und Gronau im sogenannten „Normalbetrieb" weiter. Ein „Normalbetrieb", der mit seiner ganzen menschenverachtenden Brutalität, mit der beständigen zynischen Kalkulation eines neuen Tschernobyls unter Federführung der Energieversorger, insbesondere der RWE, Siemens und Deutschen Bank unterstützt und flan-

kiert von staatlichen Stellen alltäglich organisiert wird.
Dieser Realität steht spätestens seit Tschernobyl das staatlich inszenierte Austiegsgerede der Herrschenden gegenüber, die mit allen Tricks und Manipulationen in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken versuchen, als würde von ihnen letztlich alles getan, um den AKW-Betrieb zu beenden, um das genaue Gegenteil zu verschleiern.
Der Wackersdorf-Verzicht wird trotz aller seiner infamen Intentionen in der Öffentlichkeit den Eindruck verstärken, als sei dieser Schritt ein weiterer Meilenstein zum alsbald folgenden Atomausstieg.
Es stellt sich für die Bewegung in absehbarer Zukunft die Frage, ob es ihr gelingen kann, auf diese für sich nicht einfacher werdende gesellschaftspolitische Situation eine breite öffentlich wahrnehmbare Antwort zu finden. Diese Antwort wird sich aber nicht nur allein am technischen Stand des bundesdeutschen Atomprogramms orientieren können, sondern wird auch sehr genau die politischen Rahmenbedingungen der Bewegung reflektieren müssen.
Aus meiner Sicht ist die Bewegung derzeit mit einer Situation konfrontiert, wo nach dem Bewegungshoch im Sommer und Herbst '86 in Folge des Tschernobyl-GAUs die Beteiligung von Aktivistinnen stark nachgelassen hat, was durch das Scheitern einer Reihe von übergreifenden Ansätzen im Jahr 1987 (Stade und KWU-Kampagne sowie die fruchtlosen Wackersdorf-Herbstaktionsdebatten) beschleunigt worden ist. Im Jahr 1988 hat es mit Ausnahme der vier dezentralen Großaktionen in Folge des Hanau-Skandals keine überregionale Großaktion mehr gegeben, und wenn man die Mobilisierung zu der WAA-Großdemo in München in diesem Frühjahr betrachtet,

mit Rot-Grün zu tun hat!

so bleibt dabei festzustellen, daß sie hauptsächlich vom süddeutschen Teil der Bewegung getragen worden ist.

Demgegenüber ist es der Bewegung in Norddeutschland nicht gelungen, die zumindest verbal ausstiegswillige SPD-Alleinregierung am Beispiel Brokdorf massenhaft unter Druck zu setzen. Ergebnis: Auch weiterhin kann die SPD vom Ausstieg reden und ansonsten alles beim alten lassen.

So bleibt für den derzeitigen Stand der Bewegung festzuhalten, daß sich zum einen viele Linksradikale und Autonome aus ihren Reihen zurückgezogen haben und mit der Ausnahme einer auch übergreifenden Orientierung am regionalen Widerstandsschwerpunkt Wendland die meisten Initiativen dezentral orientiert agieren. Dieser insgesamt betrachtet etwas zersplitterten Situation der Initiativen steht eine gesamtgesellschaftliche Situation gegenüber, die nicht nur allein von einer ökonomischen Umstrukturierung des AKW-Programms gekennzeichnet ist, sondern unter Umständen mit weiteren nachhaltigen Änderungen auf politischer Ebene einhergeht. Diese veränderte Situation verlangt von allen Teilen der Bewegung eine gemeinsame Antwort, die mit der Diskussion um die Bedeutung des „energiepolitischen Konsens" erst vage angedeutet sind.

1990: Rot-Grüne Bundesregierung in Bonn? Ein spekulatives Szenario

Nach Lage der aktuellen Dinge ist eine Rot-Grüne Koalition, die die Regierung auf Bundesebene stellt, nach den Bundestagswahlen 1990 nicht auszuschließen. Ein wesentliches Thema einer derartigen politischen Konstellation wird neben dem allgemeinen „ökologischen Umbau der Volkswirtschaft" – man vergleiche die Nähe dieses Begriffs zu dem des „energiepolitischen Konsens" – sicher die Frage nach dem von beiden Parteien proklamierten Atomausstieg sein. Es ist interessant festzustellen, daß bei den Diskussionen innerhalb der Atomredaktion ganz im Gegensatz zu der Situation noch 1985 bei der Rot-Grünen Koalition in Hessen fast niemand der Diskutanten mehr eine Einschätzung vertrat, daß es möglich sei, mit bestimmten Forderungen in dieser Frage auf interne Kräftekonstellationen dieser Partei Einfluß nehmen zu können. Relativ einheitlich wurde im Falle von Koalitionsverhandlungen für eine Rot-Grüne Bundesregierung vermutet, daß beide Parteien – natürlich mit einem sehr „aufrichtigen" Problembewußtsein über die Gefahren der Atomenergienutzung – die Anlagen natürlich nicht gegen den Widerstand der daran interessierten Kapitalgruppen abschalten werden. Stattdessen – so die Vermutung – würde diese ganze Frage in eine neu eingerichtete „Ausstiegskommission" mit natürlichen „kompetenten" Experten abgeschoben werden. Von Seiten der Grünen würden dann sicherlich eine Reihe von mittlerweile bekannten Gesichtern aus den diversen Ökoinstituten für diese Expertenkommission benannt werden, die gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen „Kollegen" mit großen Ernst an diese Sache herangehen. Und nach spätestens einem Jahr werden diese Experten in ihrem ersten Zwischenbericht noch einmal eindringlich vor den Gefahren der Atomenergienutzung warnene, nicht ohne dabei auf die schwierigen technischen, politischen und juristischen Barrieren hinzuweisen, die leider einem so wünschenswerten entgegenstünden. Aus diesen Gründen seien weitere wissenschaftliche Gutachten und Prüfungen notwendig. Man tue was man könne, könne aber jedoch nicht so wie man wolle, man bitte um Verständnis. Wer von uns wollte einer Rot-Grünen Bundesregierung verdenken, sich diesen Schlußfolgerungen voller Tragik entziehen zu wollen? Was folgt aus dieser etwas deprimierenden Beschreibung für die Anti-AKW-Bewegung an praktischen Einsichten?

Am Beispiel Schleswig-Holstein ist mittlerweile seit dem Mai 1988 zu besichtigen, wie es einer sogenannten Reformregierung mit ihren verbalen Atomausstiegsbekundungen gelingt, die Bewegung in dem Maße zu desorientieren, daß es ihr nicht gelungen ist, den ganz alltäglichen Atomreaktorbetrieb von Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel massenhaft zum Thema zu machen.

Anstatt auf die eigenen Kräfte und Möglichkeiten zu vertrauen, starren noch immer weite Teile der Bewegung auf diese oder jene Mätzchen von Jansen, der allerdings dummerweise auch nicht so kann wie er gerne möchte. Was folgt ist das Ende einer grundsätzlichen mobilisierungsfähigen politischen Auseinandersetzung, Stillstand als das Ende von Bewegung, ohne die nun mal paradoxerweise fast so gut wie überhaupt nichts läuft. Ähnliches ist aus meiner Sicht auch für eine mögliche Rot-Grüne Bundesregierung zu befürchten. Viele Menschen aus der Bewegung schreiben aufgrund der diffusen Hoffnung, daß die Grünen die AKWs vielleicht doch abschalten, die von ihnen wahrgenommene Realität dahingehend um, daß es für sie genügt, jedes weitere staatliche Gutachten über

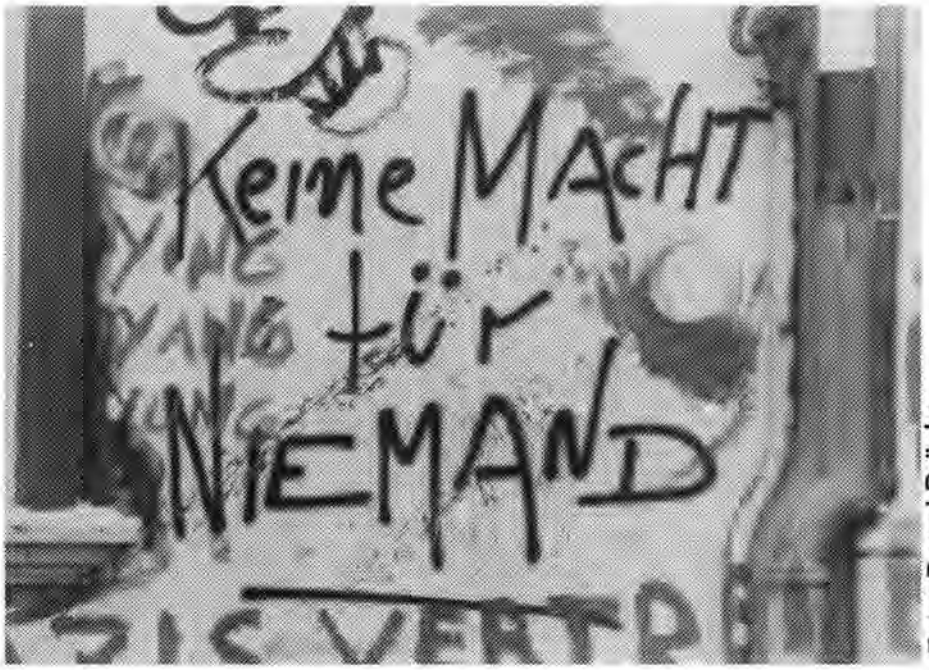


Foto: Bernd Drücke

die Gefährlichkeit von AKWs als einen weiteren Meilenstein auf dem langen Weg zu deren Stillegung zu begreifen.
Demgegenüber glaube ich, daß die Hoffnung, daß die Grünen vielleicht auch aufgrund ihrer eigenen Entstehungsgeschichte bereit sind, konsequent die Interessen der Bewegung nach sofortiger Stillegung zu vertreten, mittlerweile – leider! – eine Illusion geworden ist. (...) Nicht einmal 10 Jahre haben bei dieser Partei genügt, um aus dem vormalig proklamierten Spielbein des realtiv bedeutungslosen Parlamentarismus das für die Orientierung dieser Partei entscheidende Instrument ihrer Vorstellungen zu machen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen überdeutlich, daß der Prozeß der Verparlamentisierung dieser Partei nicht ohne Folgen für die Formen und Inhalte der von ihnen vertretenen Politik geblieben ist und was im Falle einer Regierungsübernahme in Bonn deutlicher denn je zum Vorschein kommen wird.
Unter den derzeitigen Verhältnissen ist eine Rot-Grüne Bundesregierung allenfalls noch als kleineres Übel gegenüber einer konservativen neofaschistischen Regierung zu begreifen. Dabei ist die Partei der Grünen nicht mehr ein Bundesgenosse, der auf einem gleichen Weg lediglich auf einer anderen Ebene arbeitsteilig ähnliche Aufgaben verfolgt.
Aus dieser Einsicht, daß wir also von den Grünen in Zukunft wenig bis überhaupt nichts zu erwarten haben, sollten wir aber nicht die zynische und in die Handlungsfähigkeit drängende Konsequenz des „Haben wir doch schon alles vorher gewußt" und des daraus abgeleiteten Nichtverhaltens ziehen. Ohne die Diskussion um eine eigenständige autonome politische Praxis – notfalls auch gegen Rot-Grünes Regierungshandeln – wird der bereits vollzogene Anpassungsprozeß der Grünen in unseren Reihen Resignation und Anpassung bewirken, die uns die Bedingungen des Kampfes gegen Atomanlagen noch weiter verschlechtern werden.

Ein Blick über die Mauer in das Rot-Grüne Berlin

Die nachfolgend vorgenommene Beschreibung der derzeitigen politischen Situation in Berlin etwas über drei Monate nach dem Amtsantritt des Rot-Grünen Senats soll dazu dienen, einmal am praktischen Beispiel zu illustrieren, wie wenig sich unter dem neuen Senat im Gegensatz zum vormals amtierenden korrupten CDU/FDP-Senat eigentlich verändert hat. Diese Beschreibung ist keineswegs aus einer enttäuschten Erwartungshaltung heraus verfaßt worden. (...) Das von mir in der Beschreibung angelegte Muster der Kritik versucht sich daher auch bewußt von einer recht billigen „Verratskritik" an der AL abzusetzen, wie sie z.B. von den wenigen noch in dieser Partei verbliebenen Ökosozialisten als auch von einigen autonomen Genossen geübt wird.
Eine Kritik an der Regierungspraxis AL, die sich mit Hilfe dieses Verratsmusters an den mehr oder weniger offenkundigen Widersprüchen der AL-Programmatik zu ihrem jetzigen Regierungshandeln entwickelt, geht als Voraussetzung von einer gemeinsamen Ebene aus, die mit Hilfe der Kritik

Anti-AKW Rot-Grün

eingeklagt werden soll. Dieses Muster der Kritik bleibt jedoch hilflos, weil die AL als Regierungspartei mittlerweile sehr bewußt dabei ist, genau diese Ebene zu verlassen und von daher mit einem derartigen Muster der Kritik nicht mehr wirksam anzugreifen ist. (...)

Zur Vorgeschichte der Rot-Grünen-Koalition

Die rechnerische Mehrheit von Mandaten im Abgeordnetenhaus für die SPD und AL verdanken sie nicht einer zuvor breit angelegten Auseinandersetzung darüber in der Bevölkerung. Im Gegenteil: Diese Mehrheit wurde nicht erkämpft, sondern ist das eher zufällige wahlarithmetische Ergebnis des Legitimationszerfalls des korrupten CDU/FDP-Senats, der übrigens mehr zu einer gesellschaftlichen Stärkung der neofaschistischen Kräfte geführt hat als zu einem nennenswerten Gewinn für die „parlamentarische Linke".
Allerdings ist die Ablösung des alten Senats nicht völlig zufällig. Der Legitimationszerfall bei der Bevölkerung ist nicht übernatürlichen Phänomenen zu verdanken, sondern auf handfeste Bauskandale (Antes und alle seine Freunde) zurückzuführen sowie das Ergebnis vielfältiger Bewegungen und politischer Kämpfe in den letzten Jahren der Stadt. In diesem Zusammenhang sei nur an die verschiedenen Mobilisierungen gegen den Libyen-Überfall, Tschernobyl; die 1.-Mai-Randale 1987 in Kreuzberg gegen die 750-Jahre-Berlin-Feier der Bonzen, den Reagan-Besuch, die Kampagne gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung, die ständigen Aktionen für ein Bleiberecht aller Flüchtlinge gegen die menschenfeindliche Ausweisungspolitik des Senats sowie last but not least – die gegen den IWF-Weltbank-Kongreß gerichtete Aktionswoche erinnert.
Alle diese Momente zusammengenommen haben dem Diepgen-Kewenig-Senat in den ganzen Jahren die politische Legitimation weggefressen und schließlich sogar rechtsstaatlich gesonnene konservative Trägergruppen gegen ihn aufgebracht. In diesem Zusammenhang sei an den nur zynisch zu nennenden Umgang bei der Bewältigung der eigenen Korruptionsaffären und an die – gemessen selbst an formalen rechtsstaatlichen Ansprüchen Hohn sprechende Kreuzberg-Absperrung während des Reagan-Besuchs erinnert.
Demgegenüber konnte sich die SPD in den letzten acht Jahren in der Opposition relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit von ihrem Filz und den Bauskandalen während ihrer Regierungszeit in den 70er Jahren in dem Sinne regenerieren, als daß sie in den letzten Jahren bei keiner nennenswerten Sauerei hat erwischt werden können. Die AL hatte ohnehin aufgrund ihrer noch recht jungen Geschichte kaum die Möglichkeit, sich ihre Finger im parlamentarischen Geschäft dreckig zu machen.
Nach der Wahl im Januar, bei der sich die SPD nach Prozentpunkten gerade mal da stabilisieren konnte, wo sie bei der '81er Wahl in die Opposition verwiesen worden ist und die AL nach Prozentpunkten nur unwesentlich über dem Ergebnis ihrer '85er Wahl stagnierte, packten diese beiden Parteien die Möglichkeit über die Mehrheit der Abgeordnetenhausmandate zu verfügen beim Schopfe. Sie bildeten daraus einen Senat, der eigentlich vorher während des Wahlkampfes erklärtermaßen nicht zur Wahl gestanden hat. Allen Beteiligten war bei der Bildung dieses Senats klar, daß seiner parlamentarischen Mehrheit keine gesellschaftliche Mehrheit entspricht. Jede wie auch immer geartete Absicht von nicht nur kosmetischen Reformvorhaben muß sich in Berlin damit also nicht nur allein gegen starke Vorbehalte der Bevölkerung sondern vor allem auch gegen die Alliierten, die Industrie- und Handelskammer, gegen 80 % der veröffentlichten Meinung der Springer-Presse und den von Neofaschisten durchsetzten Berliner Bullenapparat durchsetzen. Zu letzterem sei noch folgende Anmerkung gestattet: Die scheinbar ideologische und polemische Formel des von „Neofaschisten durchsetzten Berliner Bullenapparats" entspricht leider der Realität. Es existieren ernstzunehmende Hinweise darauf, daß der Anteil der Republikaner-Wähler bei den Berliner Bullen überproportional hoch war, teilweise sollen ganze Einheiten diese neofaschistische Partei gewählt haben. Nachdem auch hohe Bullenchefs öffentlich ihre Sympathie für diese in ihren Augen „demokratische Partei" geäußert haben und es sich bei dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der REPS um einen Bullen handelt, sah sich der Berliner Polizeipräsident zu einer Pressekonferenz veranlaßt, um auf die scheinbare parteipolitische Neutralität der Bullen hinzuweisen. (...) Insbesondere viele türkische Jugendliche können aufgrund ihrer Erfahrungen mit den Bullen, diese nur noch als den „bewaffneten Arm der REPS" begreifen. Diese Bemerkungen sind insofern nicht ganz unwichtig, als daß gerade die Bullen in Berlin im Alltag vieler Menschen eine sehr viel größere Rolle spielen als die schönsten Sonntagsreden des Rot-Grünen Senats z.B. über die multikulturelle Gesellschaft.

Diese denkbar schlechten Ausgangsvoraussetzungen hinderten allerdings die AL, die zuvor eher im Vergleich zu anderen Landesverbänden der Grünen am linken Rand angesiedelt war, nicht daran, die „Jahrhundertchance" zu ergreifen, um für die skizzierten gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der Stadt die Verantwortung zu ergreifen.

Das Rot-Grüne Koalitionsprogramm: Gute Absichten? Und was ist mit der Realität?

Anti-AKW Rot-Grün

Als Eingangsbillet für die Koalition mußte die AL von der SPD drei aufgestellte Essentials schlucken. Zum einen wird die Anwesenheit der Alliierten mitsamt ihren Truppen und Geheimdiensten zum Schutz der Stadt für Freedom and Democracy ausdrücklich begrüßt und nicht mehr in Frage gestellt. Zweitens stimmt die AL zukünftig gemeinsam mit der SPD im Schöneberger Rathaus allen vom Bundestag beschlossenen Gesetzen zu, die aufgrund des besonderen Status der Stadt in einer gesonderten Abstimmung übernommen werden müssen. Und drittens muß die AL allen Formen der Gewalt in politischen Auseinandersetzungen abschwören.
Nach diesem Kotau vor der SPD wurde ein etwa 150seitiger Koalitionsvertrag abgeschlossen, der mit seinen Inhalten selbst nach AL-Aussagen weit hinter sozialdemokratischer Programmatik zurückfällt. So besteht er denn auch vor allem darin, auf rund 100 Seiten Dinge zu erörtern und auf ihre mögliche Veränderung zu überprüfen. Bei lediglich einem Drittel der Vereinbarungen sind konkrete Vorhaben fixiert worden, der gesamte Wirtschaftsbereich wurde allerdings von programmatischen AL-Forderungen völlig verschont.
Ein Beispiel für Theorie und Praxis der Rot-Grünen Koalition am Beispiel des Energiebereichs:
„Das Genehmigungsverfahren für den BER II (Forschungsreaktor des Hahn-Meitner-Instituts in der Größe von 10 Megawatt; d. Verf.) wird nach Recht und Gesetz durchgeführt. Der zuständige Senator wird die im bisherigen Genehmigungsverfahren vorgebrachten Zweifel an der Sicherheit des Forschungsreaktors einer erneuten Prüfung unterziehen. Dabei werden auch unabhängige Sachverständige hinzugezogen. Die Betriebsgenehmigung wird nur erteilt, wenn – gegebenenfalls durch zusätzliche Auflagen – sichergestellt ist, daß durch den Betrieb des Forschungsreaktors die Gesundheit von Anwohnern und Beschäftigten nicht geschädigt, die Umwelt nicht belastet und die Entsorgung nach dem Atomgesetz gesichert wird." (aus TAZ - B, 11.3.89) Koalitionsvereinbarung Originaltext.
Zu dieser Ansammlung banalster Selbstverständlichkeiten im Rot-Grünen-Koalitionsvertrag erübrigt sich aus meiner Sicht schon fast jeder Kommentar. (...)
Als erste praktische Handlung im Energiebereich stimmte die AL-Umweltsenatorin im Mai dieses Jahres im BEWAG-Aufsichtsrat einer 13prozentigen Strompreiserhöhung für die privaten Haushalte zu, die um über drei Prozentpunkte höher ausfällt als für die Großabnehmer aus der Industrie. Die Strompreiserhöhung wurde dabei von der AL-Frau auch als Mittel zur Senkung des Energieverbrauchs zwecks Umweltentlastung angesehen (Quellen: TAZ - B vom 23.5.89).
Immerhin, wer gleich die globalen Gattungsfragen mit Strompreiserhöhungen anpacken will, warum sollte derjenige sich um so eine überholte Frage von Reichtum und Armut von herrschenden Klassenverhältnissen kümmern. Vergessen wir nicht, daß es sich bei dem an den Rand gedrängten Sozialhilfeempfänger beim Stromverbrauch im Prinzip um einen genauso schlimmen Umweltverschmutzer handelt, wie bei einem Kapitalisten, der ein Aluminiumwerk betreibt.

Über Volkshochschulkurse und andere Fähigkeiten

Konsequent angelehnt an das erste von der AL geschluckte SPD-Essential betreffs des Friedensdienstes der NATO-Alliierten in der Stadt lud der Regierende Bürgermeister Momper als eine seiner ersten Amtshandlungen den US-Präsidenten Bush mit ganzer Herzlichkeit zu einem Besuch in die Frontstadt des freien Westens ein. Die AL reagierte auf diese – gemessen an ihrer eigenen Geschichte als Mitorganisatorin der Anti-Reagan-Demos '82 und '87 – Provokation besonnen und differenziert. Immerhin, so ließen AL-Vertreter verlauten, bestände jetzt als Regierungspartei die Möglichkeit dem lieben US-amerikanischen Schutzpatron die eigene Kritik an dessen Politik nicht mehr irgendwo auf der Straße, sondern direkt beim Besuch im direkten Gespräch vortragen zu können. In der Tat, warum sollte es nicht möglich sein, mit George Bush unter vier Augen über einen sozial- und umweltverträglichen Imperialismus zu diskutieren?
(...)
Last but not least wurde von Seiten aller 17 AL-Abgeordneten mit großer Geste der inhaltlichen Kritik den im Bundestag bereits verabschiedeten Zimmermannschen Terrorismusgesetzen zugestimmt. Nach Aussagen des regierenden Bürgermeisters Momper absolviert die AL seit ihrem Regierungseintritt eine Art „Volkshochschulkurs" in Sachen „Regierungsfähigkeit". Die

Anti-AKW Rot-Grün

bisher geschilderten Beispiele aus der gesellschaftlichen Praxis geben eine erste Ahnung davon, was er damit meint. Das sich diese Praxis letztlich an den geschilderten Punkten um keinen Millimeter von einer Regierungspraxis des alten Diepgen-Senats unterscheidet, muß insofern differenziert betrachtet werden, als daß der Rot-Grüne Senat für alle seine Maßnahmen stets andere Begründungen verwendet als der alte Senat. Das ist doch schon mal was.

Ein paar Bemerkungen über Wohnungsnot und Hausbesetzungen

Ein gutes Fallbeispiel für das Verhältnis des Rot-Grünen Senats mit Bewegungen von unten sind die Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Wohnungspolitik in Berlin. Der Ablauf und der Umgang mit Konflikten einer scheinbar fortschrittlichen Regierung mit einer Bewegung und autonomen Initiativen von unten auf diesem Terrain ist deshalb von besonderer Bedeutung, da er für eine Rot-Grüne Bundesregierung im Umgang z.B. mit der Anti-AKW-Bewegung Modellcharakter besitzen könnte.
Die Wohnungsfrage ist in Berlin in verschiedener Hinsicht von enormer Brisanz: Die tatsächliche Wohnungsnot hat von allen Seiten unbestritten in den letzten Jahren enorme Ausmaße angenommen. Diese für die Wohnungsbesitzer und Spekulanten außerordentlich günstige Situation ist durch die Regierungspolitik des alten CDU/FDP-Senats verschärft worden, wofür er ganz maßgeblich in der Januarwahl die Quittung bekommen hat. Demgegenüber hat sich die SPD in den letzten Jahren beispielsweise durch ihre Teilnahme am Bündnis gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung gegenüber der Bevölkerung als konsequente Vertreterin von Mieterinteressen profilieren können. Die AL bezieht in diesem zentralen innenpolitischen Konfliktfeld der Stadt ihre moralische Legitimation aus den Häuserkämpfen der 80er Jahre, bei denen sie sich als parlamentarischer Arm eines Teils der Hausbesetzerbewegung alternativer Selbsthilfegruppe hat etablieren können.
Bezugnehmend auf diese Ausgangsgrundlage wäre vielleicht von der neuen Regierung ein anderer Umgang mit Hausbesetzungen als Selbsthilfeaktionen von unten gegen die Wohnungsnot zu vermuten gewesen. Doch weit gefehlt.
Seit dem Amtsantritt des Rot-Grünen Senats hat es eine wahre Besetzungswelle von bisher 20 Hausbesetzungen in den unterschiedlichsten Formen gegeben: Mal mehr militant (bei den Hausbesetzungen um den ersten Mai herum), mal mehr alternativ (z.B. verbunden mit der Forderung nach einem öffentlichen Stadtteil- und Kulturzentrum), mal mit sehr wenigen Leuten, mal mit ganz vielen Menschen (z.B. rund 150 Frauen bei der Besetzung eines seit Jahren leerstehenden Hauses, das zum revolutionären Lesben- und Frauenzentrum erklärt werden sollte), mal mit ganz radikalen Argumentationen (z.B. Forderung nach Mieten auf DDR-Niveau), mal mit sehr detailliert entwickelten Argumentationslinien.
Dieses enorme Potential an Initiativen hat jedoch den neuen Senat nicht davon abhalten können, alle besetzten Häuser mit Personalienfeststellungen abzuräumen. Davon wurden mittlerweile an die 300 getätigt, was im Prinzip massenstatistischer Erfassung und Kriminalisierung der Besetzerinnenbewegung gleichkommt. Die ganze Infamie der gegen die Besetzerinnen ergriffenen polizeilichen Maßnahmen wird noch größer, wenn man bedenkt, daß von AL-Vertretern im nachhinein den Besetzern eine gewisse moralische Legitimität zugestanden wird und die abgeräumten Besetzungen von den Behörden stets dazu benutzt werden können, tatsächlich erste Maßnahmen gegen den teilweisen jahrelangen, Leerstand einzuleiten. Trotz allem: Auch unter Rot-Grün muß Ordnung, Ruhe und Personalienfeststellung sein.
(...)
Der Ruhe- und Ordnungskurs wird dann auch konsequent bei einer Räumung eines Zeltdorfes, das von obdachlosen Jugendlichen auf dem Mariannenplatz in SO 36 als Protest gegen die Wohnungsnot errichtet worden ist, mit der Begründung durchgehalten, daß es der neue Senat nicht zulassen könne, daß sich an diesem Ort das soziale Elend balle. Zumindest im letzteren Fall steht fest, daß sich so etwas der alte CDU/FDP-Senat in SO 36 nicht getraut hätte. Der Rot-Grüne Senat macht's möglich und sorgt für den „sauberen Kiez"!

Was ist eigentlich mit welchen Spielräumen?

Kommen wir zur Gretchenfrage: Haben sich durch den Amtsantritt der Rot-Grünen Reformierung die „Spielräume" für die Autonomen und andere parlamentarische Bewegungen eigentlich verbessert? Diese scheinbar naheliegende Vermutung wird sicherlich auch von vielen Anti-AKW-Aktivisten bei einem Regierungseintritt der Grünen in Bonn geäußert.
Diese Frage läßt sich auf Grundlage meiner politischen Überzeugungen und den bisher mit dem neuen Senat gemachten Erfahrungen wie folgt beantworten: Ja, die Spielräume haben sich in der Tat gegenüber dem früheren reaktionären Senat verändert, jedoch keineswegs vergrößert oder verbessert. Das Fallbeispiel Hausbesetzungen zeigt überdeutlich, daß autonome Initiative und Bewegung von unten zwar mit einer veränderten Argumentation der Regierung konfrontiert ist – die zugleich Ausdruck geänderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist – jedoch in der gesellschaftlichen Praxis nur unwesentliche Veränderungen gegenüber den vorherigen Verhältnissen festzustellen sind. Dieser Einschätzung mag in Berlin die mittlerweile von der AL durchgesetzte Umweltkarte für 65 DM im öffentlichen Personennahverkehr, die Einführung zusätzlicher Busspuren sowie der Verzicht auf gar zu martialische, im Hinblick auf ihren konkreten Zweck eher etwas disfunktionale Bullenaufmärsche bei Häuserräumungen entgegenstehen. Es kommt dabei ganz auf den politischen Standpunkt an, ob man bereit ist, derartige aus meiner Sicht unwesentliche Veränderungen bereits als manifestierte Vorboten einer glücklichen postmodernen Vision einer Rot-Grünen Zukunft zu begreifen.
Den von der AL gemeinsam mit der SPD

Anti-AKW Rot-Grün

vereinbarten Reformvorhaben fehlt jede antikapitalistische Orientierung. Sie sind nicht auf das Subjekt und den Träger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ausgerichtet, die erklärtermaßen etwas anderes wollen als die Reformierung bestehender ungerechter Herrschaftsverhältnisse. In diesem Zusammenhang gehen gegen die AL erhobene Vorwürfe des angeblichen „Verrats" oder des „schlechten Verhandelns" mit der SPD fehl. Die Koalitionsvereinbarungen sind Ausdruck des sozialen Interesses der AL-Mitgliederbasis der von ihnen repräsentierten Bevölkerungsschichten. Dabei repräsentiert die AL als Partei in ihrer Zusammensetzung vorwiegend das aufgeklärte Bildungsbürgertum und den fortschrittlichen Mittelstand. Auf diese Zielgruppe hin, ist das Reformprogramm nach mehr „sozial- und umweltverträglicher sowie multikultureller Lebensqualität" konzipiert. Darin können die Vorstellungen der radikalen Linken und der Autonomen mit ihrer grundsätzlichen Kapitalismus- und Herrschaftskritik überhaupt nicht aufgehoben sein. Im Gegenteil: Die Verwirklichung einer angeblich ökologischen und feministisch geläuterten kapitalistischen Gesellschaftsformation zeichnet sich in ersten Konturen aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüchen der 80er Jahre ab. Warum sollen nicht auch Frauen patriarchale Politik vertreten können? Was spricht dagegen, durch die Produktion von „nachsorgenden Umweltschutztechnologien" (z.B. Filter) einen in den letzten Jahren mit hohen Wachstumsraten boomenden neuen Industriezweig staatlich zu forcieren? Schließlich kann dadurch doch auch die Konkurrenzposition nationaler Öko-Konzerne im internationalen Wettbewerb (man denke nur an die vielen EG-Richtlinien zum Umweltschutz) gestärkt werden.

Die Rolle des reformistischen Rot-Grünen Senats besteht vor dem Hintergrund der zukünftigen sich abzeichnenden ökonomischen Umstrukturierungsprozesse darin, diese mit neuen sinnstiftenden und konsensualen Formeln von Ökologie und Feminismus politisch zu flankieren, um so einer reibungsloseren Krisenbewältigung des zukünftigen kapitalistischen Modernisierungsprozesses in dieser Gesellschaft zu garantieren. Die von der AL als Regierungspartei betriebene Politik kann diese Prozesse nur noch auf politischer Ebene ausdrücken. Sie wird zu einer fatalistischen Vertreterin eines im kapitalistischen Modernisierungsprozeß wachsenden ökoindustriellen Komplexes, was vielen ihrer Mitglieder ihren Friedensschluß mit diesem System durchaus erleichtert. Genau dieses tiefergehende Moment gesellschaftlicher Veränderung schlägt sich dann auch im Rot-Grünen Reformprogramm des neuen Senats nieder und markiert unsichtbar auch dessen Spielräume. Auf der gesellschaftlichen Oberfläche findet dieser Prozeß seine Entsprechung im Bewußtsein vieler AL-Mitglieder, die zwar noch nicht ganz zufrieden sind, doch schon lange dabei sind, sich in dieser Gesellschaft einzurichten. Aus dem ursprünglich einmal vertretenen Ansatz des „Wir wollen alles und wir wollen es jetzt" wird aufgrund einer scheinbar „realistischen" Lageeinschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein fatalistisches „Wir wollen wenigstens etwas und dafür sollen die da oben mal irgendetwas irgendwann tun".

Und so fangen viele einstmals bewegte Menschen an, den Wert von Tempo 30 in Wohnstraßen als einen qualitativen Einschnitt in den zuvor als menschenfeindlich betrachteten Herrschaftssystemen zu betrachten, bei dem es sich lohnt, den „Lebensraum" einer ‚Ökoidylle' gegen alle anderen Vorstellungen, insbesondere revolutionäre mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Nur vor diesem Hintergrund sind die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Autonomen und der AL mit dem ihr nahestehenden Milieu nach der Kreuzberg-Randale vom 1. Mai dieses Jahres zu interpretieren.

Unabhängig einmal vom durchaus zu kritisierenden Verlauf und der in der Randale zum Ausdruck kommenden Intention der daran beteiligten Leute, scheint es doch einmal bemerkenswert festzustellen, daß die von der AL beim Kiezaufstand '87 angeführten Gründe wie z.B. die Wohnungsnot, gesellschaftliche Marginalisierung, Verarmung und staatliche Repressionsstrategien plötzlich gerade mal zwei Jahre danach, wo die AL Regierungssessel unter dem Arsch hat, nicht mehr gelten sollen. Im Gegenteil, die Randale von teilweise 2000-3000 Leuten (!!!) wird als „blinder Haß auf den Rot-Grünen Senat" dargestellt, sie wird als ‚unpolitisch' bezeichnet und damit als völlig illegitim denunziert. Ernstzunehmende Motive scheint es nach Auffassung der AL seitens der an der Randale beteiligten Menschen nicht mehr zu geben.

Die Auseinandersetzungen um die 1.-Mai-Randale zeigen exemplarisch auf, daß der bei vielen radikalen und bewegten Menschen insgeheim gehegte Wunsch einer harmonischen Ergänzung von einer Reformpolitik von oben mit einer radikalen Politik von unten eine Illusion ist.

(...)

Die Autonomen sind in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation trotz ihrer schwachen organisatorischen Strukturen insbesondere für die von AL mitvollzogene Anpassungspolitik an die bürgerlichen Herrschafts- und Produktionsverhältnisse ein ständiger Unruheherd, der immer wieder von neuem als potentieller Organisationskern massenhaft in dieser Stadt vorhandener Unzufriedenheit zu einem relevanten innenpolitischen Faktor werden kann. In den Inhalten und der Beteiligung von fast 10.000 Menschen an der revolutionären 1.-Mai-Demonstration ist genau dieses für die AL-Anpassungspolitik sehr beunruhigende Element enthalten.

Die Bekämpfung der Autonomen wird von der AL so geführt, daß sie ihnen jegliches politisches Anliegen und damit zugleich jegliche Legitimität abspricht und dabei zugleich in der eigenen Argumentation nicht offenlegt, was denn die Rot-Grüne Reformpolitik tatsächlich für die Ausgegrenzten, die Marginalisierten und Radikalen an tatsächlichen materiellen Verbesserungen bringen, die als Sprungbretter für weitere politische Auseinandersetzungen und Kämpfe für eine herrschaftsfreie Welt benutzt werden können. Stattdessen wird seitens der AL versucht, den Autonomen eine allgemeine „Gewaltdebatte" aufzuzwingen, die von den Herrschenden noch stets dazu benutzt worden ist, verschiedene Interessen zu verschleiern. In der Tat, die AL ist auch in der Regierungsverantwortung eine gewaltfreie Partei geblieben, die von ihr befürworteten Häuserräumungen läßt sie von den Bullen besorgen.

Die AL als Partei, die ohne den Aufruhr und den Krawall der Häuserkämpfe Anfang der 80er Jahre in Berlin überhaupt nicht denkbar wäre, scheint ihre Lektion in Sachen bürgerlicher Herrschaftspolitik gelernt zu haben. Es ist dabei nicht auszuschließen, daß sie mit dieser Politik die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse eher nach

rechts als nach links drückt, wie wir es bereits bei der konsequenten „Extremistenbekämpfung" unter der SPD/FDP-Reformregierung unter Willy Brandt in den 70er Jahren erleben mußten.

Und was ist mit den Perspektiven?

Der AL ist gerade von Autonomen- und Bewegungsseite keineswegs ein Verrat an ursprünglich einmal angenommenen politischen Grundlagen vorzuwerfen. Der AL ist auch nicht vorzuwerfen, daß sie allein die beschissenen Verhältnisse genausowenig grundlegend ändern kann, wie es beispielsweise die Autonomen mit ganz anderen Mitteln auch nicht schaffen. Beide Muster von Anwürfen schaffen Konfliktfronten, um die es letztlich in der Realität nicht geht.

Der AL ist konkret vorzuwerfen, daß sie nach dem Verlassen ihrer parlamentarischen Oppositionsrolle anfängt, die vorher mit guten Gründen kritisierten Verhältnisse zu verantworten und zu legitimieren. Der zwingende Schluß aus dieser Regierungslogik besteht schlußendlich darin, diese beschissenen Verhältnisse für Gold zu verkaufen. Das bedeutet, daß sich zwar real nichts an diesen Verhältnissen ändert, jedoch die AL für eine andere Wahrnehmung davon sorgt. Aus einer Partei als Mittel der Interessenorganisation wird dann ein Manipulationsapparat der herrschenden Strukturen.

Was kann den Spekulanten in der Stadt eigentlich besseres passieren, als von der ehemaligen Hausbesetzerpartei AL mitgetragene Häuserräumungen? Genau so etwas schafft viel mehr Desorientierung, Resignation und Hoffnungslosigkeit in der Öffentlichkeit als der alte Senat jemals dazu in der Lage gewesen wäre. Man stelle sich im Gegenteil die öffentlichen Reaktionen einer Häuserräumung in SO 36 vor, die von einem konservativ-neofaschistischen Senat veranlaßt worden wäre? Nachdem es also entgegen aller Annahmen und Illusionen um die sogenannten ‚Spielräume' für autonome Initiativen von unten auch beim Rot-Grünen Reformsenat nicht so üppig bestellt ist, so stellt sich seitens der Unzufriedenen und radikal bewegten in der Stadt die Frage, wie mit dieser Situation in der politischen Praxis umzugehen ist.

Die Probleme der Autonomen als stärkster außerparlamentarischer Kraft auf den Straßen der Stadt bestehen in ihrer eher informellen Organisierung, die für Menschen aus anderen Zusammenhängen kein öffentlich sichtbarer Organisationskern sein können.

Diese eher nach innen gerichteten Kommunikationsstrukturen der Autonomen waren in den von Seiten des AL/SPD-Senats mit diffamierenden und ausgrenzenden Intentionen inszenierten Debatten nach dem 1. Mai völlig überfordert. Auch wenn sich die Spielräume unter einer Reformregierung nicht vergrößert haben, so wurde doch von den Autonomen die Veränderung dieser Räume zuwenig berücksichtigt. Die Rot-Grüne Regierung ist eben nicht mit einem schwarz-braunen Regierungsbündnis im Bewußtsein vieler Menschen gleichzusetzen. Viele autonome Genossinnen haben große Schwierigkeiten damit, in ihrer eigenen politischen Argumentation diese Hoffnungen und Illusionen vieler Menschen ernstzunehmen und zugleich konstruktiv mit einer eigenen nachvollziehbaren anderen gesellschaftlichen Praxis zu kritisieren und zu verändern.

Insbesondere in den Debatten nach der 1.-Mai-Randale sind viele autonome Genossinnen wie wilde Stiere in das geschickt vom neuen Senat aufgestellte rote Tuch eines angeblich „blinden Hasses" in alles hineingelaufen, anstatt die eigenen – vielleicht durchaus noch schwach entwickelten – Positionen radikaler Gesellschaftskritik am Anspruch und Prinzip der Selbstorganisation von unten zum Thema zu machen. So wäre es gerade von AL-Vertretern in den Debatten nach dem 1. Mai spannend zu erfahren gewesen, ob sie allen Ernstes glauben, mit den Mitteln von Gesetzen und Regierungspolitik die Baumafia dazu veranlassen zu können, die für sie günstige Wohnungsnot zu beenden. Oder ob die AL davon ausgeht, daß der beste Schutz vor dem zunehmenden Straßenterror neofaschistischer Banden darin besteht, mit dem bewaffneten Arm der Republikaner in Berlin, dem Bullenapparat zusammenzuarbeiten?

Und wieso das auf der revolutionären 1.MaiDemo von fast 100.000 Menschen propagierte Prinzip der Selbstorganisation von unten, das sich in Hausbesetzungen und in Bewaffnungen gegen den Bandenterror der Faschisten äußert, „blinder Haß auf den Rot-Grünen Senat" sein soll?

Gerade in einer gesellschaftlichen Situation, wo der Rot-Grüne Senat noch weit von einem tatsächlich die politischen Spielräume erweiternden Legitimationszerfall entfernt ist, führt eine frontale Kritik gegen ihn direkt in die Isolation gegenüber den Menschen, die aus den verschiedensten Gründen noch Illusionen in ihn haben. Deswegen ist eine verbal-radikale Kritik unter dem Motto „Rot-Grün angreifen" gerade nicht dazu geeignet, die gesellschaftliche und ideologische Hegemonie des Senats bis weit in das linke Spektrum hinein aufzubrechen. Genau das bleibt aber die zentrale Aufgabe der radikalen Linken und der außerparlamentarisch bewegten Menschen in der Stadt Berlin. Gleiches gilt übrigens auch von seiten der Anti-AKW-Bewegung im Falle einer Rot-Grünen Bundesregierung.

Genau dieses Aufbrechen der Rot-Grünen Hegemonie in den Köpfen vieler Menschen wird notwendig sein, um von der entfremdenden zur Handlungsfähigkeit führenden Orientierung auf die Regierungslogik wegzukommen. Bewegungslosigkeit, ohne die letztlich fast alles so bleibt, wie es ist. Es geht darum, als kleine radikale Minderheit in diesen beschissenen Verhältnissen massenhaft interventionsfähig zu werden.

Lotta

"Radikale Linke" - eine schwere Geburt

Ein "Geheimtreffen", wie vielfach später gemunkelt wurde, war es nicht. Doch eingeladen war, auch um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten, zunächst nur ein gewisses Spektrum, die Atom war dabei. Zu ergänzen ist, nur mit einzelnen VertreterInnen, eine vereinheitlichte Meinung über Sinn, Zusammensetzung und Perspektive der "Radikalen Linken" gibt es nicht, genauer gesagt, die Ansichten gehen weit auseinander. Wir werden in der Gesamtredaktion weitere Diskussionen darüber führen, der folgende Bericht gibt daher nur subjektive Impressionen eines Redaktionsmitgliedes wieder (für die nicht wieder "die Atom" verantwortlich gemacht werden sollte, falls sich jemand auf den Schlips getreten fühlt)! Es waren ca. 40 Leute, die sich Mitte April in Hamburg trafen, exponierte Einzellinke, Grüne, die sich in ihrer Partei nicht mehr heimisch fühlen, die Redaktionen von Konkret, Radi aktiv, ProWo, Atom, Unilinke, mehr oder weniger glückliche VertreterInnen linker Organisationen, Autonome aus München und Frankfurt. Die Vorstellungen darüber, was mensch sich von dem zusammengekommenen Kreis erhofft, gingen weit auseinander. Karl Heinz Roth wollte den Blick der Linken wieder auf die Arbeiterklasse lenken, "wir haben die soziale Frage zehn Jahre übersehen", Rainer Trampert wies auf die Ansätze zu einer Politik mit Arbeitern in den Siebzigern hin. Dorothee Piermont fand die sozialökonomischen Folgen des europäischen Binnenmarktes wichtig, Günter Amendt war überzeugt, daß die Auswirkungen der modernen Produktionsverhältnisse auf den Menschen untersucht werden müssen. Die Linke Liste Frankfurt forderte eine Aufarbeitung linker Politik, die Münchner Autonomen fanden das alles sehr akademisch. Die einen wollten zunächst mehr theoretische Debatten, die anderen auf eine politische Zusammenarbeit hinaus. Klar war jedoch, niemand will eine neue "Organisation" oder Partei, die Debatte oder Zusammenarbeit geschieht auf der Grundlage der bestehenden Organisationen oder sonstigen Zusammenhänge. Es geht zunächst darum, daß sich Linke, deren Wege in der Vergangenheit weit auseinandergingen, in einer Zeit zusammenfinden, in der linke Politik scheinbar keinen Platz mehr hat. Ungewohnt angenehm trotz der auseinandergehenden Vorstellungen das Diskussionsklima: Die Fronten gingen quer durch die jeweiligen Zusammenhänge, die üblichen Seilschaften zum Durchpowern fehlten, statt gegeneinander wurde miteinander geredet. Diese Offenheit machte sich in der Debatte um den Hungerstreik bemerkbar, aus der eine Erklärung folgte, die quer zu grünen und humanitären Ansätzen die Verurteilung der Folter der politischen Gefangenen loslöst davon, wie wir zu ihren politischen Positionen stehen. In der Debatte um die Perspektive des Kreises schlugen Ebermann und Trampert die Erarbeitung einer politischen Grundlage vor: "Gegen den Trend zur Anpassung" und den Aufruf zu einem Kongreß, der den Kreis erweitern sollte und einzelne Themen sowie die Frage, was tun als Linke in dieser Zeit, vertiefen soll. So wurde es dann auch beschlossen, und nachdem ein Name gefunden war, "Radikale Linke", vertagte mensch sich auf ein nächstes Treffen.

Zum 2. Treffen Anfang Juli in Frankfurt fanden sich fast hundert Menschen ein, das politische Spektrum reichte von Autonomen, ehemaligen politischen Gefangenen über Grüne MdB'lerInnen bis hin zur linkssozialdemokratischen Zeitschrift "Sozialismus". (Selbige verließen das Treffen nach heftigen Anwürfen von Thomas Ebermann allerdings nach einigen Stunden.) Personell am stärksten vertreten waren einerseits Grüne und andererseits das linksradikale Spektrum, dominiert durch Autonome aus München und die Linke Liste Frankfurt. Nach einer wenig ergiebigen Debatte über die Einladungspraxis gab es eine stundenlange Auseinandersetzung darüber, ob das vorliegende Papier von Thomas Ebermann/Rainer Trampert Diskussionsgrundlage des Treffens sein sollte. Abgesehen von vereinzelten guten inhaltlichen Kritiken an der Vorlage (G. Fülberth) bestimmten die Autonomen am Samstag die Diskussion. Ihre Kritik reichte von der politischen Zusammensetzung des Kreises über den Vorwurf an Ebermann/Ditfurth, sie wollten sich nach ihrem Scheitern bei den Grünen eine neue Basis suchen, um sich damit neu zu profilieren. Das vorliegende Papier wurde in diesen Kontext eingeordnet, nach Ansicht der Autonomen sollten alle Anwesenden hiermit per Unterschrift auf ein "Programm" verpflichtet werden. Erschwert wurde die Debatte durch den Charakter des Papiers, das einen Rundschlag durch die politische Weltlage vornahm, zu einer Diskussion über die Krise linker Politik, geschweige denn zu möglichen Perspektiven, aber wenig Anhaltspunkte bot. Von den versammelten "Organisierten" wollte mensch von autonomer Seite eine generelle Selbstkritik der politischen Praxis der vergangenen Jahre sowie von "Organisierung" selbst hören - ohne diese Grundlage könne es keine gemeinsame Diskussion geben. Am frühen Abend schien fast das "Aus" für einen Kreis "Radikale Linke" festzustehen.

Dialog mit den Gefangenen

Atmosphärische Verbesserung brachte dann die wegen der Anwesenheit dreier ehemaliger politischer Gefangener zu fortgeschrittener Zeit durchgesetzte Hungerstreikdebatte. Beschlossen wurde ein Brief an die Teilnehmer des Hungerstreiks sowie einige andere Gefangene, in dem ihr Interesse an einer Beteiligung an der begonnenen Diskussion begrüßt wird. Unvermeidlich mitthematisiert werden müssen die Haftbedingungen, da sie auch den Rahmen der Diskussion bestimmen. In diesem Zusammenhang wurden Zweifel geäußert, inwieweit der versammelte Kreis nach dem Ende des Hungerstreiks zu einer wirksamen politischen Initiative zur Zusammenlegung oder gar Freilassung der politischen Gefangenen in der Lage ist - klar ist, daß die Knastbedingungen den "Dialog" bis auf weiteres diktieren.

Aus dem Nichts - ein Kongreß

Nachdem sich der Sonntag zunächst ähnlich zäh anließ wie der Samstag gab es eine überraschende Wende, als einer der Anwesenden die Münchner Autonomen aufforderte, statt der ständigen Kritik an anderen Beiträgen einmal ihre Vorstellungen und Diskussionswünsche vorzutragen - die Antwort war mager. Als zu Abstimmung geschritten wurde, ob mangels geeigneter Alternativen das Ebermann/Trampert-Papier zunächst Diskussionsgrundlage sein soll, waren plötzlich alle Anwesenden dafür. Nachdem sich die Verblüffung über die allgemeine Einigkeit gelegt hatte, wurde in der verbliebenen Zeit noch eine Redaktionsgruppe (Ebermann, J. Kuhnert, M.v. Ilten (Grüne) Fülberth, Gremliza, Linke Liste, ein/e VertreterIn der Ex-Gefangenen) gebildet, die das Papier ergänzen soll. Auch die von Thomas Ebermann eingebrachte Idee eines Kongresses im nächsten Mai fand nun eine Mehrheit, ein Dreiergremium wird erste Ideen sammeln. Die schließliche Einigkeit sollte jedoch nicht zu falschen Schlüssen verleiten - ob es eine gemeinsame Diskussion unter Teilen der westdeutschen Linken geben wird, darüber werden die nächsten Treffen entscheiden. Mensch hat sich zunächst mühselig auf eine gemeinsame Diskussionsgrundlage geeinigt - wie haltbar dieser Beschluß ist, wird das Folgetreffen zeigen. Inhaltlich ist nichts diskutiert, Vorbehalte statt Inhalte sind an ein politisch brisant besetztes Gremium delegiert worden. Es gibt einen harten Kern - der im wesentlichen die in Hamburg Anwesenden umfaßt - der großes Interesse an einer gemeinsamen Diskussion und einer möglicherweise daraus folgenden Zusammenarbeit hat. Und es gibt einen Teil - aus meiner Sicht Teile der Autonomen und der erstmals in Frankfurt aufgetretenen Grünen - die (zunächst ?) kein "ja" zu einer offenen, die politischen Differenzen akzeptierenden Diskussion sagen können, sich aber auch (noch ?) nicht ausklinken wollen - und von eben Jenen wird es maßgeblich abhängen, ob es einen politischen Annäherungsprozeß in der Linken geben kann.

S.R.

Fritz Storim in U-Haft

Seit dem 31. Mai sitzt Fritz Storim unter strengsten Isohaft-Bedingungen im Hamburger Untersuchungsgefängnis in U-Haft. Fritz war im Februar wegen angeblicher „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a) zu einem Jahr Knast ohne Bewährung verurteilt worden. Zur Urteilsverkündung war er nicht mehr erschienen; seitdem bestand ein Haftbefehl gegen ihn. Ein ausführlicher Bericht zum Prozeß und Urteil ist nachzulesen in der „atom" Nr. 25 (März/April 1989).

Zur Urteilsverkündung war Fritz aus Protest gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen ProzeßbesucherInnen am letzten Verhandlungstag nicht erschienen. Stattdessen ließ er von seinen AnwältInnen eine Erklärung dazu verlesen. Obwohl Gericht und Staatsanwaltschaft die Teilnahme von Fritz an der Urteilsverkündung ausdrücklich für „nicht erforderlich" hielten, und das Urteil noch nicht rechtsgültig ist (Revision eingelegt), erließ der Hamburger Staatsschutzsenat sofort nach der Urteilsverkündung einen Haftbefehl wegen Fluchtgefahr. Die Hamburger Staatsschützer nahmen dies in den darauffolgenden Tagen zum Anlaß für mehrere gezielte Durchsuchungsaktionen in der Hamburger Scene, jedoch ohne Fritz zu „finden", geschweige denn zu verhaften. Er bewegte sich unterdessen mehr oder weniger unbehelligt in Hamburg und feierte sogar seinen Geburtstag. Stattdessen nahm die Springerpresse sein angebliches „Untertauchen" zum Anlaß, einen erneuten Bogen von Fritz, Hafenstraße und Autonomen zur RAF zu spannen.

Am 31.5. wurde Fritz um 12.00 Uhr in einer Blitzaktion von 7 Zivilfahndern in einem Café auf St. Pauli verhaftet. Am folgenden Tag bestätigte der 3. Strafsenat des Hamburger OLG den Haftbefehl und ordnete ein Haftstatut an, welches in Hamburg nach einer offiziellen Erklärung des Justizsenators anläßlich des Hungerstreiks gar nicht gibt – strengste Isolationshaft.

Fritz sitzt in einer Einzelzelle ohne Stromanschluß, umgeben von Leerzellen auf jeder Seite. Durch den Stromentzug wird ihm sogar die Möglichkeit genommen, Tee zu kochen. Von Gemeinschaftsveranstaltungen ist Fritz ausgeschlossen. Duschen ist ebenso nur einzeln erlaubt wie der Hofgang. Es gibt kein normales Einkaufen, sondern nur auf Bestellschein – was für U-Haft-Gefangene völlig unüblich ist. Auch die Essensausgabe erfolgt nicht durch die Kalfaktoren (Küchendienst der Gefangenen) sondern durch Sicherheitsbeamte. Jede Kontaktaufnahme zu anderen Gefangenen ist verboten, jeder Zuruf wird unterbunden. Zusätzlich finden zweimal in der Woche Zellendurchsuchungen statt.

Private Post unterliegt der Kontrolle des OLGs, private Besuche (zweimal eine halbe Stunde pro Monat) finden mit Trennscheibe und unter Aufsicht des Landeskriminalamtes statt.

Sonderhaftbedingungen bestehen auch im Umgang mit seinen AnwältInnen. Nicht nur, daß die Verteigerpost überwacht wird, auch alle Besuche finden hinter Trennscheiben statt. Fritz muß sich vor und nach jedem Besuch einer Leibesvisitation unterziehen. Außerdem ordnete der Strafsenat an, daß seine AnwältInnen vor jedem Besuch auf den Besitz von Waffen und ähnlichen gefährlichen Dingen zu überprüfen seien. Seitdem werden sie elektronisch über die Kleidung durchsucht und die mitgeführten Taschen durchleuchtet. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß Fritz das Aussehen seiner Zelle und den ungefähren Standort im Knast auf einer Skizze festgehalten hatte. Der OLG-Senat konstruiert daraus einen „Befreiungsplan".

Foto: Bernd Drücke

Fritz sitzt 23 Stunden in der Zelle und hat eine Stunde Hofgang. Im Hamburger UG sitzen z.Z. noch vier weitere politische Gefangene in U-Haft: der Kurde Selahatim Erdem, Luitgard Hornstein (RAF), sowie seit Mitte Juni Burkhard und Renate (aus dem antifaschistischen Widerstand). Jede direkte Kontaktaufnahme untereinander ist bisher unterbunden worden. Briefe untereinander dauern in einer Richtung zwischen 1 und 3 Wochen. Ein Antrag von Fritz und Burkhard auf gemeinsamen Umschluß und Hofgang ist abgelehnt worden.

Für Herbst erwarten die AnwältInnen eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes über ihren Revisionsantrag. Falls die Revision erfolgreich ist, müßte Fritz aus der U-Haft entlassen werden. Falls abgelehnt, müßten sich zumindest die Haftbedingungen (insbesondere die Besuchsregelungen) ändern.

Prozeßwelle gegen Widerstand bei Fritz' Prozeß

Mit nahezu 30 Ermittlungs- und Strafverfahren nimmt die Hamburger Staatsanwaltschaft Rache an den Leuten, die Fritz' Prozeß mit ihrem Widerstand begleiteten:

- 2 Verfahren wegen Körperverletzung, Widerstand, Beleidigung bei Räumung des Zuschauerraumes nach Ausschluß der Öffentlichkeit am 30.11.88;
- 11 Verfahren wegen Widerstand, Körperverletzung, Beleidigung und Störung eines Gesetzgebungsorgans im Zusammenhang mit dem Besuch im Hamburger Rathaus am 30.11.88;
- 2 Verfahren wegen Beleidigung im Gerichtssaal am 13.12.88;
- 2 Verfahren im Zusammenhang mit der Demo zum Gericht;
- 5 Verfahren wegen Widerstand und Körperverletzung bei der Räumung des Zuschauerraums am 12.1.89;
- 1 Verfahren wegen Diebstahl einer verlorenen Polizei-Uhr am 12.1.89 bei der Räumung im Gerichtssaal (hier gab es sogar eine Hausdurchsuchung);
- 2 Verfahren wegen Widerstand bei Festnahme zur ED-Behandlung.

Drei 129a-Verfahren (Unterstützung) wegen Tragen eines Transparents mit Zusammenlegungsforderung sind inzwischen wegen „mangelnden öffentlichen Interesses" eingestellt worden. Die Hamburger Oberstaatsanwaltschaft erklärte dazu, daß in Hamburg das Tragen von solchen Transparenten grundsätzlich nicht angeklagt wurde, um den § 129a nicht „lächerlich zu machen". In Hamburg sei dies ein „Bagatelldelikt". Kurios – denn Fritz wurde u.a. noch wegen des Abdrucks eines solchen Transparents in der „Sabot" verurteilt. Und selbst wenn diese „Bagatelldelikte" in Hamburg ansonsten nicht angeklagt werden: zu Haus- und Arbeitsplatzdurchsuchungen gegen die drei Betroffenen reichte es immer noch.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Fritz Storim

Der dritte „Knastspaziergang" zum Untersuchungsgefängnis endete am 13.8. mit schweren Polzeiübergriffen und Mißhandlungen, in deren Verlauf 20 Personen festgenommen und erst am nächsten Tag wieder freigelassen wurden. Inwieweit es auch hier zu Anklagen kommt, ist noch nicht klar.

Post, Grüße und Besuch

Da Fritz pro Monat nur zweimal einen halbstündigen Besuch empfangen darf, ist dieses Kontingent zur Regelung des nötigsten ausgefüllt; dieses kann sich nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofs zum Revisionsantrag ändern. Post und Briefe sind natürlich schärfstens erwünscht.
Adresse: Fritz Storim, c/o 3. Srafsenat am OLG, AZ: 2-OJS 7/87; Az 20, Postfach 300121, 2000 Hamburg 36

Vorwärts und nichts vergessen!

Freiheit für Fritz!

LETZTE MELDUNG!

Soeben erfuhren wir, daß gegen Fritz ein neuer Haftbefehl ausgestellt worden ist. Begründung: ein neues Ermittlungsverfahren gegen Fritz wegen des Verdachtes der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf einen Strommasten in der Nähe des AKW Brokdorf am 24.8.1984. Möglicherweise soll dieses Ermittlungsverfahren bzw. der neue Haftbefehl einer Entlassung von Fritz nach dem Ablauf seiner Haftsstrafe entgegenwirken.

Knast wegen Antifa-Aktion

Am 15.6.89 durchsuchten in konzertierter Aktion die Landeskriminalämter Hamburg und Niedersachsen neun Wohnungen. Die Durchsuchungen liefen ausnahmlos ohne richterlichen Beschluß, nur mit staatsanwaltschaftlicher Anordnung (Gefahr im Verzuge).
Renate und Burkhard wurden nach der Durchsuchung zur ED-Behandlung verschleppt und sitzen seitdem in U-Haft. Eine andere Frau wurde nach drei Stunden wieder rausgelassen. Drei weitere waren während der Durchsuchung nicht zu Hause; bei zweien von ihnen lief in den darauffolgenden Tagen Fahndungsterror: sie liefen bei Eltern auf mit einer Anordnung zur Zwangsvorführung, zur ED-Behandlung und zum Verhör, drohten einer Mutter damit, die Tür einzuschlagen, bedrohten MitbewohnerInnen mit tätlichen Übergriffen, liefen bei den Arbeitsstellen auf.
Es gibt zwei miteinander verquickte Ermittlungsverfahren gegen mindestens diese sechs Personen: zum einen versuchte Brandstiftung, Brandstiftung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, zum zweiten geht es um schweren Raub.
Hintergrund ist eine spektakuläre Antifa-Aktion: Am 21. Mai hatten Unbekannte nachts das Ehepaar Christian und Ursula Worch in deren Wohnung überfallen und gefesselt und anschließend in einer „Enteignungsaktion" rund 50 Aktenordner mit vertraulichen Materialien und Adressenlisten der rechtsradikalen „Nationalen Liste" mitgehen lassen.
Christian Worch gilt als rechte Hand von FAP-Kühnen. Das Ehepaar Worch ist verantwortlich für den Aufbau der „Nationalen Liste" in Hamburg und gilt als Hauptfigur in der faschistischen Scene. Diese Enteignungsaktion führte nicht nur zur Panik in der rechten Scene, sondern zeigte auf krasseste Weise, mit welcher Sicherheit die Rechten hierzulande agieren und leben und sich vor polizeilichen Fahndungsmaßnahmen von vornherein verschont meinen. Nicht anders ist es zu bewerten, daß solche intimen Unterlagen in einer bekannten Privatwohnung gehortet werden. Gegen links wird stattdessen heftig ausgeteilt.
Renate und Burkhard sitzen seitdem im Untersuchungsknast in Hamburg. Vorgeworfen werden ihnen schwerer Raub, Freiheitsberaubung und Körperverletzung. Als Haftgründe werden in Erwartung mehrjähriger Haftstrafen Flucht- und Verdunkelungsgefahr angegeben. Renate sitzt im sogenannten Normalvollzug, Burkhard wegen seiner Weigerung, am Aids- und Läusetest teilzunehmen, in Einzelhaft. Er ist von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen.

Kriminalisierungsrundbrief

Alle Post nur noch an die neue Adresse:

Bei der neuen Adresse müssen wir nach dem 2 Umschlägeprinzip arbeiten.
1. Umschlag: Vrouwengroep OLW, de Wittenstraat 73, 1052 AN Amsterdam, Holland
2. Umschlag: Kriminalisierungsrundbrief

Schickt bitte ab sofort keine Post ect. mehr an die Adresse Mainzerlandstr. 147 in Frankfurt. Die Adresse gibt es nicht mehr! Folgend geben wir euch einen kurzen Überblick der Ereignisse in Frankfurt. Eine genaue und ausführliche Stellungnahme und Überblick werden wir euch mit der nächsten Nummer des Kriminalisierungsrundbriefes geben. Nun folgt ein kurzer Überblick:

Der Sprung zur Staatsschutzlinken?

Nach unseren Informationen wollte die politische Polizei (LKA und Staatsschutz) am 23.5.89 mit einem Durchsuchungsbeschluß des Oberlandesgerichtes Frankfurt die Büroräume der Kühl KG (ehemalige KBW Firma) durchsuchen, um Informationen über die Herstellung und Verbreitung des Kriminalisierungsrundbriefes Nr.22/23 zu finden. Der Kriminalisierungsrundbrief hat ja dort seit Dezember 1988 eine Postkastenadresse. Vorher war unser Domizil Kassel. Den Standort Kassel hatten wir aus den in den Krimibriefen Nr. 22-25 dargestellten Gründen aufgeben müssen.

Was passierte am 23.5.89?

Den Bullen wurde von den anwesenden Vertretern der Kühl KG ein Name genannt, welcher Inhaber oder Mieter des Briefkastens vom Krimibrief sein soll. Die Denunziation erfolgte nach Abwägung ihrer "Geschäftsinteressen" und dem Datenschutz der Mieter. Nach Beratung mit ihrem Anwalt entschloß sich die Kühl KG eine schriftliche Aussage zu machen. Freiwillig ging ein Hausmeister der Kühl KG auf das Polizeipräsidium und machte dort Aussagen, sowie eine Identifikation. Zur Kühl KG muß gesagt werden, daß sie die kommerzielle Nachfolgegesellschaft des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) ist. Fast alle der an der Denunziation beteiligten Beschäftigten und Anteilseigner der Kühl KG haben eine über 15 jährige politische Geschichte bis jetzt. Die Situation daß Bullen kommen und fragen war Normalzustand in diesem Haus, Sie bekamen aber nie Antworten und mußten meistens unverrichteter Dinge wieder abziehen. Das ehemalige KBW Haus bietet und bot den politischen Schutz ja auch immer an. Die jetzt erfolgte Denunziation stellt einen Einschnitt dar !!!
Wir fordern die Kühl KG (ehem. KBW) auf, die gemachten Aussagen zurückzunehmen !!! Es geht jetzt in Moment darum, daß alle die das Projekt für wichtig finden, entsprechend sich überlegen wie sie eine Öffentlichkeit herstellen können. Eine genaue Darstellung wird in der nächsten Ausgabe erscheinen.
Ihr könnt ja mal überlegen wie ihr uns unterstützen könnt. Wir wollen auf alle Fälle weitermachen. Der Kriminalisierungsrundbrief ist wichtig als Instrument für eine Gegenöffentlichkeit und für unsere Diskussionen.

Wie geht es weiter?

Erstmal haben wir eine neue Adresse. Bitte macht diese bei euch bekannt. Schickt eure Flugblätter, Zeitungen, Beiträge, Kritiken, Broschüren, Artikel ect. an die Holländische Adresse. Politisch wäre uns eine Adresse in der BRD natürlich angenehmer gewesen. Wir wollen ja nicht mit dem Umzug die Illusion nähren, daß es in Holland einfach anders ist. Wir müssen daran arbeiten, daß wir in der BRD wieder über revolutionäre Inhalte diskutieren können, ohne gleich kriminalisiert zu werden. Dafür ist aber ein anderes politisches Kräfteverhältnis als jetzt notwendig! Wir machen also weiter!

Zur finanziellen Situation von uns:

Rot ist zwar die Farbe der Revolution, aber in den roten Zahlen zu sein ist nicht gut. Wir sind es. Wir können wenn sich dies nicht ändert auch nicht mehr weitermachen.
Wo liegen die Ursachen? Gerade die Buchhandlungen stehen bei uns oft mit mehreren Hundert Mark in der Kreide, darunter auch einige hochpolitische Infoläden. Wenn ihr das Blatt nicht mehr wollt, so gibt es die Möglichkeit der Abbestellung. Auch umfangreiche Mahnaktionen brachten immer nur kurzfristige Zahlungsschübe. Staatliche Bußgelder sind wahrscheinlich von einigen schneller bezahlt worden, als unsere Rechnungen. Wir bitten euch nun wieder an dieser Stelle alle offenen Rechnungen zu bezahlen !!!
Wir haben mit unserem neuen Abrechnungssystem auch etwas Luft bekommen. Es wird nun auch nur noch gegen Vorkasse geliefert.
Schaut mal die Geschichte von antistaatlichen Medien an. Als jüngstes Beispiel können wir die Zeitung Clockwork 129a ansehen. Sie mußte auch wegen der Schulden aufgeben und nicht wegen der staatlichen Repression.
Kein Jammern mehr! Überlegt wie ihr uns und ob unterstützen wollt. Organisiert den Handverkauf. Die Buchhandlungen scheinen für revolutionäre Zeitungen langfristig keine Basis zu sein. Durch den Handverkauf auf Büchertischen, Ständen, Veranstaltungen, Demos ect. kommt der Krimirundbrief auch besser an die Leute, die er erreichen soll. Während der Höhepunkte der Anti-AKW-Bewegung hat dies auch gut funktioniert. Zur Zeit ist dies aber schwieriger. Vielleicht habt ihr auch Lust ein Solidaritätsfest oder eine Veranstaltung durchzuführen. Ihr könnt uns ja dann informieren. Wir fänden das ganz toll.
Der Kriminalisierungsrundbrief gehört dem Widerstand. Alle entscheiden somit wie gut oder schlecht, wie informativ oder nicht , wie aktuell oder er nicht ist !!!
Wir verabschieden uns bis zur nächsten Nummer! Also bis bald! Überlegt euch mal was!
Wenn ihr spezielle Fragen ect. habt, so schickt sie uns, damit wir darauf eingehen können. Beteiligt euch aktiv an dem Projekt. Für die Diskussion darum wird es in der nächsten Nummer auf alle Fälle Platz geben. Wir wollen spätestens nach dem Sommer im frühen Herbst wieder erscheinen!

Liebe FreundInnen, liebe GenossenInnen,

Angesichts zahlreicher Ermittlungs- und Strafverfahren wegen des §129a und angesichts der zu erwartenden Eskalation von Repression und Kriminalisierung während des laufenden Hungerstreiks der Gefangenen aus RAF und Widerstand, haben wir, d.h. die unterzeichnenden Hamburger Betriebe, uns entschlossen zu einer Kampagne gegen den § aufzurufen.
Zunehmend werden HerstellerInnen und VerbreiterInnen kritischer Schriften verfolgt, die Schriften verboten. Neben der Zensur von oben setzt Selbstzensur ein, nach dem Motto "Was darf ich noch veröffentlichen, ohne die eigene zumindest die eigene ökonomische Existenz aufs Spiel zu setzen."
Wir wollen uns nun das Recht (zurück-)erkämpfen, die Inhalte, die uns wichtig sind, ganz offiziell und in aller Öffentlichkeit herzustellen und zu publizieren. Als ersten Schritt haben wir den beiliegenden Text an zahlreiche Buchläden, Verlage, Zeitungen etc. verschickt, mit der Bitte, a) den Aufruf ebenfalls zu unterzeichnen, b) ihn möglichst (z.B. im Buchladen) auszuhängen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Nun schließt sich die Überlegung an, was wir darüber hinaus machen können, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und die bewußte und betroffene Auseinandersetzung mit den Paragraphen zu erreichen. Neben weiteren Veröffentlichungen in den verschiedenen Medien haben wir darüber hinausgehende Ideen entwickelt. Eine ist zum Beispiel, diese "innere Schere im Kopf" etwa innerhalb eines Forums wie der nächsten Buchmesse, zu thematisieren.

Unsere Frage nun an Euch: Könnt Ihr beschreiben, welche Möglichkeiten sich allgemein und speziell für Euch auf der nächsten Buchmesse bieten, um diese "Kampagne fortzuführen und zu erweitern?
Gibt es Möglichkeiten, diesen Inhalt in Seminare und Pressekonferenzen einzubringen?
Habt Ihr Interesse, an Euren Ständen den Aufruf auszulegen oder zu verteilen, andere Verlage und Menschen daraufhin anzusprechen? und... und... und...
Laßt uns doch bitte wissen, was Ihr Euch vorstellen könnt oder was ihr darüber denkt.
Liebe und solidarische Grüße

Kontakte:
Confront Druck GmbH, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50,
Druckerei Zollenspieker, Zollenspieker Hauptdeich 54, 2050 Hamburg 80
Hein & Co., Lerchenstr. 87, 2000 Hamburg 50
Hinterhof Druckerei, Holstenstr. 201, 2000 Hamburg 50
Papierverarbeitung S. Beck, Gr. Brunnenstr. 63, 2000 Hamburg 50

Konto: Verein zur Förderung der Schwarzen Kunst e.v:, Kto. 1257/123982, Hamburger Sparkasse (Blz20050550)

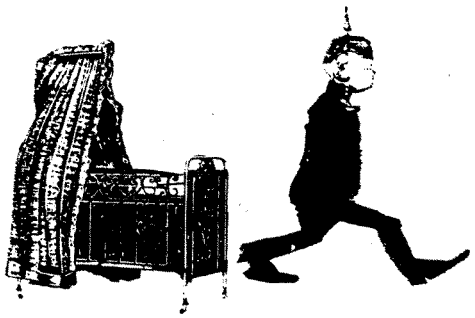
UnterzeichnerInnen, Stand 5.6.89
Aus Hamburg: Café und Buch; confrontdruck; Die Druckerei, Buchladen; Druckerei in St. Pauli; Druckerei Zollenspieker; E.coli-bri, Zeitung; Edition Nautilus, Verlag; Frauenbuchladen; Gegenwind, Buchladen; Hein und Co., Druckerei; Hinterhof Druckerei; IKA, Zeitung für Kulturaustausch; Infoladen Schwarzmarkt; Männerschwarm, Buchladen; Nautilus, Buchladen; Neues Schanzenleben, Zeitung; Papierverarbeitung S. Beck; Radio St. Pauli; Sabot, Hamburger Infosammlung; Satz und Repro Kollektiv; Ulla Penselin, Satz; Verlag Libertäre Assoziation; **Bielefeld:** AJZ, Druck und Verlag; Buchladen Eulenspiegel; Infoladen 'Anschlag'; **Berlin:** Agit-Druck; Aurora-Buchhandlung; Aurora-Verlagsauslieferung; Edition ID-Archiv; Edition Kalter Schweiß; Öko Dorf, Kommunikationszentrum; **Bochum:** AufRuhr, Zeitung; **Bochum-Hamme:** Druckladen; **Braunschweig:** Demokratische Sozialisten, Bundesverband; **Bremen:** Bremer BI gegen Atomenergieanlagen/Infoladen und Büro; Verlag Roter Funke; **Darmstadt:** Bunte Hilfe; Druckwerkstatt Kollektiv; **Düsseldorf:** Bibabuze, Buchhandlung; **Frankfurt:** Redaktionskollektiv Kriminalisierungsrundbrief; **Freiburg:** Tilia-Druck; **Göttingen:** Aktiv Druck; 'Atom'-Redaktion; Buchladen Rote Straße; Grün-Alternative Liste, Ratsfraktion; **Hannover:** Annabee-Buchladen; **Heidelberg, Nürnberg, Kassel, Südwest, Rhein-Main:** Contraste Redaktionen; **Husum:** Ecke 13, Buchladen; **Kassel:** Gestochen scharf; Stattzeitung + Verlag; **Karlsruhe:** Der Raabe, Buchhandlung; Druckkooperative; **Kiel:** Einblatt-Druckerei; Hansadruck; Magazin Verlag; Redaktion 'BRD und Dritte Welt'; Redaktion Gegenwind; Rote Hilfe, Bundesvorstand; Verlag FrühlingsErwachen; Zapata Buchladen; **München:** Gruppe 2, film, video, doku, texte archiv; Ulenspiegel Druck; **Münster:** Anti-Atom Aktuell; 'Schamlos', Frauenzeitung; Stadtblatt; Umweltzentrum e.V., Ladengruppe; **Mutlangen:** Pressehütte; **Oberursel:** Blätterwald, Verbrieb umweltfreundl. Produkte; Werkdruck; **Offenburg:** Druckwerkstatt Rheinau; Phantasia, Buchladen; **Osnabrück:** Arbeitslosen Selbsthilfe e.V. (ASH); **Regensburg:** Kartenhaus Kollektiv; **Saarbrücken:** Blattlaus, Druckwerkstatt; **Schorndorf:** Buchhandlung Galerie Spektrum; Windhueter Kollektiv; Windhueter Druck; **Siegen:** Bücherkiste, Buchhandlung; **Stuttgart:** Graphische Werkstatt; Infoladen Märikestraße; Medien und Veranstaltungstechnik; Unterstützungskomitee Uli Winterhalter; **Wuppertal:** Druckwelle; Infoladen Brunnenstraße; Umbruch, graph. Weiterverarbeitung.

Was wahr ist wird auch in Zukunft geschrieben gesetzt, gedruckt und vertreiben

Verordnete Nachrichtensperre oder selbstauferlegte Zensur sind ein gewohntes Bild in der BRD-Presselandschaft geworden. Wir, das sind alle diejenigen, die als HerstellerInnen, ErstellerInnen und VertreiberInnen von Gegeninformationen direkt, indirekt und in Zukunft auf jeden Fall betroffen sind. Deshalb wollen wir hier nochmals auf den § 129, 129a und seine Auswirkungen eingehen.
Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß notwendige Diskussionsgrundlagen öffentlich gemacht werden. Wir wollen der Einschüchterung und Abschreckung durch die Gummiparagraphen 129/129a und 130a entgegenwirken, indem wir solidarisch untereinander und solidarisch mit all denen sind, gegen die der Staat das bekannte Arsenal seiner Unterdrückungsmaßnahmen einsetzt.

Vor über 100 Jahren ...

...wurde der § 129 ins Reichsstrafgesetzbuch neben anderen 'Staatsschutzartikeln' aufgenommen. Die Befürworter erklärten damls, er richte sich gegen "ganz gewöhnliche organisierte Kriminelle". Zusammen mit den 'Sozialistengesetzen', insbesondere das Gesetz gegen die "gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" (1878) wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, den/die politischen GegnerInnen zu kriminalisieren oder auch die Verbreitung oder nur die Diskussionen "staatsfeindlicher Inhalte" zu unterdrücken. So wurden 1885 sämtliche TeilnehmerInnen eines Sozialistenkongresses in Kopenhagen vom Reichsgericht verurteilt. Der § 129 überdauerte die Weimarer Verfassung und diente während dieser Zeit vor allem der Verfolgung der KPD, die kurzzeitig verboten wurde.



Die praktizierte Ausdehnung ins Uferlose erlaubte ein hemmungsloses Gesinnungsstrafrecht: VerlegerInnen, RedakteurInnen, AutorInnen, DruckerInnen und SetzerInnen kommunistischer Schriften aber auch Buchläden wurden wegen "literarischen Hochverrats" bestraft und verfolgt.
Die Gefangenenhilfsorganisation "Rote Hilfe" wurde als "staatsfeindliche Verbindung" betrachtet und ihre Mitglieder verfolgt, deren öffentliche Veranstaltungen wurden verboten.
Im "neuen Staatsschutzrecht" 1951 wurde der §129a verschärft, erstmals wurde jetzt auch die Unterstützung einer "kriminellen" Vereinigung unter Strafe gestellt. Unterstützung ist wie der BGH formulierte "zur Täterschaft verselbständigte Beihilfe", d.h., daß selbst völlig legale Akte praktischer Solidarität mit Mitgliedern illegaler Organisationen nach Paragraph §129a verfolgt werden. 1954 wurden z.B. AnhängerInnen der KPD verurteilt, nur weil diese bereit waren, TeilnehmerInnen-Anmeldungen für das zweite Deutschlandtreffen der FDJ (Jungendorganisation der KPD) zu Pfingsten 1954 entgegenzunehmen. Damit genügte für eine Unterstützungshandlung die bloße Bereitschaft, für eine verbotene Vereinigung "werbend" tätig zu werden.
Nach der Zerschlagung der KPD (1956) wurde der §129a seines ursprünglichen Anwendungsbereiches, nämlich der Kommunistenverfolgung, beraubt.

Und dann ...

...mit dem Aufkommen neuer Organisationsstrukturen innerhalb der Linken Ende der 60er Jahre, ausgelöst durch die Auseinandersetzungen über Hierarchie und Autorität, gewann der "Staatsschutzparagraph" 129 wieder an Bedeutung. Es ging einerseits darum, diejenigen Teile des Widerstands, die nicht zu befrieden und zu integrieren waren, immer häufiger mit Strafprozessen zu belegen. Andererseits war die schwammige Auslegungsmöglichkeit des §129 ideales Instrument, die oft katastrophale Beweisnot in den beginnenden Strafverfahren gegen den bewaffneten antiimperialistischen Widerstand auszugleichen.
In dieser Phase der allgemeinen "Terroristenhetze", hochstilisiert durch die bürgerliche Presse, wurde 1976 der §129a geschaffen. Inhaltlich unterschied er sich kaum vom §129. Das Wort "kriminell" wurde durch das Wort "terroristisch" ersetzt, um politische Ziele und Inhalte zu verkleistern und politisch motivierte Aktionen als undifferenzierten Aktionismus zu diffamieren. Die Bezeichnung "terroristisch" machte es möglich, jede "Maßnahme" zu rechtfertigen, um politische GegnerInnen zu vernichten (Isolationsfolter...). Zu den Srafbeständen des Gründens, Unterstützens, und der Mitgliedschaft wurde nun auch das "Werben" hinzugefügt. "Werben im Sinne von §129a heißt nicht Mitgliederwerbung, sondern Sympathiewerbung als Propaganda..." (Rebmann, September 1976).
Diese Auslegung zielte zum einen darauf ab, Veröffentlichungen von Anschlagserklärungen und Texten in Zeitungen zu verhindern, andererseits ging es gegen Gruppen, die sich mit der Situation der Gefangenen in den Knästen beschäftigten. So wurden 1979 vier DruckerInnen (AGIT-Berlin) zu 9 bzw. 12 Monaten Knast verurteilt für die Herstellung einer Zeitung ("Info-BUG"), in der Erklärungen von RAF, Bewegung 2. Juni und Revolutionäre Zellen erschienen. Weiterhin gab es Verfahren gegen Angehörige und RechtsanwältInnen von Gefangenen, weil sie die Haftbedingungen kritisiert oder Erklärungen von Gefangenen veröffentlicht haben sollen. Die gesprühten Buchstaben "RAF" reichten für monatelange U-Haft. FlugblattverteilerInnen während des Hungerstreiks 1981 wurden zu 1 1/2 Jahren Knast ohne Bewährung verurteilt.
Zunehmend rückten nun auch die inzwischen entstandenen Aktivitäten, wie Hausbesetzungen, gegen die Startbahn - West, Initiativen gegen Munitionstransporte, Wendland, Wackersdorf, Brokdorf u.a. ins Interesse der "Staatsschützer" - überall dort, wo sich der Widerstand inzwischen radikalisiert hatte und Militanz eine breitere Akzeptanz fand.
Die Antwort des Staates darauf war Ende ´´86 / 87 eine erneute Ausdehnung des Straftatenkatalogs des §129a wie z.B. "gefährlicher Eingriff in den Bahn -, Schiffs - und Luftverkehr", "Störungen öffentlicher Betriebe" und "Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel". So blieb das Umlegen eines Strommastes oder Schienenblockaden nicht weiter nur

Sachbeschädigung, sondern konnte als "terroristische Straftat" verfolgt werden. Zugleich hatte der Staat sich damit präventiv Handhabe gegen Streikaktionen und Blockaden von Zufahrtswegen zu Betrieben (z.B. Rheinhausen) geschaffen.

Eines von mittlerweile mehreren Beispielen

"... des Angriffs durch/über den §129a in Hamburg auf uns, sind die Kriminalisierungs- und Einschüchterungsversuche, sowie die Verfahren gegen Einzelne, die vermeindlich etwas mit dem 'Sabot' (Hamburger Infosammlung) zu tun haben sollen.
Gerichtet gegen "die unbekannten Verfasser, Hersteller und Vertreiber...", sowie "... die Verantwortlichen". Dabei zielt der Angriff zum einen (und letztendlich) auf das Sabot selbst, um unsere Kommunikationsstruktur zu treffen. Zum anderen als Spaltung. Es werden bestimmte Inhalte (z.B. Zusammenlegung) zum Anlaß der Ermittlungen herausgepickt. Als Versuch, entsprechend einer eigenen "Schere im Kopf", wegen der Bedrohung, von bestimmten Veröffentlichungen Abstand zu nehmen. Die Nichtveröffentlichung der gemeinten Inhalte soll zur Entsolidarisierung führen.
Die dritte Ebene ihres Angriffs auf unsere Strukturen ist der Kriminalisierungs-Tango, der Buchläden und Druckereien betrifft. Dabei geht es dann um alle auf ihren (Zensur)Index stehenden Texte, Druckschriften, Bücher, ect.. Immer wieder führt die Repression zu Durchsuchungen und Beschlagnahmungen.
Im Zusammenhang mit 'Sabot' gibt es diverse Verfahren gegen Verantwortliche (GeschäftsführerInnen) von Buchläden, sowie Einzelpersonen: Der Frauenbuchladen in der Bismarkstraße, sowie die Privatwohnung einer Frau, die mit dem Buchladen was zu tun hat, wurde durchsucht. Es gab zwei Hausdurchsuchungen bei dem jetzt verurteilten Fritz Storim. Die Buchläden 'Gegenwind' und 'Schwarzmarkt' wurden ebenfalls durchsucht. Es gibt Verfahren gegen die Buchläden 'Osterstraße' und 'Café und Buch'.

... und zwar betreffen dabei, was die Buchläden angeht, die Ermittlungsverfahren jeweils eine andere Nr.(Ausgabe).
So hatte z.B. der Buchladen 'Gegenwind' ein Verfahren wegen der Nr. 20, dies ist eingestellt worden. Dafür hat jetzt 'Café und Buch' ein Verfahren wegen der Nr. 20 (Zufallsfund bei einer Durchsuchung wg. 'E-colibri' Nr. 4).
Beim Frauenbuchladen ist es die Nr. 14, bei der 'Osterstraße' die Nr. 22, beim 'Schwarzmarkt' die Nr. 21 ... .

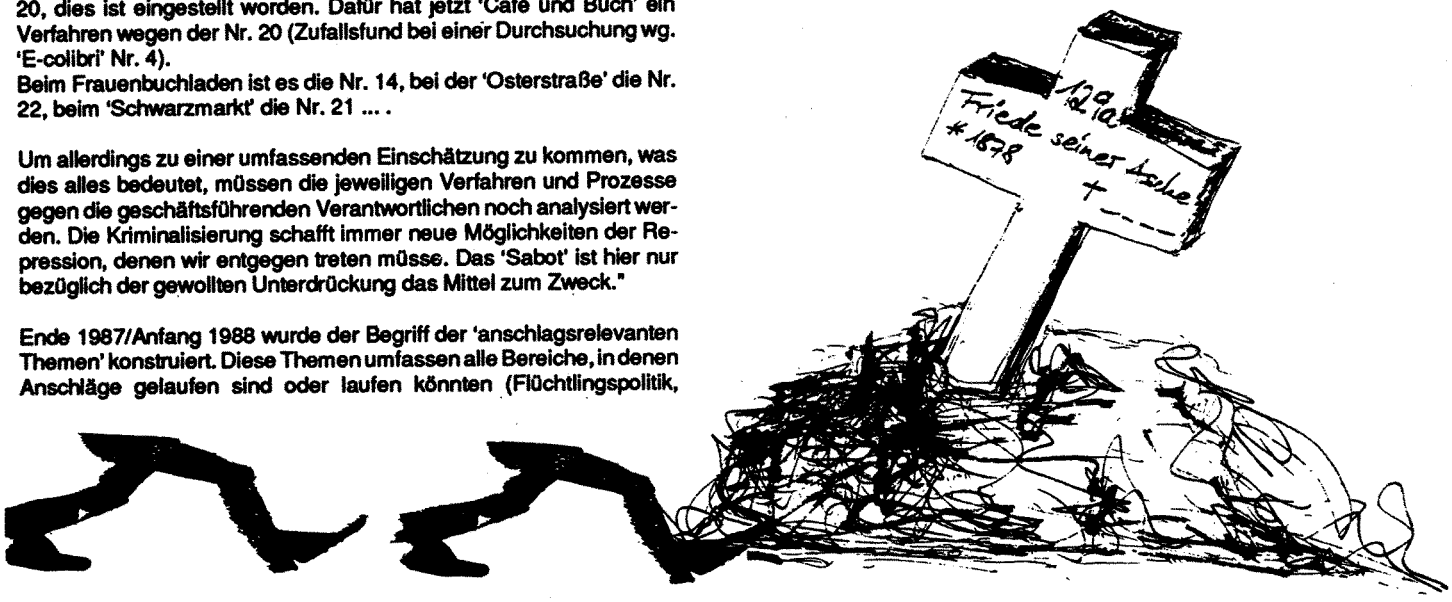
Um allerdings zu einer umfassenden Einschätzung zu kommen, was dies alles bedeutet, müssen die jeweiligen Verfahren und Prozesse gegen die geschäftsführenden Verantwortlichen noch analysiert werden. Die Kriminalisierung schafft immer neue Möglichkeiten der Repression, denen wir entgegen treten müsse. Das 'Sabot' ist hier nur bezüglich der gewollten Unterdrückung das Mittel zum Zweck."

Ende 1987/Anfang 1988 wurde der Begriff der 'anschlagsrelevanten Themen' konstruiert. Diese Themen umfassen alle Bereiche, in denen Anschläge gelaufen sind oder laufen könnten (Flüchtlingspolitik, Gentechnologie, Sextourismus...). So rückt schon allein die Beschäftigung mit diesen Themen eine/n in die Nähe der 'Täter/innenschaft'...

Und nu...

Gegen die linken Medien wird der §129a also in erster Linie als Zensur-Paragraph eingesetzt. Zwar findet "eine Zensur" staatsfeindlicher Schriften "nicht statt", dafür wird die Herstellung und Verbreitung dieser Schriften zur "Sympathiewerbung als Propaganda" erklärt und unter Strafe gestellt. Dabei ist der §129a so weit und schwammig gefaßt, daß er sich unbegrenzt als Zensurinstrument gegen jedes unliebsame Druckerzeugnis einsetzen läßt. Wurden gestern die VerbreiterInnen der Erklärungen bewaffnet kämpfender Gruppen verfolgt, soll heute bereits die Publikation "anschlagsrelevanter Themen" strafbar sein. Es werden sich also alle, die sich kritisch mit Staat und Gesellschaft auseinandersetzen, mit dem §129a konfrontiert sehen. Und um so mehr wird die Zensur mit dem §129a greifen wie die Betroffenen sich zensieren, d.h. sich das Recht nehmen lassen, in aller Öffentlichkeit all das zu schreiben, zu setzen, zu drucken und zu verbreiten, was wahr ist und publiziert werden muß.

Wir erklären, daß wir auch weiterhin jedes für uns wichtige Thema und Inhalt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln der öffentlichen Diskussion zugänglich machen werden.
Weder werden wir uns ohne Widerstand kriminalisieren noch uns in die Illegalität treiben lassen.
Wir fordern alle Medien auf, sich einer breiten Kampagne gegen den §129/§129a und §130a anzuschließen.



Die Freiheit der Schrift und des Wortes ist nicht garantiert, sie muß erkämpft werden. Schließen wir uns in diesem Kampf zusammen.

Startbahn

Prozeßtage

Der bisherige

Am 25. Juli gingen das Gericht, die Angeklagten, Verteidigerinnen und Zuschauerinnen in eine vierwöchige Prozeßpause. Hinter ihnen liegen 37 Verhandlungstage. Dieser erste Prozeßabschnitt war prall gefüllt mit Knallern — nur will sie kaum jemand wahrhaben: In der Presse wird der Prozeß wohlweislich totgeschwiegen, denn für die Anklage könnte nicht viel Gutes übrigbleiben. Der mit riesigem Trara vorbereitete "Mord"-Prozeß ist zu einem Gesinnungsprozeß verkommen. Auf den nächsten Seiten geben wir einen knappen Überblick über die wichtigsten Entscheidungen und eine Einschätzung aus Frankfurter Sicht zum bisherigen Prozeßverlauf.

Von ursprünglich neun hochgefährlichen "Terroristen" sind noch fünf übrig geblieben — zwei davon auf freiem Fuß. Die restlichen vier sind bereits, vergleichsweise "mild", zu Bewährungsstrafen verurteilt und vorerst nicht mehr am Prozeß beteiligt (höchstwahrscheinlich später als Zeuginnen). Von den verbliebenen fünf Angeklagten mußte einer nach 18 Monaten Untersuchungshaft entlassen werden; ein anderer sitzt noch in U-Haft, obwohl die Haftgründe offensichtlich in sich zusammengebrochen sind.
Im gesamten bisherigen Prozeßverlauf hat es noch keinen einzigen Beweis — noch nicht einmal einen Hinweis — dafür gegeben, daß die restlichen fünf Angeklagten etwas mit der Sache zu tun hätten. Das, was es bisher gab, sind die Geständnisse der bereits Verurteilten zur eigenen Tatbeteiligung. Frühere Aussagen, die andere belasteten, sind im Prozeß allesamt zurückgenommen worden.
Der gesamte bisherige Prozeßverlauf bestätigt nichts anderes, als daß Anschläge stattgefunden haben. Da wir ein Anschlag nach dem anderen abgespult: Polizeizeugen werden gehört, die die Sache aufgenommen hatten; Zeugen werden gehört, die die Schäden zuerst entdeckt haben; Sachverständige teilen die entstandenen Schadenssummen mit; Angestellte von Zeitungen berichten vom Eingang und der Weitergabe der Bekennerschreiben an die Polizei.
Einzig bei einem Anschlag auf eine Bank und bei dem Anschlag auf das Wahlbüro in Mörfelden-Walldorf sollen Täterinnen gesehen worden sein. Aber selbst hierbei verstricken sich die Zeuginnen der Anklage (die Verteidigung hat keine benannt) in Widersprüche; bzw. es wird offenkundig, daß die Vernehmungsprotokolle der Zeuginnen nicht von diesen, sondern von Verhörspezialisten diktiert worden sind. Und wenn sich diese Zeuginnen entgegen der Vernehmungsprotokolle nicht mehr erinnern können, dann werden sie selbst fast zu Angeklagten. Die Bundesanwaltschaft übt mächtigen Druck aus, der vom Gericht toleriert wird, anstatt ihm entgegenzutreten und die Zeuginnen in Schutz zu nehmen.

Die bisherigen Urteile

Bereits am 27. April ergingen die ersten Urteile im abgetrennten Verfahren. Die Abtrennung kam auf Drängen der Bundesanwaltschaft zustande, da die vorgeworfenen Taten vor 1987 (also noch nicht in den Bereich des § 129a) fallen und zudem Geständnisse zur eigenen Tatbeteiligung vorlagen.
In spektakulären Einlassungen hatten diese Angeklagten ihre Tatbeteiligung zugegeben, sie aus der damaligen Situation heraus gebilligt und darüber hinaus jegliche frühere Aussagen über die Tatbeteiligung anderer zurückgenommen. Und zwar unter Hinweis darauf, wie diese Aussagen von den Vernehmungsbeamten erpreßt worden waren.

Sigrun G. wurde zu 1 Jahr und 10 Monate (zusätzlich 1500,— DM Geldstrafe) verurteilt, weil sie an zwei Strommastanschlägen teilgenommen hatte.

Michael M. zu 1 Jahr wegen Beteiligung an einem Mastanschlag (zusätzlich 1000,— DM). Beide Strafen sind auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt.
Bei Uschi J. sah das Gericht von einer Strafe ab, da sie durch die schweren Verletzungen, die sie bei einem Mastanschlag erlitt, schwer genug bestraft sei.
In dem zweiten abgetrennten Verfahren ging es um Mike K. Er war sozusagen Kronzeuge der Bundesanwaltschaft. Hauptsächlich auf seiner "Aussage" beruhte das ganze 129a-Konstrukt. Doch auch Mike widerrief vor Gericht seine früheren Aussagen und legte nur ein Geständnis zu seiner eigenen Tatbeteiligung ab. Er wurde wegen Teilnahme an einer Mastaktion (im Sommer 1986) und wegen einer früheren Sache (Einfuhr von Zwillen) zu 1 Jahr und 6 Monate verurteilt, zusätzlich 2000,— DM Strafe. Auch hier zu 3 Jahren auf Bewährung ausgesetzt. Begründet wurde die Bewährung in allen Fällen damit, daß die Angeklagten sich nach Tschernobyl in einem nachvollziehbaren Handlungszwang befanden, daß sie alle Geständnisse abgelegt haben, daß sie solche Sachen heute nicht mehr machen würden und heute in geordneten familiären und beruflichen Situationen leben.
Tatsächlich ist dies ein Schachzug von Gericht und Bundesanwaltschaft.
1.) Alle vier waren nicht mehr als Zeugen zu gebrauchen, da sie auf die illegalen Umstände der "Aussagen" verwiesen haben. Die Anklage mußte befürchten, daß diese illegale Praxis im Prozeß ein zu großes Gewicht bekommen würde.
2.) Obwohl die früheren Aussagen widerrufen worden sind, beruft sich das Gericht in den Urteilen darauf. Vor allem unterstützt es damit seine These, daß die vier eigentlich nur Mitläufer waren, und vor allem von Andreas Eichler dazu angestiftet worden sind.
Diese inhaltliche Spaltung (hier die vier Mitläufer, dort die restlichen Hauptschuldigen) ist mit der vorzeitigen Abtrennung faktisch geworden. Trotzdem hat hier die Bundesanwaltschaft einen herben Rückschlag einstecken müssen. Die ihnen zugedachte Rolle als Denunzianten haben die vier überzeugend zurückgewiesen.

Haftverschonung für Reiner H.

Seit dem 23. Mai ist Reiner H. nach 18 Monaten U-Haft wieder auf freiem Fuß. Vorausgegangen war ein Vorschlag der Bundesanwaltschaft, der letztendlich für sie zu einem Debakel wurde: Ähnlich wie bei den anderen vier Verfahren schlug die Bundesanwaltschaft eine Abtrennung des Verfahrens vor, da die Beweisaufnahme zu den ihm zur Last gelegten drei Mastaktionen beendet sei. Die Teilnahme an zwei Mastaktionen sei (aufgrund früherer Aussagen der anderen) unstrittig, allein für den dritten fehle noch ein Geständnis. Dann würde die Bundesanwaltschaft den Vorwurf des § 129a fallenlassen und nur noch nach § 129 verurteilen. Reiner müßte allerdings eine Strafe akzeptieren, die nicht unter 2 1/2 Jahren liege. Reiner lehnte diesen Deal ab.
Der Hintergrund: Außer den wieder zurückgenommenen Aussagen der bereits Verurteilten hat die Anwaltschaft nichts gegen Reiner in der Hand. Und nur wenn Reiner ein Geständnis ablegt, auch an der dritten Mastaktion beteiligt gewesen zu sein, dann könnte das Gericht eine frühere Aussage von Mike K. doch als wahr unterstellen, nach der es schon 1986 eine kriminelle Vereinigung gegeben hatte. Denn für diese Zeit ist die Beweislage der Bundesanwaltschaft mehr als dürftig. Dieses "Geständnis" hätte dann vor allem Folgen für die restlichen Angeklagten.
Statt diesem Deal zuzustimmen, stellte Reiner einen Haftprüfungsantrag. Begründung: die ihm zur Last gelegte Tat sei nicht schwerer als die der bereits Verurteilten, und somit mit seiner 18-monatigen U-Haft hinreichend abgegolten. Das Gericht stimmte dem Antrag zu und ließ Reiner frei.

Andi Semisch bleibt in Haft

Andreas Semisch war nach zwischenzeitlicher Haftentlassung (der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereini-

Prozeßverlauf

Startbahn

Prozeßtage

gung war nicht haltbar gewesen) im Juli 1988 ein zweites Mal verhaftet worden. Einziger Grund: ein sog. "linguistisches Gutachten" des BKA-Experten Perret. Aufbauend auf diesem "Gutachten" warf die Bundesanwaltschaft ihm jetzt vor, die Bekennerbriefe der "Gruppe Eichler" geschrieben zu haben und somit geistiger Kopf dieser Vereinigung zu sein. Dieser Gutachter wurde allerdings vor Gericht derart von der Verteidigung auseinandergenommen, daß er alle Gutachten zumindest abschwächen und sie z.T. heute anders verstanden wissen wollte, dals dies die Bundesanwaltschaft getan hatte. Dieser Hauptbelastungszeuge gegen Andi war ein völliger Ausfall (siehe Prozeßinfo "Solidarität" 16-19), worauf die Verteidigung einen Haftaufhebungsantrag für Andreas Semisch stellte. Dieser wurde abgelehnt. Plötzlich lag ein Haftgrund vor, auf der Basis von noch weniger Vorwürfen, als sie früher bereits zur Haftentlassung geführt hatten.
Hintergrund: Andi Semisch ist der einzige, der sich in politischen Stellungnahmen weit vorgewagt und keinen Hehl aus seiner politischen Gesinnung gemacht hat. Darüber hinaus hat er sich als einziger am Hungerstreik der politischen Gefangenen beteiligt. Grund genug für eine fortdauernde Haft und eine hohe Verurteilung.
Vor allem würde ansonsten die Anklagebank immer leerer, und es gäbe keine "terroristische Vereinigung" mehr.

Öffentlichkeit im Prozeß

Es ist mau geworden. War die erste Woche über der Gerichtssaal immer prall gefüllt, so waren in den letzten Wochen allerhöchstens mal 50 Leute dabei. Oft nur 20 - 30, die von Gericht und Angeklagten durch eine dicke Glasscheibe getrennt sind.
Ein voller Gerichtssaal über die ganze Zeit ist vielleicht etwas zu viel verlangt. Aber trotzdem: So ist die Öffentlichkeit, der letzte Schutz für die Angeklagten, nicht mehr gewährleistet. Alle bürgerlichen Pressemedien (taz eingeschlossen) ignorieren den Prozeßverlauf.
Vielleicht ein Hinweis an die Bewegung: Macht Veranstaltungen zum Prozeß (die Frankfurter kommen gerne) und überlegt, ob ihr nicht geschlossen aus einer Stadt zu einem Prozeßtag fahrt. Das entlastet die einen und bringt zusätzlich Öffentlichkeit und Leben in die Bude. Meldet Euch bei den Kontaktadressen.

E.

BI gegen die Flughafenerweiterung
c/o Helga Arnold
Wilhelm-Leuschner-Str. 50a
6082 Mörfelden

Startbahn

Einschätzung

»Szenen eines Schauprozesses«

Der folgende Text war Grundlage für eine Pressekonferenz, zu der die Bürgerinitiative und das Autonome Prozeßbüro am 28.6.89 eingeladen hatten. Obwohl breit verschickt und eingeladen, erschien ein einziger Pressevertreter (dpa), ansonsten glänzte die "freie Presse" mit Abwesenheit. In den Zeitungen stand kein einziges Wort darüber.
"Früher waren unsere Positionen und Meinungen noch verstümmelt, heute machen sie das nicht einmal mehr."

Auch auf die nicht unbegründete Gefahr hin, daß eine **politische** Einschätzung dieses Startbahn-Verfahrens und seine Bedeutung im Rahmen unzähliger 129a-Verfahren die **Schere im Kopf** der anwesenden Pressejournalistinnen selbsttätig aktiviert, möchten wir's dennoch tun.

1. Wir haben vor Prozeßbeginn gesagt und geschrieben, daß der sogenannte 2.11.-Prozeß nur ein Vorwand ist, um ganz andere Widerstandsformen — im Windschatten der tödlichen Schüsse — zur Anklage und Verurteilung zu bringen. Die **juristische** Verkettung von den Schüssen am 2.11. mit Widerstandsaktionen gegen die Nuklearindustrie sollte die relativ große Breite und Sympathie für diese Widerstandsformen unter der allgemeinen Ablehnung der Schüsse zum Verstummen bringen.
Der Startbahn-Prozeß befindet sich nun im 5. Monat und jede und jeder, der sehen und hören will, wird feststellen, daß bis zum heutigen Tag kein einziges Wort, kein einziger Verhandlungstag die Schüsse vom 2.11. zum Gegenstand hatte.

2. Wir haben vor Prozeßbeginn gesagt und geschrieben, daß die Verhaftungswelle nach dem 2.11. vor allem das Ziel hatte — unter der permanenten Drohung einer Mordanklage und unter den Bedingungen eines Ausnahmezustandes — ganz **andere** Aussagen zu erzwingen und zu erpressen. Aussagen, die nichts, aber auch gar nichts mit der angeblichen Aufklärung jener Schüsse zu tun hatten, aber erklärtermaßen der Preis dafür waren, einer drohenden monate- und jahrelangen Inhaftierung zu entgehen.
Diese Vorwürfe beantwortete die bürgerlich-liberale Presse mit intensivem Schweigen. Dafür pickte die Presse wie Hühner jedes Wort des Bundesstaatsanwaltschaft, des hessischen Innenministers oder des BKA's auf, um ein Klima mit zu entfachen, das fast jede Form von Repression rechtfertigen sollte. An dieser Art "freier" Berichterstattung ändert offensichtlich auch der überraschende Verlauf des Prozesses nichts, im Gegenteil: Es wird selbst dort weggehört und abgeschaltet, wo es laut und unmißverständlich gesagt wurde. Im Prozeß konnte jede und jeder mitbekommen, unter wel-

Startbahn
Einschätzung

Einschätzung durch das Autonome Prozeßbüro

chen Umständen wesentliche belastende Aussagen zustände gekommen sind: Uschi J., Sigrun G., Ina T., Mike K. und Andreas Eichler haben nicht nur z.T. das erpresserische Zustandekommen ihrer Aussagen vor und im Prozeß öffentlich gemacht; sie haben auch wesentliche Aussagen, auf die sich die Anklageschrift stützt, zurückgenommen und widerrufen. In jedem "normalen" Verfahren wären diese Verhörmethoden und Umstände Gegenstand eines öffentlichen Skandals geworden. Doch ganz offensichtlich hat sich selbst die "kritische Öffentlichkeit" längst an den Satz gewöhnt: keine Freiheit für die Feinde dieser Freiheit.

3. Die ersten Urteile gegen vier Startbahngegnerinnen wurden gefällt. Es waren sogenannte "milde" urteile — alle Strafen wurden auf Bewährung ausgesetzt. Wie wenig es dabei um die "Schwere der Straftaten" ging, wie sehr jedoch um die **politische Haltung**, mit der eigenes und kollektives Handeln erklärt wurde, macht die Begründung dieser Urteile deutlich. Belohnt wurde in diesen abgetrennten Verfahren, ganz unverhüllt und offen, daß bei den Angeklagten eine "grundsätzlich rechtsfreindliche Gesinnung" für das Gericht nicht zutage getreten ist, daß sie im Prozeß eine "innere Umkehr" gezeigt hätten und für die Zukunft ein "geordnetes Leben" erwarten lassen. Damit belegt dieses Gericht selbst, daß **politische Strafjustiz** in ihrem Kern politische Haltung und Identität belohnt bzw. bestraft. Für die verbliebenen Angeklagten heißt das nichts anderes, als daß ihre Weigerung, sich selbst oder andere zu belasten, ihre Weigerung, politisch abzuschwören, **strafverschärfend** hinzukommt. Mehr noch: In den sogenannten "milden" urteilen wurde bereits das **hohe** Strafmaß für den Rest der angeklagten Startbahngegnerinnen festgeschrieben. Wurden die vier Angeklagten dank "innerer Abkehr" vom Gericht zu Randfiguren, Mitläufern und Verführten abgestuft, so bleibt den auf der Anklagebank Verbliebenen nichts weiter als die Rolle der Anführer, Haupttäter und geistigen Drahtzieher.
Egal, wie dünn, konstruiert und grotesk die Beweise und Indizien gegen die verbliebenen Angeklagten auch erscheinen mögen — sie stehen in der Logik dieser "milden" urteile als 'Mitglieder einer terroristischen Vereinigung' längst fest. Nur so ist zu erklären, daß z.B. die Verfahren gegen Rainer H. und Andreas S. aufrechterhalten werden, obwohl die "Beweise" lächerlich sind im Vergleich zu den vier Angeklagten in dem abgetrennten Verfahren.

4. Mit welcher Absurdität und Normalität 129a-Verfahren durchgezogen werden, läßt sich auch an den 11 Anschlägen verdeutlichen, die auf die verbliebenen Angeklagten noch verteilt werden müssen. Die bis heute vor Gericht ausgebreiteten Beweise und Indizien belegen nicht mehr, als daß sie stattfanden: Bilder vom Tatort werden rumgereicht, Spuren benannt, Kriminalisten vom BKA und LKA vernommen und fast nebenbei Zeugen, die Täterbeschreibungen machen, die auf ungefähr fünf Millionen Jugendliche zutreffen. Genauso gut könnten den Angeklagten auch elf Verkehrsunfälle der letzten drei Jahre zur Last gelegt werden.
Doch darum geht es auch nicht in einem 129(a)-Verfahren. Schließlich ist eine wesentliche Funktion des 129(a) die **legale Aufhebung des Beweisnotstandes**. Nicht anders verlief es im Renault-Prozeß, wo vier weitere Anschläge — im Zuschlag — die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung belegen sollen. Eine Beweisführung, die mit einer mehr oder weniger willkürlichen Reiseroute durch die anschlagsrelevante Landschaft das Konstrukt des 129(a) selbst am Leben hält.
Das einzig wirklich Belastende im Startbahn- und Renault-Prozeß, gegen Ingrid Strobl und viele andere ist, daß diese Anschläge begangen wurden. Strafverschärfend kommt hinzu, daß die Angeklagten zur Selbstbelastung und Belastung anderer nichts beigetragen haben.
Genau in dieser Logik bewegte sich die Ablehnung von Haftentschädigung für Ulrich Winterhalter und Ulla Penslin, die laut Gericht ihre Inhaftierung durch fehlende Kooperation selbst verschuldet haben.

5. Es ist ja kein Geheimnis, daß 129(a)-Verfahren keine "normalen" Prozesse sind. Sie basieren auf Sondergesetzen, Sondervollmachten, Sonderrichtern und -gerichten und nicht zuletzt auf Sonderhaftbedingungen, auch Isolationshaft genannt. Die zuletzt zuende geurteilten Prozesse gegen Ingrid Strobl und Ulrich Winterhalter bieten dafür ausreichend Anschauungsmaterial.
Im "Pionier- und Erfinderstatus" dagegen befindet sich eine Sonderwissenschaft, eine Staatsschutzwissenschaft. Denn das Konstrukt des § 129(a) verlangt neue Konstruktionen der Beweisführung oder, wie Bundesstaatsanwalt Pfleger so versehentlich wie wahr formulierte: neue Wege der "Wahrheitserfindung". Ein Akt künstlerischer Selbstbefruchtung.
In der noch wackligen Gestalt sog. linguistischer Gutachter werden wir in das — von BKA-Spezialisten so euphorisch umschriebene — computer-gestützte Zeitalter des "linguistischen Fingerabdruckes" geführt. Die Angeklagten müssen nicht mehr mit Indizien am "Tatort" überführt werden, es reicht ihr Wort, ihre politische Identität, um sie in verdächtige Nähe zur angeklagten Tat zu rücken. Die Verteidigung der Angeklagten selbst wird zu einem wesentlichen Beweismittel ihrer Inhaftierung und Verurteilung. Eine perverse Form, die Aussageverweigerung der Angeklagten, ihre Nicht-Bereitschaft zur eigenen Verurteilung und zur Verurteilung anderer beizutragen, zum Beweismittel gegen sie selbst zu machen.
Und noch eine Besonderheit zeichnet dieses linguistische Beweismittel aus. Das Gutachten setzt a priori etwas voraus, was eigentlich durch dieses Gutachten erst bewiesen werden soll. Denn für den Gutachter Perret steht von vorneherein fest, daß Andreas S. mit einer "50% a priori-Wahrscheinlichkeit" der Autor jener Bekennerschreiben ist. Die restlichen Prozente zur erwünschten "hohen Wahrscheinlichkeit" füllt der linguistische Geistesfahrer in einer Mischung aus Computerspielen und Intuition auf.
Eigentlich skandalös, wenn man eine Komplizenschaft zwischen forensischer Wissenschaft und politischer Justiz blindlings leugnet — normal mittlerweile, wenn mann/frau, wie in unzählig anderen 129(a)-Verfahren, ständig damit konfrontiert wird. Wenn man uns nicht ständig beteuern würde, wir leben hier in einem Rechtsstaat, wir würden eher an Szenen eines Schauprozesses denken.

Autonomes Prozeßbüro Frankfurt

Autonomes Prozeßbüro Ffm
JUZ Bockenheim
Vattentrappstr. 38
6000 Frankfurt/M.
Tel. 069/703337
jeden Di und Do 12 - 19 Uhr

Spendenkonto für Haftbetreuung:
Frankfurter Sparkasse von 1822
BLZ 500 50 201
Konto-Nr. 307 028 755 Ralf Stutzke

Rechtshilfekonto:
Postgirokonto Frankfurt
Konto-Nr. 160 72 603 Volker Luley,
Bunte Hilfe Frankfurt

erscheint 10x im Jahr, DM 4

Im **Schwerpunkt** der **Nr.127** zwanzig Seiten zur zehnjährigen **internationalen Solidarität mit Nicaragua** in den USA, Katalonien/Spanischer Staat, Japan, Mexico, Guatemala und in der BRD sowie über die praktische Solidarität vor Ort und die Einschätzung durch die NicaraguanerInnen.
Außerdem Beiträge über die französische Revolution und Frankreichs Kolonien in der Karibik, den „Hungertango" in Argentinien, den Superbarrio – einem neuen Volkshelden in Mexico, die sozialen und ökologischen Folgen des Balbina-Staudamms in Amazonien, die Auseinandersetzung um die IGFM auf dem Kirchentag, Nicaragua Solidaritätskongreß in Wuppertal, die Seminare zu „500 Jahre Kolonialismus" in Dietzenbach und „die psychosozialen Folgen von Folter" in Hamburg, das Guatemala-Bundestreffen in Bonn u. a. m.

Der **Schwerpunkt** unseres **Septemberhefts (128)** wird dem **Kokain** gewidmet sein, mit Beiträgen zu den wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und nicht zuletzt ökologischen Auswirkungen an den Beispielen Bolivien, Kolumbien und Peru (u. a. Sendero Luminoso und die Koka).
Zusätzlich ein Hintergrundbericht zur „Stabilisierung" Boliviens, zu den Alternativen in Panama, Interviews mit Bernardo Jaramillo, dem Vorsitzenden der UP Kolumbiens, der argentinischen Sängerin Mercedes Sosa, dem peruanischen Abgeordneten Yehude Simon und eine Nachlese zur Berichterstattung zu 10 Jahre Revolution in Nicaragua in der linken Presse u. v. m.

Wir möchten auch auf unsere **vergangenen Schwerpunkte** hinweisen: im Januar /Februar **Kuba** – 30 Jahre Revolution, im März **Kolumbien** – Lucha por la vida, im April **Rechte Strategien** gegen Lateinamerika, im Mai **1992** – Kein Grund zum Feiern und im Juni **Argentinien** – Gelegenheit verpaßt.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____

Datum und Unterschrift

endlich da!

banal ☆

Nr. 5

ANARCHISTISCHES MAGAZIN aus der Schweiz

Inhalt:

* Anarchismus und Politik
* Angst und Freiräume
* Anarchistische Ströme im Gebiete genannt Schweiz
* Kanaky
* Argentinien: Die Kunst der Desinformation
* Uruguay
* Hitler: Stalins Liebling. 50 Jahre Hitler-Stalin-Pakt
* Où va la C.N.T.?
* An-Archiv im LZ Basel
* Häuserrat Zürich
* Adressen, Kurzinfos u.a.

Einzelheft Fr. 5.-- (+ Porto)

im Abo Fr. 20.-- (inkl. Porto)

für WiederverkäuferInnen Fr. 3.-- pro Heft ab 5 Stk. geg. Vorauskasse

für Eingeschlossene gratis

banal, Postfach 288
8036 Zürich

PCA Zürich:
80 - 38109 - 6

Was heißt hier: *Anschläge · Bildwechsel · Cultours · Graph Druckula · EDe Vaul · Fernweh · Goldrausch · Hollyfood · Initial · Jägerslust · Kreischsäge · Lokus · Mahlzahn · Nassfaser · Ökolaus · Perspektiven e.V. · Quo Radis · Rumpelfix · Stattbuch · Taxistas · UFA · Velophil · Wie Deo · Xanthippe · Ypsilon · Zündsatz.....*

ÜBER 5.000 ADRESSEN SPRECHEN FÜR SICH

Ab sofort gibt es die Neuauflage der **BUNTEN SEITEN**

Das Verzeichnis der selbstverwalteten Betriebe und Projekte in der BRD und Westberlin

Zu 6.– DM in Briefmarken bei: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

„Wenn das, was im Paradies zerstört worden sein soll, zerstörbar war, dann war es nicht entscheidend. War es aber unzerstörbar, dann leben wir in einem falschen Glauben."
Franz Kafka

DAGEGEN SETZEN

CONTRASTE

Gibt's nur im Abo

Juli '89

Besetzte Betriebe

Europa gegen den Strom – Medienfestival in Amsterdam

Hopi-Indianer – Ausstellung

Rotgrünes Frankfurt und dann auch noch Hessenwahl...

Aktuelles und Kontroverses aus der alternativen Ökonomie und der Selbstverwaltung · Termine · Adressen · Kontakte

Zeitung für Selbstverwaltung

Probeexemplar zu 6.– DM in Briefmarken bestellen bei CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

anti atom aktuell

Juni 89 4

anti atom aktuell ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen nach Tschernobyl und der Atommüllkonferenz. Anti atom aktuell erscheint monatlich. Hin und wieder gibts auch Sondernummern oder Extra Infos.
Anti atom aktuell kostet 5,- DM/Monat oder 60,-DM/Jahr. Ab 5 Stück kostet aaa 20,-/Monat; 240,-/Jahr. Andere Zahlungsweisen sind auch möglich.

Hier noch das Konto:

A. Eberhard
- Sonderkonto -
Postgiro Dortmund
BLZ 440 100 46
Kto.: 2975 45-465

Ach ja, vergeßt nicht, auf Euren Überweisungszetteln muß unbedingt Euer Name mit Absender draufgeschrieben sein!

Unsere Adresse:

anti atom aktuell
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
4400 Münster
0251/521112
Do. 13 -18.30

MAI-RANDALE KREUZBERG: OBRISTENAUFSTAND? BERLINER VFS-SKANDALE • TODESSCHÜSSE '88 TÖDLICHER SCHUSSWAFFENEINSATZ IN DEN USA POLIZEI & „REPUBLIKANER" • VORBEUGEHAFT IN BAYERN • DER GENETISCHE „FINGERABDRUCK" FAHNDUNGSERFOLGE AN DEN EG-BINNENGRENZEN?

33

Bürgerrechte & Polizei

Cilip 33
Nr. 2/1989
Preis 9,-DM

Einzelheft: DM 9 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)–
Institution: DM 40 p.V.
Personen: DM 21 p.V.

Bestellungen des Buchhandels an die Redaktion:

Bürgerrechte & Polizei
c/o FU Berlin
Malteserstraße 74-100, 1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-378/-462

Einzelbestellungen/Abos:
Kirschkern Buchversand
Hohenzollerndamm 199 · 1000 Berlin 31

Forum **Recht**

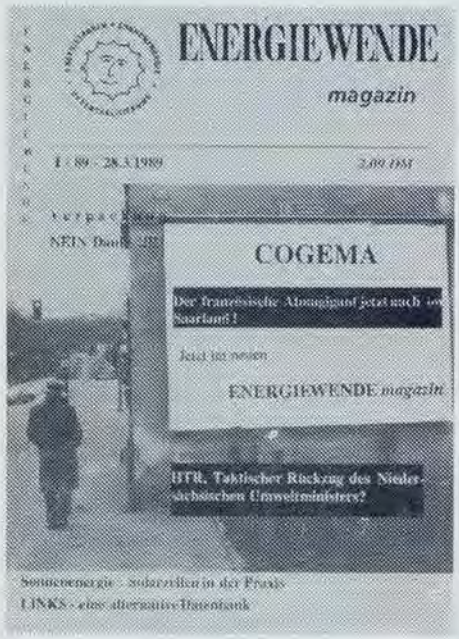
Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Heft 3/89
Schwerpunkt:
Zeitbombe § 129a
Ch. Rath
Rückblick auf den Strobl-Prozeß
K.-D. Franzen
129a — Antidemokratisches Kontinuum
M. Röll
129a — Instrument der Staatsschutzjustiz

Erscheint vierteljährlich, Einzelheft: 3 Mark + 1 Mark Porto, Jahres-Abo: 14,50 Mark, Probe-Abo (ohne Verlängerung, 2 Hefte): 5 Mark, Schein oder Scheck an: RECHT & BILLIG VERLAG, Falkstr. 13, 4800 Bielefeld 1, Tel. (0521) 67696.

Schwarzes Brett

Energiewende-Magazin
Eine neue Zeitschrift ist anzukündigen: das Energiewende-Magazin. Das Blatt wird vierteljährlich von der Bürgervereinigung Energiewende Saarland e.V. herausgegeben, erscheint in einer Auflage von 6bislang) 1800 Expl. und kostet 2.- Mark. Inhaltlich gehts in der ersten Nummer u.a. um den HTR, die Energiepolitik im Saarland, die Wirkung niedriger Strahlendosen und den ökologischen Verkehrsclub für Deutschland (VCD). Bestellungen an:
Bürgervereinigung Energiewende Saarland e.V.
Winterbergstrasse 2
6600 Saarbrücken



Weltenergiekonferenz und Gegenkongress
Anläßlich der »offiziellen« Weltenergiekonferenz in Montreal, Kanada, die vom 17. - 23 September dauert, veranstalten Umweltgruppen aus mehreren Ländern vom 14. bis 17. 9. einen Gegenkongreß. Dazu gibt es eine Reihe von Papieren und Informationen beim
BUND Baden-Würtemberg
Erbprinzenstrasse 18
7800 Freiburg
Tel. 0761/35254 u. 35158

Internationale Aktionen gegen Europa 92
Kritische Informationen oder gar Aktionen gegen den europäischen Binnenmarkt sind bislang Mangelware. Um dem abzuhelfen, hat sich in Den Haag, Niederlande, eine Initiative gegründet. Die Gruppe sammelt und verschickt Materialien, baut einen internationalen Adressenverteiler auf und organisiert für den September ein großes Festival gegen das Europa der Multis und des Kapitals. Die Adresse:
Initiatifgroep gegen EF
Postfach 10233
Den Haag, Niederlande
Tel. 015/121351

Zweite Weltkonferenz der Strahlenopfer
Wie auf dem *Schwarzen Brett* in der letzten **atom**-Ausgabe schon kurz angekündigt, soll Pfingsten 1992 in der BRD die »Zweite Weltkonferenz der Strahlenopfer« stattfinden. Hierzu gibt es inzwischen erste Vorbereitungspapiere. Ein Vorbereitungstreffen ist für den 16. und 17. September in Münster geplant.
Wieland Giebel
Grevenerstr. 228
4400 Münster
Tel. 0251/273653

Scheiß Atom!

KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!

medico international will die Kampagne ››Shell betankt die Apartheid‹‹ wirkungsvoll fortsetzen: in allen deutschen Landen und europaweit. Zusammen mit allen, die schon beteiligt sind, und den Jugendverbänden, Gewerkschaften, Vereinen & Gruppen, die wir hiermit zum großen Mitmachen auffordern.
Die Sticker gibts für schlichte 1 DM pro Stück, bei Orders ab 50 Expl. für 0.50 DM pro Stück. (Ø 10 cm)
(Bei medico zusätzlich kostenloses Material über die Apartheid in Südafrika)

Bestellungen:
medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/4990041/2

aej
Porschestraße 3
7000 Stuttgart 40

BDKJ
Postfach 32 05 20
4000 Düsseldorf 30

(Zur Weiterverbreitung dieses Aufrufes bitten wir um Spenden unter dem Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1300 Frankf. Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln)

www.laka.org
Digitized 2016